

Europa und die Europäer

Perspektiven der polnischen Wissenschaft im 21. Jahrhundert

Im Gedenken an Bronisław Geremek

Herausgegeben von
Bożena Gierat-Bieroń und Janusz Józef Węc

2

DEUTSCHES
POLEN IN DER
POLNEN
INSTITUT
GEGENWART



Harrassowitz Verlag

Europa und die Europäer

POLEN IN DER GEGENWART

Schriftenreihe des Deutschen Polen-Instituts

Herausgegeben von
Peter Oliver Loew und Agnieszka Łada-Konefał

Band 2

2023

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Europa und die Europäer

Perspektiven der polnischen Wissenschaft im 21. Jahrhundert
Im Gedenken an Bronisław Geremek

Herausgegeben von
Bożena Gierat-Bieroń und Janusz Józef Węc

2023

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Umschlagsabbildung: Ewa Brejnakowska-Jończyk

Gutachter: Ordentlicher Prof. Dr. Janusz Ruzkowski (Universität Stettin)

Übersetzung aus dem Polnischen, Französischen und Englischen:

Maciej Kremer, Sabine Lipińska, Peter Oliver Loew und Piotr A. Owsirski

Redaktion: Gert Röhrborn

Die Monographie wurde finanziell von der Fakultät für Internationale und Politische Studien, dem Institut für Europäische Studien, dem Institut für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Jagiellonen-Universität in Krakau sowie von der Bronisław-Geremek-Stiftung unterstützt.



Dies ist ein Open-Access-Titel, der unter den Bedingungen der CC BY-SA 4.0-Lizenz veröffentlicht wird. Diese erlaubt die kommerzielle Nutzung, Verbreitung und Vervielfältigung in allen Medien.

Weitere Informationen: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Die Bedingungen der CC-Lizenz gelten nur für das Originalmaterial. Die Verwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet durch eine Quellenangabe) wie Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://www.dnb.de> abrufbar.

Informationen zum Verlagsprogramm finden Sie unter

<https://www.harrassowitz-verlag.de>

© bei den Autor*innen

Verlegt durch Otto Harrassowitz GmbH & Co. KG, Wiesbaden 2023

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Druck und Verarbeitung: Memminger MedienCentrum

Printed in Germany

ISSN 2751-6237

eISSN 2751-6245

DOI: 10.13173/2751-6237

ISBN 978-3-447-12024-1

eISBN 978-3-447-39397-3

DOI: 10.13173/9783447120241

Inhalt

- VII Vorwort
Bronisław Geremek – ein polnischer Staatsmann,
Europäer und Visionär
- Teil I**
Die Europäische Union und Polen in einer sich verändernden Welt
Bronisław Geremeks Beitrag zur Neuausrichtung der polnischen
Außenpolitik nach 1989
- 3 Henryk Szlajfer
Gesicherte Demokratie: die NATO und die Gemeinschaft
der Demokratien. Bronisław Geremek und seine Außenpolitik
- 23 Michel Foucher
Zwei Jahrzehnte Dialog (1989–2008)
- 35 Bogdan Koszel
Der Beitrag Bronisław Geremeks zum Wirken des Weimarer Dreiecks
- 57 Agnieszka Nitszke
Der Beitrag Bronisław Geremeks zur polnischen Außenpolitik
und Sicherheit: Polens NATO-Beitritt
- 85 Krzysztof Koźbiat
Bronisław Geremek als Außenminister über die deutsch-polnischen
Beziehungen. Zwischen Vergangenheit und Gegenwart
- 101 Józef M. Fiszer
Rolle und Aufgaben des Weimarer Dreiecks im Prozess
der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union
- Teil II Debatte über die Zukunft der Europäischen Union:**
Die auf die europäischen Krisen zurückzuführende Neudefinition
des zeitgenössischen Diskurses über Sicherheit, Werte
und kollektives Gedächtnis der EU
- 123 Janusz Józef Węc
Zu den Perspektiven der Reform der Gemeinsamen Sicherheits-
und Verteidigungspolitik der Europäischen Union bis 2025
Strategische Autonomie der EU?

- 153 Jan Barcz
»Europäische Krisen« und die strukturelle Weiterentwicklung
der Europäischen Union
- 173 Agnieszka Grzelak
Die Zukunft der Diskussion über die Rechtsstaatlichkeit (rule of law)
in der Europäischen Union
- 191 Beata Ociepka
Werte an der Grenze Europas: Was haben wir aus der Migrationskrise
an der östlichen Grenze der Europäischen Union und dem Krieg
in der Ukraine gelernt?
- 209 Bożena Gierat-Bieroń
Kultureller Gemeinschaftsgeist Europas: von Bronisław Geremeks
historiosophischen Idealen zum kulturbildenden Metanarrativ
- 235 Maciej Jastrzębiec-Pyszyński
Ideen von Bronisław Geremek für eine zentrale europäische
Herausforderung: Rohstoffe, Energiewende und das Erproben
globaler Zusammenarbeit
- 257 Maciej Stępka
Migration und Sicherheit in der Europäischen Union in Krisenzeiten:
Die Dynamik der Versicherheitlichung menschlicher Mobilität
im politischen Denken von Bronisław Geremek
- 275 Bibliographie
- 289 Abkürzungsverzeichnis
- 291 Biogramme

Vorwort

Bronisław Geremek – ein polnischer Staatsmann, Europäer und Visionär

Prof. Dr. Bronisław Geremek war Historiker, ein hervorragender Kenner des Mittelalters an der Universität Warschau und auch einer der wichtigsten Oppositionellen in den Jahren 1980 bis 1989.¹ Wegen seiner oppositionellen Tätigkeit war er in den Jahren 1981 und 1982 interniert, 1983 wurde er verhaftet und danach aufgrund einer Amnestie freigelassen. 1989 nahm er an den Gesprächen am Runden Tisch teil, die noch im selben Jahr zu den ersten teilweise freien Parlamentswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg in Polen führten. Zwischen 1989 und 2001 war er Abgeordneter des Sejms, wo er die Rolle des Fraktionsvorsitzender der Demokratischen Union (Unia Demokratyczna, UD, 1991–1994) und später der Freiheitsunion (Unia Wolności, UW, 1994–1997) innehatte. Von 1997 bis 2000 bekleidete er das Amt des Außenministers der Republik Polen. Seit 2004 (bis zu seinem tragischen Tod im Jahre 2008) war er Abgeordneter zum Europäischen Parlament, wo er der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (*Alliance of Liberals and Democrats for Europe*, ALDE) angehörte. 2005 wurde er mit dem Ehrendokortitel der Jagiellonen-Universität in Krakau ausgezeichnet.

Eine Inspirationsquelle für die wissenschaftliche Arbeit Geremeks als Mediävist war die französische Historiographie und insbesondere die dortige historische Annales-Schule, deren Bezeichnung sich vom Namen der 1929 von Marc Bloch und Lucien Febvre gegründeten geschichtswissenschaftlichen Fachzeitschrift *ANNALES. ÉCONOMIES, SOCIÉTÉS, CIVILISATIONS* ableitet. Diese Schule nutzte in ihren Untersuchungen die Errungenschaften anderer Wissenschaftsdisziplinen, wie etwa der Geographie, Ökonomie, Soziologie oder sogar Anthropologie. Kontakt zu den Vertretern des Annales-Kreises nahm Geremek dadurch auf, dass er am historischen Seminar von Prof. Dr. Marian Małowist im Institut für Geschichte der Universität Warschau teilnahm sowie dank seinem Postgraduiertenstudium in Paris (1956–1958). Hier wurde seine Faszination für die Interdisziplinarität wissenschaftlicher Arbeit geweckt. Das interdisziplinäre Vorgehen ermöglichte es Geremek, die soziale Struktur des prämodernen Europas bes-

1 Seit 1950 war er auch Mitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP, Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR), die er aus Protest gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei 1968 verließ.

ser zu verstehen. Zum Hauptgegenstand seiner Forschung machte er deswegen »Arme, Menschen aus sozialen Randgruppen, Verbrecher, Notleidende, Bettler, Prostituierte und Landstreicher«², die einen beträchtlichen Teil jener Gesellschaft ausmachten und deren Schicksal in ernstzunehmenden historischen Untersuchungen bis dahin unterrepräsentiert war. Zu seinen Hauptforschungsinteressen gehörten überdies Europa als Zivilisation, europäische Identität sowie die europäische Integration und Zivilgesellschaft. Seine historische Vorbildung erleichterte ihm ganz ungemein sein späteres politisches Engagement – zunächst für die Opposition und nach 1989 für die aufeinanderfolgenden Regierungen Polens. Er selbst glaubte, dass der Historiker »die Reflexion eines Intellektuellen und die Distanz eines in der Vergangenheit bewanderten Menschen in die Politik einbringt. In bestimmten Momenten ist das wichtig. Wichtig in den Zeiten abrupter Veränderungen, wenn man ohnehin schon außer Atem ist. Es sind gerade die Historiker, die uns aufs Neue Atem schöpfen und Distanz gewinnen lassen.«³ Timothy Garton Ash zufolge war Geremek »der wohl bedeutendste politische Architekt des ausgehandelten Endes des Kommunismus in Polen, das dem Rest des kommunistischen Europas den Weg ebnete.«⁴ Geremek war auch ein leidenschaftlicher Anhänger und Befürworter des europäischen Einigungsprozesses nach 1989. Bei der Suche nach Wegen zur Erschaffung eines vereinten Europas knüpfte er an die Ideen französischer Integralisten wie Jean Monnet, Robert Schuman und Jacques Delors an. Diese Vorgehensweise situierte ihn im Kreis der europäischen Föderalisten und der Europäer. Für ihn bestand die Gründungsmission der Europäischen Union (EU) in der Schaffung von Grundlagen und dem Bau von Fundamenten für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa, die eine Wiederholung der abscheulichen deutschen Verbrechen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs unmöglich machen würden. Am 21. Mai 1998 wurde er in Aachen »[...] für einen »außerordentlichen Beitrag zur europäischen Einigung auf literarischem, wissenschaftlichem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet«⁵ mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet. Als erklärter Europäer betonte er stets den gegenseitigen Nutzen aus der EU-Erweiterung in Mitteleuropa – nicht nur für die EU, sondern auch für die Bewerberstaa-

2 Tomasz Wiślicz: Bronisław Geremek – historyk niemarginalny. In: Paweł Luty (Hrsg.): Bronisław Geremek. Ojciec polskiego liberalizmu, Łódź 2010, S. 56.

3 Adam Michnik: Wcielenia Bronisława Geremka. In: Bronisław Geremek: Głos w Europie. Übersetzung aus dem Französischen: Agnieszka Rasińska-Bóbr, Fundacja Jeana Monneta na rzecz Europy i Ośrodek Badań Europejskich, Kraków 2010, S. 20.

4 Ebenda, S. 25.

5 Magdalena Pasikowska-Schnass: Bronisław Geremek: Auf der Suche nach dem vereinten Europa. In: Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments. Briefing vom 14.12.2021, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/698820/EPRS_BRI\(2021\)698820_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/698820/EPRS_BRI(2021)698820_DE.pdf), S. 2 (12.12.2022).

ten. Er vertrat die Ansicht, dass sich Polens EU-Beitritt sowohl auf wirtschaftliche als auch demokratische Transformationen stützen sollte, wodurch ein für alle Mal alle Versuchungen zum Aufbau eines autoritären Systems ausgeschlossen sein würden. Bereits während der im polnischen Parlament stattfindenden Debatte über die polnische Außenpolitik im Mai 1994 bezeichnete Geremek Polens EU- und NATO-Beitritt als die zwei Hauptziele der strategischen polnischen Auslands- und Sicherheitspolitik, die als Garantien der ökonomischen und militärischen Sicherheit Polens zu betrachten seien. Als polnischer Außenminister beteiligte er sich an den mit dem EU- und NATO-Beitritt Polens zusammenhängenden diplomatischen Verhandlungen. Am 31. März 1998 fiel ihm die Ehre zu, die Verhandlungen über den EU-Beitritt Polens zu eröffnen. Am 12. März 1999 überreichte er in der Truman-Bibliothek in Independence, einer Satellitenstadt von Kansas City (Missouri), der US-Administration in Anwesenheit der amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright sowie im Beisein der tschechischen und ungarischen Außenminister Jan Kavan und János Martonyi die Beitrittserklärung Polens zur NATO. Dies war der erste Schritt, mit dem sich Polen, Tschechien und Ungarn »auf den Weg machte[n], das einstige Zwischeneuropa zwischen dem Westen und Russland zu verlassen [...]«. ⁶ Am Tag des NATO-Beitritts von Polen gingen die politischen Träume seines Lebens in Erfüllung. ⁷ Als 1991 das Weimarer Dreieck als Forum des Meinungs-austausches zwischen Polen, Deutschland und Frankreich ins Leben gerufen wurde, nahm er es als einen Mechanismus wahr, der in der Zukunft potenziell den Prozess der Integration Polens in die EU unterstützen konnte. Er betrachtete dieses Forum als guten Schritt in Richtung der deutsch-polnischen Aussöhnung. In dem 1991 gegründeten Visegrád-Dreieck (Polen, Tschechoslowakei und Ungarn) sah er eine Plattform für die Zusammenarbeit, die das Ziel verfolgte, das Streben dieser Staaten nach dem EU- und NATO-Beitritt zu synchronisieren und in Zukunft eine gemeinsame Vision der Ostpolitik der gesamten EU, auch gegenüber Russland, zu definieren. ⁸ Im Jahre 2000 erarbeitete Geremek eine neue Strategie für die Russlandpolitik Polens, die die friedliche Lösung von Streitfragen in den polnisch-russischen Beziehungen unter Berücksichtigung der Förderung von demokratischen Bestrebungen in Russland und in allen postsowjetischen Staaten vorsah. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts setzte sich Geremek auch für strukturelle Reformen in der EU ein. Im Jahre 2001 wurde er Mitglied eines zur Zeit des belgischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union gegründeten Konvents, der die Erklärung von Laeken zur Zukunft Europas (14. Dezember 2001) erarbeitete ⁹ und dadurch

6 Ebenda, S. 6.

7 Vgl. Michnik: *Wcielenia Bronisława Geremka*, S. 15.

8 Vgl. Pasikowska-Schnass: *Bronisław Geremek*, S. 4.

9 Ebenda, S. 7.

dem Europäischen Konvent (2002–2003) und danach den Beratungen der Regierungskonferenz (2003–2004) den Weg zur Debatte über die Zukunft Europas ebnete. Das Ergebnis der Konferenz war der am 29. Oktober 2004 in Rom unterzeichnete Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE).

Von Geremek wurde »Europa als ›offener Kontinent‹ wahrgenommen, dessen fundamentales Prinzip die Achtung der Menschenrechte sowie der Grundlagen der Marktwirtschaft ist. Auf diesem Kontinent solle es das Problem der Grenzen überhaupt nicht mehr geben. Ihm zufolge »mussten die gemeinsamen demokratischen Werte die Basis der europäischen Gemeinschaft bilden. Dazu gehören ›polis‹, Zivilgesellschaft, Toleranz, nationale und kulturelle Vielfalt, Offenheit«. ¹⁰ Für Geremek war die europäische Integration ein beachtlicher Erfolg und zugleich »eine der wenigen positiven Leistungen in der eher traurigen – oder sogar finsternen – Bilanz des 20. Jahrhunderts«. ¹¹ Die Europäische Union sah er wiederum als internationale Organisation mit einem gemeinsamen Markt und einer gemeinsamen Währung, aber ohne politische Dimension. Aus diesem Grund unterstrich er, dass »sich die Integration nicht auf die Schaffung eines gemeinsamen Marktes oder auf die Einführung einer gemeinsamen Währung beschränken darf. Ihre Bürger sollten sie vielmehr als politische Gemeinschaft wahrnehmen«. ¹² Nach Geremeks Vorstellungen sollte die EU somit eine internationale Organisation mit soliden axiologischen Grundlagen sein. Darüber hinaus sollte sie mit einer übernationalen Außen- und Sicherheitspolitik, mit europäischen Schnellen Eingreiftruppen (European Union's Rapid Reaction Force) mit einer Einsatzkapazität von 70 000–100 000 Soldaten sowie mit stärkeren Kompetenzen der supranationalen Institutionen ausgestattet sein, um eine bedeutende Rolle auf der internationalen Bühne spielen und den dauerhaften Frieden auf dem europäischen Kontinent sichern zu können. ¹³ Eine solche Europäische Union sollte ausschließlich dem Frieden, nicht aber dem Krieg oder der Expansion dienen. Sie sollte mehr sein als nur eine normative Großmacht, dabei aber zugleich ausschließlich ein Verteidigungsbündnis bleiben. Geremek sah die EU in den Jahren 2020–2030 als eine »Föderation der miteinander eng verbundenen Völker«, die als etwas Größeres zu betrachten sei als nur als »eine deprimierende Alternative eines um eine Freihandelszone erweiterten Völkerbundes«. ¹⁴

10 Vgl. Michnik: *Wcielenia Bronisława Geremka*, S. 21.

11 Bronisław Geremek: *Unia Europejska i jej kryzysy*. In: Geremek: *Głos w Europie*, S. 36.

12 Ebenda, S. 46.

13 Vgl. Europa czynnik pokoju. Wywiad Philippe'a Nicoleta z Bronisławem Geremkiem, 6 października 2006 r., Lozanna. In: Geremek: *Głos w Europie*, S. 52; Bronisław Geremek: *Stworzyliśmy Europę, musimy stworzyć Europejczyków*. In: Geremek, *Głos w Europie*, S. 90.

14 Bronisław Geremek: *Integracja europejska po rozszerzeniu: obawy i wyzwania*. In: Geremek, *Głos w Europie*, S. 95.

Der vorliegende, aus zwei Teilen bestehende Sammelband ist einerseits dem politischen Denken Bronisław Geremeks sowie seinem Beitrag zur Neuorientierung der polnischen Außenpolitik nach 1989 gewidmet, andererseits der gegenwärtigen Debatte über die Zukunft der EU (Aufbau der EU, ihre Werte, ihre kulturelle Identität, ihr kollektives Gedächtnis und grüne Transformation). Solch einen zweigleisigen Ansatz hielten wir nicht nur deshalb für begründet, weil das Konzept der europäischen Integration in der politischen Vorstellung Geremeks einen langfristigen, mindestens bis in die dritte Dekade des 21. Jahrhunderts reichenden Prozess darstellte, sondern auch mit Blick auf schwierige Lage, in der sich die EU in den letzten Jahren wegen der Anhäufung zahlreicher Krisen befindet: Eurokrise (2010–2018), Flüchtlingskrise (2015–2016 und 2022), geopolitische Krise wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine (seit 2022) sowie der als Brexit bezeichnete Austritt des Vereinigten Königreichs (2016–2020) aus der Europäischen Union.

Das vorliegende Buch ist die Frucht eines am 6. April 2022 unter der Schirmherrschaft der Jagiellonen-Universität in Krakau in Zusammenarbeit mit der Bronisław-Geremek-Stiftung (Fundacja Centrum im. Prof. Bronisława Geremka) und Team Europe veranstalteten wissenschaftlichen Seminars, das im Rahmen des anlässlich seines 90. Geburtstages vom Senat der Republik Polen ausgerufenen Bronisław-Geremek-Jahrs abgehalten und vom Rektor der Jagiellonen-Universität in Krakau Prof. Dr. Jacek Popiel sowie dem Dekan der Fakultät für Internationale und Politische Studien Univ.-Prof. Dr. habil. Paweł Laidler eröffnet wurde. Es handelt sich um die erste Veröffentlichung in Europa, die sowohl das politische Denken von Geremek als auch dessen Einfluss auf die gegenwärtige Debatte über die Zukunft der EU analysiert. Das interdisziplinäre Kollegium der Autor:innen des Buches bilden Vertreterinnen und Vertreter aus Geschichtswissenschaft, Politologie, Rechtswissenschaft und Europastudien sowie aus Diplomatie und EU-Beamtenapparat aus Polen und dem Ausland, die allesamt anerkannte Expert:innen im Bereich des Systems und des Rechts der Europäischen Union und der EU-Politiken sowie auf dem Gebiet des europäischen Integrationsprozesses im weitesten Sinne sind. Überdies ist dieses Buch auch ein Beitrag zur »Konferenz zur Zukunft Europas«, einer der größten öffentlichen Debatten in der Geschichte der EU, die vom 9. Mai 2021 bis zum 9. Mai 2022 in allen Sprachen der Mitgliedstaaten durchgeführt wurde.

Krakau, den 1. Februar 2023

Janusz Józef Węc
Bożena Gierat-Bieroń

Aus dem Polnischen von Piotr A. Owsieński

DOI: 10.13173/9783447120241.VII

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.VII

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

Teil I

Die Europäische Union und Polen
in einer sich verändernden Welt

Bronisław Geremeks Beitrag zur Neuausrichtung
der polnischen Außenpolitik nach 1989



Gesicherte Demokratie: die NATO und die Gemeinschaft der Demokratien Bronisław Geremek und seine Außenpolitik

Henryk Szlajfer, Polnische Akademie der Wissenschaften (emeritus)

*Insured Democracy: NATO and the Community of Democracies
On Minister Bronisław Geremek and his foreign policy*

Bronisław Geremek never used the phrase “insured democracy”, but his understanding of Poland’s foreign policy was focused on the implementation of two fundamental goals: domestic security and strengthening of the democratic political order. The parallel implementation of both goals was conditioned by the place Poland would occupy in Europe and the Atlantic world: in the institutions of European cooperation and integration and in NATO. Membership in both of these structures at the time when Geremek took up the post of minister (Oct. 31, 1997) was not, despite the decisions of the Madrid “summit” opening the way to negotiations, a foregone conclusion. Many factors spoke against Polish membership. The war in the Balkans (Kosovo) was increasingly consuming Washington’s attention. Agreements reached with Russia in 1997 by the US and NATO did not inhibit Russian activity aimed at impairing the NATO enlargement project (“political membership”).

In the world at that time, an important element of the international order was the “democratic agenda”. The so-called “democratisation wave”, initiated in the 1980s mainly in Latin America and reaching its climax in Eastern Europe at the turn of the 1990s, was seen, also by Geremek, as one of the important insurances of the still feeble Polish democracy. He saw participation in the international initiative for the promotion of democratic values, institutions and procedures as an important part of the domestic political agenda. The globally conceived project of Secretary of State Madeleine Albright and Bronisław Geremek’s Community of Democracies was not just an emotional response, but also the result of a cool-headed political analysis. A meeting of 107 foreign ministers in Warsaw in 2000 would end with the establishment of the “Community of Democracies”. However, it would soon dissolve in the heat of the fighting in Iraq and Afghanistan.

DOI: 10.13173/9783447120241.003

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.003

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

1 Von Małowists Seminar in die Politik

Bevor Bronisław Geremek das Amt des Außenministers zu bekleiden begann, war er eine der führenden Persönlichkeiten der demokratischen Opposition. Außerdem gehörte er schon damals zum Kreis der anerkanntesten Historiker. Allerdings schreibe ich dies nicht ohne eine gewisse Sorge: Denn die Tatsache, in einer Zeit Historiker zu sein, in der viele Absolventen historischer Fakultäten der schlimmsten Regierungsmannschaft nach 1989 angehören, regt eher nicht zu positiven Reflexionen an. An dieser Stelle meine ich also tatsächlich »Historiker« und nicht »Besitzer eines Hochschulabschlusses«.

Geremek war Historiker und einer der Stars der durch das Seminar von Prof. Dr. Marian Małowist von der Universität Warschau geformten Gelehrten.¹ Sowohl der *Hochmeister* selbst – wie Małowist von seinen Schülern bezeichnet wurde – als auch Benedykt Zientara, Antoni Mączak, Henryk Samsonowicz, Jan Kieniewicz, Michał Tymowski, Jan Szemiński (die Namensliste ist lang) und gerade auch Geremek führten die polnische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in internationale Bahnen. Als polnische Historiker befassten sie sich nicht nur mit der polnischen, sondern auch mit der Weltgeschichte. Geremek, den Fernand Braudel für »den begabtesten Nachwuchshistoriker«² hielt, schrieb seine Dissertation (1960) zum Thema des Handwerks und Arbeitsmarktes im mittelalterlichen Paris. Nach einigen Jahren »verließ« er aber die Wirtschaftsgeschichte und befasste sich nach seiner Habilitation (1972) mit den sozialen Randgruppen des mittelalterlichen Paris, die ihm eine relevante Exemplifikation des Problems des »Fremden« und der sozialen Ausgrenzung zu sein schienen. Trotz des Interessenwechsels und der Abkehr von der Wirtschaftsgeschichte stand er damals weiter unter dem unmittelbaren Einfluss von Marian Małowist.³ Nach der Verhängung des Kriegsrechts geriet die Thematik der Habilitation in den Augen der Gewaltherrscher zum Vorwurf – Geremek, das »antisozialistische Element«, beschäftigte sich sogar mit der »Perversion«. Die Krönung der wissenschaftlichen Tätigkeit des Historikers Geremek war die Stelle als Lehrstuhlinhaber am Collège de France (*Titulaire de la chaire Internationale du Collège de France*), die er im Studienjahr 1992/1993 antrat.

Die Verschränkung von Geschichte und Politik in der öffentlichen Tätigkeit Geremeks war gewissermaßen natürlich. Aber mit der Einschränkung, dass das Wort *natürlich* die Umstände, unter denen es zu solch einer Verschränkung

1 Tomasz Siewierski: Marian Małowist i krąg jego uczniów. Z dziejów historiografii gospodarczej w Polsce, Warszawa 2016.

2 Vgl. ebenda, S. 63.

3 Vgl. ebenda, S. 179.

kam, nicht genau zum Ausdruck bringt. Die Zugehörigkeit zu einer Oppositionspartei *sui generis* war im autoritären System des »späten Kommunismus« darauf zurückzuführen, dass man zu einer unterdrückten Gruppe gehörte, deren Mitglieder die Gefängnisse – und nicht die Flure des Parlamentsgebäudes – füllten. Solch ein hartes Schicksal traf Prof. Karol Modzelewski (der so wie Geremek Mediävist war). Und auch Geremek blieb davon nicht verschont. Als er im Jahre 1978 die oppositionell gesinnte Gesellschaft der Wissenschaftskurse (Towarzystwo Kursów Naukowych, TKN) gründete, der auch sein Lehrer Marian Małowist – der »Hochmeister« – angehörte, erscheint sein gelehrter Beitrag über die Literatur als wichtige historische Quelle. Darin findet sich die folgende Feststellung: »Historiographic work, i. e. creativity, intended to record accounts of past events, is evidence of the weakness of the collective structure that is a moment to preserve and cultivate memory«⁴ Diese sich auf das wissenschaftliche Vorgehen eines Historikers beziehende Behauptung, die später auch auf die Politik übertragen wurde, bekommt eine zusätzliche Dimension: »Politik ohne Geschichte ist eine dumme Politik. Geschichte bedeutet das, woran die Völker gemeinsam teilgenommen haben und worauf sie sich berufen können«.⁵ Um präzise zu sein, war das weder ein Aufruf zu einer staatlichen »Geschichtspolitik« noch ein Appell zu einer Indoktrination, wie sie von verbissenen, nationalistisch und ethnozentrisch eingestellten Historikern betrieben wird. Er reagierte entschieden, als man hinter seinem Rücken den Versuch unternahm, die diplomatischen Vertretungen zur Verbreitung einer solch primitiven, als Geschichte verkleideten Propaganda zu nutzen.

Er zögerte auch nicht, nach einem der bürokratisierten Diplomatie fremden, »professoralen« Instrumentarium zu greifen. Gleich nach den Parlamentswahlen in Deutschland im Jahre 1998 kam der neue deutsche, zweifelsohne zum Kreis der wichtigen und schillernden Persönlichkeiten gehörende Außenminister Joschka Fischer nach Warschau. Fischer reiste damals als Minister und Vizekanzler über Warschau nach Paris und London. Er hatte Geremek bereits früher kennen gelernt. Das normalerweise für alle langweilige und anstrengende Abendessen im Przędziecki-Palast (Foksal) gestaltete Geremek ganz bewusst in ein Seminar um. »Herr Minister«, sagte er zu Fischer, »es ist sinnlos, die Zeit mit Toasten zu verlieren. Stattdessen schlage ich vor, dass Herr Redakteur Adam Michnik zu-

4 Bronisław Geremek: Narratives, Conventions and Sources – Literary Work in Research into Medieval Culture, in: Derselbe On the Middle Ages, Selection of articles by Hanna Zaremska, Warszawa 2017, S. 626–647, hier S. 629.

5 Vgl. Bronisław Geremek: Europa naprawdę nie ma granic. Nieznane wystąpienie. In: GAZETA WYBORCZA. MAGAZYN WOLNA SOBOTA vom 25. Juli 2015, S. 1. Autorisierte Äußerungen Bronisław Geremeks während des Seminars zu den deutsch-ukrainischen Beziehungen vom 15. Mai 2004, Warszawa, Collegium Invisibile (aus der Sammlung von Łukasz Adamski).

nächst erklärt, wie wir in Warschau über Russland denken«. Nach dem Auftritt von Michnik wandte er sich an mich: »Herr Botschafter, erklären Sie bitte Herrn Minister Fischer, warum wir in Warschau die NATO lieben«. Das Seminar dauerte lang und Geremek fand in Fischer einen hervorragenden Partner.

Als Historiker und Politiker war er schließlich imstande, die Bedeutung eines symbolischen Moments wertzuschätzen. Nicht einmal die schwierigste Vergangenheit sollte das Denken an den darauffolgenden Tag bremsen. Als er 1998 in Aachen den Internationalen Karlspreis zu Aachen entgegennahm,⁶ wusste er, dass er dort bei seinem Auftritt Französisch sprechen durfte. Letzten Endes sollte er ja in der von »Charlemagne« errichteten Hauptstadt die Ansprache halten. Allerdings wusste er ebenfalls, dass es geboten war, sich am Krönungsort der späteren deutschen Könige auch der deutschen Sprache zu bedienen. Erschwert wurde ihm dies jedoch durch seine Erinnerungen: die grauenhaften Erfahrungen eines jüdischen Jungen aus der Zeit der Nazi-Besatzung, der von einem edelmütigen Polen gerettet worden war. Darüber sprach er nicht viel, denn das seien, wie er sagte, in rationalen Kategorien nur schwer zu akzeptierende Erfahrungen.⁷ In Aachen sprach er folglich in der Sprache Heinrich Heines, obwohl er der französischen Kultur überaus zugeneigt war.

Aber um mich kurz zu fassen, hier nur noch ein paar Worte über Geremek, dessen Lehrerin aus Fraustadt (Wschowa), wo er nach 1945 aufwuchs, Folgendes feststellte: »Bronczek zeichnete sich durch Höflichkeit und Intelligenz aus«.⁸ Für bare Münze konnten jedoch nur die Naiven die Nachricht nehmen, dass man dann, wenn man Prof. Geremek auf der Treppe des Parlaments antraf, nicht wusste, ob er gerade den Sejm betrat oder ihn verließ. Auf das Angebot, unter einem Schirm Schutz vor dem Regen zu suchen, pflegte er zu antworten, dass er »zwischen den Tropfen hindurchhuschen« würde. Diejenigen, die seine guten Manieren sowie seine rhetorische Finesse mit fehlender Entschlossenheit verwechselten, waren schwer im Irrtum. Er war ein Mensch des Dialogs, aber nicht des Kompromisses um jeden Preis. Und er scheute sich nicht, dies auch unter Beweis zu stellen. Vielleicht wurde er deswegen nicht zum UN-Hochkommissar für Menschenrechte gewählt. Nach der Erfahrung mit der ehemaligen Präsidentin Irlands Mary Robinson wollten die Großmächte keinen selbstständigen und politisch bedeutenden Kandidaten mehr auf diesem Posten sehen. Also wurde damals ein geschätzter hoher Uno-Beamter mit dem Amt des Kommissars betraut.

6 Roman Herzog erhielt diesen Preis im Jahre 1997.

7 Piotr Bojarski, Włodzimierz Nowak: Bronisław Geremek ucieka z getta. Chudy chłopak w czterech swetrach. GAZETA WYBORCZA. DUŻY FORMAT vom 21. Juli 2008, S. 2.

8 Ebenda.

Lassen Sie uns nun aber zum wichtigsten Thema übergehen, also zu den Überlegungen über Geremek als den Minister, der die Sicherung der polnischen Demokratie für seine wichtigste Aufgabe hielt.

2 Auf dem Weg zum NATO-Beitritt

Geremek gebrauchte niemals den Ausdruck »gesicherte Demokratie«. Vielmehr berief er sich auf eine andere, in der Sache jedoch ähnliche Formulierung. Als er als Außenminister im Jahre 1998 seine erste Erklärung im Sejm abgab, begann er mit der Behauptung, dass wir uns bereits in der letzten Phase der »Bemühungen um die institutionelle Bestätigung und Versicherung der Ergebnisse der demokratischen Revolution aus dem Jahre 1989« befinden, was den NATO-Beitritt Polens betreffe. In Wirklichkeit war sein Verständnis der »versicherten Demokratie« breiter: Ihm ging es nicht nur um die politische, militärische und ökonomische Sicherheit des Staates, sondern auch um eine axiologische, in einer Verstärkung des demokratischen politischen Systems zum Vorschein kommende Ordnung. Die parallele Verwirklichung der beiden Ziele bestimmte den Platz Polens in der atlantischen Welt und in Europa: in der NATO sowie in den Institutionen der europäischen Zusammenarbeit und Integration. Nicht neben der NATO und der EU, sondern innerhalb dieser Organisationen werde es möglich sein, die Position Polens aufzubauen.

Die Mitgliedschaft Polens in diesen beiden institutionell ausgebauten Strukturen war zu der Zeit, als Geremek das Amt des Außenministers antrat (31. Oktober 1997), weiterhin eine Frage aktueller Verhandlungen und noch keine beschlossene Tatsache. Im Kontext dieser beiden Ziele verwies Geremek auf den Moment der Fortsetzung sowie auf die wichtigsten, bereits von den früheren Solidarność-Regierungen getroffenen Entscheidungen – auch unter seiner Mitwirkung, als er als Fraktionsvorsitzender der des Bürgerkomitees (Obywatelski Klub Parlamentarny, OKP) und langjähriger Vorsitzender des Parlamentsausschusses für auswärtige Angelegenheiten tätig war. Entscheidend sei also die Konsequenz des Handelns, aber auch ein gewisses Gefühl für die Situation. Der Außenminister der Vereinigten Staaten James A. Baker III., der 1990 die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Bezug auf Deutschland (und dadurch auch die für Polen günstige Regelung der deutsch-polnischen Grenze) einleitete, erwähnte, dass die rasche Akzeptanz der Zwei-plus-Vier-Initiative ein Beispiel der Diplomatie war, »in which I was reminded forcefully that, as location is to real estate, timing is to statecraft«.⁹

9 James A. Baker III: *The Politics of Diplomacy. Revolution, War and Peace 1989–1992*, New York 1995, S. 195. Mehr zum »polnischen Aspekt« jener Verhandlungen: Henryk

Geremek war sich als Politiker und Historiker dessen bewusst, dass das Zeitfenster für die Realisierung der auch dank der eigenen großen Anstrengungen der Polen herbeigeführten Chance nicht ewig geöffnet bleiben würde. Diese Chance konnte nämlich nicht nur infolge äußeren Drucks, sondern auch durch innenpolitische Entwicklungen vertan werden. Dabei hatte er die bittere Niederlage in den Wahlen von 1993 (nur vier Jahre nach der Revolution von 1989) vor Augen, als die einstigen politischen und ideologischen Widersacher an die Macht gelangten, die sich noch 1993 von der NATO losgesagt hatten. Später – das heißt im Jahre 1994 – griffen sie den ehemaligen Solidarność-Außenminister Krzysztof Skubiszewski frontal an, ohne dabei den ihn unterstützenden Minister Geremek und die Regierung zu schonen. Als er im Namen des außerordentlichen, sich aus den Mitgliedern der Allianz der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD) sowie der Polnischen Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL) zusammensetzenden Unterausschusses für die Beurteilung des diplomatischen Apparats seine Meinung über die von ihm geprüften Akten referierte, beschrieb der Berichterstatter die neue Diplomatie als Verschwörung von Vertretern mehr oder weniger namhafter Adelsgeschlechter oder gewöhnlicher, sich um die eigenen Interessen ihrer Familien kümmernder Menschen bzw. kleiner Cliques. In den inoffiziellen Gesprächen bediente man sich jedoch eines verständlicheren Ausdrucks – es handelte sich um eine Verschwörung von »Aristokraten und Juden«.¹⁰ 1991 oder 1993 von einem Konsens in der Außenpolitik zu sprechen, hieß, sicher einer Fiktion zu bedienen. Was aber die NATO betraf... Bezüglich dieser Frage kam es mehr als zehn Jahre später zu einem interessanten Meinungsaustausch zwischen den drei ehemaligen Außenministern. Als sich Geremek zu seinem Treffen mit einer US-amerikanischen Delegation äußerte, die Ende 1993 zu Gesprächen über das vom US-Verteidigungsminister vorgeschlagene Programm Partnership for Peace nach Polen gereist war, berichtete er über eine Feststellung des damaligen SLD-Chefs Aleksander Kwaśniewski:

» Herr Geremek hat die Wahlen verloren. Ich habe sie wiederum gewonnen, denn wir haben unterschiedliche Standpunkte zur NATO vertreten. Wir waren gegen den NATO-Beitritt, sie waren dafür, aber sie haben keine Antwort von den USA bekommen. Die Wahlen haben stattgefunden [...] und ich möchte die amerikanische Delegation darüber in Kenntnis setzen, dass meine Gruppierung den NATO-Beitritt Polens unterstützen wird.

Szljajfer: Wobec Stanów Zjednoczonych: minister Krzysztof Skubiszewski, czyli lekcja racji stanu. Kilka refleksji. In: Agnieszka Bieńczyk-Missala, Roman Kuźniar (Hrsg.): Dziedzictwo Krzysztofa Skubiszewskiego w polityce zagranicznej RP, Warszawa 2020.

10 Henryk Szljajfer: Dwa światy: 1989–2019. Polska polityka zagraniczna czasu rewolucji i czasu niepewności, ROCZNIK STRATEGICZNY 25 (2019/20), S. 475.

Włodzimierz Cimoszewicz versuchte die äußerst aufrichtige Äußerung von Kwaśniewski abzumildern:

- » An dem vor einem Augenblick erwähnten Treffen habe ich nicht teilgenommen und kenne die Feststellung Aleksander Kwaśniewskis nicht. Ich möchte aber etwas betonen. Zwischen 1990 und 1992 hatte mein politisches Milieu Zweifel an der Notwendigkeit von Polens NATO-Beitritt. Ich erinnere mich jedoch nicht daran, dass das Problem der polnischen NATO-Mitgliedschaft im Wahlprogramm von 1993 besonders akzentuiert behandelt worden wäre.

Andrzej Olechowski pointierte wiederum: »Es ist eine Tatsache, dass das Postulat einer NATO-Mitgliedschaft Polens von der Arbeitsunion (Unia Pracy, UP) ins Regierungsprogramm eingebracht wurde, die jedoch später gar nicht der Regierungskoalition beigetreten ist.«¹¹

Im Herbst 1997, als Geremek das Amt des Außenministers antrat, war dieser innerstaatliche Streit um die NATO schon Geschichte. Aber der Erfolg des gelungenen Abschlusses der bereits andauernden Verhandlungen verlangte Konsequenz im Handeln und auch die Berücksichtigung eines Spielraums für den Fall eines unkalkulierbaren Verhaltens seitens der SLD-Opposition und vor allem wegen des externen Widerstands seitens der künftigen Verbündeten. Trotz der in Madrid getroffenen Entscheidung, Polen zu den Verhandlungen einzuladen, war die polnische NATO-Mitgliedschaft beim Amtsantritt Geremeks noch keine ausgemachte Sache. Die Mitgliedsländer, darunter auch ein Teil der amerikanischen Eliten (ganz zu schweigen von den europäischen), waren 1997 nicht fest entschlossen, die begonnenen Verhandlungen relativ schnell und erfolgreich zu beenden. Viele Umstände sprachen gegen die polnische NATO-Mitgliedschaft. Die Balkankriege und insbesondere die Eskalation des Kosovo-Konflikts nahmen die Aufmerksamkeit Washingtons in zunehmendem Maße in Anspruch. Die in der ersten Hälfte des Jahres 1997 geschlossenen Abkommen der USA und dann der NATO mit Russland hemmten keineswegs die russischen Aktivitäten, die auf eine Vereitelung des Projekts der NATO-Osterweiterung abzielten. Konkret ging es um die vom russischen Außenminister und späteren Ministerpräsidenten Jewgeni Primakow unterstützte Idee einer »politischen Mitgliedschaft« Polens, Tschechiens und Ungarns. Gegen Ende der »Ära Jelzin« waren die polnisch-russischen Beziehungen ohnehin nicht besonders gut. Zugleich ruhte der noch vom früheren Minister Dariusz Rosati (SLD) ausgehandelte Vorsitz Polens in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) seit Januar 1998 auf Geremeks Schultern. Zwar hatte die OSZE

11 Polska i świat (zapis dyskusji), Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2007, S. 16, 19–20.

damals eine etwas größere Bedeutung als heute, aber der OSZE-Vorsitz verkomplizierte die polnische Politik. Die Kombination der Rolle des internationalen Schlichters mit den Verhandlungen bezüglich eines schnellen NATO-Beitritts Polens (mit Russland als Widersacher) stellte nicht unbedingt eine Quadratur des Kreises dar, aber sie verlangte doch besondere Verhandlungsfertigkeiten. In diesem Sinn übernahm Geremek zur rechten Zeit das Amt des Außenministers. Positiv beurteilte er in seinem Exposé von 1998 die im Rahmen der OSZE geführten Verhandlungen über die Veränderungen im Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (Conventional Forces in Europe Treaty, CFE), die eine wirksamere Kontrolle über die Dislokation der wichtigen Elemente des Verteidigungspotenzials ermöglichten. Dabei betonte er gleichzeitig (mit dem Gedanken an den NATO-Beitritt), dass die »neuen Vertragsregelungen [...] die Fähigkeit des Bündnisses für die Ausübung von Art. 5 keinesfalls blockieren dürften. [...] Sie dürfen auch die nationalen Verteidigungskräfte nicht schwächen.«¹² Dieser Vorbehalt betraf indirekt die Bemerkung in der 1997 unterzeichneten NATO-Russland-Grundakte:

- » Die NATO und Russland sind der Auffassung, dass ein wichtiges Ziel der KSE-Vertragsanpassung in einer deutlichen, mit den legitimen Verteidigungserfordernissen jedes Vertragsstaats vereinbaren Verringerung des Gesamtumfangs der durch den Vertrag begrenzten Ausrüstungen, die im Anwendungsgebiet des Vertrags erlaubt sind, besteht.¹³

Zu Beginn des Jahres 1999 wurde von einem Teil des militärischen Apparates der USA schließlich der verzweifelte Versuch unternommen, die Entscheidung über die NATO-Erweiterung zu verzögern (oder sie gar zu blockieren). Vielmehr verlangten die Verhandlungen über den NATO- und EU-Beitritt jetzt nach Strategien, dank denen die interne Kompatibilität mit den beiden Institutionen gewährleistet werden konnte. Im Fall der NATO verlief dies nicht reibungslos, was die amerikanischen Gegner einer NATO-Erweiterung übertrieben hervorhoben. Zwar war es keine der Aufgaben des Außenministers, diese Barrieren zu durchbrechen, aber der Politiker Geremek konnte sich dieser Herausforderung wiederum auch nicht entziehen. Auf jeden Fall war es für ihn offensichtlich,

12 Bronisław Geremek: Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski, przedstawiona na 13. posiedzeniu Sejmu RP III Kadencji, 5 marca 1998, S. 159.

13 Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation, 27. Mai 1997, In: Bulletin der Bundesregierung vom 3. Juni 1997, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/grundakte-ueber-gegenseitige-beziehungen-zusammenarbeit-und-sicherheit-zwischen-der-nordatlantikvertrags-organisation-und-der-russischen-foederation-1--803640/>, S. 1-23 (23.03.2023).

dass »die polnische Mitgliedschaft in der NATO und der EU-Beitritt Polens als kommunizierende Röhren zu betrachten sind und somit eine große nationale Angelegenheit sind. Anders kann es auch gar nicht sein. An der Schwelle zum 7. Jahrhundert v. Chr. schrieb Archilochos: »Der Fuchs kennt viele verschiedene Sachen, der Igel aber nur die wichtigste«. In unserem Handeln wollen wir zweifellos dem Igel-Modell näher als dem des Fuchses sein.«¹⁴

In der Truman-Bibliothek in Independence unterzeichnete Geremek am 12. März 1999 im Beisein der US-Außenministerin Madeleine Albright sowie in Gegenwart der tschechischen und ungarischen Minister die Beitrittserklärung Polens zur NATO. Dies war – wie er auch selbst mehrmals betonte – jener Moment, an dem seine Träume von einem sicheren, in den atlantischen Strukturen an seinem Platz in Europa verankerten Polen in Erfüllung gingen. Dieser Teil der Aufgabe, dem polnischen Staat einen Platz innerhalb der Strukturen der NATO zu gewährleisten, wurde umgesetzt. In den nächsten Jahren sollten die Anstrengungen wiederum darauf gerichtet sein, dieser Mitgliedschaft eine konkrete Dimension zu verleihen, also um Veränderungen in der polnischen Armee sowie um die Präsenz der NATO auf dem erweiterten Vertragsgebiet, sodass Art. 5 des Vertrags konkret mit Inhalt gefüllt werden konnte und die von Theodore Roosevelt bestimmten Bedingungen – »Let us speak courteously, deal fairly, and keep ourselves armed and ready« – erfüllbar waren. Nichtsdestotrotz hielten sich die Regierungen der USA sowie der europäischen Verbündeten bis 2014 – das heißt bis zur russischen Annektierung der Krim – konsequent an die 1997 mit Russland getroffene Vereinbarung zur Begrenzung der militärischen Macht der NATO an der Ostflanke:

» Die NATO wiederholt, dass das Bündnis in dem gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld seine kollektive Verteidigung und andere Aufgaben eher dadurch wahrnimmt, dass es die erforderliche Interoperabilität, Integration und Fähigkeit zur Verstärkung gewährleistet, als dass es zusätzliche substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert.¹⁵

Ein ungeplantes Ergebnis von Putins Politik sollte dann die schrittweise Eliminierung dieser Begrenzungen sein. Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 beschleunigte nur diesen Prozess. Geremek strebte aber im Jahre 1999 ebenfalls nach der Realisierung des 1998 von ihm angekündigten Plans, dem zufolge die Beziehungen mit den USA nach dem NATO-Beitritt

14 Kontynuacja i nowa dynamika. Wypowiedź Ministra Spraw Zagranicznych Bronisława Geremka na spotkaniu z korpusem dyplomatycznym 12 listopada 1997, Warszawa (Kopie in der Sammlung des Autors).

15 Grundakte, S. 20.

Polens einen »vollauf, tatsächlich und formal bündnisstiftenden und auf regionaler Ebene privilegierten Charakter haben«.¹⁶

In den schwärzesten Träumen malte sich jedoch niemand – auch Geremek nicht – aus, dass die polnische Glaubwürdigkeit 20 Jahre nach dem NATO-Beitritt Polens in Frage gestellt werden würde. Wie weit das 1999 erreichte Ergebnis von der seit 2015 in Polen regierenden Partei PiS (Prawo i Sprawiedliwość, dt. Recht und Gerechtigkeit) erschüttert wurde, zeugt u. a. der 2019 von zwei Veteranen der amerikanischen Diplomatie sowie der Streitkräfte verfasste Bericht über die Situation und die Zukunft der NATO. General Douglas Lute und Botschafter Nicholas Burns, hochrangige Mitarbeiter der US-Präsidenten G.W. Bush und Barack Obama, stellten fest:

- » NATO is struggling to confront a potentially cancerous threat from within. Three allied governments – Poland, Hungary and Turkey – have undermined their own democracies in varying degrees by suppressing free speech and a free press and limiting the independence of the courts. As NATO is, first and foremost, an alliance of democracies, the actions of these governments threaten the core values – democracy, individual liberty and the rule of law – to which each ally is committed in the North Atlantic Treaty.¹⁷

Dies war eines der vielen Anzeichen der Beunruhigung wegen der Situation in Polen und wegen seines Platzes innerhalb der NATO-Struktur. Angesichts der für einen gemeinsamen Standpunkt und ein kohärentes Handeln der NATO destruktiven Schritte des ehemaligen Präsidenten Donald Trump, dessen Politik sich durch eine geradezu transaktionsbezogene Herangehensweise an die Frage der Sicherheit der atlantischen Welt kennzeichnete, führte die Innenpolitik der PiS *de facto* dazu, die Glaubwürdigkeit der Bündnisgarantie in Frage zu stellen.¹⁸ Um es noch einmal zu betonen – es ist gewissermaßen ein Nebeneffekt des aggressiven Kriegs, der der Ukraine am 24. Februar 2022 von Putins Russland aufgezwungen wurde, ist, dass die polnische Politik aus der Marginalisierung, in die sie von der PiS-Regierung hineinmanövriert wurde, herausgeholt wird. Es war vor allem das polnische Volk, das – sozusagen als größte Nichtregierungsorganisation in Polen – eine Antwort auf die Ankunft von Millionen ukrainischer Geflüchteter, Frauen und Kinder, gab. In diesem kritischen Moment ersetzte das Volk staat-

16 Bronisław Geremek: Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski, przedstawiona na 13. posiedzeniu Sejmu RP III Kadencji, 5 marca 1998, S. 166.

17 Douglas Lute, Nicholas. Burns: NATO at Seventy. An Alliance in Crisis, Harvard Kennedy School Belfer Center for Science and International Affairs, Cambridge, MA, February 2019, S. 4.

18 Szlajfer: Dwa światy, S. 488-490.

liches Handeln. Fast über Nacht wurde das weder vollends demokratische noch vollends autoritäre Polen zu einem relevanten Element der amerikanischen Politik in Osteuropa. Die Parteiführer und Aktivisten konnten erleichtert aufatmen und mit stolz geschwellter Brust dastehen. Alles in allem – nichts Neues in der amerikanischen Strategie des internationalen Handelns angesichts einer Gefahr.

3 Demokratische Agenda

Die in den 1970er Jahren in Südeuropa (Portugal, Spanien) eingeleitete Demokratisierungswelle, die im darauffolgenden Jahrzehnt vor allem Lateinamerika erreichte, um schließlich in den 1980er und 1990er Jahren nach Osteuropa zu gelangen, wurde auch von Geremek als eine der wichtigen Sicherungen der noch fragilen Demokratien wahrgenommen, zu denen auch die polnische Demokratie gehörte. Die Beteiligung an der Verbreitung der demokratischen Werte, Institutionen und Prozeduren – also im wahrsten Sinne des Wortes an einem globalen Projekt – erkannte er als gewichtiges Element in der inneren politischen Agenda. Hierbei betonte er das Wesen der Zugehörigkeit zu Europa:

- » Europa hat wirklich keine Grenzen. Wie kann man die Grenzen Europas bestimmen? Kann man sagen, dass 3 Prozent der Türkei europäisch sind und der Rest schon den asiatischen Steppen gehört? Im Grunde genommen bestimmt jede Generation die Grenzen Europas. Eine Grenze soll jedoch eindeutig sein: die axiologische Grenze, die Grenze des Wertesystems, die Grenze der Regeln in der politischen Praxis. Dies sind die Kopenhagener Kriterien. Dies ist die Frage: Was ist mit der Demokratie, mit dem Rechtsstaat, mit der Freiheit, mit der Achtung und dem Schutz von Minderheiten?¹⁹

Es verwundert also wenig, dass er in seiner Rede vor dem diplomatischen Korps gleich nach seinem Amtsantritt sagte:

- » Ich möchte mehr Aufmerksamkeit auf die menschliche Dimension unserer Außenpolitik richten. Es liegt keine rhetorische Emphase in der Feststellung, dass Polens Weg in die NATO und in die EU – und noch breiter gesehen – zum Erreichen einer dauerhaften Autorität und eines Ansehens in der Region sowie in der Welt immer über Straßburg führt, das heißt über den Sitz des Europarates und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte.²⁰

19 Geremek: Europa naprawdę nie ma granic, S. 2.

20 Kontynuacja i nowa dynamika. Wypowiedź Ministra Spraw Zagranicznych Bronisława Geremka na spotkaniu z korpusem dyplomatycznym (Kopie in der Sammlung des Autors).

Mehr als zwei Jahre später setzte er diesen Gedankengang in seiner Regierungserklärung fort:

- » Die Verwirklichung der polnischen Interessen verlangt auch, über den Tellerrand hinauszuschauen, in eine weite Zukunft zu blicken und uns für den Bau von Fundamenten einer internationalen Ordnung einzusetzen, die unseren langfristigen Interessen entspricht.

Die demokratische Agenda war ein Teil dieser Perspektive. Die polnische Außenpolitik, so betonte er, ziehe ihre Kraft daraus, dass Werten wie Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde und menschlicher Solidarität Bedeutung beigemessen wird: »Bei aller Achtung vor Realismus und Pragmatismus betrachte ich diese Werte als handlungsleitend«.²¹

Die so umrissene Agenda setzte gleichzeitig voraus, dass demokratische Wahlen, sofern sie allgemein sind, im Grunde genommen die beste Absicherung der als Interessen von Staat, nationaler Gemeinschaft und Individuen verstandenen polnischen Staatsräson sind. Es war eine Zeit des Optimismus, trotz des Tian'anmen-Massakers in Peking (1989), trotz des Bosnienkrieges und trotz der Vernichtungskriege in manchen Teilen Afrikas (vor allem in Ruanda 1994). Es klingt wie eine düstere Groteske, aber man konnte neben diesem Übermaß an Unglück den Eindruck gewinnen, dass die demokratische Ordnung als Sammlung von Institutionen und Wertesystemen im Aufschwung begriffen war. Allerdings war dies nicht mit dem häufig falsch interpretierten »Ende der Geschichte« zu verwechseln. Ganz im Gegenteil! Es schien, als ob wir die Zeugen des Anfangs der wahren Geschichte seien, die sich diesmal auf die menschlichen Bedürfnisse sowie auf die Freiheit von Armut und Bedrängnis konzentrieren würde.

In diesem Kontext erblickte das gemeinsame und global angelegte, im Laufe der Arbeitsvorbereitungen als *Towards a Community of Democracies* bezeichnete Projekt der damaligen US-Außenministerin Albright und Geremeks das Licht der Welt. Die amerikanisch-polnische Idee verwandelte sich in eine breitere Initiative. An ihrer Vorbereitung beteiligten sich auch Chile, Tschechien, Indien, Südkorea und Mali. Die Teilnahme Indiens war besonders bedeutsam: Diese Tatsache entkräftete nämlich die Argumente seitens der Kritiker, die behaupteten, es habe sich dabei um eine rein amerikanische Unternehmung gehandelt. Eine ähnliche Bedeutung hatte auch die aktive Teilnahme des südafrikanischen Außenministers an der Konferenz. Die Idee, den einst auf allen Kontinenten initiierten Demokratisierungswellen neue Impulse zu verleihen, schien eine po-

21 Bronisław Geremek: Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski, przedstawiona na 78. posiedzeniu Sejmu RP III Kadencji, 9 maja 2000. In: *Exposé Ministrów Spraw Zagranicznych 1990–2013*, Warszawa 2013, S. 223–224.

sitive Antwort zu sein, die sowohl auf Werten als auch auf pragmatischen Voraussetzungen basierte. Es handelte sich um die Schaffung einer gemeinsamen Grundlage für den Dialog und für die Zusammenarbeit zwischen den »reifen Demokratien« und den sog. fragile democracies oder emerging democracies. Unter den 107 Außenministern und Staatssekretären war auch ein Vertreter Russlands anzutreffen. Schließlich wurde ebenfalls der Versuch unternommen, die Diskussionen von Regierungsvertretern auf Außenminister-Ebene durch Gespräche zwischen mehreren Hundert Vertretern von Nichtregierungsorganisationen aus aller Welt zu begleiten.

Einige Wochen vor dem Beginn der Konferenz berichtete Geremek in seinem Exposé: »Hier im Gebäude des polnischen Parlaments, das die Traditionen der polnischen Demokratie repräsentiert, findet am 26. und 27. Juni die erste internationale Konferenz von weltweiter Bedeutung über die Demokratie statt.«²²

Die Abgeordneten reagierten mit Gleichgültigkeit auf diese Nachricht. Anders als Sejmmarschall Maciej Płażyński – ein politischer Gegner Geremeks –, der sich für die Konferenzinitiative aussprach, war Alicja Grzeškowiak, die damals dem Oberhaus des polnischen Parlaments als Senatsmarschall vorstand, aus fraglichen Gründen nicht damit einverstanden, den Konferenzteilnehmern einen Teil der Räume des Senatsgebäudes zur Verfügung zu stellen, weil sie seine »Würde« schützen wollte. Dies war kein gutes Omen, aber das sollte sich erst in der Zukunft zeigen, als die inneren Bedrohungen für die polnische Demokratie an der Tagesordnung standen. Im Jahre 2000 wurde die Möglichkeit des Verfolgens und der Erweiterung der demokratischen Agenda als natürliche Schwächung – wie man es beurteilte – des Lagers der »Freiheitsfeinde« wahrgenommen. In seiner die Konferenz eröffnenden Ansprache stellte Geremek fest: »Democracy today is not, by and large, under threat from external enemies. These still exist but they are on the defensive. If anything, it is they who are ›threatened‹ by democracy. [...] There is no sign of any serious totalitarian alternative looming on the horizon.« In Einklang damit stand auch die Feststellung von Joschka Fischer: »Never before in history has democracy been so widespread as it is today. And there is a good chance that this trend will continue.«. Zugleich fügte er aber hinzu: »Triumphalism on the glorious progress of democracy all over the world is inappropriate.«. Ebenso vorsichtig wählte Uno-Generalsekretärs Kofi Annan seine Worte: »this last year alone has witnessed a troubling number of cases where democratic rule has been subverted, or maintained in name only, while in reality authoritarian government has taken over.«²³

22 Ebenda, S. 224.

23 Alle Zitate stammen aus *Towards a Community of Democracies*, Warsaw, Poland 26–27 VI 2000 (Dokumente). in: *THE POLISH QUARTERLY OF INTERNATIONAL AFFAIRS* 9 (2000), H. 2 (Beilage), S. 13, 28, 41.

Trotz der Komplikationen, die durch den Zerfall der Koalition aus AWS (Akcja Wyborcza Solidarność, dt. Wahlaktion Solidarność) und UW (Unia Wolności, dt. Freiheitsunion) und den Rücktritt der Regierung von Jerzy Buzek ausgelöst wurden, waren nicht nur die Organisation der Konferenz, sondern auch deren Rang und Verlauf ein Erfolg von Geremek. Dank der hervorragenden Zusammenarbeit der beiden Politiker wurde vereinbart, dass Minister Geremek erst einige Tage später – also erst nach der Konferenz – zurücktreten würde, damit keine zusätzlichen Schwierigkeiten entstünden. Somit leitete er die Begegnung von 107 Außenministern und mehreren Ehrengästen (darunter Kofi Annan und die ehemaligen Präsidenten Argentiniens und Brasiliens), die die Community of Democracies ins Leben riefen und die Warsaw Declaration annahmen. Die Erklärung konkretisierte die Aufgaben im Zusammenhang mit der Verbreitung und Stärkung der demokratischen Agenda in enger Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen.

Es ging nicht ohne Probleme ab, die der französische Außenminister Hubert Védrine bereitete: Es war nämlich nur die französische Delegation, die die Warsaw Declaration nicht unterzeichnete. Paradoxerweise verschaffte Védrine der Konferenz dank dieser Entscheidung eine globale PR. Dieser gegen die USA gerichtete polemische Schritt resultierte aus der falschen Annahme, dass es die Absicht der Konferenz gewesen sei, ein einziges Modell der Demokratie sowie die Mittel zu deren Erreichung aufzuzwingen. Védrine sagte:

» The West must echem any behaviour which could create the impression it is using the general aspiration to democracy and respect for human rights [...] for the purpose of advancing political, economic or cultural influences or dominance just as the fruitful principle of free trade is exploited for the same ends.²⁴

Ohne den Namen des französischen Ministers zu nennen, antwortete Madeleine Albright darauf: »We did not come to Warsaw to impose democracy [...]. Dictators impose; democracy is chosen. Nor is democracy a religion [...].«²⁵ Die Community of Democracies bewährte sich nicht als eine Idee, die imstande gewesen wäre, die politische Vorstellungskraft in Gang zu setzen. Über ihren schnellen Niedergang entschieden die islamistischen Terroristen sowie die amerikanische

24 Ebenda, S. 36.

25 Ebenda, S. 46. Hierbei sei anzumerken, dass Geremek offenbar annahm (oder wusste?), dass Minister Hubert Védrine während der geplanten Konferenz für Probleme sorgen konnte. Einige Tage vor der Konferenz ließ er mich den Minister anrufen, um ihm zu signalisieren, dass er lieber nicht kommen solle. Dank eines Zufalls gelang es mir tatsächlich, Védrine diesen Ratschlag in einem persönlichen Gespräch mitzuteilen. Danach kam es dann so, wie bereits geschildert.

Antwort auf die Terroranschläge am 11. September 2001. Die in den Hintergrund gedrängte demokratische Agenda wurde zu einem der Opfer der Kämpfe im Irak und in Afghanistan.²⁶ Hinzu kamen weitere Faktoren. An dieser Stelle meine ich einerseits die rasche Evolution der russischen Politik, die ihren Höhepunkt – wie es uns erschien – im Jahre 2014 in Form der Annexion der Krim erreichte, sowie andererseits die Abkehr von der liberalen Demokratie, wie sie in vielen Ländern, darunter auch in Polen (nach 2015) und in Ungarn, stattfindet. Als Joe Biden am Ende des Jahres 2021 auf die Idee kam, der demokratischen Agenda einen neuen Impuls zu geben (Summit for Democracy), war sie von der nächsten Bedrohung seitens Russlands überschattet. Im Kontext der gemeinsamen Initiative von Geremek und Albright (1999–2000) sprach die bis zuletzt bestehende Ungewissheit, ob der polnische Präsident tatsächlich zu dieser Gipfelkonferenz eingeladen werden würde, Bände über die bitteren Früchte der Politik der PiS und über das Ausmaß des Rückgangs der Demokratie in Polen. Ungarn, Kuba, Venezuela, China und Nordkorea erhielten keine Einladung.

4 Ukraine, Polen, Deutschland

Im Handeln Geremeks, das auf eine Sicherung der polnischen Interessen und das Schaffen von für die Konsolidierung der demokratischen Ordnung günstigen Bedingungen gerichtet war, hatte die Ukraine stets einen besonderen und exponierten Stellenwert. Nach dem Zerfall der Sowjetunion war – wenn wir dabei die russische Enklave des Kaliningrader Gebietes unberücksichtigt lassen – die Ukraine das größte Nachbarland Polens entlang der gesamten südlichen und östlichen Grenze. Sie spielte zudem eine Schlüsselrolle bei der Beschränkung der Möglichkeit eines Wiederaufbaus des imperialen Russlands, worüber aber an dieser Stelle nicht mehr gesagt werden soll. In den Überlegungen von Geremek stellte sie somit weder einen Gegenstand prometheischer Maßnahmen noch eine Verkörperung der Jagiellonischen Idee dar. Vielmehr war sie in seinen Augen ein potenziell starker Partner, der die Chance hatte, sich an einer Neudefinition der Beziehungen an der Grenze mit Russland zu beteiligen.

Bereits in seiner ersten öffentlichen Rede als Minister stellte er den Wert der Beziehungen mit der Ukraine in den Vordergrund und verwies auf die Umstände,

26 In den Folgejahren tauchte die modifizierte Initiative der Community of Democracies während der Gespräche zum Thema des Projektes »Demokratie-Konzert« in den USA auf. Ivo Daalder, James Lindsay: Democracies of the world, unite. In: THE AMERICAN INTEREST 2 (2007) H. 3 (Januar – Februar), S. 5-19; James M. Lindsay: The case for a concert of democracies. In: ETHICS & INTERNATIONAL AFFAIRS 23 (2009), H. 1, S. 5–11.

die das Überleben des ukrainischen Staates ermöglichen. Als Historiker war er sich auch des nicht besonders ermutigenden Erbes der polnisch-ukrainischen Beziehungen bewusst: »Mit der Ukraine haben wir nichts erreicht. Aus dem polnischen Blickwinkel war die polnische Politik seit dem 17. Jahrhundert eine erfolglose Politik. Sie war auch erfolglos gegenüber unseren nächsten Nachbarn.«²⁷ Bereits einige Tagen nach seinem Amtsantritt erklärte er den in Warschau akkreditierten Botschaftern, dass »die unaufhörliche Stärkung der internationalen Position der Ukraine samt deren demokratischer Orientierung und Stabilität« zu den »heute ebenso wie gestern wichtigen«²⁸ zentralen Aufgaben der polnischen Politik gehörte. Einige Monate später verstärkte er diese Botschaft in einer Rede im Sejm noch weiter:

- » Die unabhängige Ukraine besitzt eine strategische Schlüsselbedeutung für Polen sowie für seine Sicherheit und die Stabilität in der Region. Deswegen haben die beiden Staaten ein Interesse an der Aufrechterhaltung privilegierter Beziehungen mit der Ukraine, was überdies die Verstärkung der europäischen Sicherheit begünstigt.«²⁹

Vielleicht war diese polnische Stimme im damaligen Europa nicht unbedingt isoliert, aber sie traf sicherlich nicht auf breiteren Widerhall und mutete wohl eher wie ein polnisches Steckenpferd an. Dies sollte sich schon bald zeigen, als im Jahre 2004 im Verlaufe der als Reaktion auf die Wahlfälschungen des von Russland unterstützten Präsidentschaftsanwärters Wiktor Janukowytsch ausgebrochenen Orangenen Revolution in Kiew unter Mitwirkung von Aleksander Kwaśniewski ein Kompromiss ausgehandelt wurde, der den Weg zur Wiederholung der Stichwahl für das Präsidentenamt öffnete.³⁰ Es wäre durchaus eine

27 Geremek: *Europa naprawdę nie ma granic*, S. 2.

28 *Kontynuacja i nowa dynamika. Wypowiedź Ministra Spraw Zagranicznych Bronisława Geremka na spotkaniu z korpusem dyplomatycznym* (Kopie in der Sammlung des Autors).

29 Bronisław Geremek: *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski, przedstawiona na 13. Posiedzeniu Sejmu RP III Kadencji*, 5 marca 1998, S. 170.

30 Tomasz Stępniewski: *Miejscze Ukrainy w polityce wschodniej Polski po 2004 roku*. In: *SPRAWY MIĘDZYNARODOWE* 71 (2018), H. 3, S. 173–193. Dazu eine kurze Reflexion: Nach dem Abschluss des Kompromisses fuhr ich auf Anweisung von Minister Adam D. Rottfeld nach Brüssel, um dort vorzuschlagen, den Punkt »Ukraine« auf die Tagesordnung von COREPER (des Ausschusses der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten, ASiV) zu setzen. Zugleich sollte ich – als Mitglied der die »Verhandlungen führenden« Gruppe in Kiew – den westlichen Politikern Informationen über den Ablauf der Ereignisse übermitteln, die zum Kompromiss geführt hatten. Dieses Geschehen, das wir aus unserer Perspektive als Ereignis von epochaler Bedeutung beurteilten, wurde von der Mehrheit meiner Brüsseler Gesprächspartner aus dem »alten« Europa geradezu leichtsinnig, in jedem Fall aber nicht allzu verantwortungsvoll wahrgenommen.

Übertreibung, zur damaligen Zeit von einer konsequenten Politik Europas oder Amerikas gegenüber der Ukraine zu sprechen. Schon wenige Monate vor den revolutionären Ereignissen auf dem Majdan-Platz (2004) hatte sich Geremek, damals bereits Europaabgeordneter, zum Thema der Ukraine geäußert. Trotz der Enttäuschung angesichts der zur Regierungszeit des Präsidenten Leonid Kutschma zu langsam voranschreitenden Veränderungen am Dnjepr – die in manchen Bereichen sogar als Rückschritt wahrgenommen werden mussten – hatte Geremek keinen Zweifel: »Es ist völlig klar, dass wer auch immer aus Polen über die Ukraine spricht, stets ein Interesse an der Ukraine hat.«³¹ Diese Äußerungen bezogen sich – mehr als ein Jahrzehnt nach der Gründung des unabhängigen ukrainischen Staates – auf Überlegungen zur deutschen Politik gegenüber Kiew. Er fragte:

- » Kann man sagen, dass Deutschland Polen und die Ukraine auf dieselbe Art und Weise behandelt? Ich wäre mir da nicht so sicher. Es scheint mir, Deutschland würdige die Bedeutung Polens, aber die Bedeutung der Ukraine schätzt es nicht hoch genug ein. [...] Deutschland weiß mehr von Estland oder Lettland, aber sehr wenig über die Ukraine. Deutschland sieht weder eine politische Rolle noch einen Platz für die Ukraine in Europa.

Ist dies auf unterschiedliche Betrachtungsweisen Europas, des historischen Erbes oder der Beziehungen mit Russland zurückzuführen? Sicherlich, aber Geremek fügte zugleich hinzu: »Es gibt so etwas wie eine emotionale Nachbarschaft. Ein bisschen kommt sie momentan im Verhältnis Kiews mit Warschau, mit Berlin vor. Aber nicht im Verhältnis Berlins mit Kiew«. Dann schlussfolgerte er:

- » Wenn wir [...] die Deutschen dazu überreden wollen, sich für die Ukraine zu interessieren und mehr über die Ukraine zu wissen, dann müssen wir ihnen ihr Eigeninteresse daran aufzeigen [...]. Für mich ist es wichtig zu beobachten, welche Beziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland bestehen, weil das für die Ukraine, für Europa und für Polen von Bedeutung ist.

Geremek wäre mit der deutschen Antwort auf die gegenwärtigen, vom russischen Aggressor ausgelösten Verheerungen der Ukraine nicht zufrieden gewesen. Ich denke jedoch, er hätte den Versuch eines Kurswechsels in der deutschen »Ostpolitik« bemerkt, die die im Verlaufe der letzten 50 Jahre gestaltete politische DNA Deutschlands darstellt. Ihm wären ebenfalls die Elemente der kritischen Reflexion in der öffentlichen Debatte der Deutschen aufgefallen. Er hätte wahrscheinlich hinzugefügt:

31 Geremek: Europa naprawdę nie ma granic, S. 2. Alle weiteren Zitate im vorliegenden Unterkapitel entstammen diesem Text.

- » Eine Garantie auf Beständigkeit kann es nicht geben. Mit dem guten Willen einiger Politiker halten die Taten nicht Schritt. Wir haben es also lediglich mit einem Versprechen zu tun. Aber daran muss weiter gearbeitet werden, obwohl die Zeit knapp ist. Die politische (Selbst-)Blamage Deutschlands liegt weder im Interesse Europas noch im polnischen Sicherheitsinteresse. Und für die Ukraine ist sie nicht hilfreich.

Über Frankreich – das heißt über »diesen fortwährend sentimental Nachbarn« Polens – hätte sich Geremek wohl schärfer geäußert. Wie er auch im Jahre 2000 nicht zögerte, dem französischen Minister, der übrigens sein Freund war, klar mitzuteilen, er solle nicht kommen. Geremek liebte Frankreich, dessen Kultur und Wissenschaft, und vielleicht reagierte er auch deshalb so vehement. Gleichzeitig schmiedete er Pläne für die Einrichtung eines riesigen deutsch-polnisch-französischen Zentrums für Kultur, Wissenschaft und Dialog im Warschauer Stadtteil Powiśle, das auch die neue Rolle Polens hätte dokumentieren können. Wer erinnert sich heute noch daran? Wer möchte sich daran erinnern?

Die russische Annexion der Krim im Jahre 2014 war ein ignoriertes Vorzeichen. Als deren Folge haben wir heute einen Krieg in Europa, der dank den Ukrainern (räumlich) auf ihren Staat begrenzt bleibt. Das ist eine neue Epoche, die sowohl für die NATO als auch für die Europäische Union eine Herausforderung darstellt. Bei der EU tritt nicht nur der innere Widerspruch zwischen ihrer gegenwärtigen institutionellen Gestalt und ihren geopolitischen Interessen zutage,³² sondern es zeigt sich zugleich ein Mangel an Kongruenz: in der Union, die sich in erster Linie mittels ökonomischer und politischer Kategorien definiert, verbleiben mit der anstehenden NATO-Erweiterung um Finnland und Schweden weiterhin vier (Österreich, Irland, Malta und Zypern) der 27 EU-Mitglieder außerhalb der NATO. In dieser neuen Ära, die durch Krieg, politische Konfrontation und wirtschaftliche Schwächung gekennzeichnet ist, kann die liberale Demokratie zur leichten Beute werden. Es dürfte nicht sonderlich schwerfallen, sich ein hybrides System vorzustellen, das Elemente der Demokratie mit Freiheitsbegrenzungen verbindet und an ihre Stelle treten würde. Hätte sich Geremek unter diesen neuen Bedingungen zurechtgefunden? Die Antwort auf diese Frage erhalten wir nicht mehr.

Aus dem Polnischen von Piotr A. Owiński

32 Joschka Fischer: How the EU Must Change. In: Project Syndicate vom 23. Mai 2022, <https://www.project-syndicate.org/commentary/eu-russias-war-in-ukraine-new-geopolitical-environment-by-joschka-fischer-2022-05?barrier=accesspaylog>, S. 1–3 (12.12.2022).

DOI: 10.13173/9783447120241.003

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

Zwei Jahrzehnte Dialog (1989–2008)

Michel Foucher, Institut national du service public in Paris

Two decades of dialogue (1989–2008)

I had the great privilege of having an intense oral and written dialogue with Bronislaw Geremek between 1989 and 2008 – traces of which have been preserved since 1991, both in Warsaw and Krakow as well as Paris, Lyon and Madrid, in his successive official capacities: as advisor to Solidarity, as Sejm deputy, as foreign minister and finally as MEP. He was always a curious thinker who cared about putting facts into perspective. I admired his ability to put his knowledge - acquired as a Polish historian trained in France – at the service of his political, and later, diplomatic activities. He was a long-term thinker, which enabled him to interpret the huge changes that took place in Europe from 1989 onwards, in order to act in the best interest of Poland and its European allies. He was a visionary. I remember that he told me several times that the European continent was made up of nation states and the nations were a valuable framework for the exercise of democracy, and that Russia was “something else” – an empire. I had invited him to Spain for a conversation with Felipe Gonzalez, then Prime Minister, to exchange ideas about the concept of political transition from dictatorship to democracy. We shared lectures on the newly forming Europe at the College of Europe in Natolin. His were about history, mine about political geography; both in French. He and I were active in keeping the Weimar Triangle alive, as a space for French-German-Polish dialogue about consolidating the processes of reconciliation. To me, he will always be a man marked by Conrad’s spirit of adventure, Camus’ moral reflection and Stendhal’s view of man.

DOI: 10.13173/9783447120241.023

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.023

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

1 Danzig und Warschau 1989

Am 1. Mai 1989 empfing mich Lech Wałęsa in Danzig zu einer Unterhaltung, gefolgt von einem Mittagessen in der Pfarrei der Brigittenkirche. Es ist der erste »1. Mai« in der Freiheit, wo in der Hauptstraße der Hansestadt nur wenig zahlreiche Aktivisten der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und die Vertreter der Solidarność konfliktfrei defilieren. Der Geist des »runden Tisches« ist sehr präsent. Gegenstand dieses Treffens ist es, den sozusagen inoffiziellen oder zumindest den heikelsten Teil des bevorstehenden Besuchs des französischen Staatspräsidenten in Polen vorzubereiten, der am 14. Juni stattfinden soll, zwischen den beiden Wahlgängen zum Abgeordnetenhaus und zum polnischen Senat, die gerade wiedergeschaffen worden sind.

Auf die meisten meiner präzisen Fragen entgegnet Lech Wałęsa: »Besprechen Sie das mit Geremek«, dem politisch engagierten und frankophonen Historiker, der ein einflussreicher diplomatischer Berater der Solidarność ist. Nur nicht auf eine Frage nach der Weise, wie man ihm zufolge »Jalta hinter sich lassen« könne: Könnte man sich das nach einer realistischen Evolution vorstellen, also schrittweise? Er erwidert: »Ich lebe nicht auf dem Mond, sondern in Polen.«

Der Austausch setzt sich also am nächsten Tag in Warschau mit Bronisław Geremek fort, der seine ewige Pfeife im Mund hält und mich mit seinem freundschaftlichen und schelmischen Lachen empfängt, mit Bogdan Lis, dem Mitgründer des überbetrieblichen Streikkomitees, aus dem dann die Solidarność entstand, mit Zbigniew Romaszewski sowie mit Adam Michnik in seinem Büro in der Tageszeitung GAZETA WYBORCZA. Die Arbeit der einflussreichen Berater der Solidarność ist kollektiver Natur.

Von diesem Eintauchen in Danzig vermerke ich das Folgende in meinen beiden Berichten, die ich am 25. Mai an das Außenministerium sowie an die diplomatische Gruppe im Präsidialamt sende und in denen ich Polen im osteuropäischen Kontext und als Element der französischen Politik behandle: Dass die Wahl – die nur ein Drittel der Abgeordnetensitze für die Solidarność vorsah – ein wahrer Erdbeben werden würde, der die Staatsmacht dazu verpflichten werde, sich mit dem großen christlichen Intellektuellen, Journalisten und führenden Oppositionspolitiker Tadeusz Mazowiecki zu arrangieren, der zum ersten nicht-kommunistischen Regierungschef in einem Land des sowjetischen Blocks werden würde.

Dem diplomatischen Protokoll zufolge hätte der Besuch von François Mitterrand in Danzig, in der Hochburg der demokratischen Bewegung, die kommunistischen Machthaber schockieren können. Der französische Präsident rettete seinem polnischen Gegenüber, Wojciech Jaruzelski, das Gesicht, indem er in seiner Gesellschaft am 15. Juni ein Blumengebilde am Fuß des Denkmals auf der

Westerplatte im Norden von Danzig niederlegte, dem Ort, an dem am 1. September 1939 der erste deutsche Angriff des Zweiten Weltkriegs stattgefunden hatte. Es war eine Hommage an die polnische Nation, die für ihn ebenso wie für de Gaulle das Regime transzendierte. Er sollte anschließend mit Wałęsa zu Mittag essen, um sich am nächsten Tag nach Auschwitz und Birkenau zu begeben. Dieser Besuch ist ein Erfolg und eine klare Botschaft der Unterstützung durch Frankreich für die friedliche politische Revolution, die sich soeben abspielt. Gembek war eine große Stütze für den Erfolg dieses ersten Präsidentenbesuchs.

2 Warschau 1992

Bekanntlich wäre die deutsche Wiedervereinigung nicht zustande gekommen, hätte sich die Regierung von Helmut Kohl nicht für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eingesetzt. François Mitterands wünschte dies als eine Vorbedingung; Helmut Kohl entgegnete ihm, unter dem Druck der »Vertriebenen und Aussiedler« sowie von Theo Waigel stehend, dass es erst das vereinigte Deutschland sein werde, das dies vornehmen werde. In diesem Kontext schlug mir Bruno Frappat, Chefredakteur der französischen Tageszeitung LE MONDE vor, einen Artikel mit dem Titel *Geopolitik. Polen und seine Grenzen (Géopolitique. La Pologne face à ses frontières)* abzufassen.¹ Darin hob ich zwei Herausforderungen hervor. Zunächst einmal die Notwendigkeit, dass die deutschen Vertriebenen aus Schlesien und Pommern (1945), die in den christlichen Parteien (CDU/CSU) von Helmut Kohl einflussreich waren, diese für sie schmerzliche Grenze nicht mehr als provisorisch ansehen sollten, und zwar im Namen der Aufrechterhaltung des Friedens und der Stabilität, und des Weiteren, dass sie ihre Repräsentationen und mentalen Karten in Bezug auf diese ab dem 13. Jahrhundert germanisierten Gegenden endgültig vergessen müssten: »Einige Worte des Staatsmannes genügten, um zu bewirken, dass diese Arbeit des Verzichts gelang.« Ich beschloss meinen Artikel wie folgt: »Auf jeden Fall macht es das innere Knacksen im Gebälk des Sowjetimperiums noch dringlicher, auf konzentrierte Weise die ungelösten Grenzfragen dort zu regeln, wo vom Imperium nach außen hin noch etwas übrig ist.«

Dieses fundamentale Thema wurde in meinem Gespräch mit Bronisław Gembek über die Grenzen in Europa aufgegriffen, das am 5. Februar 1992 in Warschau zu einer zentralen Fragestellung stattfand: Wie kann der vom befreienden Windstoß einer positiven Geschichte erfasste europäische Kontinent

1 LE MONDE vom 17. März 1990.

neu organisiert werden? Dieses Gespräch zwischen einem in der Politik seines Landes engagierten Historiker und einem Geographen, der der französischen Regierung nahestand, nahm die Fragen vorweg, welche die Rekonstruktion Europas seit 1989 strukturieren. Sie haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Seit drei Jahrzehnten ist die unverbrüchliche Unterstützung festzustellen, mit der Warschau trotz historischer Streitpunkte Kiew in seinem Wunsch nach Emanzipation und Nationsbildung begleitet. Der Text unseres Gesprächs ist von der Fondation Robert Schuman posthum als Hommage wiederaufgegriffen und veröffentlicht worden.²

Mit dreißig Jahren Abstand ist es erstaunlich festzustellen, wie sehr die damaligen Analysen von Geschichte und Geographie zutreffend bleiben. Hier einige Beispiele. Bronisław Geremek erwähnt für Mitteleuropa

- » eine Grenze der historischen Erfahrung: Wir bringen Probleme mit, die in der Geschichte Westeuropas seit dem 19. Jahrhundert beendet sind. Was in diesem Augenblick diesen gesamten Teil von Europa beschäftigt, ist das koloniale Erbe: Wir verlassen eine koloniale Epoche mit der Auflösung eines Imperiums und dem Wiederaufkommen nationaler Gefühle. Diese Gefühle waren im Übrigen lange eine deutliche Linie des Widerstands gegen die totalitären Regime gewesen, und wie es nun angesichts der Leere der Ideologien den Anschein hat, ersetzen sie all das, was früher Strukturen des Zusammenhalts gegeben hat.

Die Verwendung dieses Adjektivs »kolonial« hat mich ganz sicher zu dem Titel eines Werks inspiriert, das ich 2022 der Ukraine gewidmet habe: *Une guerre coloniale en Europe* (Ein kolonialer Krieg in Europa).³ Für meinen Teil möchte ich das Folgende aus meinen damaligen Aussagen hervorheben:

- » Was die Ukraine und Russland anbelangt, so beschäftigt mich, dass die nationale Bestätigung der Ukrainer, die gerade erst an ihrem Anfang steht, von den Russen als ein veritables politisches und kulturelles Trauma gesehen werden muss. Sie haben das angedeutet, als Sie den heiklen Aspekt einer eventuellen Öffnung des Weimarer Dreiecks um ein viertes Mitglied unterstrichen haben, denn das Schlimmste, was die Ukrainer den Russen und damit auch Europa hinsichtlich der mentalen Landkarte antun können, das ist die Bestätigung dessen, was man in Kiew schon hört: »Wir sind Teil von Mitteleuropa«, oder anders gesagt: »die Russen sind kein Teil von Mitteleuropa, sie sind nicht in Europa«. Und ich glaube, dass es tatsächlich das größte Sicherheitsrisiko ist, wenn sich in Moskau eine geopolitische Vorstel-

2 ENTRETIENS D'EUROPE H. 27, Juli 2008.

3 Editions de L'Aube, August 2022.

lung vom slawophilen Typ etabliert, welche die Niederlage aller derer bedeuten würde, die ganz im Gegenteil Russland mit verschiedenen, wenig stringent gedachten Gemeinschaften assoziieren möchten, aus denen jedoch die aktuelle Architektur Europas besteht, oder zumindest wie in folgendem Bild – es ist eine Art geopolitischer und institutioneller Kokoschka, aus dem man einen Modigliani zu machen hofft, um mit Ernst Gellner zu sprechen. Ich sehe also ein doppeltes geopolitisches Trauma in der ukrainischen Unabhängigkeit und in diesem gut verständlichen Wunsch, sich im Zentrum (also in ihrem Westen) zu verankern, und zwar sowohl intern als auch extern gesehen. [...] Denn wohlgermerkt, Russland hat keinen Platz in Europa, es sei denn mit Gewalt, so wie ein Imperium, aber damit es europäisch wird, muss es, wie man früher gesagt hat, im »Konzert der Nationen« präsent sein. Um es Teil dieses »Konzerts der Nationen« werden zu lassen, muss es als Nationalstaat funktionieren. Deshalb befürchte ich das Risiko einer Konfrontation mit einer Ukraine, die auch gerade am Beginn einer Nationsbildung steht.

Bronisław Geremek stimmte dieser Analyse zu, die er hellsichtig ergänzte:

- » Ja, ich pflichte Ihnen voll und ganz bei. Aber vielleicht weil ich näher an Kiew und Moskau bin, sehe ich die enormen Schwierigkeiten in dieser Debatte über die Zukunft von Russland und der Ukraine. Eigentlich ist die Ukraine durch eine Grenze der Geschichte und der Religion zwischen Ost und West geteilt. Es gibt das römische Christentum und es gibt das orthodoxe Christentum. Es ist eine Grenze, deren Existenz man noch sieht, wenn man das politische Gebaren betrachtet. Wenn ich also mit meinen russischen Freunden spreche (nämlich mit den Leuten der alten demokratischen russischen Opposition), so habe ich den Eindruck, als würde ihre liberale Vorstellungskraft dort enden. Sie sagen mir ganz einfach: »Russland kann ohne die Ukraine nicht leben«. Und das aus mehreren Gründen. Es gibt wirtschaftliche Gründe, aber es gibt auch eine kulturelle Tatsache: Wenn sich die Russen als Nation und Zivilisation vorstellen, so denken sie an ihre erste Hauptstadt – Kiew. Wie nun kann man Russland ohne dies denken? Das ist ein immenses Trauma. Dieses Problem kann kurzfristig keine gute Lösung finden. Wir müssen auf eine Übergangsperiode warten, die eine Periode der Wirren sein wird und in der sich die ukrainische nationale Identität bestätigen muss, in der sie ihren Ausdruck finden wird und. Wir müssen darauf warten, dass ein gemeinsames Interesse zwischen den beiden Völkern aufscheint, denn es gibt ein gemeinsames Interesse. Ich glaube, das wird in Belarus besser verstanden als in der Ukraine. Es ist also ein potentiell Drama, das ich an der Grenze im Osten Europas sehe.

Bronisław Geremek hat mir gegenüber mehrfach wiederholt, dass Russland in einem aus Nationalstaaten bestehenden europäischen Kontinent etwas »anderes« sei, ein Imperium! Und für ihn war die Nation der kostbare Rahmen der Demokratie.

Ich traf ihn zwei Wochen später in Paris auf einer Konferenz wieder, die vom Präsidenten der Republik angesichts der sich verschlechternden politischen Lage in Jugoslawien organisiert wurde. Als Koordinator der Konferenz im Palais de Chaillot, die mehr als sechzig Intellektuelle und Schriftsteller als – den einleitenden Worten von Edgar Morin zufolge – »Erleuchter« versammelte, hatte ich selbstverständlich Geremek als einen der großen Zeugen der sich abspielenden demokratischen Transformation eingeladen. Nie zuvor hatte sich in Paris eine so große Zahl europäischer Denker und Zeugen getroffen, die beunruhigt über das Erwachen der Nationalismen in all ihren Formen waren – als Befreiungsbewegungen in der Sowjetunion oder in expansiver Gestalt in Jugoslawien.⁴ Bei der Pressekonferenz zur Eröffnung⁵ hob ich hervor, dass die Konstruktion Europas oft als im Widerspruch zur nationalen Identität stehend gesehen werde und dass es sich von da an, wo die Veränderungen im Osten die Gestalt einer nationalen Emanzipation annehmen, empfiehlt, sich über die Gründe für die Erregungen rund um Identitätsfragen und über die Verknüpfungen zwischen Europa und Nation Gedanken zu machen, wobei ich dazu aufforderte, sich nicht in den Repräsentationen der Vergangenheit einzuschließen.⁶ Bronisław Geremek hatte mich ein weiteres Mal inspiriert, davon bin ich überzeugt.

4 Darunter befanden sich : René Girard, Alain Touraine, Marek Halter, Otar Iosseliani, Claude Lanzmann, Adam Michnik, Bronisław Geremek, Paul Thibaud, Peter Handke, Rachid Mimouni, Danielle Sallenave, Jorge Semprún, Theodore Zeldin, Jacques Delors, Alain Finkielkraut, Julia Kristeva, Erik Orsenna, Peter Schneider, Drago Jančar, Emmanuel Weintraub, Gert Weisskirchen, John Roberts, Alexander Jakowlew, Alexander Kabakow, Len Karpinski, Adam Zamoyski, Hans Christoph Buch, Antonin Liehm, Gilles Martinet, Daniel Sibony, Pierre Hassner, Mihnea Berindei, Bernard Guetta, Freimut Duve, Péter Kende, Predrag Matvejević, Jean-François Deniau und Fernando Savater.

5 Am 27. Februar 1992.

6 Das Symposium war in sieben Gesprächsrunden gegliedert: Mehrheiten, Minderheiten und Grenzen; Religionen und Politik; Krisen der Staatsnachfolge; Der Sowjetunion nachtrauern (?); Die Nation neu denken; Kultur gegen Populismus; Ein Europa der Stämme oder ein Europa der Bürger?

3 Madrid und Natolin, seit 1994

Die Veröffentlichung meines Werks *Fragments d'Europe, atlas de l'Europe médiane et orientale* (Fragmente Europas. Atlas des mittleren und östlichen Europas) im Jahre 1993 hatte zwei direkte Folgen, die es mir ermöglichten, den Dialog und die Zusammenarbeit mit Bronisław Geremek fortzusetzen.

Auf der einen Seite hatte dieser Atlas die Aufmerksamkeit einer spanischen Stiftung erregt, der Fundación Banco Bilbao Vizcaya, dank der ich mich an einem interkulturellen Projekt beteiligte, dessen Ziel es war, Begegnungen zwischen den einen EU-Beitritt anstrebenden Mitteleuropäern und Spanien herbeizuführen, einem Land, das erst jüngst eine doppelte Transformation erlebt hatte – eine demokratische seit 1975 und eine geopolitische mit seinem im Jahre 1986 erfolgten Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In diesem Rahmen konnte ich Bronisław Geremek nach Madrid einladen, um einen fruchtbaren Meinungsaustausch mit Felipe Gonzalez zu ermöglichen, dem damaligen spanischen Regierungschef, der auch ein zentraler Akteur der demokratischen Transformation gewesen war. Diese beiden Persönlichkeiten vertraten gleichermaßen ein Land von ähnlicher Größe und ein wenig abseits des deutsch-französischen Zentrums, zwei Nachbarn, die zuweilen ein wenig lästig waren. Das Treffen geriet zu einem reichhaltigen Erfahrungsaustausch. Und die spanischen Journalisten begannen, eine positive Neugier für die Transformationen des Kontinents an den Tag zu legen.

Auf der anderen Seite wurde mein Werk von Morvan Le Berre, dem Studienleiter des Europakollegs in Natolin, als geeignetes Lehrprogramm für europäische Geopolitik auserkoren. Hier traf ich meinen Historikerfreund wieder, der auf Französisch europäische Geschichte unterrichtete, parallel zu meinen Vorlesungen als Gastprofessor. Es kam zu einer neuen Zusammenarbeit zwischen uns, zum Vorteil von künftigen Experten für Europafragen, die man später am Rond-Point Schuman in Brüssel wiedersah. Die Bibliothek von Natolin bestand damals aus einem Dutzend Kartons mit Büchern und Handbüchern, und das Kolleg besaß eine einzige internationale Telefonverbindung. Jedes schriftliche Referenzwerk war für die Studierenden von großem Wert.

Wenn wir bei unserem Meinungsaustausch auf die geopolitische Lage Polens zu sprechen kamen, erklärte er sich mit einem Lächeln als Anhänger einer linearen Vorstellung der Grenze – nach französischem Vorbild – an seiner Westflanke, die ein für alle Mal festgelegte Oder-Neiße-Grenze, und bevorzugte für die Ostflanke, mit Belarus und der Ukraine, eine Vision von eher zonalen und beweglichen Grenzgebieten – nach dem Vorbild der amerikanischen »Frontier«:

- » Um Minderheitenkonflikte und Grenzkonflikte zu provozieren, lassen sich alle möglichen Gelegenheiten finden, die sich (namentlich rings um Russland) von einer für mich grundlegenden Frage ableiten lassen – der Definition der Nation. Es gibt derzeit für Russland eine Art von historischer Wahl: Was ist Russland? Sind die Russen Bürger, die auf dem gegenwärtigen Territorium der Republik leben (wohlwissend, dass ein Viertel von ihnen sich nicht als Russen empfinden), oder ist es die Gesamtheit aller Russischsprachigen, die sich in der ehemaligen Sowjetunion befinden (von denen 25 Millionen außerhalb der Russländischen Föderation leben)? Hier stellt sich tatsächlich die Frage nach der Nationsbildung, nach der Genese der Nationen auf dem Boden eines Staates, der nicht wirklich eine Nation ist.

4 Polens Ostpolitik

Bronisław Geremek erzählte mir eines Tages eine Anekdote von einer Bäuerin im polnisch-belarusischen Grenzgebiet, die 1945 von der gemischten polnisch-sowjetischen Grenzkommission befragt wurde, auf welcher Seite der Grenze sie mit ihrem Mann zu leben wünschte. Sie erbat sich eine Nacht, um zu überlegen und mit ihrem Gatten zu diskutieren. Nachdem sie ihre Wahl für Polen bekannt gegeben hatte, wollte der russische Kommissar den Grund dafür wissen: »Weil es im Westen wärmer ist«. Damit war der sowjetische Vertreter zufrieden.

Es war Bronisław Geremek, der mir das immense Unterfangen der polnischen Ostpolitik eröffnete. Im März 1995, als er Abgeordneter und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im polnischen Sejm war, organisierte er in Warschau ein Treffen mit dem mittlerweile verstorbenen Marek Karp, dem Gründer und Direktor des Zentrums für Oststudien, einer 1990 von der Mazowiecki-Regierung geschaffenen Einrichtung, deren Ziel es war, die Entwicklung der ehemaligen Sowjetrepubliken näher zu studieren, insbesondere der Ukraine sowie von Belarus und Litauen, also in der Summe das Gebiet des einstigen polnisch-litauischen Reiches, einer mentalen Karte, die der Diplomatie in Warschau und Wilna zugrunde liegt. Hier werden Presse und Rundfunk täglich ausgewertet. Diese Initiative lag ganz auf der Linie unseres Dialogs von 1992. Es war hier, wo die »Ostpolitik« eines Staates konkret aufgebaut wurde, der seine völlige Souveränität wiedererlangt hatte und dessen doppeltes Ziel es war, die historisch schwer umstrittenen Beziehungen zu den drei neuen Nachbarstaaten zu normalisieren und zur Sicherung der eigenen Unabhängigkeit Russland dazu zu zwingen, auf das Imperium zu verzichten.

Er teilte sehr engagiert die Ansichten von Zbigniew Brzeziński über die These zur Bildung eines demokratischen Brückenkopfes in Europa bis 2010, die dieser

in seinem 1997 veröffentlichten Referenzwerk *The Great Chessboard* dargelegt hatte. Dieses Gebäude sollte ihm zufolge auf vier Säulen ruhen – Frankreich, Deutschland, Polen und Ukraine. Um ihre globale Vorherrschaft zu bewahren, sollten die Vereinigten Staaten den eurasischen Kontinent dominieren, weshalb Russland auf das neoimperiale Verhalten seiner Eliten verzichten müsse, was sie durch die Respektierung der ukrainischen Unabhängigkeit beweisen könnten. Dies bedeutete also gleichzeitig eine rasche Annäherung an die Europäische Union, an das Weimarer Dreieck und die Atlantische Allianz, wodurch das von den ukrainischen Spitzenpolitikern bis dahin mit Mühe aufrechterhaltene Gleichgewicht durchbrochen worden wäre. Dieser amerikanische Autor polnischer Herkunft hatte großen Einfluss auf polnische Kreise – ich habe das bei Bronisław Geremek gespürt –, gleichzeitig aber auch direkt bzw. über die Polen auf die Ukrainer. So hatte etwa Geremek den Berater von Präsident Leonid Kutschma, Wolodymyr Horbulin, davon überzeugt, sich für einen Beitritt zur NATO auszusprechen. Seine These war: Ohne die Ukraine würde Russland kein siechendes Imperium mehr sein können. Das ist genau das, was sich tragi-scherweise 2022 abspielt.⁷

Als Bronisław Geremek Außenminister war, war er Gastgeber der ersten Versammlung der »Community of Democracies«. Konzeptionell dafür verantwortlich war Morton Halpern, Direktor des Policy Planning Staff im State Department und ein sehr enger Berater von Außenministerin Madeleine Albright. Die von der Stefan Batory-Stiftung und Freedom House mitfinanzierte Initiative wurde im Juni 2000 von Geremek in Warschau eröffnet, mit Unterstützung der Mitgründungsländer (Chile, Tschechische Republik, Portugal, Mali, Indien und Korea). Es sollte eine Art von Gremium entstehen, um die Vereinten Nationen zu beeinflussen.

Die französische Position war ambivalent, denn es war nicht ratsam, sich solchen Verbündeten entgegenzustellen. Doch war es auch nicht möglich, den Vorrang des Weltsicherheitsrats in Frage zu stellen oder auf eine Konzeption von demokratischer Konstruktion zu verzichten, die als interner Reifeprozess und nicht als ein importierter und oktroyierter »Werkzeugkasten« betrachtet wurde. »Die Grundlage meiner Argumentation war, dass die westlichen Länder ein wenig die Tendenz hatten zu glauben, die Demokratie sei eine Religion und es genüge, Menschen zu konvertieren«, erklärte der französische Außenminister Hubert Védrine der angelsächsischen Presse am Tag von Geremeks Rücktritt. Ich war damals Berater des französischen Ministers und mit ihm bei dem Treffen in Warschau anwesend; ich gebe zu, dass ich diese Situation der Meinungsverschiedenheiten nur schwer ertrug. Und im Konferenzsaal dachte ich daran, dass

7 Michel Foucher: *Ukraine Russie, la carte mentale du duel*. In: TRACT 39, Mai 2022.

es manchmal heilsam ist, seine grundlegend unterschiedlichen Auffassungen gegenüber Akteuren auszudrücken, mit denen es so viele Übereinstimmungen gab, ganz abgesehen von Wertschätzung und Freundschaft. Geremek musste am folgenden Tag nach dem Bruch der Regierungskoalition zwischen AWS und UW zurücktreten, was den Zwist abschwächte.

5 Die letzten Jahre

Ins Europaparlament gewählt, allerdings ohne zugleich ins Parlamentspräsidium gewählt worden zu sein, setzte Geremek sein Werk fort, das darin bestand, den Westeuropäern, die über die Geschichte des anderen Europas nichts wussten, die aktuellen Entwicklungslinien und Bestrebungen hinsichtlich der europäischen Integration zu erklären, die schließlich im Mai 2004 Wirklichkeit wurde. Wir konnten unseren Austausch sowohl bei Kolloquien als auch bei privaten Unterhaltungen fortsetzen, insbesondere nach dem französischen »Nein« beim Referendum für eine Verfassung Europas im Mai 2005.

Ich erinnere mich an seine Erläuterungen anlässlich der 2. Generalstände von Europa am 21. Juni 2008 in Lyon, wo er an der Seite des italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano voller Lebenskraft seine Bindung an die Europäische Union kundtat. Er hatte erklärt, dass die Europäische Union für ihn eine echte Chance sei, als Bürger eines ehemaligen Landes des sowjetischen Blocks. Er erinnerte die Anwesenden an die ganze Bedeutung der Reisefreiheit, »diese großartige Fähigkeit, Grenzen zu überschreiten«, die zwanzig Jahre zuvor in Polen noch undenkbar gewesen wäre.

Mein Freund Bronisław Geremek war tatsächlich jener Mann »durchdrungen von Conrads Abenteuergeist, von Camus' moralischer Reflexion und von Stendahls Menschenbild«.⁸

Aus dem Französischen von Peter Oliver Loew

8 Bronisław Geremek: *L'Historien et le politique, entretien avec Juan Carlos Vidal, Motricher 1999.*

DOI: 10.13173/9783447120241.023

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

Der Beitrag Bronisław Geremeks zum Wirken des Weimarer Dreiecks

Bogdan Koszel, Adam-Mickiewicz-Universität Posen

Bronisław Geremek's contribution to the work of the Weimar Triangle

The author analysed Bronisław Geremek's participation, initially as chairman of the Foreign Affairs Committee of the Sejm and later as Poland's foreign minister, in the establishment and development of the Weimar Triangle. Despite his personal involvement in the work of the Triangle, his impact was limited, because the coalition government included right-wing groups with a hostile approach to the trilateral cooperation. Moreover, French interest in the project was moderate, and despite the efforts of the minister, France did not actively promote the Weimar Triangle.

DOI: 10.13173/9783447120241.035

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.035

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

1 Die Entstehung und Entwicklung des Weimarer Dreiecks unter dem Vorsitz Bronisław Geremeks im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (1989–1997)

Die politischen Veränderungen in Polen in der ersten Hälfte des Jahres 1989 endeten mit den im Juni abgehaltenen Wahlen zum Sejm und zum Senat. In den darauffolgenden Monaten wurde der Präsident gewählt und die Regierung unter Tadeusz Mazowiecki gebildet. In der 10. Legislaturperiode des Sejms wurde die Funktion der Leitung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten Bronisław Geremek anvertraut, der zu den bekanntesten Gesichtern der antikommunistischen Opposition gehörte und sich eines großen Renommées in internationalen Historikerkreisen erfreute, insbesondere in Frankreich, das ihm sehr vertraut war.¹

Die Hauptaufgabe der polnischen Regierung in den ersten Amtsmonaten bestand darin, Kontakte zur Europäischen Gemeinschaft zu knüpfen und den Weg zu einem Handels- und Assoziierungsabkommen zu bahnen. Das größte Problem, mit dem sich die polnische Außenpolitik in den Jahren 1989/1990 messen musste, war jedoch in erster Linie eine Positionsbestimmung des Staates angesichts der bevorstehenden Wiedervereinigung Deutschlands. Noch vor dem Sturz Erich Honeckers gab Bronisław Geremek am 13. Oktober 1989 in einem Interview für die BILD-ZEITUNG zu verstehen, dass Polen an einer Aufnahme engerer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland interessiert sei und einer eventuellen deutschen Einheit wohlwollend gegenüberstehe. Er wies darauf hin, dass es die Polen den Bürgerinnen und Bürgern der DDR, die sich im Sommer 1989 in Polen aufgehalten hatten, in großem Maßstab ermöglicht hatten, nach Westdeutschland zu gelangen.²

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Besuch des Bundeskanzlers Helmut Kohl in Polen kam es zum Prozess der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten nach der Formel 2+4, die am 12. September 1990 durch den in Moskau unterzeichneten Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland gekrönt wurde. Am 14. November 1990 wurde der deutsch-polnische Grenzvertrag unterzeichnet und am 17. Juni 1991 dann auch der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der die Prinzipien des gegenseitigen Zusammenlebens der beiden Nationen für die kommenden Jahrzehnte festlegen sollte. Etwas früher, nämlich am 9. April 1991, kam es – was Geremek besonders am Herzen lag – in Paris zur Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft und Solidarität zwischen der Republik Polen

1 Paweł Luty (Hrsg.): Bronisław Geremek. Ojciec polskiego liberalizmu, Warszawa 2010.

2 Interview mit Bronisław Geremek. In: BILD-ZEITUNG vom 13.10.1989.

(RP) und der Französischen Republik. Frankreich verpflichtete sich ähnlich wie wenig später auch Deutschland, den schnellstmöglichen Abschluss eines Assoziierungsabkommens zwischen der RP und den Europäischen Gemeinschaften (EG) zu unterstützen, und betrachtete die Perspektive des Beitritts der Republik Polen zur EG als positiv, wenn die entsprechenden Bedingungen dafür erfüllt sein würden.³

Die Initiative des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, die Chefdiplomaten Frankreichs und Polens, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski, im August 1991 nach Weimar einzuladen, wurde zum Grundstein für das zukünftige Weimarer Dreieck. In der damals unterzeichneten Weimarer Erklärung gab es einen Vermerk über die deutsche und französische Unterstützung für Polen und die weiteren Staaten, die sich in einer großen Umbruchsphase befanden, bei der Anknüpfung eines politischen Dialogs mit dem Westen. Von wesentlicher Bedeutung war dabei die Feststellung, dass »Frankreich und Deutschland alle Anstrengungen [unterstützen], Polen und die neuen Demokratien an die Europäische Gemeinschaft heranzuführen. Sie drängen auf einen raschen Abschluss von Assoziierungsabkommen mit den Demokratien Mittel- und Südosteuropas«.⁴

Das Weimarer Dreieck sollte in der Gestalt, die ihm von den Initiatoren des Treffens gegeben wurde, keine Organisation im Sinne des internationalen Rechts sein, sondern stellte eher ein spezifisches Forum für die Diskussion und den Meinungsaustausch über die wichtigsten Aspekte der internationalen Politik dar und inspirierte die französisch-deutsch-polnische Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Gebieten.⁵

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Idee trilateraler Treffen und Konferenzen auch eine europäische Dimension hatte. Frankreich und Deutschland war daran gelegen, dass das Wirken des Dreiecks zum symbolischen Ausdruck der Überwindung der Teilung Europas werden und die drei geistigen, sprachlichen und kulturellen Elemente verbinden sollte, die der germanischen, der romanischen und der slawischen Welt entstammten. Gleichzeitig sollte sie eine deutliche Botschaft sein, die von dem Interesse der beiden größten Staaten der Europäischen Gemeinschaft an einer erfolgreichen Transformation der Region Mitteleuropas zeugte. Den Polen war wiederum daran gelegen, dass Frankreich

3 Vgl. *Traité d'amitié et de solidarité entre la République française et la République de Pologne*, signé à Paris le 9 avril 1991. In: Zbiór Dokumentów. Dokumenty z zakresu polityki zagranicznej Polski i stosunków międzynarodowych 1991, Nr. 2.

4 Wspólne oświadczenie ministrów spraw zagranicznych Francji, Polski i Niemiec w sprawie przyszłości Europy, In: Zbiór Dokumentów PISM 1992, Nr. 2, S. 11–12.

5 Bogdan Koszel: Trójkąt Weimarski: bilans i perspektywy współpracy. In: *KRAKOWSKIE STUDIA MIĘDZYNARODOWE* 2016, Nr. 1.

das Engagement Deutschlands in Mittel- und Osteuropa ausgleichen und seinen Ehrgeiz, eine dominierende Rolle in diesem Teil des Kontinents zu spielen, mäßigen sollte. Warschau strebte danach, im Dreieck die Interessen aller mitteleuropäischen Staaten zu vertreten, sowohl im Bereich der Sicherheit als auch bei der vielschichtigen Kooperation mit den Europäischen Gemeinschaften. Die Deutschen wiederum waren zutiefst daran interessiert, Frankreich bei der Lösung der für sie vorrangigen Probleme Mittel- und Osteuropas einzubinden. Auf diese Weise beabsichtigten sie, die Pariser Ängste vor ihren angeblichen Großmachtambitionen in der mitteleuropäischen Region zu zerstreuen und die Achse Bonn/Berlin-Paris zu stärken. Sie vertraten zudem die Ansicht, dass das Weimarer Dreieck ein ausgezeichnetes Sprungbrett dazu sein könne, die Erfahrungen aus der deutsch-französischen Aussöhnung auf den polnischen Boden zu verpflanzen. Es hat den Anschein, dass eine solche Regelung der Aufgaben des Dreiecks durchaus den französischen Politiker:innen entgegenkam, weil es zusätzlich die Bestrebungen mancher polnischer und mitteleuropäischer Politiker:innen, die in Richtung einer engeren Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten drängten, bremsen konnte.⁶

Am 17. März 1992, einen Monat vor dem zweiten Treffen der Außenminister im Format des Dreiecks, lud Geremek Minister Skubiszewski zu einer Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Sejm ein, um die Perspektiven einer weiteren trilateralen Zusammenarbeit zu diskutieren. Der Ausschussvorsitzende unterstützte die Feststellung des Ministers, dass die Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich ein vorrangiges Ziel der polnischen Außenpolitik sein sollte, aber ähnlich wie dieser war er vorsichtig optimistisch, dass die Beibehaltung des Formats des Dreiecks zu einer Stärkung der Position Polens in Europa beitragen würde.⁷

Als Abgeordneter und Chef des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten hatte Geremek Gelegenheit zu zahlreichen Treffen mit Politiker:innen, Journalist:innen sowie Kunst- und Kulturschaffenden. Er unterstützte die Initiative des Deutschen Bundestages im November 1992, im Rahmen des Weimarer Dreiecks eine regelmäßige interparlamentarische Zusammenarbeit ins Leben zu rufen, die zwei grundlegende Formen annahm: Treffen der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten und der Präsidien der parlamentarischen Unterhäuser. Für eine solche Erweiterung des Modells der Zusammenarbeit sprach sich im Jahre 1994 auch der neue Außenminister Andrzej Olechowski aus. Das erste trilaterale Treffen der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten fand

6 Ingo Kolboom: Deutschland-Frankreich-Polen. Lust oder Frust zu Drift? In: DOKUMENTE. ZEITSCHRIFT FÜR DEN DEUTSCH-POLNISCHEN DIALOG 1997, Nr. 2, S. 21–29.

7 Krzysztof Skubiszewski: Polska polityka zagraniczna w 1991 r. In: ROCZNIK POLSKIEJ POLITYKI ZAGRANICZNEJ 1993/1994, Warszawa 1994, S. 15.

auf Einladung des Bundestages im März 2000 statt, als festgelegt wurde, dass die Ausschüsse in Angelegenheiten der EU-Erweiterung nach Osten eng miteinander zusammenarbeiten würden.⁸

Während der Diskussion über die Ausführungen des polnischen Außenministers Andrzej Olechowski über die Hauptrichtungen der polnischen Außenpolitik brachte der Abgeordnete Geremek die Ansicht zum Ausdruck, dass das Weimarer Dreieck »zu einem Mechanismus der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Union um Mitteleuropa werden« und eine dem deutsch-französischen Duett beim Bau der europäischen Gemeinschaften vergleichbare Rolle spielen könne.⁹

Das Hauptziel des Wirkens Geremeks in der damaligen Phase seiner politischen Aktivität war es, die Abneigung Frankreichs zu einer größeren Einbindung in den Annäherungsprozess Polens an die europäischen Strukturen zu überwinden. Trotz seiner zahlreichen Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der französischen Politik erkannte er, dass diese Angelegenheit in den französischen Interessen nur eine untergeordnete Rolle spielte. Er befürchtete, dass sich die Aussage von Präsident François Mitterrand vom Juni 1991 bewahrheiten könnten, dass die Erweiterung einige Jahrzehnte in Anspruch nehmen könnte. Er musste die französischen Argumente akzeptieren, die besagten, dass die Aufnahme von Staaten aus Osteuropa von dem ihr vorausgehenden Beitritt Schwedens, Finnlands und Österreichs abhängig gemacht werden müsse. Überdies müsse die Zustimmung der Regierungen Spaniens, Griechenlands und Portugals erlangt werden, die Zweifel hinsichtlich der Erweiterung hegten.¹⁰ Viel zu denken gab ihm die Tatsache, dass Frankreich es mit der Ratifizierung des Assoziierungsabkommens, das von Polen, Tschechien und Ungarn am 16. Dezember 1991 in Brüssel unterzeichnet worden war, nicht eilig hatte. Im Oktober 1992 sprach er während eines Besuchs des Ministers für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung Georges Kiejman in der Regierung von Pierre Bérégovoy gemeinsam mit Parlamentariern und Regierungsmitgliedern die Angelegenheit der französischen Ratifizierung bei Diskussionen an, die der Intensivierung der politischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern dienen sollten. Jene

8 Leksykon. Współpraca międzyparlamentarna państw Trójkąta Weimarskiego. In: sejm.gov.pl, http://orka.sejm.gov.pl/prezydencja.nsf/lexi/pl_trojkat_weimarski (24.03.2022).

9 Informacja rządu o głównych kierunkach polityki zagranicznej Polski. 2 kadencja, 20 posiedzenie, 2 dzień (12.05.1994), <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata2.nsf/main/06F62854> (23.03.2022).

10 Stanisław Parzymies: Stosunki dwustronne z wybranymi państwami Europy Zachodniej. In: Roman Kuźniar, Krzysztof Szczepaniak (Hrsg.): *Polityka Zagraniczna RP*, Warszawa 2002, S. 171.

Gespräche beschleunigten diesen Prozess jedoch nicht, Frankreich nahm die Ratifizierung erst nach Deutschland im Juli 1993 vor.¹¹

Will man jenen Zeitraum zusammenfassen, so könnte man sagen, dass die tatsächliche Rolle Frankreichs trotz aller verbalen Versicherungen, die von französischen Politiker:innen bei den Treffen des Weimarer Dreiecks geäußert wurden, zur Enttäuschung Geremeks im Prinzip auf eine Verlangsamung des Integrationsfortschritts Polens mit den Europäischen Gemeinschaften hinauslief. Die französische Politik war durch die Befürchtung vor einer Verschiebung des europäischen Gravitationszentrums nach Osten gekennzeichnet. Daher drängte man von französischer Seite darauf, dass in den Europäischen Abkommen ein Vermerk enthalten sein sollte, der klarstellte, dass die zukünftige Mitgliedschaft nicht zu den Zielen der Assoziation gehörte.¹²

Die aktive deutsche Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union in der zweiten Jahreshälfte 1994 und die Entschlossenheit von Kanzler Helmut Kohl, der als »Anwalt« der polnischen Sache in Brüssel auftrat, gaben den Verhandlungen der EU mit Polen und anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks durch die Umsetzung einer speziellen Heranführungsstrategie einen neuen Impuls.

Für den nächsten Außenminister Polens Władysław Bartoszewski war das Weimarer Dreieck das Symbol einer Konstruktion, die alte Teilungen und Blöcke in Europa überwinden sollte. Er formulierte dies in einer am 28. April 1994 im Bundestag gehaltenen Ansprache, in der er hinzufügte, dass das Dreieck nicht nur ein Symbol der Aussöhnung der drei großen europäischen Nationen sein könne, sondern auch eine Garantie für die Sicherheit des Kontinents.¹³

Nach den für Aleksander Kwaśniewski erfolgreichen Präsidentschaftswahlen in Polen im Jahre 1995 versuchte dieser bei Treffen mit Kanzler Kohl und Präsident Chirac dem Weimarer Dreieck einen höheren Rang zu verleihen, indem Konsultationen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs eingeführt werden sollten, und nicht wie früher nur der Außenminister. Zu jenem Zeitpunkt griffen die französische und die deutsche Seite dieses Thema noch nicht auf.¹⁴

Dass die polnische Initiative in dieser Phase keinen Anklang fand, rief keine ernsteren Verstimmungen in den Beziehungen Warschaus zu Berlin und Paris hervor. Der politische Wille zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der trilateralen Zusammenarbeit war weiterhin groß, obwohl dies in der Hauptsache Polen betraf. Der polnische Ministerpräsident Włodzimierz Cimosiewicz,

11 Stanisław Parzymies: *Stosunki polsko-francuskie*. In: *ROCZNIK POLSKIEJ POLITYKI ZAGRANICZNEJ* 1992, Warszawa 1992.

12 Bogdan Koszel: *Francja i Niemcy w procesie integracji Polski ze Wspólnotami Europejskimi/Unią Europejską: 1989–2002*, Poznań 2003.

13 Vgl. *Zbiór Dokumentów PISM* 1995, S. 172.

14 Vgl. Koszel: *Trójkąt Weimarski*, S. 75.

der am 28. Mai 1996 auf einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten der Parlamente Frankreichs, Deutschlands und Polens eine Ansprache hielt, erklärte, dass die Weimarer Zusammenarbeit für Polen das wirksamste Mittel sei, noch vor der Erlangung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union und im Nordatlantischen Bündnis die Beziehungen zum Westen zu bekräftigen, dass sie ein Faktor sei, der Polen den Weg zu diesen Strukturen bahne und die Vertiefung der demokratischen und marktwirtschaftlichen Prinzipien in Polen fördere sowie günstige Bedingungen für die deutsch-polnische Aussöhnung schaffe, wobei man sich die Erfahrungen aus der deutsch-französischen Aussöhnung zunutze machen könne.¹⁵

2 Der Außenminister (1997–2000)

Die Parlamentswahlen in Polen im Herbst 1997 brachten die Koalition der Wahlaktion *Solidarność* (*Akcja Wyborcza Solidarność*, AWS) und der Freiheitsunion (*Unia Wolności*, UW) an die Macht. Welch großes Gewicht die Koalitionspartner der trilateralen Zusammenarbeit mit Frankreich und Deutschland beimaßen, bezeugt die Tatsache, dass sogar im Koalitionsvertrag die Formulierung (Pos. 28.7) von einem »Zusammenwirken zwischen Polen, Frankreich und Deutschland zugunsten der europäischen und euroatlantischen Integration im Rahmen des sog. Weimarer Dreiecks« verwendet wurde. Der neue Ministerpräsident Jerzy Buzek bezeichnete in seiner Regierungserklärung vom 10. Oktober 1997 die Zusammenarbeit im Dreieck als »Wirbelsäule Europas«.¹⁶ Es war jedoch kein Geheimnis, dass die neue Regierung aus unterschiedlichen politischen Gruppierungen gebildet wurde: Teile standen einer Kooperation mit Frankreich eher skeptisch gegenüber, andere waren Anhänger einer sehr engen Kooperation mit Deutschland, wobei auch sie wiederum in den Reihen der Koalition erbitterte Gegner fanden, die nach außen antideutsche Phobien und Vorurteile demonstrierten.¹⁷ Geremek, der am 31. Oktober zum Außenminister ernannt wurde, galt als starke Persönlichkeit und eine der wichtigsten Gestalten im Kabinett Jerzy Buzek. Seine Ernennung wurde sowohl an der Spree als auch an der Seine mit großem Wohlwollen aufgenommen. Zusammen mit der

15 Katarzyna Kołodziejczyk: *Trójkąt w Sejmie. Polska-Francja-Niemcy*. In: *RZECZPOSPOLITA* vom 29.05.1996.

16 *Umowa koalicyjna AWS-UW*. In: *RZECZPOSPOLITA* vom 12.11.1997; *Exposé Jerzego Buzka*. In: *ZBIÓR DOKUMENTÓW PISM 1997*, Nr. 4.

17 Arkadiusz Lewandowski: *Akcja Wyborcza Solidarność. Centroprawica w poszukiwaniu modelu współpracy*, Płock 2016.

Freiheitsunion galt er als Garant der Stabilität in der prowestlichen Orientierung Polens und insbesondere als stark für die Vertiefung der polnisch-französischen Zusammenarbeit engagierter Politiker.¹⁸ Seiner Hoffnung auf eine engere Unterstützung Frankreichs gab der Minister Mitte 1998 wiederholt Ausdruck, u. a. in einem Interview für die Tageszeitung LE FIGARO. »Frankreich könnte« – den Worten Minister Geremek zufolge – »in Polen den Partner finden, den es brauchte, um seinen Handlungsspielraum in Mitteleuropa zu erweitern«.¹⁹ Als Minister Geremek sein Amt in der Szucha-Allee (Aleja Szucha) in Warschau antrat, waren die mit dem polnischen Beitritt zur NATO verbundenen politischen Entscheidungen schon gefallen. Am 17. Juli übermittelte der Generalsekretär des Bündnisses Javier Solana die offizielle Einladung zu Gesprächen in der Frage des Beitritts Polens zum Pakt. Sie fanden in vier Runden (am 16. und 29. September sowie am 9. und 23. Oktober) in Brüssel statt. Gleichzeitig zeichnete sich die Perspektive eines Durchbruchs in den polnischen Bemühungen um die Mitgliedschaft in der EU ab. Im Zusammenhang mit einer für Mitte Dezember geplanten Sitzung des Europäischen Rates in Luxemburg kam es zu den nächsten Konsultationen im Rahmen des Weimarer Dreiecks. Am 19. November 1997 waren der Fortschritt in der europäischen Integration und der Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur Thema Nr. 1 des Treffens der Außenminister in Frankfurt/Oder. Die Minister Geremek, Klaus Kinkel und Hubert Védrine trafen sich an der Oderbrücke in Słubice, von wo aus sie sich anschließend auf das andere Flussufer zum Gebäude der Europa-Universität Viadrina begaben. Schon eingangs deuteten Kinkel und Védrine die Möglichkeit an, das Jahr 2000 als Datum des Beitritts Polens in die Strukturen der EU zu prüfen, was früher Präsident Chirac während eines offiziellen Besuchs in Warschau suggeriert hatte. Geremek, der nach Gesprächen mit Kanzler Kohl und Präsident Roman Herzog direkt aus Bonn gekommen war und auf dem Treffen des Dreiecks als Minister sein Debüt gab, machte seine Gesprächspartner mit den Prämissen des polnischen Vorsitzes in der OSZE bekannt. Im Zusammenhang damit schlugen die Minister die Schaffung eines Systems trilateraler Konsultationen vor, die das Wirken dieser Organisation betreffen sollten. Auf Initiative von Védrine beschloss man, größeren Nachdruck auf die kulturelle Zusammenarbeit zu legen, und diskutierte erneut das Projekt der Gründung eines trilateralen Kulturinstituts in Warschau. Die Existenz des Dreiecks und die Achse Paris-Berlin-Warschau wurden übereinstimmend als »originell und

18 Natalie Nougayred: La victoire de la droite à Varsovie. In: LE MONDE vom 23.09.1997, https://www.lemonde.fr/archives/article/1997/09/23/la-victoire-de-la-droite-a-varsovie_3778770_1819218.html (12.09.2022).

19 LE FIGARO vom 15.06.1998.

bedeutsam« (Védrine) bezeichnet sowie als »wichtiger als je zuvor« (Kinkel).²⁰ Bei dieser Gelegenheit ist erwähnenswert, dass Védrine der erste Außenminister war, der nach der Bildung der neuen Regierung von Buzek nach Warschau gekommen war (6.11.1997). Auf diese Weise wollte die französische Seite, den Erwartungen von Minister Geremek entgegenkommend, ihr Interesse am polnischen Partner und die Absicht zur Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen unterstreichen.

Die endgültigen Entscheidungen darüber, in welcher Reihenfolge die Staaten, die auf eine Einladung zur Mitgliedschaft warteten, auf eine Liste aufgenommen werden sollten, fielen auf einem Treffen der Regierungs- und Staatschefs der Europäischen Union am 12./13. Dezember 1997. Die Partner Polens aus dem Weimarer Dreieck gratulierten Ministerpräsident Jerzy Buzek zum erfolgreichen Abschluss der den Beitrittsverhandlungen vorausgehenden Runden und zum Platz Polens in der ersten Gruppe der Beitrittskandidaten. Infolge der Festlegungen, die auf dem Gipfel des Europäischen Rates in Luxemburg Ende März 1998 vorgenommen worden waren, wurden Ende März 1998 Beitrittsverhandlungen mit den ersten sechs Ländern aufgenommen, die für eine Mitgliedschaft kandidierten (Polen, Estland, Ungarn, Tschechien, Slowenien und Zypern).

Vor dem Start konkreter Beitrittsverhandlungen trafen sich die Präsidenten Frankreichs und Polens sowie der deutsche Bundeskanzler im Februar 1998 zum ersten Mal in Posen. Der Gipfel war die Bekräftigung des Willens zur Fortsetzung der trilateralen Zusammenarbeit und ihre Hebung auf die höchste Ebene – in Form von Treffen der Staats- und Regierungschefs. Während der Gespräche in Posen wurden strategische Probleme besprochen, die mit der europäischen Sicherheit und der EU-Erweiterung sowie den Perspektiven der Zusammenarbeit Polens, Frankreichs und Deutschlands verbunden waren. Die Präsidenten von Polen und Frankreich sowie der deutsche Kanzler bekräftigten, dass die Weimarer Zusammenarbeit vor allem einen europäischen Kontext besitze. Das Weimarer Dreieck habe eine Mission in Europa zu erfüllen, die auf einer Stabilisierung der Lage auf dem Kontinent beruhe, unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf Osteuropa. Kwaśniewski schätzte die Rolle beider Staaten als »Anwälte« der polnischen Sache in Brüssel ein und bewertete das persönliche Engagement von Präsident Chirac und Bundeskanzler Kohl in dieser Frage sehr hoch. Der französische Präsident revanchierte sich dagegen mit der Feststellung – was von der Presse umgehend aufgegriffen wurde – dass die drei Staaten in der Zukunft »der Motor der europäischen Integration« sein würden.²¹

20 Krystyna Grzybowska: Konsultacje trzech ministrów. In: RZECZPOSPOLITA vom 20.11.1999.

21 Daniel Vernet: Cohabitation sur la Seine et la Vistule, In: LE MONDE vom 23.02.1998; Kohl

Kurz nach dem Posener Treffen umriss der neue Chef der polnischen Diplomatie bei einem Auftritt im Plenum des Sejms am 4. März 1998 zum ersten Mal die Richtungen und Prinzipien der polnischen Außenpolitik. Bei seiner Bewertung des Funktionierens des Weimarer Dreiecks gab der Minister zu verstehen, dass die trilaterale Zusammenarbeit weiterhin eine wesentliche Rolle im Integrationsprozess Polens in die NATO und die Europäische Union spielen werde. Er vertrat die Ansicht, dass das Dreieck vor neuen Aufgaben mit »einer wesentlichen breiteren und langfristigeren Perspektive« stehe. Er teilte die Meinung von Ministerpräsident Buzek, dass das Dreieck zur »Wirbelsäule Europas« werden könne. Der Minister war überzeugt, dass es sich bei der Mitgestaltung der Ostpolitik einer sich erweiternden Europäischen Union als hilfreich erweisen könne. Er versprach, den Ministertreffen im Rahmen des Dreiecks eine neue Dynamik zu geben, und hoffte auf regelmäßige und effektive Treffen der Außen- und Verteidigungsminister. Darüber hinaus postulierte er eine breitere Öffnung der trilateralen Zusammenarbeit für Wirtschaft, Umweltschutz und mit dem Arbeitsmarkt verbundene Probleme.²²

Im Jahr 1998 wurde Geremek – als erster Pole – in Aachen mit dem Karlspreis ausgezeichnet, der renommiertesten europäischen Auszeichnung für Verdienste bei der Förderung von Frieden und Einheit in Europa. Die Laudatio hielt der Präsident der Ungarischen Republik Arpad Göncz. In seiner Ansprache verwies der Preisträger darauf, dass man das Streben Polens und der Nachbarländer nach der Mitgliedschaft in der Europäischen Union nicht ausschließlich als Wunsch der Teilnahme am Wohlstand und an der Sicherheit betrachten dürfte, die sich die Staaten des Westens erarbeitet hätten. Es sei ein Zeugnis des Erfolgs der europäischen Integration und ihre wesentliche Bereicherung.²³

Im Herbst 1998 endeten die Wahlen zum Bundestag mit der Bildung einer neuen Regierungskoalition, die sich aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen zusammensetzte. Bundeskanzler wurde der pragmatische Politiker Gerhard Schröder, wohingegen der auf diesem Gebiet über keinerlei Erfahrung verfügende Parteiführer der Grünen Joschka Fischer das Amt des Außenministers übernahm. Aus der Sicht der polnischen Regierung war wichtig, dass der am 20. Oktober 1998 in Bonn unterzeichnete Koalitionsvertrag zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen einen Vermerk über den be-

und Chirac befürworten eine schnelle Integration Polens. In: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23.02.1998.

22 Informacja ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremka o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski. Przemówienie na forum Sejmu RP w dniu 5 marca 1998 roku. In: Bronisław Geremek: Skuteczność i racja stanu: z teki ministra spraw zagranicznych RP, Warszawa 2016.

23 Rede von Bronislaw Geremek, <https://www.karlspreis.de/de/preistraeger/bronislaw-geremek-1998/rede-von-bronislaw-geremek> (29.03.2022).

sonderen Charakter der deutsch-polnischen Beziehungen und der historischen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für ihre Gestaltung enthielt. Beteuert wurden dabei auch die Partnerschaft und Bereitschaft der Deutschen zu einer »Stärkung« des Weimarer Dreiecks.²⁴

Für die Koalition von AWS-UW war Helmut Kohl als bewährter Freund Polens der bequemere Bundeskanzler gewesen. In Polen war übertrieben propagandistisch in seine Kandidatur investiert worden, was der Aufmerksamkeit Schröders nicht entgangen war. Er zögerte mit der Abstattung seines ersten Besuches in Warschau und vermied die Nennung konkreterer Termine für den polnischen Beitritt zur EU. Wie zu erwarten war, hatte Minister Geremek zur neuen Regierung mit ihrem zur Schau gestellten Pazifismus (»Kultur der Zurückhaltung«, »zivile Großmacht«) und ihrer starken Orientierung auf Russland kein Vertrauen und hielt anfänglich zu Minister Fischer kühle Distanz. In einem Interview, das er am 18. September 1998 dem *DZIENNIK POLSKI* erteilte, äußerte er Befürchtungen, dass die neue Koalition »ein unbekanntes, unsicheres Element« mit sich bringe. Er brachte die Sorge zum Ausdruck, ob der Generationenwechsel in der deutschen politischen Klasse, der sich gegenwärtig vollziehe, sie nicht von der historischen Verantwortung für das 20. Jahrhundert befreien würde, die die bisherige Regierungsmannschaft hatte.²⁵

Der Mangel an Vertrauen und die vorhandenen Zweifel wurden während des ersten Besuchs des Chefs der deutschen Diplomatie in Warschau Ende Oktober 1998 teilweise ausgeräumt. Der von Präsident Kwaśniewski empfangene Fischer versicherte, dass Deutschland die Bemühungen Polens um den EU-Beitritt unterstütze und auch weiterhin der Anwalt jener Staaten sein wolle, die eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union anstrebten. Die Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck, das sich einen festen Platz im europäischen Kalender erarbeitet hatte, bewertete er sehr hoch und er erinnerte daran, dass seine Weiterentwicklung Bestandteil des Koalitionsvertrags zwischen der SPD und den Grünen war.²⁶ Minister Geremek machte einen großen Eindruck auf ihn. In seinen Erinnerungen schrieb er über ihn mit Bewunderung, dass Geremek eine hervorragende Persönlichkeit sei, ein Gelehrter und Historiker, der sich mit dem mittelalterlichen Frankreich beschäftigte, ein Verteidiger der Menschenrechte

24 Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bonn, 20. Oktober 1998, <http://www.xn--grne-lage-r9a.de/download/koalition/index.htm> (27.03.2022).

25 Między Niemcami a Rosją. In: *DZIENNIK POLSKI* vom 18.09.1998.

26 Spotkanie Prezydenta RP z wicekanclerzem, ministrem spraw zagranicznych RFN, 29.10.1998, Prezydent.PL, <https://www.prezydent.pl/archiwalne-aktualnosci/aktualnosci-rok-2000-i-starsze/spotkanie-prezydenta-rp-z-wicekanclerzem-ministrem-spraw-zagranicznych-rfn,32805,archive> (27.03.2022).

und Berater der Gewerkschaft Solidarność, der 1981 nach der Verhängung des Kriegszustandes, verhaftet und interniert worden sei.²⁷ Trotz vieler Vorbehalte verhielt sich Geremek dem deutschen Minister gegenüber wohlwollend, obwohl es – wie der deutsche Biograf des polnischen Politikers schrieb – seinem deutschen Kollegen an intellektuellem Format, wissenschaftlicher Präzision und Lebenserfahrung fehlte.²⁸

Nach dem ersten Amtsjahr von Geremek als Außenminister komplizierten sich die Angelegenheiten, die mit dem polnischen Beitritt zur EU verbunden waren. Einen großen Einfluss darauf hatten sowohl Ereignisse in der EU als auch innerhalb Deutschlands. 1999 kam es infolge des Rücktritts ihres Vorsitzenden Jacques Santer und seiner Mannschaft zu einer Lähmung der Europäischen Kommission (EK), die bis Herbst 1999 andauerte, als die Kommission in ihrer neuen Zusammensetzung unter der Führung von Romano Prodi die Arbeit übernahm. Von März bis Juni 1999 dauerte die Intervention der NATO im Kosovo, was dazu führte, dass die Notwendigkeit einer Modifizierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Im Dezember 1999 fiel auf dem Gipfeltreffen der »15« in Helsinki die Entscheidung, die Liste der Länder mit Kandidatenstatus um sechs Staaten (Litauen, Lettland, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Malta) sowie um die Türkei zu erweitern, was die Verhandlungsstrategie der Europäischen Kommission (EK) in hohem Maße veränderte. Zusätzlich fanden im Jahre 1999 die Wahlen zum Europäischen Parlament und zu einigen Landesparlamenten in der Bundesrepublik statt, die die SPD nicht als erfolgreich betrachten konnte.

Eine gewisse Akzentverschiebung in der deutschen Politik war bereits während des alljährlichen, bereits neunten Treffens der Vertreter des Weimarer Dreiecks (Védrine, Fischer, Geremek) am 6. Januar 1999 in Paris zu beobachten. Ihm ging eine Erklärung des polnischen Außenministeriums voraus, in dem Polen den Wunsch nach einer vertieften politischen Zusammenarbeit im Rahmen des Dreiecks als auch in den Bereichen Verteidigung, Kultur und Verkehr zum Ausdruck brachte. In der gemeinsamen Erklärung der drei Minister wurde hervorgehoben, dass nach Auffassung der polnischen Seite das Weimarer Dreieck weder in Konkurrenz zur EU trete noch den Versuch darstelle, in ihrem Rahmen eine Gruppierung im Inneren zu bilden, sondern nur ihre Ergänzung sei. Während des Pariser Gipfels stand das Thema des EU-Beitritt Polens ganz oben auf der Tagesordnung. Minister Geremek hegte die Hoffnung, dass dieser

27 Vgl. Joschka Fischer: Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik vom Kosovo bis zum 11. September, Köln 2007, S. 92.

28 Vgl. Reinhold Vetter: Bronislaw Geremek: Der Stratege der polnischen Revolution, Berlin 2014, S. 338.

vor Jahresende 2002 erfolgen würde und versuchte, Minister Fischer davon zu überzeugen. Dieser wiederholte jedoch frühere Meinungen der neuen deutschen Regierung bezüglich der Unmöglichkeit, einen konkreten Termin für die Beendigung des Beitrittsprozesses zu nennen. In Übereinstimmung mit der angenommenen Logik der *Realpolitik* beschränkte er sich auf die vorsichtige Feststellung, dass die Regierung der Bundesrepublik an einem schnellstmöglichen Beitritt Polens zur EU interessiert sei. Jedenfalls gingen von diesem Treffens keine neuen Impulse für die EU-Erweiterung aus. Dafür sprach man über neue Projekte einer Kooperation der Rüstungs- und Luftfahrtindustrie. Zudem wurde beschlossen, dass Warschau, Bonn und Paris sich zu Schwesterstädten zusammenschließen sollten.²⁹

Nach einer außerordentlichen Sitzung des Europarats in Berlin (24. Februar – 6. März 1999) gelang es Bundeskanzler Schröder, der damals die deutsche Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union führte, nicht, seine eigenen Ideen, die u. a. mit einer radikalen Reform der Gemeinsamen Landwirtschaftspolitik und eine Verringerung der deutschen Belastungen zugunsten des EU-Haushalts verbunden waren, durchzusetzen. Ebenso wenig wurde ein Termin für die Aufnahme neuer EU-Mitglieder festgesetzt.

Nach dem Gipfel des Europarats und vor dem geplanten nächsten Treffen der Staats- und Regierungschefs des Weimarer Dreiecks in Nancy gab Minister Gremek am 8. April im Sejm eine ausführliche Auskunft über die Richtungen der Maßnahmen, die von der polnischen Diplomatie ergriffen worden waren. Viel Aufmerksamkeit widmete er einer Analyse der bilateralen Beziehungen Polens zu Deutschland und Frankreich. Er machte kein Hehl daraus, dass ihm an einer weiteren konsequenten Unterstützung des Prozesses der polnischen Integration in die EU durch Berlin gelegen war. Er legte Wert darauf, das Format der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten um lokale Ebenen zu erweitern und rechnete darauf, dass die neue »pragmatische« deutsche Regierung zu einer Lösung in der Frage von Entschädigungen für die Häftlinge der nationalsozialistischen Konzentrationslager und für Zwangsarbeiter beitragen würde. Als er auf Frankreich zu sprechen kam, sparte er nicht mit warmen Worten, indem er es als »äußerst wichtigen Faktor des Gleichgewichts und der Stabilität in Europa«, »einflussreiches Mitglied der EU« und einen »Polen wohlgesinnten Partner« bezeichnete. Er brachte den Wunsch zum Ausdruck, dass Frankreich seine Unterstützerrolle der Reformpolitik und Erweiterung der Europäischen Union beibehalten möge und versprach, ein günstiges Klima für die Ausweitung der französischen Investitionen in Polen zu schaffen.³⁰

29 Piotr Kasznia: Spotkanie w trójkącie. In: RZECZPOSPOLITA vom 7.01.1999.

30 Informacja ministra spraw zagranicznych Bronisława Gremka o podstawowych kierun-

Bei seiner Bewertung des Funktionierens des Weimarer Dreiecks verwies Minister Geremek darauf, dass es nicht nur eine wichtige Ergänzung der bilateralen Beziehungen darstelle, seine Attraktivität beruhe vielmehr darauf, dass es eine Institution sei, die den Dialog der beiden Hälften Europas ermögliche. Es könne ein Baustein für die regionale und europäische Position Polens sein und solle zur Diskussion über die Politik der EU-Osterweiterung, die Strategie gegenüber Polen und der Ukraine sowie in breiterem Umfang auch Sicherheitsprobleme aufgreifen.

Am 7. Mai 1999 wurde in der Residenz des ehemaligen polnischen Königs Stanisław Leszczyński im lothringischen Nancy beschlossen, das Format des Weimarer Dreiecks zu erweitern. Gemäß den Beschlüssen des Gipfels sollten sich die Minister der Ressorts Umweltschutz, innere Angelegenheiten und Verkehr regelmäßig treffen, und der Stadtpräsident von Warschau, der Oberbürgermeister von Berlin und der Maire von Paris wurden zum Nachdenken über eine Festigung ihrer Städtepartnerschaft angeregt. Die Verteidigungsressorts wurden zu einer Kooperation im Bereich der Produktion militärischer Ausrüstung ermuntert. Auf kultureller und wissenschaftlicher Ebene sollten der Jugend- und Kaderaustausch gefördert werden, in Warschau ein trilaterales Wissenschaftszentrum ins Leben gerufen und der Anteil Polens an der Verwirklichung des französisch-polnischen Fernsehprogramms *Arte* vergrößert werden.³¹

Die Betonung von Fragen der Kultur wurde zum dominierenden Motiv in den Diskussionen der Außenminister in Weimar am 31. August 1999. Man erkannte an, dass in dieser Materie große Möglichkeiten zu einer trilateralen Kooperation steckten. Zudem wurde eine Initiative zur Gründung eines gemeinsamen Instituts für Gesellschaftliche Forschungen und Analysen in Warschau präsentiert, dessen Wirken ganz Mitteleuropa umfassen sollte.³²

Während der Kabinette von Schröder/Fischer begann sich in Deutschland die Meinung zu verfestigen, deren leidenschaftliche Fürsprecherin Frankreich war, dass die Erweiterung der Europäischen Union um neue Kandidaten aus Mitteleuropa institutionelle Veränderungen im Inneren der europäischen politischen Struktur und deren Anpassung an ein gutes Funktionieren in einer erweiterten Zusammensetzung verlange. Schon die Regierung Kohl hatte eine Evolution von der Formel eines *Junktims* zwischen dem Prozess institutioneller Reformen

kach polityki zagranicznej Polski. Przemówienie na forum Sejmu RP w dniu 8 kwietnia 1999 roku. In: Geremek: Skuteczność i racja stanu, S. 86–87.

31 Ludger Kühnhardt, Henri Ménudier, Janusz Reiter: Das Weimarer Dreieck. Die französisch-deutsch-polnischen Beziehungen als Motor der Europäischen Integration. Discussion Paper, Bonn 2000.

32 Jerzy Haszczyński: Kultura jako lekarstwo. Spotkanie szefów dyplomacji Trójkąta Weimarskiego. In: RZECZPOSPOLITA vom 31.8.1999.

und der Zweckmäßigkeit der EU-Erweiterung durchgemacht, und langsam neigte sie den an der Seine vorherrschenden Ansichten zu, dass eine Vertiefung der Integration eine Bedingung *sine qua non* für die Erweiterung des europäischen Staatenverbunds nach Osten sei. Andererseits war eine zunehmende Bereitschaft von Bundeskanzler Schröder zu einer engen Zusammenarbeit mit Russland zu bemerken, die nach dem Sieg Wladimir Putins in den Präsidentschaftswahlen im März 2000 sichtbar wurde. Seit dieser Zeit begann sich die Zusammenarbeit mit Russland auf vielen Ebenen zu entwickeln, insbesondere im Energiesektor.³³

Seit der zweiten Hälfte des Jahres 2000 hatten die Franzosen den Vorsitz in der Union inne und waren gezwungen, die Verhandlungen mit den Ländern, die eine Mitgliedschaft anstrebten, zu Ende zu bringen. Sie machten dabei kein Geheimnis aus ihren Vorbehalten, dass die Aufnahme so vieler schwach vorbereiteter und um vieles ärmerer Länder des ehemaligen Ostblocks in die EU die Gemeinschaft lähmen, ja sie sogar sprengen würde. Es bestand die Gefahr, dass die Europäische Union kein reibungslos funktionierender Organismus mehr sein würde, sondern verwässert und auf eine Freihandelszone reduziert würde. Sie würde kein Gewicht in der internationalen Politik haben und partnerschaftliche Beziehungen zu den USA unterhalten. Und schließlich, *last but not least*, befürchtete man, dass Polen, Tschechien oder Ungarn gewissermaßen auf natürliche Weise zum Hinterland des ohnehin (bezogen auf die ganze EU) überproportional großen Deutschlands werden würde. Dieses Hinterland könnte den Schwerpunkt der Gemeinschaft nach Osten verlagern, und dann würde Frankreich im europäischen Konzert nicht mehr die erste Geige spielen.

Wie bereits erwähnt, versuchte Frankreich eben mit Hilfe des Weimarer Dreiecks die deutsche Aktivität in der Region Mitteleuropas zu kontrollieren und zu stimulieren. Kein Wunder also, dass der Interessenkonflikt in dieser Lage schnell deutlich wurde. Der Ehrgeiz Geremeks und der ganzen Regierung war es, das Weimarer Dreieck zu einer der Hauptantriebskräfte der europäischen Integration zu formen, wobei Frankreich die Interessen des Mittelmeerraumes vertreten würde, Deutschland die skandinavischen Länder und die Mitteleuropas, Polen dagegen die neu in die Union aufgenommenen Staaten. Eine solche Perspektive weckte keinen Enthusiasmus an der Seine und Frankreich brms-te eher die institutionelle Entwicklung des Dreiecks.³⁴ Kein Wunder also, dass Jahre später der hervorragende französische Politologe und Soziologe Alfred Grosser bei seiner Bewertung dieser Phase des Funktionierens des Weimarer

33 Gerhard Schröder: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hamburg 2007, S. 246.

34 Bogdan Koszel: Francja-Niemcy a polskie członkostwo w Unii Europejskiej. In: Marek Czajkowski, Erhard Cziomer (Hrsg.): Stanowisko Unii Europejskiej wobec Polski i jej sąsiadów w przededniu poszerzenia, Kraków 2003, S. 73–82.

Dreiecks die unmissverständliche Feststellung verwendete, dass das Weimarer Dreieck »unter den Regierungen von Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder durch die Achse Paris-Berlin-Moskau zerschlagen worden sei.«³⁵

Es war unschwer zu bemerken, dass Minister Geremek in seinem Auftritt zur Außenpolitik im Sejm am 9. Mai 2000 nur mit wenigen Worten daran erinnerte, dass Polen die Beziehungen zu Frankreich und Deutschland im Rahmen des Weimarer Dreiecks weiterhin als vorrangige Richtung der Außenpolitik betrachtete und dass sich die langfristigen Ziele beider Staaten mit denen Polens deckten. Nach seiner Auffassung betraf das zu beobachtende Defizit die zwischengesellschaftlichen Kontakte und in dieser Richtung sollten konkrete Schritte in die Wege geleitet werden. Im weiteren Teil ermunterte er Frankreich zu größeren Investitionen in Polen sowie zur Ausweitung der lokalen und regionalen Bindungen. Er rechnete darauf, dass es dank den Maßnahmen Frankreichs schnell zur Beendigung des Reformprozesses der EU und zu ihrer Vorbereitung auf ein Wirken in einer erweiterten Zusammensetzung komme.³⁶

Unabhängig vom Weimarer Dreieck entwickelte Geremek eine neue Strategie der polnischen Russlandpolitik, die in einer gleichzeitigen Unterstützung demokratischer Bestrebungen der postkommunistischen Länder sowie in einer friedlichen Lösung strittiger Fragen entlang der Linie Warschau – Moskau bestand. Im Juni 2000 besprachen die Außenminister des Weimarer Dreiecks in Krakau den Stand der Verhandlungen Polens mit der EU, Sicherheitsprobleme in Europa und die Möglichkeit einer Zusammenarbeit auf regionaler Ebene. Geremek, der zum letzten Mal in seiner Rolle als Chef der polnischen Diplomatie auftrat, stellte die Lage in Polen nach dem Zerfall der Regierungskoalition AWS-UW dar und versicherte seinen Gesprächspartnern, dass »Polen mit beiden Beinen auf dem Boden politischer Stabilität stehe, die kein Windstoß erschüttern könne«. Seine Gesprächspartner Védrine und Fischer waren ebenfalls der Meinung, dass die letzten politischen Spannungen in Polen keinen Einfluss auf den Verlauf der Verhandlungen mit der Europäischen Union haben sollten. Einer der Hauptgedanken des Treffens war auch das Gespräch darüber, welche neue Formen die Zusammenarbeit der Gesellschaften in den Staaten des Weimarer Dreiecks annehmen könnte. Der Annäherung sollten u. a. »Weimarer Picknicks« dienen, an denen auch Jugendliche teilnehmen würden und bei denen man in lockerer Atmosphäre über die Überwindung gegenseitiger Vorurteile und Ste-

35 Chirac i Schroeder zmiadzzyli Trójkat Weimarski. In: DZIENNIK. GAZETA PRAWNA vom 6.2.2011, <https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/artykuly/484728,chirac-i-schroeder-zmiadzzyli-trojkat-weimarski.html> (2.5.2022).

36 Informacja ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremka o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski. Przemówienie na forum Sejmu RP w dniu 9 maja 2000 roku. In: Geremek: Skuteczność i racja stanu, S. 236–237.

reotype diskutieren konnte. In Krakau unterzeichneten Vertreter der regionalen Behörden aus den drei Ländern in Anwesenheit der Minister die Kleinpolnische Erklärung der Regionen des Weimarer Dreiecks, die die Zusammenarbeit zwischen den französischen Regionen, den deutschen Bundesländern und den polnischen Woiwodschaften betraf. Die Erklärung schuf die formalen Grundlagen für eine Zusammenarbeit der Gesellschaften der drei Länder und für die Schaffung kleiner Weimarer Dreiecke. Sie regte die wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen sowie kleiner und mittelständischer Unternehmen an.³⁷

Es unterlag keinem Zweifel, dass das Zusammenfallen der Debatte über die Zukunft des vereinten Europas, die mit dem berühmten Auftritt Fischers an der Humboldt-Universität in Berlin am 12. Mai 2000 eingeleitet wurde, mit der Beendigung der Beitrittsgespräche den polnischen Unterhändlern und der Regierung Buzek ungelegen kam. Man befürchtete, dass die schnelle Verabschiedung einer institutionellen Lösung zusätzliche Schwierigkeiten vor den eine Mitgliedschaft anstrebenden Ländern aufbürden würden. Die Absichten von Fischer und Schröder wurden auch nicht ganz richtig interpretiert. In den Auftritten der deutschen Politiker glaubte man vor allem das Bestreben zu erkennen, dem zukünftigen Europa eine föderative Struktur zu geben, die sich zwar in der Bundesrepublik bewährt hatte, aber in krassem Gegensatz zu den geschichtlichen Traditionen Polens, zur polnischen Kultur und zu den Präferenzen für die Entwicklung eines regierungsübergreifenden Modells der Union stand. Den Vorschlag Fischers zu einer Föderalisierung Europas nannte der polnische Minister »mutig, aber verfrüht und im Widerspruch zur Denkweise der Beitrittskandidaten, die gerade erst ihre Unabhängigkeit und Souveränität erlangt hatten«.³⁸ Er hatte Angst vor einer zukünftigen Europäischen Union in Form einer »vergrößerten Bundesrepublik« mit einem exklusiven »harten Kern« bzw. einer »Pioniergruppe«. Im Allgemeinen wurden eher – was wiederum den Deutschen missfiel – die von Frankreich vorgeschlagenen Lösungen, die die Ebene der regierungsübergreifenden Zusammenarbeit in der Union stärkten, unterstützt.³⁹

Einen anderen Charakter hatten die Vorbehalte politischer Natur. Obwohl die Franzosen dies abstritten, wurde Polen dennoch als treuer Verbündeter der USA in Mitteleuropa betrachtet, der die Interessen des Nordatlantischen Bündnisses über die europäischen Interessen stellte, und dies auch noch in einer Phase

37 Jerzy Sadecki: Będą pikniki weimarskie. Spotkanie szefów dyplomacji Polski, Francji i Niemiec. In: RZECZPOSPOLITA vom 8.6.2000.

38 Muriel Rambour: Analyse comparée du débat sur la structure politique future de L'Europe: vers une »Fédérations d' Etats-Nations?«. In: REVUE INTERNATIONALE DE POLITIQUE COMPARÉE 2003, Nr. 1, S. 53.

39 Jędrzej Bielecki: Zaproszenie do dyskusji. In: RZECZPOSPOLITA vom 15.5.2000.

intensiver Arbeiten an der Formulierung der Aufgaben für eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Ein sprechender Beweis dafür war, dass – auf Druck Geremeks – Außenministers Védrine am 27. Juni 2000 für einige Stunden nach Warschau kam, um an einer Konferenz zum Thema Demokratie teilzunehmen, die von den Vereinigten Staaten gesponsert worden war. Der Minister lehnte es ab, mit der Schlusserklärung identifiziert zu werden, die von den anderen 106 Teilnehmern bestätigt worden war.⁴⁰

Geremek war sich bewusst, dass die sozialistische Regierung Jospin der polnischen politischen Szene, die von einer politisch eher rechts der Mitte stehenden Gewerkschaft und national-konservativen Kreisen dominiert wurde, mit großer Distanz gegenüberstand. Die französischen intellektuellen Eliten, die zumeist linksorientiert waren, beurteilten und stellten Polen als ein rückständiges, klerikales, antisemitisches, intolerantes Land mit archaischen Sitten dar, das von den Prinzipien, auf die sich die laisierte Französische Republik gründete, ungemein weit entfernt war.

3 Geremek als Europaabgeordneter und Kommentator des politischen Lebens

Als Geremek am 30. Juni 2000 nach dem Zerfall der Regierungskoalition aus AWS und UW das Amt des Außenministers niederlegte, war er sich dessen bewusst, dass sein Nachfolger, der erfahrene Bartoszewski – wenn auch nur für kurze Zeit – die Hauptprämissen der polnischen Außenpolitik fortsetzen und damit das Weimarer Dreieck insbesondere auf dem ihm gut vertrauten deutschen Abschnitt stärken würde. Im Jahr 2004 erhielt Geremek vom Wahlkomitee der Freiheitsunion das Mandat eines Abgeordneten zum Europäischen Parlament. Er gehörte der Fraktion Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa an und war in den parlamentarischen Ausschüssen für auswärtige Angelegenheiten und konstitutionelle Fragen tätig. Darüber hinaus war er Delegationsmitglied für Angelegenheiten der Beziehungen zu den USA und zu Russland.

Trotz seiner Aktivitäten auf dem breiteren europäischen Feld bemühte sich der neue Europaparlamentarier darum, die Lage in Polen weiter zu verfolgen. Er war sich bewusst, dass nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Polen im Herbst 2005 das Weimarer Dreieck in der Politik der Regierung unter

40 Jan Krauze: Hubert Védrine réfute les leçons de démocratie de Washington. In: LE MONDE vom 28.06.2000, https://www.lemonde.fr/archives/article/2000/06/28/hubert-vedrine-r-ecacute-fute-les-le-ccedil-ons-de-d-eacute-mocratie-de-washington_74921_1819218.html (23.05.2022).

Kazimierz Marcinkiewicz und Jarosław Kaczyński stark an Bedeutung verlor. Seine besondere Beunruhigung rief die Tatsache hervor, dass Präsident Lech Kaczyński 2006 auf die Teilnahme am Jubiläumsgipfel des Weimarer Dreiecks verzichtete, der der trilateralen Zusammenarbeit einen neuen Impuls hätte geben können. Der offizielle Grund dafür war eine »diplomatische Krankheit« des Präsidenten, obwohl es kein Geheimnis war, dass dies infolge einer Karikatur des polnischen Präsidenten geschah, die in der linken deutschen Nischenzeitung DIE TAGESZEITUNG abgedruckt worden war. Aus Protest erklärten die ehemaligen Außenminister Rosati, Geremek, Bartoszewski, Rotfeld, Olechowski, Cimosiewicz und Meller in einem von ihnen unterzeichneten Brief, dass »die Absage des Treffens auf dem Gipfel ohne Angabe eines ernsten und glaubwürdigen Grundes geringschätzig gegenüber den Partnern ist.«⁴¹ In seinem Kommentar zu dieser Erklärung brachte Geremek die Überzeugung zum Ausdruck, dass die polnische Staatsräson ein »Bezugspunkt sein sollte, der über jedem politischen oder parteilichen Bewusstsein steht«. Das Weimarer Dreieck betrachtete er als ein Instrument polnischer Errungenschaften in der Außenpolitik, das der polnischen und europäischen Diplomatie weiterhin nützlich sein konnte.⁴² Im Jahr 2007 lehnte Geremek es ab, eine Lustrationserklärung abzugeben, indem er darauf verwies, dass er dies bereits 2004 getan habe. Als man seitens der Regierung in einer politischen Hetzjagd versuchte, ihm sein Mandat als Europaabgeordneter abzunehmen, standen seine französischen und deutschen Freunde in Straßburg geschlossen hinter ihm, indem sie ihre uneingeschränkte Solidarität zum Ausdruck brachten.⁴³

41 B. szefowie dyplomacji krytykują odwołanie szczytu w Weimarze. In: RFM 24, <https://www.rmfm24.pl/fakty/polska/news-b-szefowie-dyplomacji-krytykuja-odwolanie-szczytu-w-weimarze,nld,79454#crpstate=1> (4.05.2022).

42 Geremek broni prawa do krytyki odwołania szczytu Trójkąta Weimarskiego. In: Wirtualna Polska, <https://wiadomosci.wp.pl/geremek-broni-prawa-do-krytyki-odwolania-szczytu-trojkat-weimarskiego-6036387837281409a> (22.04.2022).

43 Parlament Europejski broni posła Geremka. In: europarl.europa.eu, <https://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=//EP//NONSGML+IM-PRESS+20070425IPRO5853+0+DOC+PDF+V0//PL&language=PL> (22.04.2022).

4 Schlussfolgerungen

Bei genauerer Betrachtung lässt sich feststellen, dass die Handlungsmöglichkeiten Geremeks im Weimarer Dreieck begrenzt waren. In der Koalitionsregierung aus AWS und UW herrschte hinsichtlich einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und Frankreich Misstrauen vor. Als er das Ministeramt übernahm, waren die politischen Entscheidungen in den für Polen wichtigsten Fragen, also der Mitgliedschaft in der NATO und in der EU, schon gefallen und die Aufgabe des Außenministeriums bestand lediglich darin, Polen sicher in diese Strukturen zu führen. Zudem sollte nicht vergessen werden, dass sich der Minister überaus emotional für die Ostpolitik engagierte; seine ersten diplomatischen Reisen führten nicht nach Berlin oder Paris, sondern nach Vilnius (Wilna) und Kiew.

Bei seiner Bewertung des Weimarer Dreiecks aus der zeitlichen Perspektive seines 15-jährigen Bestehens erachtete er bei einer im Weimarer Rathaus gehaltenen Rede dessen Existenz und Funktionieren als zweckmäßig und notwendig. Er verwendete sogar die Formulierung, dass er »keine andere Möglichkeit des politischen Seins Polens in Europa sehe als die einer privilegierten Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen«. ⁴⁴ Ungeheures Gewicht maß er dem Engagement zugunsten des Aufbaus einer breiten trilateralen Zusammenarbeit bei. Er betonte die Bedeutung einer entsprechenden Bildung der Jugendlichen in den drei Ländern, damit sie den sie erwartenden europäischen Herausforderungen gerecht werden könnten. Außerdem regte er die Schaffung sog. kleiner Weimarer Dreiecke in verschiedenen Bereichen, angefangen von der Bildung über die Wirtschaft, die Rechtsprechung und Verteidigung bis hin zur Medizin, an, was eine dauerhafte und starke Grundlage für eine trilaterale Zusammenarbeit darstellen würde. Es ist erwähnenswert, dass Geremek für seine Verdienste mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet sowie zum Träger des Ordens Pour le Mérite für Wissenschaften und Künste und zum Offizier der französischen Ehrenlegion ernannt wurde.

Aus dem Polnischen von Sabine Lipińska

44 Vgl. Klaus-Heinrich Standke (Hrsg.): *Trójkąt Weimarski w Europie. Das Weimarer Dreieck in Europa. Le Triangle de Weimar en Europe*, Toruń 2009, S. 50.

DOI: 10.13173/9783447120241.035

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

Der Beitrag Bronisław Geremeks zur polnischen Außenpolitik und Sicherheit: Polens NATO-Beitritt

Agnieszka Nitszke, Jagiellonen-Universität in Krakau, Team Europe

Bronisław Geremek's contribution to Polish foreign and security policy: Poland's accession to NATO

The purpose of this article is to present the efforts of Polish diplomacy to join NATO, with particular emphasis on the role and involvement of Bronisław Geremek in this process. It is hypothesised that Bronisław Geremek's vision of transatlantic integration and his assessment of the international situation and the NATO alliance itself in the 1990s proved its enduring value and is also applicable to the current international situation after Russia's aggression against Ukraine. In order to examine the hypothesis, the following research questions were formulated: Q1: What was the "security vacuum" in Central and Eastern Europe in the first half of the 1990s; Q2: How did the U.S. position on NATO enlargement evolve; Q3: What was Russia's policy toward NATO enlargement plans? The study used qualitative methods, primarily consisting of content analysis of documents, archival statements and literature. The initial sections of the article present the political situation in Poland during the transition era, and the foreign and security policy directions formulated at the time. The next section discusses the positions of the U.S. and Russia toward Poland's efforts to join NATO. The key part of the article is devoted to an analysis of Bronisław Geremek's political ideas, agenda and actions in the 1990s in relation to Polish efforts to join NATO, taking into account the Eastern European context.

DOI: 10.13173/9783447120241.057

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.057

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

1 Einleitung

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine gewann Polens NATO- und EU-Mitgliedschaft an Relevanz, weil diese beiden Organisationen die Garanten der polnischen Sicherheit sind. Nach dem Zweiten Weltkrieg befand sich Polen infolge der Entscheidung der Großmächte vierzig Jahre lang in der Interessensphäre der Sowjetunion (UdSSR). Die Folge dieses Entschlusses war die Zugehörigkeit des polnischen Staates zu den regionalen, von der UdSSR kontrollierten Institutionen und Organisationen, darunter zu dem als militärischer Beistandspakt fungierenden Warschauer Pakt. Nach 1989 verlor der Pakt infolge der demokratischen Umwandlungen in Mittel- und Osteuropa seine Existenzberechtigung und wurde formal im Jahre 1991 aufgelöst. Polen und andere Staaten in der Region fielen dadurch in ein Sicherheitsvakuum. Die euroatlantische Integration wurde zu einer neuen Richtung der Außenpolitik. Bevor es aber dazu kam, bedurfte es einer vielseitigen diplomatischen Anstrengung. In den 1990er Jahren kennzeichnete sich die polnische Diplomatie durch eine hohe Stabilität und Kontinuität. Trotz sich ändernder Regierungen akzeptierten alle politischen Parteien, vor allem die, die aus der demokratischen Opposition hervorgegangen waren, aber mit der Zeit auch die postkommunistischen Gruppierungen, die Notwendigkeit der euroatlantischen Integration, und die Mitgliedschaft in der NATO wurde zum strategischen Hauptziel in diesem Bereich. Der NATO-Beitritt und der diesen Beitritt einleitende Prozess formeller Verhandlungen sowie die diplomatischen Maßnahmen, die die westlichen Partner von der Mitgliedschaft Polens in der NATO überzeugen sollten, waren eine kollektive Anstrengung aufeinanderfolgender Regierungen und häufig auch anderer Institutionen, die ihre informellen Informationskanäle nutzten und Einfluss auf den Entscheidungsprozess nahmen.

Nichtsdestoweniger ist der Verweis auf jene führenden Persönlichkeiten berechtigt, die dank der von ihnen ausgeübten Funktionen sowie mithilfe ihrer persönlichen Beziehungen eine besondere Rolle beim NATO-Beitritt Polens spielten. In Polen gehörte dazu zweifelsohne Bronisław Geremek, der sich sowohl an der Planung als auch an der Ausführung der polnischen Außenpolitik in den 1990er Jahren beteiligte. In den Jahren 1991–1997 war er zuerst Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Sejm und anschließend Außenminister (1997–2000). Unter Berücksichtigung des Zeitrahmens der entscheidenden Phase der NATO-Beitrittsverhandlungen sowie deren Abschluss, der am 12. März 1999 zum NATO-Beitritt Polens führte, ist Geremek als Hauptarchitekt dieses Erfolgs zu betrachten.

Der vorliegende Beitrag verfolgt das Ziel, die Bemühungen der polnischen Diplomatie um die NATO-Mitgliedschaft unter besonderer Berücksichtigung der Rolle und des Engagements von Geremek darzustellen.

Dabei wurde die Hypothese aufgestellt, dass die Vision der transatlantischen Integration sowie die Beurteilung der internationalen Lage und der NATO selbst sich als weiterhin aktuell erwies und auch heute, nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, ihre Anwendung findet.

Zur Untersuchung der Hypothesen wurden die nachstehenden Forschungsfragen formuliert: F1: Worin bestand das »Sicherheitsvakuum« in Mittel- und Osteuropa in der ersten Hälfte der 1990er Jahre?; F2: Wie entwickelte sich die Einstellung der USA zur NATO-Erweiterung?; F3: Wie gestaltete sich Russlands Politik gegenüber den Plänen einer NATO-Erweiterung?

In der Untersuchung kamen qualitative Methoden in Form der Analyse des Inhalts von Dokumenten, in Archiven auffindbarer Äußerungen sowie der Fachliteratur zum Einsatz.

2 Die geopolitische Lage Polens nach 1989

Die im Jahre 1989 in Mittel- und Osteuropa initiierten gesellschaftlichen und politischen Umwandlungen führten binnen kürzester Zeit zur Desintegration des gesamten sowjetischen Ostblocks und in der Folge auch zum Zerfall der UdSSR. Diese Situation brachte große Chancen mit sich, aber paradoxerweise auch große Gefahren. Die einen wie die anderen lassen sich auf nationaler sowie auf internationaler Ebene erörtern. Die Wahlen vom 4. Juni 1989 in Polen, die nach Regeln durchgeführt wurden, die von der kommunistischen Partei und der demokratischen Opposition in einem Format ausgehandelt wurden, das gemeinhin als »Gespräche am Runden Tisch« bezeichnet wird, hatten Konzessionscharakter. Dies bedeutete, dass sich die demokratische Opposition um eine bestimmte Zahl der Sejmmandate bewerben durfte. Der eigentliche Umbruch und die tatsächliche Widerspiegelung des gesellschaftlichen Willens war jedoch das Ergebnis der Wahlen zum Senat, bei denen sich die nicht-kommunistischen Kandidat:innen beinahe alle Mandate sichern konnten.¹ Das Wahl-

1 Die Parlamentswahlen in Polen fanden am 4. und 18. Juni 1989 statt. Während der Gespräche am Runden Tisch wurde vereinbart, dass 65 Prozent der Sejmmandate der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und deren Satellitenparteien vertraglich zugesichert werden. Die Oppositionsvertreter durften sich wiederum um die weiteren 35 Prozent der Mandate bewerben. In den Wahlen zum wiederhergestellten Senat sollten 100 Prozent der Senatoren frei bestimmt werden, um deren Mandate sich sowohl die kommunistische

ergebnis zwang die Machthaber dazu, weitere Zugeständnisse zu machen und ihr Einverständnis zu geben, dass Tadeusz Mazowiecki, einer der Politiker aus dem Umfeld der demokratischen Opposition, zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Die friedliche Machtübergabe an die demokratischen Parteien war de facto der Anfang eines schwierigen und risikobehafteten Prozesses einer komplexen System-, Wirtschafts- und Gesellschaftstransformation. Im Jahre 1989 gab es noch die UdSSR und Polen war ein Mitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sowie des Warschauer Paktes, der die mittel- und osteuropäischen Staaten vereinigte (Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand), in dem die UdSSR die vorherrschende – oder sogar hegemonische – Position hatte. Dies zog die Präsenz der sowjetischen Armee auf dem polnischen Staatsgebiet nach sich.² Formell wurde der RGW am 28. Juni aufgelöst und der Warschauer Pakt – drei Tage später – am 1. Juli 1991. Einerseits war dies das offizielle Ende der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Abhängigkeit Polens von der UdSSR, andererseits bedeutete es, dass diese Probleme aufs Neue geregelt werden mussten. Polen und die anderen Länder in der Region fielen in ein Sicherheitsvakuum.³ Eine Angelegenheit von höchster Wichtigkeit auf diesem Gebiet war die Regelung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, zumal es Anfang der 1990er Jahre in dieser Hinsicht zu vielfältigen Veränderungen kam. Im Oktober 1990 wurde der Vertrag zwischen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet.⁴ Er regelte jedoch nicht die Frage der Sta-

Partei als auch die demokratische Opposition bewerben konnten. Die Kandidaten der demokratischen Opposition errangen schließlich 99 von 100 Mandaten im Senat und 161 der möglichen Mandate im Sejm. Vgl. Krystyna Trembicka: Wybory »kontraktowe« w Polsce w czerwcu 1989 roku: Peccatum originale u podstaw narodzin III Rzeczypospolitej Polskiej. In: PRZEGLĄD SEJMOWY 2017, Nr. 4, S. 110–111.

- 2 Auf dem polnischen Staatsgebiet stationierte die Nordgruppe der Streitkräfte der Roten Armee. In den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zählte sie 300 000–400 000 Soldaten. Vgl. Maciej Czulicki: Wybrane aspekty pobytu Północnej Grupy Wojsk Armii Radzieckiej w Polsce w latach 1945–1993 oraz wykorzystanie infrastruktury po jednostkach Armii Radzieckiej po 1993 r., Biuro Bezpieczeństwa Narodowego, <https://www.bbn.gov.pl/ftp/dok/1945-1993.pdf>, S. 7 (3.04.2022). In den nächsten Jahren änderte sich ihre personelle Zusammensetzung und gegen Ende der 1980er Jahre betrug sie 56 000 Soldaten. Vgl. Eugeniusz Sobczyński, Adam Szulczewski: Camouflaging of areas occupied by units of the Soviet Army Northern Group of Forces (NGF) on Polish and Soviet military topographic maps. In: POLISH CARTOGRAPHICAL REVIEW 52 (2020), H. 3, S. 124–139, hier: S. 127.
- 3 Ryszard Zięba: Główne kierunki polityki zagranicznej Polski po zimnej wojnie, Warszawa 2010, S. 81.
- 4 Rafał Czachor: Miejsce Federacji Rosyjskiej w polskiej polityce wschodniej. Bilans 20-lecia. In: WROCŁAWSKI PRZEGLĄD MIĘDZYNARODOWY 2011, H. 2, S. 109–131, hier: S. 115.

DOI: 10.13173/9783447120241.057

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

tionierung der sowjetischen Armee auf polnischem Territorium, was aus der Sicht der polnischen Staatsräson der wichtigste Punkt war. Die Verhandlungen darüber liefen seit Herbst 1990 und wurden mit den Machthabern der UdSSR aufgenommen. Abgeschlossen wurden sie am 22. Mai 1992 durch die Unterzeichnung eines Vertrags, allerdings bereits mit der Russischen Föderation. Am selben Tag wurde der bereits erwähnte Vertrag zwischen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet.⁵ Die letzten Truppen verließen am 28. Oktober 1992 das polnische Staatsgebiet.⁶ Der Zerfall der UdSSR gegen Ende des Jahres 1991 führte dazu, dass Polen im Osten nicht mehr an einen, sondern gleich an vier Staaten grenzte: an die Russische Föderation (Oblast Kaliningrad – russische Exklave), Litauen, Belarus und die Ukraine. Die polnische Diplomatie unterstützte aktiv die Unabhängigkeitsbestrebungen der ehemaligen Sowjetrepubliken. Die Unabhängigkeit Litauens wurde bereits am 26. August 1991 von Polen anerkannt. Einige Tage später nahmen beide Staaten offizielle diplomatische Beziehungen auf, die auch im am 26. April 1994 unterzeichneten Vertrag über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit geregelt wurden.⁷ Am 18. Mai 1992 wurde wiederum ein derartiger Vertrag zwischen Polen und der Ukraine unterzeichnet.⁸ Die polnisch-belarussischen Beziehungen regelte der Vertrag über gute Nachbarschaft, freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit vom 23. Juni 1992.⁹ Auf

- 5 Traktat między Rzeczpospolitą Polską a Federacją Rosyjską o przyjaznej i dobrosąsiedzkiej współpracy, sporządzony w Moskwie dnia 22 maja 1992 r., Dz.U. 1993 nr 61 poz. 291, <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19930610291> (15.06.2022).
- 6 Formell ging der Prozess des Truppenabzuges im September 1993 zu Ende, als die letzten Unterstützungseinheiten der Armee Polen verließen. Durch das polnische Territorium zogen auch die in der ehemaligen DDR stationierenden Einheiten ab. Vgl. Agata Wawryszuk: *Negocjacje dotyczące wyprowadzenia Armii Radzieckiej – warunkiem odzyskania pełnej suwerenności Polski*. In: *WIEDZA OBRONNA: KWARTALNIK TOWARZYSTWA WIEDZY OBRONNEJ* 44 (2017), H. 3/4, S. 121–147, hier: S. 143.
- 7 Traktat między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Litewską o przyjaznych stosunkach i dobrosąsiedzkiej współpracy, sporządzony w Wilnie dnia 26 kwietnia 1994 r., Dz.U. 1995 nr 15 poz. 71, <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19950150071> (15.05.2022).
- 8 Traktat między Rzeczpospolitą Polską a Ukrainą o dobrym sąsiedztwie, przyjaznych stosunkach i współpracy, sporządzony w Warszawie dnia 18 maja 1992 r., Dz.U. 1993 nr 125 poz. 573, <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=wdu19931250573> (15.05.2022).
- 9 Traktat między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Białoruś o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy, podpisany w Warszawie dnia 23 czerwca 1992 r., Dz.U. 1993 nr 118 poz. 527, <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19931180527> (15.05.2022).

diese Art und Weise wurden die Beziehungen Polens zu allen östlichen Nachbarstaaten reguliert. Bis zum Jahresende 1992 grenzte Polen im Süden an die Tschechoslowakei, die ähnlich wie Polen euroatlantische Bestrebungen zum Ausdruck brachte – und auf internationaler Ebene somit ein natürlicher Verbündeter Polens war. Am 6. Oktober 1991 wurde der Vertrag zwischen der Republik Polen und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft, Solidarität und freundschaftliche Zusammenarbeit geschlossen,¹⁰ der bis heute als Grundlage der polnisch-tschechischen und polnisch-slowakischen Beziehungen gilt. Im Hinblick auf die historischen Erfahrungen gab jedoch der westliche Nachbarstaat am meisten Anlass zur Besorgnis. Die Demokratisierungsprozesse in Mittel- und Osteuropa führten zur Wende in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und in der Folge zur Aufnahme von Gesprächen über die Wiedervereinigung Deutschlands. Diese Frage war seit vielen Jahren im politischen Denken polnischer Politiker und in der Agenda der politischen Parteien präsent. Die demokratische Opposition hatte in der kommunistischen Zeit zwar ein solches Szenario in Betracht gezogen, sich aber auf keinen einheitlichen Standpunkt einigen können. Das bedeutendste Problem blieb die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze entlang der Oder/Neiße-Linie.¹¹ Die polnische Regierung war an allen Maßnahmen interessiert, die die Wiedervereinigung Deutschlands unterstützten, insbesondere in der letzten Phase der diesbezüglichen Verhandlungen im Jahre 1990. Die polnischen Postulate in Bezug auf die Bestätigung des Grenzverlaufs wurden auch während der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen berücksichtigt, in deren Verlauf der Wiedervereinigungsvertrag ausgearbeitet wurde, in dem Deutschland auf alle territorialen Ansprüche zugunsten seiner Nachbarn verzichtete.¹² Die Wiedervereinigung Deutschlands vollzog sich am 3. Oktober 1990. Kurz darauf wurde am 14. November 1990 der Vertrag zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze unterzeichnet.¹³ Die übrigen Fragen wurden im Bonner Vertrag zwischen

10 Układ między Rzeczpospolitą Polską a Czeską i Słowacką Republiką Federacyjną o dobrym sąsiedztwie, solidarności i przyjacielskiej współpracy sporządzony w Krakowie dnia 6 października 1991 r., Dz.U. 1992 nr 59 poz. 296, <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19920590296> (15.05.2022).

11 Janusz Józef Węc: Stanowisko polskich ugrupowań opozycyjnych wobec problemu niemieckiego w latach 80. XX wieku. In: Małgorzata Świder (Hrsg.): *Polityka i humanitaryzm w latach 1980–1989*, Opole 2010, S. 200–216.

12 Jan Barcz: *Sprawy polskie podczas Konferencji »2+4«*. Potwierdzenie granicy polsko-niemieckiej i odszkodowania od Niemiec. Studium z historii dyplomacji i prawa międzynarodowego, Warszawa 2021, S. 137–249.

13 Traktat między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec o potwierdzeniu istniejącej między nimi granicy, podpisany w Warszawie dnia 14 listopada 1990 r.,

der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 geregelt.¹⁴

In den nächsten Jahren schloss Polen u. a. mit seinen Nachbarstaaten weitere Abkommen, die unterschiedliche Aspekte der Zusammenarbeit betrafen, z. B. in Handels-, Wirtschafts-, Wissenschafts- oder Kulturfragen.

Außer den Verhandlungen und bilateralen Verträgen sind auch die Maßnahmen im Bereich der Diplomatie bemerkenswert, die darauf abzielten, Polen in eine vielseitige internationale Zusammenarbeit einzubeziehen, die sofort alte Bündnisse ersetzen und langfristig die Realisierung der strategischen Ziele (NATO-Beitritt und Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften) erleichtern sollte. Unter diesem Aspekt waren das Weimarer Dreieck und das nach dem Zerfall der Tschechoslowakei in Visegrád-Gruppe (V4) umbenannte Visegrád-Dreieck die wichtigsten Gremien. Beide Formate wurden 1991 initiiert und waren auf die Kooperation mit unterschiedlichen Partnern ausgerichtet, wodurch sie sich gegenseitig vervollständigten.¹⁵ Die Zusammenarbeit innerhalb der Visegrád-Gruppe war als gewisses Integrationslabor für die postkommunistischen Staaten mit prowestlichen Bestrebungen konzipiert. Bevor ernsthafte Gespräche über ihren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften begannen, mussten die Staaten ihre Fähigkeit beweisen, unter den Bedingungen der freien Marktwirtschaft in einem überschaubaren Kreis zusammenzuarbeiten. Während die V4-Gruppe selbst ein politisches Format war (und weiterhin ist), war das seit 1993 existierende Mitteleuropäische Freihandelsabkommen (Central European Free Trade Agreement, CEFTA), das die damals vier V-4 Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) vereinigte, für die wirtschaftliche Kooperation zuständig. Die Beurteilung der Zusammenarbeit der V4-Gruppe fällt, insbesondere für die 1990er Jahre, nicht eindeutig aus. Mit der Zeit tauchten Diskrepanzen oder sogar Rivalitäten zwischen den einzelnen Mitgliedern auf. Überschattet war die Kooperation auch von der inneren Situation in der Slowakei, wo der populistisch-nationalistische Politiker Vladimir Mečiar an die Macht gelang-

Dz.U. 1992 nr 14 poz. 54, <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19920140054> (17.05.2022).

14 Traktat między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy, podpisany w Bonn dnia 17 czerwca 1991 r., Dz.U. 1992 nr 14 poz. 56, <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=wdu19920140056> (18.05.2022).

15 Agnieszka Nitzke: Regionalne fora współpracy międzynarodowej w procesie europeizacji Polski: doświadczenia współpracy w ramach Grupy Wyszehradzkiej i Trójkąta Weimarskiego. In: Ewa Bujwid-Kurek, Wojciech Kasprowski (Hrsg.): III Rzeczpospolita Polska 1990–2016. Opinie – dylematy – kontrowersje, Kraków 2016, S. 201–225.

te.¹⁶ Besonders für die Kritiker einer Erweiterung von NATO und EG um die Staaten Mittel- und Osteuropas war dies ein Zeichen, dass die Systemtransformation ein langfristiger und risikoreicher Prozess ist. In diesem Kontext war deswegen die zweite Säule der internationalen Zusammenarbeit von großer Relevanz, die nach Westen gerichtet war, wo es solche Risiken nicht gab. Das Format des Weimarer Dreiecks setzte eine ungezwungene Kooperation vor allem auf der Ministerebene voraus. Es war ein diplomatischer Kanal, der den direkten Kontakt der polnischen Diplomatie zu Frankreich und Deutschland, »den Antriebskräften der europäischen Integration«, ermöglichte. Überdies hatten diese Schlüsselstaaten der NATO eine ausschlaggebende Stimme im Bereich der Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit.¹⁷

Mit der Unterzeichnung des Europa-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Polen andererseits wurden am 16. Dezember 1991 die polnischen Bemühungen um die Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften abgeschlossen.¹⁸ In den nächsten Jahren bestimmten die Gemeinschaften die formalen, von den Beitrittskandidaten zu erfüllenden Voraussetzungen – die sog. Kopenhagener Kriterien. Laut diesem Dokument muss ein Beitrittskandidat über stabile demokratische Institutionen verfügen: Hierbei handelt es sich u. a. um eine demokratische und rechtsstaatliche Grundordnung, politischen Pluralismus oder auch die Wahrung der Bürgerrechte und -freiheiten. Eine gewisse Garantie dafür, dass ein Staat die obigen Werte achtet, ist seine Mitgliedschaft im Europarat, die Polen am 26. November 1991 erlangte, wodurch es offiziell in die europäische Familie der demokratischen Staaten aufgenommen wurde. Im Bereich der wirtschaftlichen Kriterien werden die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten, sowie eine funktions- und wettbewerbsfähige Marktwirtschaft aufgelistet. Die dritte Kategorie der Kriterien bezieht sich auf die Fähigkeit des Beitrittskandidaten, sich die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Rechtsverpflichtungen zu eigen zu machen.

Die Maßnahmen auf internationaler Ebene mussten in Wechselbeziehung mit den inneren Reformen stehen. Wie bereits erwähnt wurde, gab der Transformationsprozess keine Erfolgsgarantie. Der Beginn der 1990er Jahre in Polen

16 Krzysztof Żarna: Między wschodem a zachodem. Słowacja a Sojusz Północnoatlantycki (1993–2004). In: *POLITYKA I SPOŁECZEŃSTWO* 2010, Nr. 7, S. 212–219.

17 Koszel: Trójkąt Weimarski, S. 65–82.

18 Układ Europejski ustanawiający stowarzyszenie między Rzeczpospolitą Polską, z jednej strony, a Wspólnotami Europejskimi i ich Państwami Członkowskimi, z drugiej strony, sporządzony w Brukseli dnia 16 grudnia 1991 r. Dz.U. 1994 nr 11 poz. 38, <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19940110038> (20.06.2022).

war eine Zeit dynamischer politischer Veränderungen. Im Jahre 1991 fanden die ersten vollständig freien Wahlen statt, bei denen die Parteien der einstigen demokratischen Opposition aus der kommunistischen Zeit gewannen. Die zunehmenden Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppierungen führten zu vorgezogenen Neuwahlen im Jahre 1993, bei denen wiederum die postkommunistischen Kräfte gewannen. Das konnte ggf. von einer nicht vollends gelungenen Transformation und von einer Hinwendung der Gesellschaft zu den ehemaligen Eliten zeugen. Die Angst, dass die Postkommunisten die Richtung der polnischen Außenpolitik ändern konnten, erwies sich jedoch als unbegründet. Die neue Regierung setzte die euroatlantische Politik ihrer Vorgänger fort. Ein anderes Problem war die inländische Wirtschaftsreform, die zu einer Verarmung großer gesellschaftlicher Gruppen geführt hatte und dadurch Unzufriedenheit bei den Bürgern hervorrief. Andererseits wurde Polen dank seiner offenen Außenpolitik zu einem immer attraktiveren Land für ausländische Kapitalgeber, was die Transformationsfolgen entschärfte. In diesem Kontext ist der Zustand der polnischen Armee in der ersten Hälfte der 1990er Jahre erwähnenswert. Aufgrund dessen, dass sich Polen über 40 Jahre hinweg unter den Satellitenstaaten der UdSSR befunden hatte, verfügte die polnische Armee trotz einer imposanten Zahl von Berufssoldaten und von eingezogenen Soldaten (insgesamt circa 400 000 Soldaten zu Beginn der 1990er Jahre) nur über eine veraltete Ausrüstung, die sich für das Qualitätsmanagementsystem der NATO nicht eignete.¹⁹

Trotz der vielseitigen Maßnahmen der polnischen Diplomatie, insbesondere trotz der Unterzeichnung der Verträge über gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit sowie trotz der endgültigen Anerkennung der polnischen Grenze im Westen, gehörte Polen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre keinem Militärbündnis an und besaß für den Fall einer Aggression keine Sicherheitsgarantien. Es ist dieser Stand der Dinge, der als Sicherheitsvakuum bezeichnet werden kann.²⁰

19 Robert Rochowicz: 30 lat minęło, czyli Wojsko Polskie w 1989 roku. In: NOWA TECHNIKA WOJSKOWA 2019, H. 6, <https://www.magnum-x.pl/artukul/id-30-lat-minelo-czyli-wojsko-polskie-w-1989-roku> (27.05.2022).

20 Zu Beginn der 1990er Jahre keimte auch die Idee der Erklärung der Neutralität Polens auf, deren Garant die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) sein sollte. Rasch verzichtete man aber auf dieses Konzept, denn man kam zum Schluss, dass die KSZE keine Möglichkeiten hatte, einem Land die militärische Sicherheit zu gewährleisten. Vgl. Ryszard Zięba: Główne kierunki polityki zagranicznej Polski po zimnej wojnie, Warszawa 2010, S. 80–81.

3 Die Standpunkte der Russischen Föderation und der USA zum Plan der NATO-Erweiterung in den 1990er Jahren

Die Prozesse der demokratischen Transformation in Mittel- und Osteuropa führten zum Zerfall der UdSSR und in der Folge zum Ende des Kalten Krieges. Die Welt trat in die völlig neue Epoche des unipolaren Systems ein, innerhalb dessen die USA als einziger Staat eine hegemonische Position, insbesondere im Bereich der Sicherheit, innehatten.²¹ Der Rechtsnachfolger der Sowjetunion war Russland. Hierbei handelt es sich nicht nur um die formaljuristische Sicht, sondern auch darum, dass die Russische Föderation als einziger Staat des vormaligen Gebiets der Sowjetunion das Recht auf den Besitz von Atomwaffen und einen Platz als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen behielt. Die in Russland ablaufenden Prozesse determinierten teilweise die Einstellung der NATO-Mitgliedstaaten zu den NATO-Beitrittsbestrebungen der mittel- und osteuropäischen Staaten. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass nicht nur die Standpunkte der USA und Russlands für die Perspektive der potentiellen NATO-Erweiterung wesentlich waren, sondern auch die Prozesse, die im Nordatlantikpakt selbst beobachtet werden konnten. Während der Zeit des Kalten Krieges wurde die NATO von dem gemeinsamen Feind zusammengeschweißt, für den man den Ostblock unter Federführung der UdSSR hielt. Der Zerfall der UdSSR provozierte wiederum Fragen nach der Zukunft des Atlantischen Bündnisses. Die am weitesten gehende Option setzte die NATO-Auflösung voraus, während die anderen, gemäßigten Vorschläge auf die Notwendigkeit eines größeren Einsatzes für die Friedensstiftung und -erhaltung durch die Unterstützung von UN- Friedensmissionen verwiesen. Unter diesen Umständen der 1990er Jahre begannen die diplomatischen Bemühungen, deren Zweck der NATO-Beitritt Polens war.²² Entscheidend dafür war das Jahr 1992, als drei V4-Staaten deutlich ihren Willen zum Ausdruck brachten, dem Pakt beizutreten. Die damalige polnische Premierministerin Hanna Suchocka verwies in ihrem Exposé vom 10. Juli 1992 darauf, dass Polens NATO-Beitritt eines der strategischen Ziele war: »Meine Regierung wird danach streben, dass die Sicherheit Polens der Sicherheit anderer europäischer Länder gleichen wird, was mit der Annäherung der Perspektive der polnischen NATO-Mitgliedschaft

21 Nuno P. Monteiro: Unrest Assured: Why Unipolarity Is Not Peaceful. In: INTERNATIONAL SECURITY 36 (2012), H. 3, S. 9–40.

22 Das Bündnis bereitete Berichte über die politische und soziale Situation in den Ostblockstaaten vor, aufgrund deren die potenziellen Programme seines Handelns erstellt wurden. Vgl. Gusztaf D Kecskés (Hrsg.): A view from Brussels. Secret NATO Reports about the East European Transition, 1988–1991, Budapest 2019, S. 37–210.

verbunden ist.«²³ Im Herbst desselben Jahres wurde das Dokument »Prämissen der polnischen Sicherheitspolitik sowie Sicherheitspolitik und Verteidigungsstrategie der Republik Polen vom 2. November 1992« angenommen, in dem das Streben nach der Mitgliedschaft Polens im Atlantischen Bündnis bestätigt wurde.²⁴ Damit es aber zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen kommen konnte, brauchte es den Willen und das Einverständnis der Schlüsselakteure: den formellen Willen der USA sowie das informelle Einverständnis seitens der Russischen Föderation. Die Systemtransformation in Russland verlief nur unter Schwierigkeiten. Ein Teil der alten politischen und militärischen Eliten konnte sich nicht mit dem Zerfall der UdSSR und mit dem Verlust ihrer Position auf der internationalen Bühne abfinden. Zusätzlich versank das Land auch noch in einer Wirtschaftskrise.²⁵ Unter diesen Umständen kam es im August 1993 zu einem offiziellen Staatsbesuch des Präsidenten Boris Jelzin in Warschau. Nur kurzzeitig schien es, dass die damals vom russischen Staatsoberhaupt abgegebene Erklärung die problemlose Durchführung des Beitrittsprozesses Polens zur NATO ermöglichen würde. Am 24. August versicherte Jelzin, dass Russland dem NATO-Beitritt Polens nicht widersprechen werde. Ein Teil der russischen Diplomaten interpretierte dies jedoch als Irrtum und wollte Jelzins Worte aus dem offiziellen Schlussdokument tilgen.²⁶ Es wurde auch über den Posten von Jelzin spekuliert. In der »Frankfurter Rundschau« wurde die Hypothese aufgestellt, dass Russlands Einverständnis zur NATO-Erweiterung eigentlich als Anzeichen einer neuen Teilung Europas und Vorbote der Festsetzung der Grenze von Einflussbereichen entlang des Bugs zu interpretieren ist. Dies würde wiederum bedeuten, dass sich Belarus und die Ukraine in der russischen Einflusssphäre befinden.²⁷ Damals war dies aber nur eine Vermutung. Bereits am 15. September richtete Jelzin einen Brief an die westlichen Staatsführer – auch an den US-Präsidenten Bill Clinton –, in dem er Widerspruch gegen die

23 Hanna Suchocka: Oświadczenie prezesa Rady Ministrów w sprawie proponowanego składu i programu prac rządu. 1 kadencja, 20 posiedzenie, 1 dzień (10.07.1992), <https://orka2.sejm.gov.pl/Debata1.nsf> (19.05.2022).

24 Założenia polskiej polityki bezpieczeństwa oraz Polityka bezpieczeństwa i strategia obronna Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 2 listopada 1992 r., Warszawa 1992.

25 Konrad Świder: Transformacja polityczna w Rosji w latach 90. XX wieku – główne problemy. In: ROCZNIK INSTYTUTU EUROPY ŚRODKOWO-WŚCHODNIEJ 17 (2019), H. 1, S. 97–121.

26 Vgl. Krzysztof Skubiszewski: Stosunki między Polską i NATO w latach 1989–1993 – przyczynek do historii dyplomacji w III Rzeczypospolitej. Im März 2005 im Polnischen Wirtschaftsrat (Polska Rada Biznesu) in Warschau gehaltener Vortrag, 2005, <http://www.skubi.net/nato.html> (7.05.2022).

27 Vgl. Jan Nowak-Jeziorański: Traktaty i umowy nie wystarczają. Po wizycie prezydenta Rosji w Polsce. In: DZIENNIK POLSKI I DZIENNIK ŻOŁNIERZA, 11.09.1993. In: Dobrosław Platt (wybór i opracowanie): Jan Nowak-Jeziorański. Polska droga do NATO. Listy, dokumenty, publikacje, Wrocław 2006, S. 75.

NATO-Osterweiterung erhob.²⁸ Nichtsdestoweniger wurde die Zeit zwischen diesen zwei Ereignissen von Polen genutzt. In einem Brief an den NATO-Generalsekretär Manfred Wörner vom 1. September sprach sich der polnische Präsident Lech Wałęsa für Polens NATO-Beitritt aus, der als eines der strategischen Ziele bezeichnet wurde. In den darauffolgenden Jahren nahm Russland eine pragmatische Haltung ein, die darin bestand, den NATO-Erweiterungsprozess zwar nicht zu blockieren, aber ihn zu verlangsamen und einzuschränken. Daraus wollte es auch einen realen Nutzen für sich selbst ziehen. Beim NATO-Gipfel in Paris am 27. Mai 1997 gab die NATO Russland die Zusicherungen, dass es auf dem Gebiet der neuen Mitgliedstaaten keine Nuklearwaffen stationieren werde sowie dort keine militärische NATO-Infrastruktur aufgebaut würde.²⁹ Die Zukunftsunsicherheit und die Angst vor der Reaktion Russlands führten damals mit Blick auf den vollwertigen Beitritt der neuen Staaten zur Erstellung von alternativen Konzepten. Eine der Ideen, die später weder aufgegriffen noch implementiert wurden, war das Projekt einer NATO B («NATO bis»), das 1992 vom polnischen Präsidenten Lech Wałęsa vorgestellt wurde. Es setzte die Schaffung eines militärischen Bündnisses durch die mitteleuropäischen Staaten voraus. Die beiden Bündnisse sollten informell zusammenarbeiten. Den Staaten des neuen Paktes sollten wiederum die NATO und Russland Sicherheitsgarantien gewähren.³⁰ Ein anderer Vorschlag, der die militärische und politische Kooperation mit den nicht zum Bündnis gehörenden Staaten voraussetzte, nahm letztendlich die Gestalt eines als Partnerschaft für den Frieden bezeichneten

28 Im Jahre 2018 veröffentlichte der ehemalige US-Präsident Bill Clinton die Dokumente aus seinen Kontakten zu Boris Jelzin aus den 1990er Jahren, anhand deren Lektüre man einen Einblick ins russische Denken über Europa gewinnen kann. Daraus entsteht das Bild eines von Jelzin unternommenen Versuchs der Teilung der Welt- und vor allem Europas in Einflussbereiche. In einem der Gespräche überzeugte der russische Staatsführer den amerikanischen Präsidenten: »Ich habe eine Bitte. Übergib Europa der Russischen Föderation. Die USA liegen nicht in Europa. Um Europa sollen sich die Europäer kümmern. Russland ist halb europäisch, halb asiatisch. [...] Ich bin ein Europäer. Ich wohne in Moskau. Moskau liegt in Europa und das mag ich. Du kannst Dir alle anderen Länder nehmen und dich um ihre Sicherheit kümmern. Ich nehme Europa und werde mich um seine Sicherheit kümmern. Das heißt, nicht ich persönlich, sondern Russland. Bill, ich meine es ernst. Überlasse Europa den Europäern. Russland hat ein ausreichendes Potential, um die Europäer zu schützen, sogar diese Europäer, die Raketen besitzen«. Jelcyn do Clintona: Bill, daj mi Europę. In: DEUTSCHE WELLE, 9.09.2018, <https://www.dw.com/pl/jelcyn-do-clintona-bill-daj-mi-europ%C4%99/a-45409367> (7.04.2022).

29 Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation signed in Paris, France, 27th May 1997. In: nato.int, https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_25468.htm (5.05.2022).

30 Robert Kupiecki: Akcesja Polski do NATO – okiem historyka i uczestnika. In: BEZPIECZEŃSTWO NARODOWE 2014, Nr. 1, S. 56–57.

Programms an. Seine erste Version wurde im Oktober 1993 vom US-Verteidigungsminister Leslie Aspin Jr. vorgestellt.³¹ Der zeitliche Zusammenhang mit den Änderungen der Position Russlands gegenüber den NATO-Erweiterungsplänen war nicht zufällig. Die Berichtersteller stellten die zur Partnerschaft für den Frieden führenden Beweggründe äußerst unterschiedlich dar: Die Einen verwiesen darauf, es sei eine Warnung für Russland gewesen, dass die NATO sich der russischen Erpressung nicht beuge und die Pakterweiterung nicht blockiere. Andere waren hingegen der Meinung, es handle sich vielmehr um die Realisierung des russischen Ultimatums, infolgedessen die mittel- und osteuropäischen Staaten nicht ins Bündnis aufgenommen würden und zugleich einen Ersatz der Sicherheitsgarantie erhielten. Bei der objektiven Betrachtung der Voraussetzungen des Programms, dessen endgültige Version zu Beginn des Jahres 1994 vereinbart wurde, sollen in erster Linie seine Stärken betont werden: sein offener Charakter – die Einladung betraf alle europäischen, nicht zur NATO gehörenden Staaten; die Einführung des Prinzips der zivilen Kontrolle über die Armee, was für die postkommunistischen Staaten von besonderer Bedeutung war; die Einführung von gemeinsamen Militärübungen und Planung; die Möglichkeit zur Teilnahme an friedenserhaltenden und humanitären Missionen zusammen mit den NATO-Mitgliedstaaten.³² All das war bei der Verbesserung der Möglichkeiten sowie bei der Modernisierung des Militärs der sich um die NATO-Mitgliedschaft bemühenden Staaten hilfreich. Ein Schwachpunkt war zweifelsohne das Fehlen einer Sicherheitsgarantie in Form der Ausdehnung der geographischen Reichweite der NATO-Bündnisklausel von Art. 5 (Washingtoner Vertrag). Am 12. Januar 1994 bestätigte Polen seine Beteiligung an der Partnerschaft während der Begegnung der Präsidenten Polens, Tschechiens und Ungarns mit dem US-Staatspräsident Bill Clinton in Prag. Die Beurteilung der Partnerschaft sowie der Möglichkeit einer NATO-Erweiterung waren in den USA eine sehr komplizierte Angelegenheit, in der es nur schwer gelang, klare Linien zwischen den politischen und ideologischen Gegensätzen zu ziehen. Einerseits gab es die Zusicherung der Administration von Clinton, dass die Sicherheit Mittel- und Osteuropas mit der Sicherheit der USA verbunden sei, andererseits machte sich der US-Außenminister Warren Christopher während einer Begegnung mit Expert:innen Gedanken darüber, ob die NATO-Erweiterung im Interesse der USA lag.³³ Die von den Fachleuten des Pentagon abgegebene Bewertung des Zustands des polnischen Militärs half auch nicht weiter. Sie

31 Kamila Sierzputowska: *Polska w NATO. NATO w regionie*, Warszawa 2019, S. 27.

32 Partnership for Peace programme. Last updated: 23rd March 2020. In: [nato.int](https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics50349.htm), <https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics50349.htm> (9.05.2022).

33 Jan Nowak-Jeziorański: *Walka o bezpieczeństwo Polski*. In: *ZWIĄZKOWIEC* vom 11.04.1994. Abgedruckt in: Platt: *Jan Nowak-Jeziorański*, S. 124.

merkten nämlich an, dass die polnischen Streitkräfte 20–25 Mrd. US-Dollar binnen 7–10 Jahren brauchen würden, um die Kompatibilität mit den Streitkräften der NATO zu erreichen.³⁴ Im September 1995 nahm der Nordatlantikpakt auf amerikanische Initiative hin die »Studie zur NATO-Osterweiterung« (»Study on NATO enlargement«) an, in der die Bedingungen bestimmt wurden, von deren Erfüllung die Aufnahme neuer Staaten abhängig gemacht wurde. Ein Teil davon bezog sich direkt auf die Angelegenheiten der Armee (zivile Kontrolle über das Militär, Kompatibilität mit NATO-Truppen) aber andere betrafen auch die allgemeinen Kriterien der freien Marktwirtschaft sowie die Prinzipien der Demokratie.³⁵ Die polnischen Bemühungen um die NATO-Mitgliedschaft wurden aber von innerstaatlichen Streitereien, u. a. wegen der von den USA kritisch beurteilten Hemmung des Privatisierungsprozesses, überschattet. Die Wende kam erst im Jahre 1996, als erstens der NATO-Generalsekretär Javier Solana die polnische Regierung zur Aufnahme eines individuellen Dialogs zum Thema der NATO-Mitgliedschaft Polens einlud und zweitens der Präsidentschaftswahlkampf in den USA in eine entscheidende Phase eintrat. Der sich um die Wiederwahl bewerbende Präsident Clinton räumte der Beendigung des NATO-Erweiterungsprozesses in seiner zweiten Amtszeit Priorität ein. Am 22. Oktober 1996 nannte er in seiner Rede in Detroit das Datum für den Abschluss der Gespräche: Es handelte sich um das Jahr 1999, was eine symbolische Bedeutung hatte und sich mit dem 50-jährigen Jubiläum der NATO verband.³⁶ Nachdem Clinton die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, begann er sein Versprechen zu realisieren. Dabei musste er jedoch inländischen Kritikern die Stirn bieten. Ein Teil der amerikanischen Umgebung verstand nämlich weder die polnische Spezifik der Transformation noch die externen Bedingungen. Einer der schwerwiegendsten Vorwürfe war die fehlende zivile Kontrolle über das Militär, was für die Amerikaner von entscheidender Bedeutung war. Der innere, mit der Einführung der zivilen Kontrolle über die Streitkräfte zusammenhängende Konflikt in Polen stieß auf Kritik in den USA. Bei der Darstellung dieses Sachverhalts betitelte die führende Tageszeitung THE NEW YORK TIMES einen ihrer Artikel folgendermaßen: »Der höchste polnische Befehlshaber widersetzt sich den Bedingungen der NATO«.³⁷ Glücklicherweise hatte Polen damals

34 Jan Nowak-Jeziorański: Polska strategia obronna. In: DZIENNIK POLSKI I DZIENNIK ŻOŁNIERZA vom 26.11.1994. Abgedruckt in: Platt: Jan Nowak-Jeziorański, S. 147f.

35 Kamila Sierzputowska: Polska w NATO. NATO w regionie, Warszawa 2019, S. 29.

36 Roman Kuźniar: Polska polityka zagraniczna w 1996 r. i na początku 1997 r. In: ROCZNIK STRATEGICZNY 1997, H. 1, https://wnpism.uw.edu.pl/wp-content/uploads/2020/06/11_1997.pdf, S. 43 (3.05.2022). Eine ähnliche Erklärung zur Finalisierung der Gespräche über die NATO-Mitgliedschaft für die ersten Staaten Mittel- und Osteuropas hatte zuvor Clintons Gegenkandidat Bob Dole abgegeben, der die Unterstützung der Republikaner hatte.

37 Es handelte sich um den Waffengeneral Tadeusz Wilecki, den Chef des Generalstabs der

sowohl offizielle als auch inoffizielle Fürsprecher in den USA. Gemeint sind an dieser Stelle sowohl Organisationen und Institutionen als auch Einzelpersonen. Besondere Verdienste um Polens NATO-Mitgliedschaft haben sich Jan Nowak Jeziorański, Zbigniew Brzeziński, Botschafter Jerzy Koźmiński, Madeleine Albright, Daniel Fried und die polnischen Emigranten in Amerika erworben. Jede der oben erwähnten Personen beeinflusste nach ihren Möglichkeiten amerikanische Politiker:innen und die Medien, damit die Idee der NATO-Erweiterung im Kongress der Vereinigten Staaten Unterstützung finden konnte. Beim NATO-Gipfel in Madrid am 8. Juli 1997 begann die letzte und zugleich schwierigste Phase der Gespräche,³⁸ als Polen, Tschechien und Ungarn zur formalen Aufnahme der Verhandlungen über den NATO-Beitritt eingeladen wurden. Damals wurden u. a. finanzielle Fragen besprochen, darunter auch Polens Anteil am militärischen und zivilen Budget des Bündnisses. In Polen fanden in dieser Zeit Parlamentswahlen statt. Im Ergebnis wurde eine Koalitionsregierung gebildet, die aus den Parteien Wahlaktion Solidarność und Freiheitsunion bestand. Zum neuen Außenminister wurde Geremek ernannt, der am 14. November 1997 im Namen der polnischen Staatsführung dem Generalsekretär der NATO Javier Solana einen Brief übergab, der den Willen zum NATO-Beitritt Polens bekundete. Darin wurde die Bereitschaft zur Realisierung aller Verpflichtungen des Washingtoner Vertrages bestätigt. Einen Monat später, am 16. Dezember, wurden die Beitrittsverträge Polens, Tschechiens und Ungarns in Brüssel unterzeichnet,³⁹ die nach den internen Verfahren der einzelnen Staaten in den darauffolgenden Monaten ratifiziert wurden. Im US-Senat stimmten die Senatoren am 30. April 1998 über Polens NATO-Mitgliedschaft ab: 80 Stimmen waren »dafür« und 19 Stimmen »dagegen«. Unter Berücksichtigung der früheren Befürchtungen der Amerikaner, ob Polen überhaupt entsprechend auf den NATO-Beitritt vorbereitet sei, zeugt das Abstimmungsergebnis von einem großen Erfolg der polnischen Diplomatie und der polnischen Diaspora in Amerika. Ihnen war es gelungen, den Staat in einem positiven Licht darzustellen und einen Vertrauensvorschuss zu bekommen.

Polnischen Streitkräfte, der den im Jahre 1996 angenommenen Regelungen nicht folgen wollte. Aus diesem Grund wurde Wilecki 1997 vom Präsidenten Aleksander Kwaśniewski entlassen und die polnische Armee geriet unter zivile Kontrolle. Vgl. Jan Nowak-Jeziorański: *Z uczuciem ulgi*. In: *GAZETA WYBORCZA* vom 15–16.03.1997. Abgedruckt in: Platt: Jan Nowak-Jeziorański, S. 476–478.

38 Madrid Declaration on Euro-Atlantic Security and Cooperation Issued by the Heads of State and Government. 8–9 July 1997. In: nato.int, <https://www.nato.int/docu/pr/1997/p97-081e.htm> (4.05.2022).

39 Foreign Ministers meetings. NATO HQ, Brussels – 16–17 Dec. 1997. In: nato.int, <https://www.nato.int/docu/comm/1997/9712/16-17.htm#bt> (6.05.2022).

4 Bronisław Geremek und seine Vision der transatlantischen Integration

Der lange Prozess, die westlichen Partner von der NATO-Mitgliedschaft Polens zu überzeugen, ging formal am 12. März in Independence zu Ende, als Minister Geremek seine Unterschrift auf der die Mitgliedschaft Polens in der NATO bestätigenden Urkunde in Gegenwart der US-Außenministerin sowie der Außenminister Ungarns und Tschechiens leistete. Dies bedeutet aber nicht, dass sich Geremeks Beitrag für Polens NATO-Beitritt nur auf diesen formalen Akt beschränkte.

Geremek hatte seit vielen Jahren Anteil an der Gestaltung der Außenpolitik gehabt. Noch in der Zeit des Kommunismus stellte er als Berater der Solidarność die Vision der künftigen Verhältnisse Polens auf der internationalen Bühne dar, wo Polen einer der Teilnehmer der demokratischen Gemeinschaft von freien Staaten sein sollte. An den »Gesprächen am Runden Tisch« war Geremek als Vertreter der demokratischen Opposition beteiligt und übte die Funktion des Vorsitzenden des Ausschusses für politische Reformen aus. Er nahm auch an den Parlamentswahlen in Polen 1989 teil, bei denen er ein Abgeordnetenmandat errang. Später (in den Jahren 1991, 1993, 1997 und 2001) kandidierte er für den Sejm und erhielt auch stets ein Mandat.⁴⁰ In den Jahren 1989–1997 war er Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und dadurch hatte er seit dem Beginn der Transformation Einfluss auf die Gestaltung der Vision der neuen strategischen Ziele der polnischen Außenpolitik. Eine wichtige Funktion des Ausschusses ist auch die demokratische Kontrolle der Realisierung der Regierungspolitik. In der oben genannten Zeit beteiligte sich Geremek am 8. Mai 1992 ebenfalls an der Diskussion über das Exposé von Krzysztof Skubiszewski, der damals Außenminister war. Während dieser Debatte verwies Geremek auf die Notwendigkeit der Koppelung der Sicherheit an internationale Bündnisse: »[...] man muss sagen, dass es nicht möglich ist, die eigene Sicherheit und den Schutz der eigenen nationalen Interessen von den sich bildenden Gemeinschaften und von der internationalen Solidarität abzutrennen.«⁴¹ Überdies akzentuierte er auch das Bedürfnis der Bildung von Allianzen mit den Nachbarstaaten, wobei er der Verständigung mit Deutschland eine besondere Rolle zuschrieb. Den Beginn der Bemühungen Polens um die NATO-Mitgliedschaft

40 Biografia prof. Bronisława Geremka. In: geremek.pl, <https://geremek.pl/profesor/#biografia> (6.05.2022).

41 Bronisław Geremek, 1 kadencja, 14 posiedzenie, 3 dzień (08.05.1992). 9 punkt porządku dziennego: Informacja ministra spraw zagranicznych o polityce zagranicznej Rzeczypospolitej Polskiej. In: sejm.gov.pl, <https://orka2.sejm.gov.pl/Debata1.nsf> (8.05.2022.).

sah er als Grundfrage der Sicherheit an. Gleichzeitig bemerkte er, dass auch das Bündnis selbst mitten in einer Transformation steckte, die im Zusammenhang mit den internationalen Umwälzungen stand. Die NATO musste ihre Rolle sowie ihre Funktionen aufs Neue definieren. Seiner Meinung nach war das eine Chance für Polen. Die aus der Dichotomie des Kalten Krieges hervorgegangene NATO konnte sich für die Abwendung neuer, aus den Destabilisierungsprozessen resultierenden Bedrohungen einsetzen, darunter für die Abwendung von Nationalitätenkonflikten und deren Konsequenzen in Form von riesigen Migrationswellen. Polen mit seiner geostrategischen Lage sowie seiner historischen Erfahrung konnte einen Mehrwert für das Bündnis darstellen. Aus dem NATO-Erweiterungsprozess konnten also beide Parteien, das heißt Polen und die NATO, ihren Nutzen ziehen.⁴²

Am 12. Mai 1994 fand im Sejm eine Debatte über das Exposé des nächsten Außenministers Andrzej Olechowski statt. Geremek, der daran teilnahm, betonte, dass es dank der EU- und NATO-Mitgliedschaft möglich sei, Polens Status zu ändern: Aus einem Staat an der Peripherie werde Polen zu einem sich im Zentrum der Prozesse der Weltpolitik befindenden Staat. Die EU und die NATO seien wiederum die einzigen internationalen Institutionen, die dies dem polnischen Staat garantieren könnten. Aus dem Blickwinkel der aktuellen, mit dem Krieg in der Ukraine zusammenhängenden Geschehnisse – also an der Grenze Polens, der EU und der NATO – hat die obige Konstatierung an Bedeutung gewonnen. Nachdem Russland 2014 den Krieg in der Ukraine begonnen hatte, richtete sich das Augenmerk des Westens auf Polen als größtes Land an der NATO-Ostflanke. Dank des zunehmenden Bewusstseins der westlichen Entscheidungsträger, dass Russland eine Gefährdung ist, wurde es mit der Zeit möglich, die Präsenz der NATO-Streitkräfte in Polen zu erhöhen. Die gewichtige Stimme Polens in sicherheitspolitischen Fragen wurde berücksichtigt. Die Zielsetzung entband aber niemanden von einer kritischen Bewertung des Atlantischen Bündnisses. Geremek führte aus, dass die NATO als »Produkt des Kalten Krieges« auch ihre Nachteile hat, aber »[...] sie ist das einzige, Europa Sicherheit gewährleistende Element sowie die einzige reale euroatlantische Struktur.«⁴³ Das Bewusstsein der Unvollkommenheit der NATO konnte auch ein Vorzug Polens sein, das keinen Einfluss auf die Richtung ihrer Reform von außen hatte. Dies war erst dank seiner NATO-Mitgliedschaft möglich und aus diesem Grund waren die Bemühungen um den Beitritt so wesentlich. Geremek wies konsequent darauf hin, dass sich die NATO im Hinblick auf die Reaktion auf eine neue Gefährdung

42 Ebenda.

43 Bronisław Geremek: 2 kadencja, 20 posiedzenie, 2 dzień (12.05.1994). 7 punkt porządku dziennego: Informacja rządu o głównych kierunkach polityki zagranicznej Polski, <https://orka2.sejm.gov.pl/Debata2.nsf> (9.05.2022.).

der internationalen Stabilität weiterentwickeln solle. Erwähnenswert ist auch sein Appell an die Regierung und die Abgeordneten: Darin rief er nämlich dazu auf, reale Versuche zu unternehmen, die dem Staat dazu verhelfen würden, den von der NATO gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Hierbei handelte es sich in erster Linie um eine Reform der Armee sowohl unter dem materiellen Aspekt (Sicherstellung der finanziellen Mittel) als auch in politischer Hinsicht (Garantie der zivilen Kontrolle über die Streitkräfte).⁴⁴

Die nächsten Jahre verliefen im Zeichen intensiverer Maßnahmen aufeinanderfolgender polnischer Regierungen und Außenminister, die zum Ziel hatten, die internationalen Partner vom Beginn der Beitrittsverhandlungen zu überzeugen. Geremek als Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Sejm arbeitete in diesem Bereich mit den Ministern Władysław Bartoszewski (1995) und Dariusz Rosati (1995–1997) zusammen sowie ebenso mit den bereits oben erwähnten Politikern Skubiszewski und Olechowski.⁴⁵

Am 1. August 1997 brachte Geremek im Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Sejm zum Thema des Beschlussentwurfs des Sejms bezüglich der Gespräche über Polens NATO-Mitgliedschaft die Überzeugung zum Ausdruck, dass

» [...] infolge der Beitrittsgespräche die Grundlagen einer raschen und vollen Integration der Republik Polen mit allen – sowohl politischen als auch militärischen – Strukturen der NATO gelegt [werden]. Das sichert Polen die seinen Sicherheitsbedürfnissen und seinem Potential sowie seinen nationa-

44 Ebenda.

45 Am 17. Oktober 1992 verabschiedete der Sejm das als kleine Verfassung bezeichnete Verfassungsgesetz über wechselseitige Verhältnisse zwischen der Legislative und Exekutive sowie über lokale und regionale Gebietskörperschaften (Ustawa konstytucyjna o wzajemnych stosunkach między władzą ustawodawczą i wykonawczą Rzeczypospolitej Polskiej oraz o samorządzie terytorialnym, Dz.U. 1992 nr 84 poz. 426), das die grundlegenden Beziehungen zwischen den Organen der öffentlichen Gewalt in Polen regelte. Es beinhaltete aber Vorschriften, die einen großen Interpretationsspielraum ließen. Dies betraf u. a. die Vorrechte des Staatsoberhauptes, das formal das Recht auf Stellungnahme zur Eignung der Bewerber für die Ausübung des Außen-, Innen- und Verteidigungsministeriums hatte. Vgl. Krystian Nowak: Kompetencje głowy państwa w zakresie zwierzchnictwa nad siłami zbrojnymi i bezpieczeństwa państwa w polskim prawie konstytucyjnym, Rzeszów 2016, S. 162–185; Artur Olechno: Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej. In: Stanisław Bożyk (Hrsg.): Prawo konstytucyjne, Białystok 2014, S. 254. In der Zeit der Präsidentschaft von Lech Wałęsa verwandelte sich die Stellungnahme des Präsidenten de facto in eine Ernennung. Dies fiel insbesondere nach 1993 und dem Wahlgewinn der postkommunistischen Parteien ins Gewicht. In der Zeit der Regierungskoalition aus SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej, Bund der Demokratischen Linken) und PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe, Polnische Volkspartei) gab es sogar drei vom Präsidenten ernannte Minister, die sich politisch nicht mit der Regierung identifizierten.

len Bestrebungen entsprechende Position innerhalb der euroatlantischen Gemeinschaft.⁴⁶

Nach den Parlamentswahlen vom 21. September 1997 schloss Geremek, schon als Außenminister, die Verhandlungen über Polens Mitgliedschaft im Nordatlantikpakt ab. Im November 1997 übergab er dem NATO-Generalsekretär Javier Solana den Brief, in dem der Wille Polens zum Beitritt zum Atlantischen Bündnis bekundet wurde. Im März 1998 legte Geremek sein erstes Exposé vor, in dem er betonte, der NATO-Beitritt Polens sei der krönende Abschluss des 1989 begonnenen Transformationsprozesses.⁴⁷ Diese Ansprache ist von großer Relevanz, denn Geremek präsentierte als Minister die offizielle Position der polnischen Regierung. Darüber hinaus war die NATO-Mitgliedschaft schon fast beschlossene Sache. In seiner Rede im Sejm zitierte er die Worte des französischen Präsidenten Charles de Gaulle: »Geografie kann man nicht ändern [...]. Die Geopolitik hingegen schon.«⁴⁸ Polen wendete so dank einer klaren Definition der Ziele seiner Außen- und Sicherheitspolitik zu Beginn der 1990er Jahre sowie der konsequenten Realisierung des eingeschlagenen Weges das jahrhundertalte, mit der Bedrohung durch seine Nachbarn verbundene Verhängnis ab: seitens Deutschlands im Westen und Russlands im Osten. Die Gefahr vonseiten Deutschlands wurde durch zwei Faktoren nivelliert: erstens durch die zuerst in Westdeutschland und nach der Wiedervereinigung im Jahre 1990 schon in ganz Deutschland verlaufenden Demokratisierungsprozesse, zweitens durch die Einbindung Deutschlands in die westlichen Integrations- und Sicherheitsstrukturen. Die Bedrohung durch die Großmachtpläne Russlands wurde wiederum wegen der Aufnahme Polens in die euroatlantischen Struktur unvergleichlich kleiner. Nach Meinung von Geremek verband sich das aber nicht mit dem Schluss der Bemühungen um eine starke Position Polens, sondern vielmehr mit dem Beginn einer neuen, genauso wesentlichen und anstrengenden Phase, die nicht weniger wichtig war als der NATO-Beitritt selbst. Er stellte die Frage nach Polens Rolle und Position in der neuen Wirklichkeit – insbesondere in

46 Bronisław Geremek: 2 kadencja, 112 posiedzenie, 4 dzień (1.08.1997). 33 punkt porządku dziennego: Sprawozdanie Komisji Spraw Zagranicznych o rządowym projekcie uchwały Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w sprawie zaproszenia Polski do rozmów o członkostwie w Sojuszu Północnoatlantycznym (druki nr 2565 i 2590). In: sejm.gov.pl, <https://orka2.sejm.gov.pl/Debata2.nsf> (10.05.2022).

47 Bronisław Geremek: 3 kadencja, 13 posiedzenie, 2 dzień (05.03.1998). 9 punkt porządku dziennego: Informacja ministra spraw zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski. In: sejm.gov.pl, <https://orka2.sejm.gov.pl/Debata3.nsf> (10.05.2022).

48 Ebenda.

Bezug auf seine Nachbarstaaten im Osten.⁴⁹ In diesem Kontext spielten die Beziehungen zur Ukraine eine besondere Rolle. Die Ukraine wurde nämlich als natürlicher Verbündeter in der Konfrontation mit der russischen Vorherrschaft in diesem Teil Europas wahrgenommen. Geremek hob hervor, dass Polens Aufgabe einerseits die Einführung der mit Osteuropa zusammenhängenden Probleme in die westliche politische Sicherheitsdebatte sei, andererseits solle Polen ein natürlicher Fürsprecher dieser Region sowie eine Ost-West-Brücke sein. Diese Aufgabe sei durch ein größeres Engagement nicht nur Polens, sondern des gesamten Westens für die Demokratisierungsprozesse Osteuropas zu realisieren, was durch die Festigung der strategischen Partnerschaft mit der Ukraine erreicht werden konnte. Im Programm von Geremek stand gerade dieser Staat im Zentrum des Konzeptes der polnischen Sicherheit und – nach Polens NATO-Beitritt – auch der Sicherheit des Bündnisses, was in seinem Exposé deutlich anklang. Eine sichere und souveräne Ukraine sollte ein Stabilitäts- und Friedensgarant in Europa sein. Aus der Perspektive der Ereignisse des Jahres 2014 (Annexion der Krim, russischer Kampfeinsatz in der Ostukraine und dessen spätere Folge in Form des umfassenden Angriffs durch Russland) beweist die Agenda Geremeks aus den 1990er Jahren seine außergewöhnliche politische Intuition, die aus seinem Verständnis der Unterschiede zwischen den Mentalitäten des Ostens und des Westens hervorgeht, mit Blick auf die sich die Ukraine in einem »Dazwischen« befand. Die Rolle Polens bestand darin, die prowestlichen Tendenzen in der Ukraine zu fördern, damit sie zu unserem Verbündeten und nicht zu einer Gefahr in Form eines russischen Satellitenstaates werden konnte. Er drückte das offen aus:

- » Die unabhängige Ukraine besitzt eine strategische Schlüsselbedeutung für Polen sowie für seine Sicherheit und die Stabilität in der Region. Deswegen haben die beiden Staaten ein Interesse an der Aufrechterhaltung privilegierter Beziehungen mit der Ukraine, was überdies die Verstärkung der europäischen Sicherheit begünstigt.⁵⁰

Im Jahre 1998 übernahm Polen die Führung in der OSZE. Damals konnte Polen seine gute Vorbereitung noch vor dem eigentlichen NATO-Beitritt unter Beweis stellen. Unter Geremeks Führung konsultierte das Außenministerium die Partner aus der NATO und setzte sie zugleich vom Handeln der Organisation – insbesondere hinsichtlich der Situation im Kosovo – in Kenntnis.⁵¹

49 Ebenda.

50 Ebenda.

51 Informacja ministra spraw zagranicznych, Bronisława Geremka, na temat przewodnictwa Polski w Organizacji Bezpieczeństwa i Współpracy w Europie w 1998 roku. Komisja

Die zweite, den Prämissen der polnischen Außenpolitik gewidmete Rede Gerekms im Sejm fand am 8. April 1999 statt – also einen Monat nach seiner Unterzeichnung der Dokumente, die den NATO-Beitritt Polens bestätigten. Darin wies er darauf hin, dass das Ziel, an dessen Erreichung nur wenige zu Beginn des Jahrzehnts geglaubt hatten, realisiert worden war. Dies war wiederum dank der überparteilichen Verständigung möglich. Er fügte zugleich hinzu: »Heute ist Polen ein genuiner Teil der euroatlantischen Gemeinschaft von demokratischen Staaten.«⁵² Nachdem eines von zwei strategischen Zielen erreicht worden war, konnte die polnische Diplomatie ihren Status als Aspirant aufgeben und durfte eine Unterstützerrolle für andere Staaten übernehmen. Die natürliche Interessenrichtung unter diesem Aspekt waren die Osteuropastaaten. Die gemeinsamen historischen Erfahrungen sowie die System- und Wirtschaftstransformation bildeten die Grundlage für den Aufbau von Beziehungen. Eine zusätzliche Motivation für Polen war das Streben danach, eine Alternative für das russische Interesse an dieser Region zu bieten. Nochmals stellte Minister Gerekem die Bedeutung der Kooperation mit der Ukraine in den Vordergrund, indem er auf die Anstrengungen verwies, die die polnische Diplomatie unternahm, damit die weiteren Demokratisierungs- und Transformationsfragen der Ukraine zum Gegenstand des Interesses der internationalen öffentlichen Meinung – auch in den USA und in Kanada – wurden.⁵³ Auf diese Art und Weise wollte der Westen, dem Polen bereits durch seine NATO-Mitgliedschaft vollauf angehörte, seine Einflussphäre bilden, indem die potentielle Bedrohung seitens Russlands von seinen Grenzen entfernt wurde.

Im nächsten und zugleich letzten Exposé aus dem Jahre 2000 sprach Gerekem bereits aus der Perspektive eines Mitglieds über die NATO, das heißt aus der Perspektive eines Staates, der formal das Recht darauf hatte, die Entwicklungsziele und -richtungen des Bündnisses zu bestimmen. Er betonte, dass »[Polen als, Anm. von A.N.] vertrauenswürdiger und zuverlässiger NATO-Mitgliedstaat« »den höchsten Sicherheitsstandard« erreicht habe, aber dies müsse kein immerwährender Zustand sein und es seien weitere Bemühungen für seine Festigung erforderlich. Vordergründig handelte es sich um weitere Reformen der Streitkräfte sowie um die Pflege der demokratischen politischen Einrichtungen. Der bedeutendste, der NATO gewidmete Teil der Ansprache betraf die Unterstützung der Realisierung des während des NATO-Gipfels in Washington

Spraw Zagranicznych /nr 44/, 1248/III z 19.01.1999, <http://orka.sejm.gov.pl/Biuletyn.nsf/0/1A5369B959450939C1256B73003641C9?OpenDocument> (14.05.2022).

52 Bronisław Gerekem: 3 kadencja, 47 posiedzenie, 1 dzień (08.04.1999). 4 punkt porządku dziennego: Informacja rządu o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski. In: [sejm.gov.pl](http://orka.sejm.gov.pl), <https://orka2.sejm.gov.pl/Debata3.nsf> (5.05.2022).

53 Ebenda.

(23.–25. April 1999) formulierten Prinzips der »offenen Tür« des Bündnisses für neue Mitgliedstaaten. Polens Ziel war in erster Linie die Unterstützung der mit dem NATO-Beitritt verbundenen Ambitionen der Nachbarländer Slowakei und Litauen. Dadurch würde es nicht nur zur Vergrößerung der allgemeinen Zone der euroatlantischen Sicherheit kommen, sondern zugleich würde die Sicherheit Polens gestärkt.⁵⁴ Bemerkenswert ist auch, dass das Jahr 2000 im Zeichen riesiger politischer Veränderungen in der Russischen Föderation stand. Der mit Jelzins Machtübergabe an Putin initiierte politische Wandel wurde vollumfänglich formalisiert. Das bedeutete eine neue Etappe in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen sowie eine große Unbekannte in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik. In seinem Konzept sicherte Geremek das weitere Engagement für die Entwicklung der Beziehungen mit den Staaten Osteuropas zu, wo der Ukraine erneut eine zentrale Stellung zufiel. Neben seinen formalen Funktionen und den damit verbundenen Handlungen warb Geremek in informellen Gremien auf internationaler Ebene für Polen. Eine davon war die 1994 von Zbigniew Brzeziński ins Leben gerufene USA-EU-Polen-Handlungskommission (Komisja Działania USA-UE-Polska), deren Ziel es war, insbesondere in den USA für Polen eine wohlgesinnte internationale Bühne zu schaffen. Diese politische Kommission wurde aus Privatmitteln amerikanischer Geschäftskreise finanziert. Eine ihrer Aufgaben war es, die Amerikaner von der NATO-Erweiterung zu überzeugen. Nicht ohne Belang waren auch die persönlichen Kontakte Geremeks zu Entscheidungsträgern aus anderen Ländern.⁵⁵ Von besonderer Relevanz war seine gute Beziehung zu Madeleine Albright, die die USA in den Jahren 1993–1997 als Botschafterin bei den Vereinten Nationen vertrat und von 1997 bis 2001 als US-Außenministerin im Kabinett Clinton tätig war. Noch als Botschafterin bei der UNO stattete sie – zusammen mit dem damaligen Vorsitzenden des Vereinigten Generalstabs (Joint Chiefs of Staff) John M. Shalikashvili – einen Besuch in Warschau ab, wo sie polnische Politikerinnen und Politiker von der Partnerschaft für den Frieden zu überzeugen versuchte.⁵⁶ Später, schon als US-Außenministerin, war sie eine Fürsprecherin der Staaten Mittel- und Osteuropas und unterstützte deren Bemühungen für einen NATO-Beitritt. Ihre persönliche Beziehung zu Geremek ermöglichte es ihr, die polnischen Befürchtungen in Bezug auf die militärische und vor allem

54 Bronisław Geremek: 3 kadencja, 78 posiedzenie, 1 dzień (09.05.2000). 1 punkt porządku dziennego: Informacja ministra spraw zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski. In: sejm.gov.pl, <https://orka2.sejm.gov.pl/Debata3.nsf> (6.05.2022).

55 Jan Nowak-Jeziorański: Propozycje dla Polski. In: RZECZPOSPOLITA Nr. 145, 1996. Abgedruckt in: Platt: Jan Nowak-Jeziorański, S. 495.

56 Janusz Onyszkiewicz: Na drodze do NATO – okrucy wspomnień. In: BEZPIECZEŃSTWO NARODOWE 2014, Nr. 1, S. 21–40, hier: S. 35.

auf die institutionelle Sicherheit besser zu verstehen, was auch ihre Worte über Geremek bezeugen: »Er [Geremek] wollte sich dessen sicher sein, dass sich Warschau nicht ausschließlich an das Bündnis anhängt, sondern dass es sich mit der Demokratie verbindet.«⁵⁷

5 Schlussfolgerungen

Der an der Wende zwischen den 1980er und 1990er Jahren begonnene Prozess der Systemtransformation in Polen umfasste nicht nur politische und wirtschaftlich-soziale Fragen, sondern auch die Außenpolitik. Der Abbruch oder das Ausklingen alter Beziehungen machte eine Neubestimmung des außenpolitischen Rahmens des Landes notwendig. Der Konsens der politisch maßgeblichen Kräfte gab die euroatlantische Richtung als optimale Lösung vor. Das bedeutete eine Richtungsänderung in der Außenpolitik um 180 Grad – von Ost nach West, aber nicht ohne Berücksichtigung der Beziehungen zu den Nachbarländern. Die ausgewogene und konsequent realisierte Politik war trotz aufeinanderfolgender Regierungen und wiederholter Machtwechsel erfolgreich und brachte dem polnischen Staat im Jahre 1999 den NATO-Beitritt und später auch den EU-Beitritt. Die polnische Debatte über Polens NATO-Mitgliedschaft betraf, ungeachtet der Übereinstimmung hinsichtlich des Beitritts, ebenfalls das Format der Zusammenarbeit sowie die Aufgaben des Atlantischen Bündnisses in der neuen Wirklichkeit nach der Beendigung des Kalten Krieges. Am wichtigsten war jedoch, dass sie zugleich die Nachbarländer berücksichtigte – insbesondere diejenigen, die auf dem postsowjetischen Gebiet entstanden waren. Die von der NATO erklärte »Politik der offenen Tür« wurde von Polen hoffnungsvoll begrüßt und der polnische Staat wurde zu einem Fürsprecher der Länder aus der Region, was deren Bemühungen um die NATO-Mitgliedschaft anbelangte. Zusammen mit Lettland, Estland, Bulgarien, Rumänien und Slowenien traten zwei Nachbarländer, die Slowakei und Litauen, 2004 dem Bündnis bei. Im Jahre 2009 schlossen sich Kroatien und Albanien dem Pakt an. Auf die nächste NATO-Erweiterung musste anschließend bis zum Jahr 2017 gewartet werden, als Montenegro zum NATO-Mitgliedstaat wurde. Die letzte Erweiterung fand im Jahre 2020 mit Nordmazedonien statt.⁵⁸ Mit der territorialen Verschiebung der NATO auf noch einige Jahrzehnte früher zum Warschauer Pakt gehörendes

57 Ignacy Niemczycki: Dziękujemy ci za NATO. In: GAZETA WYBORCZA – MAGAZYN WOLNA SOBOTA vom 5. März 2022, S. 28.

58 Member countries (NATO), 2020. In: nato.int, <https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics52044.htm> (7.05.2022).

Gebiet konnte sich vor allem Russland nur schwer abfinden, weil es diese Teile Europas mit unterschiedlicher Intensität als seine Einflussphäre wahrnahm. Damit stellte sich die Frage nach den Grenzen der NATO-Erweiterung sowie danach, ob auch Staaten wie die Ukraine und Georgien von der Politik der »offenen Tür« profitieren dürfen sollten. Der russische Angriff auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 bewies nicht nur, dass die proatlantische Entscheidung der Länder Mittel- und Osteuropas richtig war, sondern erwies sich zudem als kontraproduktiv für die russischen Versuche, die NATO-Erweiterung zu blockieren. Finnland und Schweden, bisher neutrale Staaten, beantragten am 18. Mai 2022 im NATO-Hauptquartier in Brüssel den Beitritt zu dieser Organisation. Unter Berücksichtigung des Entwicklungsniveaus ihrer Streitkräfte sowie ihres institutionellen Staatsaufbaus haben sie gute Chancen, dieses Ziel innerhalb kurzer Zeit zu erreichen.⁵⁹ Im polnischen politischen Denken der 1990er Jahre existierte nicht nur bei Geremek eine tiefe Überzeugung von der Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit sowie von der Unterstützung der prowestlichen Tendenzen in der Ukraine und in Belarus.⁶⁰ Leider ist dies im Fall des letzteren Staates gescheitert, denn Belarus befindet sich erneut in der russischen Einflussphäre, was die Form einer politischen und wirtschaftlichen Vasallisierung dieses Staates angenommen hat. Dank der Richtungsänderung in der Innen- und in der Folge dann auch in der Außenpolitik im Jahre 2013 hat die Ukraine wiederum den Weg einer Westanbindung eingeschlagen, was sich in den als Euromaidan bezeichneten Ereignissen manifestierte.⁶¹ Die langfristige politische Agenda bezüglich der polnischen Außenpolitik, die von Geremek in drei seiner Ansprachen präsentiert wurde, konzentrierte sich auf die Stärkung der

59 Justyna Gotkowska: *Szwecja i Finlandia na progu członkostwa w NATO*. In: KOMENTARZE OŚRODKA STUDIÓW WSCHODNICH vom 24.05.2022, <https://www.osw.waw.pl/pl/publikacje/komentarze-osw/2022-05-24/szwecja-i-finlandia-na-progu-czlonkostwa-w-nato> (7.05.2022).

60 Krzysztof Fedorowicz: *Polityka polski wobec Rosji, Ukrainy i Białorusi w latach 1989–2010*, Poznań 2011, S. 163–237.

61 Timothy Ash, Janet Gunn, John Lough, Orysia Lutsevych, James Nixey, James Sherr, Katarzyna Wolczuk: *Walka o Ukrainę*, Chatham House Report 2017. Zusammenfassung: <https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/publications/research/2017-10-18-struggle-for-ukraine-summary-polish.pdf>, S. 2–10 (8.05.2022). Das war nicht das erste Mal, dass die Ukraine nach Westen blickte. Bereits im Jahre 2004 zeigte sich der deutliche Wille zu einem Bruch mit der russischen Einflussnahme in der Innenpolitik, als nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen, die vermeintlich der von Russland unterstützte Wiktor Janukowytsch gewonnen hatte, Massenproteste ausbrachen. Infolge wochenlanger Proteste (die wegen der Farbe der Juschtschenko-Kampagne als »Orangene Revolution« bezeichnet wurden) kam es zu einer Wiederholung der Stichwahl, die Juschtschenko gewann. Vgl. Agnieszka Legucka: »Pomarańczowa Rewolucja« – wybór strategiczny w polityce zagranicznej i bezpieczeństwa Ukrainy. In: *ZESZYTY NAUKOWE AON* 2006, Nr. 2, S. 39–51.

Position Polens in der NATO sowie auf eine Definition des Sicherheitsbereiches, der nicht nur in geographischen, sondern auch in gegenständlichen Dimensionen zu verstehen war. In der ersten Fassung des Programms von Geremek hatte die Ukraine eine zentrale Bedeutung: Dank der Unterstützung vonseiten des Westens sollte sie zum Teil der demokratischen Welt einschließlich deren Wertesystems werden, wodurch potenzielle Gefahren von den NATO-Grenzen abgewendet werden könnten und der ukrainische Staat im Laufe der Zeit vielleicht auch selbst der NATO beitreten würde. In der gegenständlichen Dimension definierte Geremek den Sicherheitsbereich viel breiter, denn er umfasste seiner Meinung nach nicht nur Militär- und verteidigungspolitische Probleme. Er verstand die Bedeutung der politischen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Zusammenarbeit und er ermunterte die NATO-Partner zum Einsatz dafür – insbesondere in den Beziehungen zu den Staaten Osteuropas. Die von Geremek vorgeschlagenen Ideen und Lösungen hatten weder einen offensiven noch einen defensiven Charakter. Einerseits waren sie gegen niemanden gerichtet, andererseits nannten sie kein konkretes Land, das eine Gefahr für die globale Sicherheit und für den internationalen Frieden darstellte. Gerade darin bestand und besteht ihr Universalismus, handelt es sich doch um Vorschläge, die die Koexistenz und Kooperation souveräner Staaten voraussetzen, dank denen diese Staaten auch ihre eigenen Ziele verfolgen können. Das ist keine naive Herangehensweise. Sie ist sicherlich idealistisch, aber sie enthält zugleich einige Elemente des Realismus. Geremek nahm die mit dem Erwachen der imperialen Bestrebungen Russlands zusammenhängende Bedrohung wahr, die in der Ära Putin Gestalt annahm. Die 1990er Jahre waren durch eine Entspannung in den internationalen Beziehungen gekennzeichnet, was aus dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der UdSSR resultierte. Das sich in einer wirtschaftlichen und politischen Krise befindende Russland war auf keinem Gebiet zu einer Konkurrenz mit den USA im Stande. Dies verlangte Geremek zufolge von der NATO eine Neubestimmung ihrer Rolle: Das Bündnis solle sich von der Abschreckungspolitik verabschieden und die Richtung eines Engagements für die globale Sicherheit einschlagen. In den 1990er Jahren beteiligte sich die NATO an den friedenserhaltenden Missionen während der andauernden Konflikte auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien. Meinungsverschiedenheiten löste die militärische, gegen die Bundesrepublik Jugoslawien gerichtete, aber durch kein UNO-Mandat gedeckte Operation der NATO (Operation Allied Force, dt. Unternehmen Bündnisstreitmacht) aus, deren Ziel es war, serbische Gewaltaktionen, Unterdrückung und ethnische Säuberungen im Kosovo zu beenden.⁶²

62 Marcin Lasoń: *Interwencja zbrojna w Kosowie i Libii jako przykłady współczesnych interwencji zbrojnych*. In: *BEZPIECZEŃSTWO – TEORIA I PRAKTYKA* 2018, Nr. 1, <https://btip.ka.edu.pl/pdf/2018-1/btip2018-1-var-lason.pdf>, S. 241–257 (2.06.2022).

Sowohl diese Operation als auch die Beteiligung an den durch UNO-Mandate gedeckten Interventionen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien führten zum Wechsel des strategischen NATO-Konzeptes und zur Abkehr von der Politik eines defensiven Handelns. Die Veränderung ging in die Richtung eines Engagements für die Abwendung von Krisen, die eine Gefahr für die globale Sicherheit darstellen konnten – sog. Krisenprävention und -bewältigung. Das sich verändernde internationale Umfeld sowie die Geschehnisse im Jahre 2014 (Russlands Angriff auf die Ukraine, russische Annexion der Krim und Beginn des Krieges im Donbas) führten jedoch erneut zur Verschiebung des Akzents auf das defensive Handeln der NATO.

Laut der eingangs aufgestellten Hypothese erwiesen sich die Vision der transatlantischen Integration und die in den 1990er Jahren von Geremek formulierte Bewertung der internationalen Situation sowie der NATO selbst als dauerhaft und finden auch in der gegenwärtigen internationalen Situation nach der russischen Aggression gegen die Ukraine Anwendung. Aufgrund der auf die Forschungsfragen gegebenen Antworten wurde die Hypothese bestätigt.

Aus dem Polnischen von Piotr A. Owsinski

DOI: 10.13173/9783447120241.057

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

Bronisław Geremek als Außenminister über die deutsch-polnischen Beziehungen Zwischen Vergangenheit und Gegenwart

Krzysztof Koźbiał, Jagiellonen-Universität in Krakau

*Bronisław Geremek as Foreign Minister on Polish-German Relations:
Between the past and the future*

Bronisław Geremek served as foreign minister of the Republic of Poland for almost three years. During this time, he contributed significantly to Poland's accession to NATO and the start of talks to join the European Union. As minister, he repeatedly invoked Polish-German relations, considering them crucial to the integration of Europe. Moreover, he was optimistic about their future development. This scenario has come true, for today bilateral relations between Poland and Germany are perhaps at their best point in history and both nations view each other very positively. The measure of success is primarily economic contacts clearly indicating that the ties between the two countries are equally important for both sides. Social contacts and cooperation in the border area are successful to a similar degree. Political relations, on the other hand, show some still unresolved "weak points" which make themselves felt and in the future may negatively affect the Polish-German partnership, which is also necessary for potential reforms of the European Union.

DOI: 10.13173/9783447120241.085

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.085

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

1 Einleitung

Ziel dieser Betrachtungen ist die Darstellung der Ansichten Bronisław Geremeks zum Thema der deutsch-polnischen Beziehungen, insbesondere ihrer Bedeutung (auch für Europa) und Zukunft. Es geht um Ansichten und Bewertungen, die von ihm während der Ausübung seiner Funktion als Außenminister (Oktober 1997 – Juni 2000) geäußert wurden. Aufgrund des von ihm ausgeübten Amtes gewannen diese Meinungen an Bedeutung. Beachtenswert ist auch die Tatsache, dass in diesem Zeitraum problematische Situationen wahrnehmbar wurden, die einen negativen Einfluss auf die Zukunft der deutsch-polnischen Kontakte haben konnten. Im zweiten Teil des Beitrags wurde Bezug darauf genommen, wie diese Kontakte momentan aussehen und in welchem Grad die Ansichten von Minister Geremek nach 25 Jahren aktuell geblieben sind.

Die Hauptforschungsfragen, die mit diesem Beitrag beantwortet werden sollen, lauten wie folgt: 1) welche Ansichten vertrat Bronisław Geremek hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen in dem Zeitraum, als er das Amt des Außenministers bekleidete; 2) Wie sah Geremek die hauptsächlichen Herausforderungen und Probleme in den bilateralen Kontakten; 3) Wie ist der gegenwärtige Stand der Kontakte zwischen beiden Staaten und spiegelt er in irgendeiner Weise die Ansichten von Minister Geremek von vor 25 Jahren wider?

Um sie zu beantworten, wurden die für Politik- und Verwaltungswissenschaft typischen Forschungsmethoden verwendet: die historische Methode, der systemische Ansatz sowie die Analyse statistischer Daten, die für den Blick auf die gegenwärtigen Kontakte Polens und Deutschlands wichtig sind.

2 Bronisław Geremek als Politiker und Außenminister

Bronisław Geremek wurde am 6. März 1932 in Warschau geboren.¹ Die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs betrafen ihn sehr stark, denn während des Holocausts kam der Großteil seiner Familie ums Leben. Diese Ereignisse haben sich zweifellos auf sein weiteres Leben ausgewirkt.

Er war unstrittig einer der wichtigsten polnischen Politiker und Politikerinnen der ersten Jahre der sog. Dritten Republik, die nach dem Fall des Kommunismus eine wesentliche Rolle bei der Gestaltung der polnischen Innen- und Außenpolitik spielten. Er beeinflusste auch die öffentliche Meinung und die Wahr-

1 Biographische Angaben nach: <https://geremek.pl/profesor/biografia/maz-stanu/> (20.09.2022).

nehmung der polnischen Präsenz in der internationalen Politik. Der Historiker und Mediävist Geremek ist auch nicht ohne die Freiheitsunion (Unia Wolności, UW) zu denken. Diese war eine der wichtigsten politischen Gruppierungen in den 1990er Jahren und in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends.

Geremek bekleidete viele wichtige politische Funktionen, man kann fast sagen, dass er in den 1990er Jahren »nicht von den Titelseiten verschwand«. In jungen Jahren war er Mitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR) gewesen, aber da er das Wirken der kommunistischen Partei genau beobachtete, verließ er sie 1968 (aus Protest gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei) und wurde eine der wichtigsten Persönlichkeiten der antikommunistischen Opposition. Er war einer der Autoren eines Briefs an die Machthaber zur Verteidigung der Aktivisten des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (Komitet Obrony Robotników, KOR), die Repressionen unterzogen wurden, und 1980 unterzeichnete er einen Appell von mehr als 60 Persönlichkeiten aus der Wissenschaft, die Gespräche mit den streikenden Arbeitern forderten. Er war Mitglied der Unabhängigen Selbstverwaltungsgewerkschaft Solidarność und wurde nach der Verhängung des Kriegszustands im Dezember 1981 interniert. Am Übergang von den 1980er zu den 1990er Jahren wurde er 1989, 1991, 1993 und 1997 zum Abgeordneten des Sejms gewählt. Im Parlament übernahm er u. a. den Vorsitz in den Ausschüssen für auswärtige Angelegenheiten, für konstitutionelle Fragen und für Europarecht.

Am 31. Oktober 1997 trat er das Amt des Außenministers an, das er bis zum 30. Juni 2000 bekleidete. Dies war ein äußerst wichtiger, ja, geradezu ein Schlüsselmoment für die polnische Außenpolitik in der Zeit nach dem Fall des Kommunismus. Im März 1999 wurde Polen Mitglied der NATO, und Minister Geremek war es gegeben, die Ratifizierungsdokumente in der amerikanischen Ortschaft Independence zu überreichen. Zu dieser Zeit begannen auch die Gespräche über den Beitritt zur Europäischen Union – und wiederum war er es, der im Namen der Regierung der Republik Polen (RP) die Erklärung abgab, die den Verhandlungsprozess in Gang setzte. 2004 wurde er ins Europaparlament gewählt. Dort gehörte er den Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten und für Verfassungsfragen an. Er starb am 13. Juli 2008 bei einem Autounfall. Berücksichtigt man all diese Leistungen, dann ist mit Nachdruck zu unterstreichen, dass seine politische Aktivität in eine Zeit des Wandels fiel, des Übergangs vom kommunistischen zum demokratischen System. Somit ist Geremek jenen Persönlichkeiten zuzurechnen, die einen realen Einfluss auf die Position Polens im sich wandelnden Europa hatten.

Eine andere Frage ist die, ob Geremek ein erfüllter Politiker war und ob seine unbestrittenen Verdienste von der polnischen Gesellschaft wahrgenommen wurden. Die Antwort auf diese Frage ist komplex. Man kann zweifellos von der

Wahrnehmung seines Handelns sprechen, obwohl bezweifelt werden kann, ob er von seinen Landsleuten in der Tat angemessen gesehen wurde. Daten zu diesem Thema liefern regelmäßig wiederkehrende Befragungen des Zentrums für öffentliche Meinungsforschung (Centrum Badania Opinii Społecznej, CBOS). In einer Untersuchung, die die Ereignisse des Jahres 1999 betraf, wurde das Handeln Bronisław Geremeks wahrgenommen, wenn auch verhältnismäßig schwach. Von 4 Prozent der Befragten wurde er als »Politiker des Jahres« bezeichnet (4. Platz im Land), der NATO-Beitritt Polens wiederum wurde von 23 Prozent der Befragten als zweitwichtigstes »Ereignis des Jahres« bezeichnet.² Ein Jahr später befand sich Geremek unter den wichtigsten Politiker:innen auch auf dem 4. Platz. Im Dezember 2000 vertrauten ihm 46 Prozent der Befragten, einen Mangel an Vertrauen bekundeten hingegen 27 Prozent der Befragten.³ In dieser Hinsicht belegte er den 7. Platz im Land. Im Januar und Juli 2000 war das Niveau des Vertrauens zu seiner Person als Politiker am höchsten, es betrug 57 Prozent. Dies war zweifellos der Augenblick, als sich seine Person in der polnischen Politik der größten Bekanntheit und Wertschätzung erfreute.

3 Die deutsch-polnischen Beziehungen in den Augen Geremeks

Es ist unbestreitbar, dass die deutsch-polnischen Beziehungen für Geremek wichtig waren. Allerdings waren sie zugleich meines Erachtens nicht am wichtigsten, weil an erster Stelle – wenn man überhaupt eine solche Hierarchisierung vornehmen kann – folgende Fragen standen: 1) die Einbindung Polens in das Nordatlantische Bündnis und 2) die Integration Polens in die Europäische Union. Unter allen Partnern der Republik Polen kam es jedoch wiederholt zu einer Hervorhebung der Rolle Deutschlands hinsichtlich der weit gefassten außenpolitischen Ziele Polens.

Als Außenminister erteilte Professor Geremek dreimal im Sejm Auskunft über die wesentlichsten Richtungen der polnischen Außenpolitik. Jedes Mal belegten Deutschland (in unterschiedlichen Kontexten) und Bezugnahmen auf diesen Staat einen hohen Platz. Dies war selbstredend eine Schlüsselphase der prakti-

2 Polityka roku '99, Wydarzenie roku '99. Komunikat z badań nr BS 201/99, Warszawa 1999, https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/1999/K_201_99.PDF (23.09.2022). 30 Prozent der Befragten gaben an, dass im Jahr 1999 der Besuch von Papst Johannes Paul II. in Polen wichtiger war.

3 Zaufanie do polityków pod koniec roku. Komunikat z badań nr BS 184/2000, Warszawa 2000, https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2000/K_184_00.PDF S. 3 (23.09.2022).

schen Verwirklichung der Ziele, die von polnischen Politikerinnen und Politikern während der gesamten 1990er Jahre hervorgehoben wurden.

Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu Deutschland wurde in einem Auftritt am 5. März 1998 erwähnt und als Ziel des auswärtigen Handelns des polnischen Ministeriums in den Jahren 1999 und 2000 wiederholt genannt. Deutschland wurde neben den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien mit dem Begriff »Hauptsächlicher Partner Polens in den internationalen Beziehungen« bezeichnet.⁴ Das Land sollte nach Ansicht des Ministers eine stabilisierende Rolle auf dem Kontinent spielen, auch als ein Staat, der die polnischen Bestrebungen nach einer Mitgliedschaft in der NATO und der EU unterstützte. Geremek akzentuierte sowohl die Rolle von Kontakten auf der Ebene verschiedener Ministerien als auch die Kooperation in der Region. Er machte ebenfalls auf die Notwendigkeit einer Steigerung des Handelsvolumens beider Staaten aufmerksam, was in immer weiterem Umfang verwirklicht wurde. Als nicht ohne Bedeutung betrachtete er auch die Entwicklung der gesellschaftlichen Kontakte allgemein wie auch der Kontakte zwischen verschiedenen Berufsgruppen. Im Kontext der grenznahen Zusammenarbeit wurde als Beweis für ihre Stärkung die Jahrhundertflut des Jahres 1997 angeführt, die den Mangel an ausreichender Koordination auf dem Gebiet offenlegte, das beiderseits der Oder/Neiße-Grenze lag.

Im folgenden Jahr war die Bezugnahme auf das Ergebnis der Bundestagswahl des Jahres 1998, in deren Folge der Sieg der SPD zu einem Wechsel der Regierungskoalition in seinem westlichen Nachbarland führte, ein für die polnische Politik wichtiges Ereignis. Dies war ohne Frage eine neue Situation für die Vertreter:innen des polnischen Politikbetriebs, die bisher daran gewöhnt gewesen waren, dass nach dem Fall des Kommunismus in Polen auf der anderen Seite der Oder die Christdemokraten regierten. Geremek unterstrich jedoch die Tatsache einer vergleichsweise schnellen Anknüpfung guter Kontakte auf höchster Ebene, was sich mit Sicherheit in einer Fortsetzung der positiven Einstellung der Bundesrepublik gegenüber den polnischen Bestrebungen niederschlug. Dies nahm sogar – in der Bewertung des Ministers – die Form »einer allmählichen Geburt einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft an«.⁵ Als grundlegendes Ziel betrachtete er die Aufrechterhaltung der Unterstützung Deutschlands für die Bemühungen um die EU-Mitgliedschaft, wobei er gleichzeitig nicht nur

- 4 Informacja ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremka o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski. Przemówienie na forum Sejmu RP w dniu 5 marca 1998 roku. In: Geremek, *Skuteczność i racja stanu*, S. 27, 39–41.
- 5 Informacja rządu o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski. Przemówienie ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremka na forum Sejmu RP w dniu 8 kwietnia 1999 roku. In: Geremek, *Skuteczność i racja stanu*, S. 85.

die Bedeutung von Regierungstreffen unterstrich, sondern auch einer Zusammenarbeit im Bereich Jugend, Kooperation der Regionen, grenznahe Zusammenarbeit und Zusammenarbeit der Gemeinden, Schulen und Hochschulen das Wort redete. Dies waren folglich neue Akzente, die sich auf die gesellschaftliche Komponente bezogen. Minister Geremek verwies zugleich auf schwierige Themen in den bilateralen Kontakten: die Frage der Entschädigungen für die früheren Häftlinge der deutschen Konzentrationslager und für die Zwangsarbeiter. Er erwähnte auch die militärische Zusammenarbeit, was in der Schaffung eines gemeinsamen deutsch-polnisch-dänischen Korps in Stettin zum Ausdruck kam. Als er auf die Frage der Bundestagswahl von 1998 zurückkam, war Minister Geremek im Übrigen – und zu Recht – voller Hoffnung auf eine Fortsetzung der militärischen Zusammenarbeit im Bündnis, wobei er die Aufmerksamkeit darauf lenkte, dass der Regierungswechsel in der deutschen Politik mit dem Hervortreten einer neuen Politikergeneration einherging, die sich aber bereits als glaubwürdiger Partner zu erkennen gegeben habe.⁶

Der Auftritt von 1999 war somit breiter angelegt als ein Jahr zuvor und gab – meiner Einschätzung zufolge – die komplizierten Beziehungen beider Staaten entschieden besser wieder. Ähnliche Themen mit einem Hinweis auf gesellschaftliche und militärische Aspekte tauchten auch ein Jahr später erneut auf.⁷ Zugegebenermaßen kann dieses Mal jedoch nur davon gesprochen werden, dass auf das Ausmaß dieser Kontakte hingewiesen wurde, ohne dass dabei auf Einzelheiten Bezug genommen worden wäre.

Professor Geremek hatte auch an vielen anderen Orten Gelegenheit, seine Sichtweise der Kontakte mit den Deutschen oder, bereiter gefasst, der europäischen Integration zu erläutern als nur im polnischen Parlament – wenn er nämlich in einer anderen Rolle als der des Außenministers auftrat. Es ist erwähnenswert, dass er sogar dann, wenn er unabhängig von der Funktion auftrat, die er bekleidete, zumeist unter dem Gesichtspunkt dieser Funktion beurteilt wurde. Wichtig war unbestrittenermaßen die Ansprache, die er am 21. Mai 1998 in Aachen hielt, als er den Karlspreis entgegennahm. Er unterstrich, dass die Möglichkeit der Vereinigung Europas, von der Geremek selbst träumte, dank der »überraschenden und wundervollen Veränderung« in den deutsch-polnischen Beziehungen möglich war, weil Polen dank der Wiedereinigung Deutschlands frei werden konnte und Deutschland sich dank des Wirkens der Gewerkschafts-

6 Jak teraz będzie z Niemcami. In: Geremek: Skuteczność i racja stanu, S. 265–267.

7 Informacja ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremka o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski. Przemówienie na forum Sejmu RP w dniu 9 maja 2000 roku. In: Geremek, Skuteczność i racja stanu, S. 136.

bewegung *Solidarność* wiedervereinigen konnte.⁸ Man kann einer solchen Sichtweise des Wandels in den Kontakten zwischen Polen und Deutschland nur schwer widersprechen. Geremek berief sich des Öfteren auch auf das gelungene Vorbild der deutsch-französischen Aussöhnung. Der Karlspreis, der Persönlichkeiten verliehen wird, die sich um die Integration des alten Kontinents am stärksten verdient gemacht haben, war gewiss eine Anerkennung der Verdienste Geremeks als Politiker und Wissenschaftler.

Zu Beginn des Jahres 1999 erhielt Geremek in Berlin die Ehrendoktorwürde der dortigen Freien Universität. Natürlich bot auch dieses Ereignis Gelegenheit, auf bestimmte Aspekte der deutsch-polnischen Kontakte aufmerksam zu machen. Geremek war sich offensichtlich der Rolle, die die Bundesrepublik im zukünftigen Europa spielen würde, nur allzu gut bewusst, als er unterstrich, dass Warschau aus der Sicht Berlins die nächstgelegene Hauptstadt sei. Indem er auf das gemeinsame Schicksal in der Zukunft verwies, versäumte er es nicht, die vorhandenen »Schichten des Misstrauens« in den gegenseitigen Kontakten zu erwähnen.⁹ Hierzu zählte er die Notwendigkeit zur Pflege von Erinnerung und Verantwortung, die im Falle Deutschlands als Wissen um die eigene Vergangenheit zu verstehen war, und die Bereitschaft Polens der EU beizutreten, ebenso wie die Unterstützung der Bundesrepublik für diesen Prozess. Gleichzeitig bezeichnete Geremek die Übereinstimmung des Schicksals beider Völker als »wichtiges Vehikel der europäischen Idee«.¹⁰ Er unterstrich deutlich, dass sich die zukünftigen Kontakte beider Seiten nicht auf Furcht gründen sollten und nahm auf diese Weise Bezug auf die Ängste der westlichen Partner Polens, die eine massenweise Emigration der Polen in die damals besser entwickelten Staaten der Europäischen Union befürchteten.¹¹

Als Außenminister war Geremek darum bemüht, die deutsch-polnische Aussöhnung in möglichst breitem Umfang mitzugestalten. Nichtsdestoweniger sollte dies keine Aussöhnung um der Aussöhnung willen sein, sondern ein breiteres Vorhaben, das die gute Nachbarschaft dieser beiden Staaten prägen sollte, die in Kürze zu wichtigen Bestandteilen des europäischen Integrationsprozesses werden sollten. Die Erweiterung sowohl der NATO als auch der EU sollte eine Bestätigung des Erfolgs der Integrationsidee sein.¹²

8 Rede von Bronisław Geremek, <https://www.karlspreis.de/de/preistraeger/bronislaw-geremek-1998/rede-von-bronislaw-geremek> (26.09.2022).

9 Wystąpienie ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremka na Wolnym uniwersytecie w Berlinie z okazji odebrania doktoratu honoris causa 15 stycznia 1999 roku. In: Bronisław Geremek: *Skuteczność i racja stanu*, S. 193–197.

10 Ebenda, S. 197.

11 Możemy przystąpić do Unii w roku 2002. In: Bronisław Geremek, *Skuteczność i racja stanu*, S. 244–245.

12 Władysław Bartoszewski: Bronisław Geremek jako dyplomata. In: Geremek, *Głos w Europie*, S. 146.

4 Die gegenwärtigen Beziehungen Polens und Deutschlands sowie ihre Zukunft vor dem Hintergrund der Ansichten Geremek

Die Verwirklichung der wesentlichen Interessen der polnischen Außenpolitik, die in der Mitgliedschaft in der NATO und in der EU bestanden, gelang an der Schwelle vom 20. zum 21. Jahrhundert. Gegenwärtig ist Polen Mitglied in beiden Organisationen. Seinen Anteil an diesem Erfolg hatte auch Geremek – als einer der aktivsten polnischen Politiker der ersten Dekade nach dem Fall des Kommunismus. Wie weiter oben bereits gezeigt worden ist, trug er auch zur Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland bei, obwohl es schwierig wäre zu behaupten, dies sei die Priorität seines Handelns als Außenminister gewesen. Mehr als 30 Jahre nach dem Abschluss des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, lohnt es sich darüber nachzudenken, welche der von Geremek als Minister erwähnten Ziele realisiert wurden und welche sich immer noch auf dem Weg zu ihrer Verwirklichung befinden. Ich gehe dabei von der Annahme aus, dass bestimmte Beziehungen zwischen gegebenen Staaten niemals ideal sind, der Pflege bedürfen und dass es von den Politiker:innen – hauptsächlich denjenigen auf der zentralen Ebene – abhängt, wie sie wahrgenommen werden. Es ist ja anzumerken, dass die Kontakte auf der Ebene polnischer und deutscher Städte oder Regionen, oder breiter gesehen im Grenzgebiet, zweifelsfrei gut sind. Dieses Urteil ergibt sich aus den Beobachtungen, die von mir auf dieser Ebene durchgeführt wurden. Selbstverständlich können auch hier Probleme zutage treten, aber für beide Seiten ist eine offene Nachbarschaft etwas Positives, selbst wenn man dabei nur den Grad der Besuche auf beiden Seiten der Grenze berücksichtigt, die hauptsächlich aus ökonomischen Gründen resultieren können, wie z. B. aus prosaischen Unterschieden in den Preisen bestimmter Produkte.

Nimmt man eine Analyse der gegenwärtigen Beziehungen zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vor, dann ist auf einige Ebenen Bezug zu nehmen. Das ist für die Veranschaulichung eines umfassenden Bildes erforderlich. Zu nennen wären folglich der 1) politische, 2) wirtschaftliche und 3) gesellschaftliche Bereich. Auch wenn sie sich in vielerlei Hinsicht miteinander verzahnen und voneinander abhängig sind, so kann man dennoch diese Gebiete als die wesentlichsten unterscheiden. Die Daten des sog. Deutsch-Polnischen Barometers 2022¹³ bestätigen das Interesse beider Nationen an der europäischen und internationalen Politik. Die Untersuchungsergebnisse deuten auf einen hohen Grad der gegenseitigen Akzeptanz beider Seiten hin – in verschiedenen ge-

13 Jacek Kucharczyk, Agnieszka Łada-Konefat: Polacy i Niemcy – jak dalecy, jak bliscy. Barometr Polska-Niemcy 2022, Warszawa-Darmstadt 2022.

sellschaftlichen Rollen. Dieses Niveau beträgt allgemein ungefähr 80 Prozent (oder es übersteigt sogar diesen Wert). Es geht hier um solche Rollen wie: Kollege/Kollegin, Untergebener, Lehrer und Dozent, Nachbar, Freund, Firmenchef oder Stadtverordnete/r.¹⁴ Viele Jahre unmittelbarer Kontakte und die kulturelle Nähe spielen hier eine wesentliche Rolle. Im Jahr 2000 überstieg das allgemeine Akzeptanzniveau in den erwähnten Rollen selten 50 Prozent, nur 27 Prozent der Polen akzeptierten einen Deutschen als Ratsmitglied. Heutzutage stellt, wie bereits erwähnt, ein Nachbar von jenseits der Oder in einer solchen Rolle kein Problem mehr dar. Das verweist demnach auch deutlich auf eine entschiedene Verbesserung der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Sie kommen in einer Zusammenarbeit durch Partnerschaften der Einheiten der territorialen Selbstverwaltung, eine Zusammenarbeit im Jugendbereich oder die wissenschaftliche Zusammenarbeit zum Ausdruck.

Bei einem näheren Blick auf die Einzelheiten lassen sich natürlich Nuancen in den Beziehungen beider Nationen bemerken. Eine unterscheidende Variable sind die politischen Ansichten der Untersuchten – auf der polnischen Seite bedeutet etwa die Tatsache, Anhänger der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) zu sein zugleich eine viel skeptischere Beziehung zu den Deutschen und Deutschland. Wichtig ist auch der Faktor, der mit dem Wohnort verbunden ist: die Nähe zur Grenze wirkt sich zumeist positiv auf das Bild vom Nachbarn aus, was z. B. aus der Möglichkeit häufiger Besuche im Nachbarland resultiert.

Die Polen haben eine etwas bessere Meinung über Deutschland als die Deutschen über Polen. Die Bundesrepublik wird von den Polen zumeist mit einer gut funktionierenden Wirtschaft assoziiert (74 Prozent), mit der Wertschätzung für Demokratie und Rechtsstaat (58 Prozent) sowie mit der Achtung der Frauen- und Minderheitenrechte (57 Prozent). Die Deutschen assoziieren Polen hauptsächlich mit einer gut funktionierenden Wirtschaft (obwohl darauf nur 35 Prozent der Befragten verweisen), als guten Ort für Investitionen (32 Prozent) und als Land, in dem Menschen aus dem Ausland gut behandelt werden (31 Prozent). Generell stehen 50 Prozent der Befragten auf der polnischen Seite den Deutschen positiv gegenüber (im Jahr 2018 waren es 56 Prozent und 2008 lediglich 30 Prozent). Auf der anderen Seite der Oder betrug dieser Prozentsatz wiederum 43 Prozent (im Jahr 2020 waren es 55 Prozent, aber 2006 nur 18 Prozent).¹⁵

Die Feststellung, dass die Beziehungen zwischen den beiden Staaten gut bzw. sehr gut sind, ist eine Binsenweisheit. Nichtsdestotrotz ist die zweite Bezeichnung für den Bereich der Wirtschaft am angemessensten. Die Bedingungen für die deutsch-polnischen Kontakte sind auch 30 Jahre nach dem Ende des Kommunismus grundsätzlich unverändert geblieben. Beide Staaten sind bedeutende

14 Ebenda, S. 32–33.

15 Ebenda, S. 20–26.

Mitglieder der NATO und der EU. Über die Jahre ist die Rolle Polens ganz sicher gewachsen. Ein neuer Faktor, der zur Reflexion nötig ist, ist der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Er übte unbestritten einen weitreichenden Einfluss auf die Notwendigkeit einer Umorientierung der deutschen Politik gegenüber Russland aus. Bislang war diese zu prorussisch gewesen und hatte sich auf eine unvollständige (vielleicht auch naive) Bewertung sowohl der politischen als auch der ökonomischen Lage gestützt. Die Aggression Russlands entblößte besonders die Schwäche der deutschen Energiepolitik. Der völlig unterschiedliche Blick Berlins und Warschaws auf die russische Politik dürfte bei der weiteren Entwicklung der Kontakte zwischen Polen und der Bundesrepublik in der Zukunft durchaus für Probleme sorgen.

Die Kontakte zu Deutschland sollten eine Priorität für jede Regierung in Warschau sein. Als die PiS 2015 die Parlamentswahlen gewann, unterlag dies einer bemerkbaren Veränderung. Es traten Spannungen zwischen beiden Staaten zutage, die auf der zentralen Ebene der Regierung sichtbar wurden, aber allem Anschein nach unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Kontakte fast belanglos waren. Eine dieser Spannungen war die Bedeutung der sog. Drei-Meere-Initiative für Polen, in der Warschau die tonangebende Kraft sein will. Deutschland bringt Interesse an dieser Idee zum Ausdruck, bleibt hingegen passiv, wenn es um das Handeln geht. Offen bleibt die Frage nach der Schaffung eines weiteren regionalen Formats, obwohl die bereits bestehenden nicht unbedingt messbare Resultate bringen (wie z. B. die Visegrád-Gruppe). Vielleicht hat Deutschland Angst vor einem Verlust seines Einflusses in der Region und interessiert sich deshalb für diese Idee.¹⁶

Sehr wichtig sind auch die Kontakte beider Staaten im Rahmen der Europäischen Union, ohne die jegliche Versuche institutioneller Reformen dieser Organisation seitens Berlins und Warschaws ihren Sinn verlieren.¹⁷ In dieser Hinsicht lohnt es sich zu verfolgen, wie die Frage der Sperrung der Mittel aus dem Wiederaufbauprogramm der EU ausgehen wird und welche Rolle Deutschland in diesem Prozess spielt. Polen und die Bundesrepublik scheinen im Übrigen auch hinsichtlich der Zukunft der EU und ihrer Gestalt abweichende Vorstellungen zu haben. Leider ist dies bei den wichtigsten Gesprächen zwischen den Regierungen beider Staaten kein Thema.

In den deutsch-polnischen Beziehungen gibt es weiterhin Angelegenheiten, die man als ungelöst bezeichnen kann. Hier sind vor allem folgende zu nennen: 1) das Problem der Polen in Deutschland, die von der deutschen Seite nicht als nationale Minderheit anerkannt werden, sowie 2) das Problem der Entschädi-

16 Szymon Bachrynowski: *Dokąd zmierzają relacje polsko-niemieckie? 30-lecie Traktatu o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy*, Warszawa 2021, S. 4.

17 Ebenda, S. 5f.

gungen für den Zweiten Weltkrieg.¹⁸ Diese Angelegenheit wurde am 1. September 2022, während der Feierlichkeiten anlässlich des 83. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, von Jarosław Kaczyński angesprochen. Der Vorsitzende der PiS benannte während einer Präsentation des Berichts über die Verluste, die Polen während der deutschen Aggression und Besatzung erlitten hatte, Forderungen in Höhe von 6,2 Billionen Zloty und beurteilte diese Summe als real. Nach Meinung Kaczyńskis hat Deutschland niemals für die Verbrechen gegen Polen bezahlt – daher rührten also die polnischen Forderungen.¹⁹ Die deutsche Seite hat erwartungsgemäß diese Forderungen zurückgewiesen. Die polnische Seite hat allerdings keinen Plan vorgestellt, der zur Erlangung einer solchen Entschädigung führen könnte. Diese Frage, die von Minister Gremek 1999 erwähnt worden war, ist also bis heute nicht geregelt.

Die beiden erwähnten Spannungsfelder werden mit Sicherheit – wenn sie nicht geregelt werden – die nächsten Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte der gegenseitigen Kontakte überschatten. Das Beispiel der polnischen Reparationsforderungen zeigt, dass Angelegenheiten dieser Art in erster Linie nicht in den bilateralen Beziehungen ausgenutzt werden, sondern in der Innenpolitik. Gut möglich, dass auf derartige »Ersatzthemen« in bestimmten Situationen zurückgegriffen wird, die nichts mit den bilateralen Beziehungen zu tun haben.

In wirtschaftlicher Hinsicht sehen die deutsch-polnischen Beziehungen hingegen von Jahr zu Jahr besser aus. Diese Bemerkung betrifft im Übrigen nicht nur Polen, sondern ganz Mittel- und Osteuropa. Im Jahr 2021 überstieg der Handelsumsatz den Wert von einer halben Billion Euro.²⁰ Berücksichtigt man 29 Staaten, dann exportierte Deutschland Waren in einem Wert von 254 Mrd. EUR, sein Import betrug 248 Mrd. EUR. Die deutschen Investitionen in diesem Teil des Kontinents beliefen sich auf einen Betrag von 145 Mrd. EUR, was seinen Niederschlag in circa 2 Millionen Arbeitsplätze in diesen Ländern finden soll, und in Deutschland in mehreren Hunderttausend Arbeitsplätzen. Polen ist der wichtigste Partner der Bundesrepublik in der Region.

2021 betrug das Handelsvolumen beider Staaten mehr als 147,1 Mrd. EUR, was Polen in dieser Hinsicht zum fünftwichtigsten Handelspartner Deutschlands machte.²¹ Der Import aus Polen überstieg 68,8 Mrd. (4. Platz), der Ex-

18 Ebenda, S. 6–8.

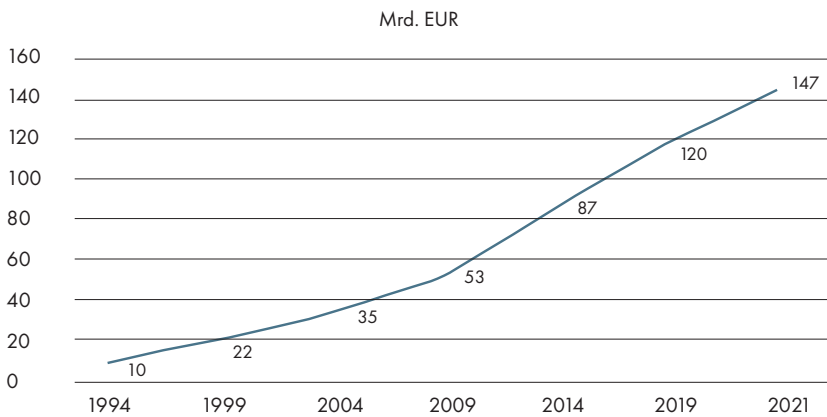
19 Aleksandra Rebelińska: Polska wystąpi o reparacje wojenne wobec Niemiec. Jarosław Kaczyński podał kwotę. In: gazetaprawna.pl, <https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/8528034,kaczynski-reparacje-wojenne-niemcy-kwota.html> (27.09.2022).

20 Vgl. Nowy rekord w handlu Niemiec z Europą Środkową i Wschodnią. Polska na czele. In: dw.com, <https://www.dw.com/pl/nowy-rekord-w-handlu-niemiec-z-europ%C4%85-%C5%9Brodkow%C4%85-i-wschodni%C4%85-polska-na-czele/a-60734358> (22.09.2022).

21 Vgl. Außenhandel Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland (vorläufige Ergebnisse). In: destatis.de, <https://www.destatis.de/DE/>

port betrug 78,3 Mrd. Zum Vergleich lohnt es sich hinzuzufügen, dass sich das Handelsvolumen Deutschlands mit Russland im vergangenen Jahr nur auf 59,7 Mrd. EUR belief, was Russland nur auf Platz 13 positionierte (sic!). Das geradezu beispiellose Wachstum des Handelsvolumens zwischen Polen und Deutschland ist in Diagramm 1 dargestellt. Während das Volumen 1994 (umgerechnet) nur 10 Mrd. EUR betrug, konnte es sich bis Ende der 1990er Jahre verdoppeln. Momentan ist es jedoch fast 15-mal so groß wie vor 30 Jahren. Kann man von einem größeren Erfolg sprechen?

Diagramm 1. Das Handelsvolumen zwischen Polen und Deutschland in den Jahren 1994–2021 (in Mrd. EUR)



Quelle: Statistik: Vgl. *Deutschland: Der Handel mit Polen (1992–2020; Mrd. Euro)*: <https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/331406/statistik-der-handel-zwischen-deutschland-und-polen> (22.09.2022).

Es ist in keiner Weise übertrieben, davon zu sprechen, dass die Wirtschaftskontakte beider Staaten das vielleicht wichtigste Beispiel für die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen sind, die so auf ein »höheres Niveau« gehoben wurden. Zugleich ist diese Tatsache ein eindeutiger Beleg dafür, dass Osterweiterung der Europäischen Union ein Erfolg gewesen ist. Gegenwärtig wäre es schwierig, sich sowohl die polnische als auch die deutsche Wirtschaft ohne derart festigte wirtschaftliche Beziehungen vorzustellen. Für Polen ist Deutsch-

Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf?blob=publicationFile (22.09.2022). Polen wurde nur von China, den Niederlanden, den USA und Frankreich überholt.

land in dieser Hinsicht der wichtigste Partner, aber auch für die Bundesrepublik hat der Handel mit Polen in vielen Bereichen eine Schlüsselbedeutung.

Dieser Stand der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Polens und der Bundesrepublik stimmt mit der von Geremek vor 25 Jahren entwickelten Vision überein. Er sah im deutschen Staat einen wesentlichen Handelspartner und hatte in dieser Hinsicht recht. Es lässt sich jedoch nicht bestreiten, dass dieses Thema in den Äußerungen des ehemaligen Außenministers niemals eine bestimmende Rolle gespielt hat. Vielleicht auch deswegen, weil die deutsch-polnische Wirtschafts-kooperation »von Tag zu Tag« auf verschiedenen Ebenen stattfand.

5 Schlussfolgerungen

Geremek übte für knapp drei Jahre die Funktion des Außenministers aus. Es war ein bedeutsamer Zeitraum, weil Polen damals Mitglied des Nordatlantischen Pakts wurde und Gespräche über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union aufnahm.

Während seiner Zeit als Außenminister hatte er wiederholt Gelegenheit, sich zu den deutsch-polnischen Beziehungen zu äußern. Er nutzte diese Gelegenheiten, obwohl deutlich zu betonen ist, dass dies nicht im Mittelpunkt seiner Interessen stand. Er betrachtete die Bundesrepublik als einen der wichtigsten Partner Polens, wobei er sich sowohl der politischen als auch der wirtschaftlichen Bezüge in den bilateralen Beziehungen bewusst war. Er versäumte es nicht, in seinen Äußerungen auch die schwierigen Themen zwischen den beiden Staaten anzusprechen, zu denen er hauptsächlich die Frage der Entschädigungen für die ehemaligen Häftlinge der Konzentrationslager und Zwangsarbeiter zählte. Generell war er ein entschiedener Anhänger der deutsch-polnischen Aussöhnung und der Gestaltung einer dauerhaften Partnerschaft in einem vereinten, integrierten Europa. Heute, also 25 Jahre, nachdem Professor Geremek sein Ministeramt antrat, sind Polen und die Bundesrepublik Mitglieder von NATO und EU. In überwiegendem Maße haben sich die Kontakte beider Staaten erfolgreich entwickelt, in Übereinstimmung damit, was Professor Geremek damals erwartet hatte. Die wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln sich ständig weiter, was Polen und Deutschland zu wichtigen Handelspartnern füreinander macht. Die gegenseitige Wahrnehmung der beiden Nationen verbesserte sich ebenfalls fortlaufend, wovon die angeführten Daten aus der öffentlichen Meinungsforschung zeugen. Was die politischen Beziehungen betrifft, so kann man diese ebenfalls als zumindest gut bezeichnen, was nicht heißen soll, dass sie ideal sind. Von Zeit zu Zeit machen sich Angelegenheiten bemerkbar, die weiterhin ungelöst sind, wie z. B. im Herbst 2022 die Frage von Entschädigungen für die aus dem Zweiten

Weltkrieg resultierenden Verluste. Interessanterweise gewinnen sie nicht in den gegenseitigen Außenkontakten an Bedeutung, sondern werden zu innenpolitischen Gefechten genutzt, insbesondere in Polen.

Geremek war in Bezug auf die Kontakte zwischen Berlin und Warschau Optimist. Diese positive Ausrichtung des Blicks auf die Zukunft hat sich erfüllt. Nichtsdestoweniger gibt es Themen, die ständig noch intensiver zwischen Berlin und Warschau diskutiert werden sollten. Nur dann werden beide Staaten im Stande sein, ohne überflüssige Emotionen gemeinsam zum Bau eines vereinten Europas beizutragen, das – was man ohne den geringsten Zweifel feststellen kann – der Traum Geremeks war.

Aus dem Polnischen von Sabine Lipińska

DOI: 10.13173/9783447120241.085

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

Rolle und Aufgaben des Weimarer Dreiecks im Prozess der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union

Józef M. Fiszer, Polnische Akademie der Wissenschaften

The role and tasks of the Weimar Triangle in the processes of expanding and deepening the European Union

The article synthesises the origins of the Weimar Triangle and the subsequent stages of its work, and shows its goals and role in the processes of expanding and deepening the European Union. Contradictory assessments and opinions still circulate in the literature on the subject in Poland, Germany and France. On the one hand, the great importance of the Weimar Triangle in the process of Poland's accession to Euro-Atlantic structures, i. e. to NATO and the European Union, is emphasised, but its role in the reorientation of Poland's foreign policy after 1989 is criticised, stressing that Poland's *raison d'état* was subordinated to the interests of Germany and France. Both in Poland, and in Germany and France, the Weimar Triangle has often been treated instrumentally, especially by politicians who use it for current international politics. Meanwhile, there is no doubt that it not only played a major role in the process of the creation of the EU, but also determined its expansion and deepening, although its potential and possibilities were not fully exploited. An analysis of the work of the Weimar Triangle and its successes and failures shows that it is still an indispensable actor in international relations and should continue to play an important role in the process of European integration. It should also continue to play a pivotal role in strengthening trilateral Polish-German-French cooperation and strengthening the position of the European Union in international relations. The revival of the Weimar Triangle is not only possible, but even necessary in the current international situation in Europe and the world.

DOI: 10.13173/9783447120241.101

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.101

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

1 Einleitung

Es unterliegt keinem Zweifel, dass sich Europa, Polen und die Welt direkt vor unseren Augen verändern, was man durchaus mit den Veränderungen im Jahre 1989 vergleichen kann. Gerade dank der antikommunistischen Opposition in Polen, die u. a. von Prof. Bronisław Geremek angeführt wurde, kam es damals zu einem Prozess, der als »Herbst der Völker« (Revolutionen des Jahres 1989) in die Geschichte einging. In Polen wurde er mit den Verhandlungen am Runden Tisch sowie mit den Parlamentswahlen initiiert. Er führte zur Systemtransformation in Polen, zum Fall des Kommunismus in den Staaten Mittel- und Osteuropas, zur Wiedervereinigung Deutschlands und zum Zerfall der Sowjetunion (UdSSR) im Jahre 1991.¹ Infolgedessen fiel die bipolare Welt des Systems von Jalta und Potsdam auseinander, ging der Kalte Krieg zu Ende und begann der Bau einer neuen, demokratischen globalen Ordnung. Polen beteiligte sich aktiv an diesem Prozess, weil es endlich eine unabhängige, der polnischen Staatsräson entsprechende Außenpolitik führen konnte. Ein wesentliches Element dieser Politik und de facto ein ihre Aufgaben und Ziele realisierendes Werkzeug war das Weimarer Dreieck, dessen Gründung auf ein Treffen der damaligen Außenminister Deutschlands, Polens und Frankreichs am 28.–29. August 1991 zurückgeht. Sein Hauptziel bestand darin, die Unterschiede zwischen den postkommunistischen Staaten Mittel- sowie Osteuropas und den westeuropäischen Ländern abzubauen (Beseitigung der Asymmetrie) und die europäische Integration zu beschleunigen.² Über die Genese und Ziele des Weimarer Dreiecks schreibt der ehemalige polnische Außenminister Radosław Sikorski kurz in seinem 2018 veröffentlichten Buch *Polska może być lepsza*: »Es entstand im Jahre 1991 als unseren EU-Beitritt förderndes Format, als Polen noch ein postkommunistischer Bankrotteur und zugleich eine Inspiration war.«³

- 1 Józef M. Fiszer: The 30th Anniversary of the Sejm and Senate Elections in 1989. Systemic Transformation in Poland and its Consequences for Europe and the World. In: MYŚL EKONOMICZNA I POLITYCZNA 2019, H. 3, S. 139–163; Józef M. Fiszer: Przesłanki wewnętrzne i międzynarodowe upadku Związku Radzieckiego w 1991 roku oraz jego konsekwencje geopolityczne dla polityki zagranicznej Polski. In: ROCZNIK INSTYTUTU EUROPY ŚRODKOWO-WSCHODNIEJ 2021, Nr. 19, H. 2, S. 19–41.
- 2 Józef M. Fiszer, Mateusz Czasak: Trójkąt Weimarski. Geneza i działalność na rzecz integracji Europy w latach 1991–2016, Warszawa 2019; Bogdan Koszel: Trójkąt Weimarski. Geneza. Działalność. Perspektywy współpracy, Poznań 2006; Klaus-Heinrich Standke (Hrsg.): Trójkąt Weimarski w Europie. Das Weimarer Dreieck in Europa. Le Triangle de Weimar en Europe, Toruń 2009.
- 3 Radosław Sikorski: Polska może być lepsza, Kraków 2018, S. 177f.

Bezüglich des vor dreißig Jahren gegründeten Weimarer Dreiecks gibt es in der polnischen, deutschen und französischen Fachliteratur widersprüchliche Bewertungen und Meinungen. Einerseits wird seine riesige Bedeutung für Polens NATO- und EU-Beitritt (12.03.1999 und 1.05.2004) betont, wodurch das post-sozialistische Polen seine Sicherheit und Position auf internationaler Bühne stärken konnte, andererseits wird seine Rolle in der Reorientierung der polnischen Außenpolitik nach 1989 herabgemindert, indem man behauptet, die polnische Staatsräson sei den nationalen Interessen Deutschlands und Frankreichs untergeordnet worden. Sowohl in Polen als auch in Deutschland und Frankreich wurde (wird) das Weimarer Dreieck häufig instrumentalisiert. Dies betrifft vor allem jene Politikerinnen und Politiker, die es in ihrer aktuellen internationalen Politik ausnutzen.⁴

Indessen zeigen die neuesten Meinungsumfragen, dass eine deutliche Mehrheit der deutschen und polnischen Befragten und fast die Hälfte der französischen Befragten die Zusammenarbeit dieser Länder im Rahmen des Weimarer Dreiecks als sehr oder ziemlich wichtig beurteilt. In der Minderheit sind jene Befragten, die meinen, dass eine solche Kooperation für die europäische Integration belanglos ist. Bemerkenswerterweise sind die an der internationalen und europäischen Politik interessierten Befragten in all diesen drei Ländern von der großen Bedeutung der Zusammenarbeit innerhalb des Weimarer Dreiecks überzeugt. Unter den sich für Politik und internationale Angelegenheiten interessierenden Befragten glauben 27 Prozent der Franzosen, 32 Prozent der Deutschen und 45 Prozent der Polen, dass die Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks äußerst relevant ist. 79 Prozent der Befragten in Polen, 78 Prozent in Deutschland und 69 Prozent in Frankreich halten sie demgegenüber für wichtig.

Die Wahrnehmung der Kooperation innerhalb des Weimarer Dreiecks hängt auch von der politischen Affinität der Befragten ab, z. B. im Gegensatz zu den Befürwortern der Politik der oppositionell eingestellten Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) sind die Anhänger der gegenwärtig in Polen regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) seltener der Auffassung, dass diese Zusammenarbeit von großer Relevanz ist. Gleichzeitig behauptet die überwiegende Mehrheit der PiS-Anhänger, dass diese Zusammenarbeit entweder sehr oder ziemlich wichtig ist. Die Wähler der Oppositionsparteien nehmen sie wiederum als sehr wichtig wahr.

In Deutschland ist die Befürwortung der Zusammenarbeit im Format des Weimarer Dreiecks unter den Anhängern aller politischen Parteien hoch, wobei jedoch auf die Ausnahme der Wählerschaft der Alternative für Deutschland

4 Józef M. Fiszer: Uwarunkowania i cele polityki zagranicznej Polski – aspekty teoretyczne i utylitarne. In: Adrian Chojan (Hrsg.): *Polityka zagraniczna Polski w latach 1989–2020*, Warszawa 2021, S. 19–50.

(AfD) zu verweisen ist, die weniger enthusiastisch als andere Wähler:innen eingestellt sind: Ein Drittel von ihnen glaubt, dass diese Kooperation keine Bedeutung hat. In Frankreich sind die Befürworter der Partei Die Republik in Bewegung (La République En Marche, LREM) Enthusiasten dieses Formats, während die Wähler der Nationalen Versammlung (Rassemblement National, RN) und der Kommunistischen Partei Frankreichs (Parti communiste français, PCF) eine kritische Einstellung dazu haben.⁵

Der Gegenstand und zugleich das Ziel des vorliegenden Beitrags ist die Darstellung der Aufgaben sowie der Rolle des Weimarer Dreiecks in den Prozessen der Erweiterung und der Stärkung der Europäischen Union. Von diesen Prozessen war auch Polen betroffen, als es am 1. Mai 2004 der EU beitrug. Die Hauptthese ist wiederum die Konstatierung, dass die Integration Europas ohne Weimarer Dreieck sowie ohne die Erweiterungs- und Stärkungsprozesse in den Jahren 1991–2016, und vor allem in den Jahren 1991–2009, weder so dynamisch noch so effektiv gewesen wäre, wie dies damals tatsächlich der Fall war. Der Weg Polens in die euroatlantischen Strukturen wäre ebenfalls viel schwieriger gewesen. An dieser Stelle möchte ich erläutern, warum hier die Zäsuren 1991–2016 angenommen wurden. Der Grund dafür liegt darin, dass das Weimarer Dreieck in diesem 25-jährigen Zeitraum besonders aktiv war und in großem Maße zur Erweiterung und Vertiefung der EU beitrug. Nach den Parlamentswahlen von 2015 in Polen, die die PiS an die Regierung brachten, kam die Aktivität des Weimarer Dreiecks de facto zum Erliegen. Dafür gab es verschiedene Ursachen, insbesondere jedoch wachsende Spannungen und Konflikte in den polnisch-französisch-deutschen Beziehungen. Dank ihres Wahlsiegs nahm die PiS eine diametrale Richtungsänderung in der polnischen Außenpolitik vor. Die Regierungen der Bürgerplattform hatten sich auf den Aufbau der stabilen Position Polens in der Welt und in Europa gestützt, was nicht selten Kompromisse verlangte. Die PiS-Regierung machte das Handeln auf internationaler Bühne hingegen im Geiste der eingeschlagenen Richtung einer Politik des »Aufstehens von den Knien« von der Innenpolitik abhängig, die wiederum einer Stärkung der Position dieser Partei in den Umfragen untergeordnet wurde. Bis zum Jahr 2016 war Polen als Modell für eine gelungene politische und wirtschaftliche Transformation wahrgenommen worden. Die in Warschau von der damaligen Regierung erarbeitete Kooperationsstrategie sah die Verbesserung der Beziehungen zu den wichtigsten EU-Ländern vor und umfasste Ambitionen, in den Kreis der wichtigsten Spieler aufgenommen zu werden. Der gute Ruf Polens ermöglichte die Umsetzung der Initiative der Östlichen Partnerschaft, und die Beziehungen Warschaus im Brüsseler Politikbetrieb dienten auch der aktiven

5 Jacek Kucharczyk: *Z szacunkiem dla przeszłości, z odwagą w przyszłość. Jak Polacy, Niemcy i Francuzi postrzegają Trójkąt Weimarski i jego rolę w UE*, Warszawa 2021, S. 30.

Kooperation der Länder innerhalb des Weimarer Dreiecks zugunsten der Erweiterung und Vertiefung der EU. Mit Regierungsantritt der PiS brachen Konflikte aus, die zur Schädigung der Glaubwürdigkeit Polens in Europa führten. Die unwirksame Europapolitik, verursacht durch fehlende Koordination innerhalb der Regierung, gesellte sich zur Krise im Gerichtswesen und verband sich mit einer unvernünftigen Auswahl von Partnern innerhalb der EU. Im Jahre 2016 verkündete der Außenminister Witold Waszczykowski den Plan, eine strategische Partnerschaft mit Großbritannien einzugehen, aber bereits ein halbes Jahr später kam es zum Brexit-Referendum. Gleichzeitig geriet Polen in Konflikt mit seinen beiden Schlüsselpartnern Deutschland und Frankreich. Der Grund für den Streit lag hauptsächlich im Bau der Unterwasser-Gasleitung Nord Stream 2 sowie im Abbruch der Verhandlungen mit Frankreich bezüglich des Kaufs der Mehrzweckhubschrauber von Airbus. Infolgedessen kam die Aktivität des Weimarer Dreiecks zum Erliegen und das mit der EU im Streit liegende Polen befand sich bis zum Kriegsausbruch in der Ukraine in einer schwierigen Lage.⁶ Die Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks wurde erst an der Jahreswende 2021/2022 im Zusammenhang mit dem 30-jährigen Jubiläum des Weimarer Dreiecks sowie angesichts der ungerechtfertigten und grundlosen militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine wieder aufgenommen. Die erneuten kriegerischen Handlungen, die die Russische Föderation seit dem 24. Februar 2022 gegen die Ukraine ausführt, sind ein Verstoß gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts, die in der Charta der Vereinten Nationen enthalten und auch aufgrund des internationalen Gewohnheitsrechts verbindlich sind. Sie stellen das Wesen jener Rechtsordnung infrage, die die Beziehungen in der gegenwärtigen internationalen Gemeinschaft regelt. Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine veränderte zugleich die Position Polens auf internationaler Ebene sowie dessen Beziehungen zu Frankreich und Deutschland diametral. Der Westen stellte fest, dass die aus Warschau zu hörenden Warnungen vor Russland nicht etwa nur aus schmerzhaften Wunden der Vergangenheit herrührten, sondern auf Kalkülen basierten, die in der Realpolitik verwurzelt sind. Frankreich und Deutschland hatten die Bedrohungen, die aus einer Zusammenarbeit mit Wladimir Putin resultierten, lange Zeit übersehen und sie lediglich unter dem Gesichtspunkt des eigenen – vor allem wirtschaftlichen – Nutzens betrachtet. Aus diesem Grund wurden sie von der Aggression Russlands gegen die Ukraine völlig überrascht. Polen steht wiederum vor der Chance, die gegenwärtige Verbesserung seines Images in eine anhaltende Stärkung seiner Position auf der internationalen Bühne – darunter auch in der EU und im Weimarer Dreieck – zu verwandeln. So kann Polen auch zur Wiederaufnahme seiner Aktivität zu-

6 Robert Dutczak: Teraz mamy złoty róg. In: GAZETA WYBORCZA vom 11.04.2022, S. 11.

gunsten der Erweiterung und Vertiefung der EU beitragen. Der polnische Staat kann eine große Rolle u. a. beim EU-Beitritt der Ukraine spielen.

2 Genese des Weimarer Dreiecks als spezifisches Subjekt der gegenwärtigen internationalen Beziehungen

Zusammen mit dem Fall des Kommunismus in den Mittel- und Osteuropastaaten sowie dem Ende des Kalten Krieges tauchte die Idee der regionalen Integration in den internationalen Beziehungen auf. Infolgedessen kam es zur Gründung des Visegrád-Dreiecks und des Weimarer Dreiecks.⁷ Es entstand in einem für Polen und Europa, insbesondere für Mittel- und Osteuropa, schwierigen Moment: nach der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990, aber vor dem Zerfall der UdSSR, die gegenüber der Systemtransformation ihrer einstigen Verbündeten sowie gegenüber deren euroatlantischen Bestrebungen negativ eingestellt war. In der UdSSR / Russischen Föderation dominierte die Tendenz, die Interessen und die Position Polens in Europa zu ignorieren und zu bagatellisieren.⁸ Gleichzeitig stellte der Westen mit den USA an der Spitze Polen viele schwierige Bedingungen, von deren Erfüllung Polens Mitgliedschaft in den euroatlantischen Strukturen abhängig gemacht wurde.⁹ Aus diesem Grund spielte das Weimarer Dreieck eine große Rolle in den Bemühungen Polens um den NATO-Beitritt sowie um dessen Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften / in der EU.¹⁰ Die Hauptthese bildet hier die Feststellung, dass die Inte-

- 7 Jerzy Stańczyk: Nowy regionalizm w Europie Środkowej. In: WOJSKO I WYCHOWANIE 1999, H. 2, S. 94; Zbigniew Czachór: Regionalizm w stosunkach międzynarodowych. In: Włodzimierz Malendowski, Czesław Mojsiewicz (Hrsg.): Stosunki międzynarodowe, Wrocław 1998, S. 249–255; Erhard Cziomer, Lubomir W. Zyblikiewicz: Zarys współczesnych stosunków międzynarodowych, Warszawa 2004, S. 236–246; Place and Role of the Visegrád Group Countries in the European Union. Edited by Józef M. Fiszer, Adrian Chojan, Paweł Olszewski, Warsaw 2019.
- 8 Katarzyna Przybyła: Rosyjska polityka wobec Zachodu – wybrane zagadnienia. In: BEZPIECZEŃSTWO NARODOWE 2013, H. 26, S. 67–89; Robert Jakimowicz: Zarys stosunków polsko-rosyjskich w latach 1992–1999, Warszawa 2000; Alexander V. Kozhemiakin, Roger E. Kanet: Russia and Its Western Neighbours in the »Near Abroad«. In: Dies.: The Foreign Policy of the Russian Federation, London 1997, S. 35–26.
- 9 Adrian Hyde-Price: Dryf kontynentalny? Polska a zmiany relacji euroatlantyckich. In: Olaf Osica, Marcin Zaborowski (Hrsg.): Nowy członek »starego« Sojuszu. Polska jako nowy aktor w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa, Warszawa 2002; Józef M. Fiszer: Stanowisko Rosji wobec akcesji Polski do NATO i Unii Europejskiej. In: MYŚL EKONOMICZNA I POLITYCZNA 2018, H. 1, S. 264–289.
- 10 Zum Thema der Genese und Aktivität des Weimarer Dreiecks liegt eine breite Fachlite-

gration Europas nach dem Kalten Krieg ohne das Weimarer Dreieck – insbesondere in den Jahren 1991–2009 – nicht so dynamisch und nicht so effizient gewesen wäre wie dies damals tatsächlich der Fall war. Ohne dieses Format wäre der Weg Polens zu den euroatlantischen Strukturen auch viel schwieriger gewesen.¹¹

Das Weimarer Dreieck wurde 1991 ins Leben gerufen und seine Entstehung wurde durch viele komplexe Prämissen beeinflusst. Im Allgemeinen lassen sie sich in objektive und subjektive sowie in internationale und inländische Voraussetzungen einteilen, die durch die internationale Situation Deutschlands, Frankreichs und Polens determiniert waren. Eigentlich hatten all diese drei Staaten ihre Gründe für die Konstituierung des Dreiecks: Deutschland wollte nach seiner Wiedervereinigung, vor der Polen und Frankreich Angst hatten, zeigen, dass der deutsche wiedervereinigte Staat keine Bedrohung für seine nächsten Nachbarländer – und generell für Europa – ist und dass ihm sehr daran gelegen ist, die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit zugunsten der Integration und Sicherheit unseres Kontinentes fortzusetzen. Frankreich sah wiederum im Dreieck eine Möglichkeit zur Kontrolle der Innen- und Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschland sowie die Chance auf die Stärkung seiner sich nach der Wiedervereinigung Deutschlands und der Beendigung des Kalten Krieges verkleinernden Rolle als Großmacht in Europa.¹² Die enge Kooperation Frankreichs und Deutschlands im Rahmen des Weimarer Dreiecks

ratur vor, aber die Mehrheit dieser Publikationen entstand im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts und umfasst nicht die Gesamtheit seiner Aktivitäten. Besondere Erwähnung verdienen: Bogdan Koszel: *Trójkąt Weimarski. Geneza-działalność-perspektywy współpracy*, Poznań 2006; Helena Wyligata: *Trójkąt Weimarski. Współpraca Polski, Francji i Niemiec w latach 1991–2004*, Toruń 2010; Stanisław Parzymies: *Trójkąt Weimarski w poszerzonej Unii Europejskiej*. In: *SPRAWY MIĘDZYNARODOWE* 2004, H. 2; Helena Bogusławska, Aleksandra Konieczna (Hrsg.): *Współpraca polityczno-wojskowa w ramach Trójkąta Weimarskiego i Trójkąta Polska-Niemcy-Dania*, Warszawa 2000; Maciej Bąk: *Trójkąt Weimarski w latach 1991–1999 i jego znaczenie dla bezpieczeństwa europejskiego*. In: *PRZEGLĄD STRATEGICZNY* 2013, H. 2.

- 11 Bogdan Koszel: *Rola Francji i Niemiec w procesie integracji Polski z UE*. In: Tadeusz Walas (Hrsg.): *Polska w Europie w XXI wieku*, Poznań 2002, S.121–147; Marcin Zaborowski (Hrsg.): *Nowy członek »starego« Sojuszu. Polska jako nowy aktor w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa*, Warszawa 2002; Maciej Raś: *Ewolucja polityki zagranicznej Rosji wobec Stanów Zjednoczonych i Europy Zachodniej w latach 1991–2001*, Warszawa 2005.
- 12 Fryderyk Bozo: »Winners« and »Losers«: France, the United States, and the End of the Cold War. In: *DIPLOMATIC HISTORY* 33 (2009), H. 5, S. 926–928; Victor Malingre, Michel.-P. Subtil: *Entente cordiale contre l’Histoire*. In: *LE MONDE* vom 12.09.2009, S. 8; Stanisław Parzymies: *Przyjaźń z rozsądku. Francja i Niemcy w nowej Europie*, Warszawa 1994, S. 57–106.

brachte eine gemeinsame Initiative zugunsten des Aufbaus der EU mit sich, was sich nach der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht am 7. Februar 1992 vollzog. Die EU sollte ein Allheilmittel für die Befriedigung des französischen Ehrgeizes sein, der sich im Pariser Streben danach ausdrückte, eine wichtige Rolle in der Welt nach dem Kalten Krieg zu spielen.¹³

Das erste Treffen der Außenminister von Frankreich, Deutschland und Polen, das als Anfang der trilateralen Kooperation angesehen werden kann, fand am 28. und 29. August 1991 in Weimar statt, mithin einige Monate nach der Wiedervereinigung Deutschlands und fast drei Monate nach der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sowie vier Monate nach dem Abschluss des polnisch-französischen Vertrags über Freundschaft und Kooperation. Der damalige Außenminister der Bundesrepublik Deutschland (BRD) Hans-Dietrich Genscher lud den französischen und den polnischen Außenminister, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski, nach Weimar – in die in der Nähe von Buchenwald gelegene Stadt Goethes und Schillers – ein. Die eingeladenen Außenminister stammten also aus Ländern, in denen man, wie ich bereits oben schrieb, große Angst vor dem wiedervereinigten Deutschland sowie dessen Außenpolitik hatte. Anlass zum Treffen bot der 242. Geburtstag von Johann Wolfgang von Goethe. Während der Begegnung besprachen die drei Minister die internationale, durch den Zerfall des Systems von Jalta und Potsdam sowie durch die Wiedervereinigung Deutschlands bedingte Situation in Europa und umrissen die Richtungen der gemeinsamen Zusammenarbeit. Sie unterschrieben die »Gemeinsame Erklärung zur Zukunft Europas«, in der die Ziele und Aufgaben des Weimarer Dreiecks dargestellt wurden.¹⁴ Darin wurde u. a. folgende Tatsache betont:

» Europa steht an einem historischen Wendepunkt seiner Geschichte. Seine Völker und Staaten haben den Weg zu neuen Formen des Zusammenlebens beschritten. Wir sind uns bewußt, daß für das Gelingen zukunftsfähiger Strukturen europäischer Nachbarschaft Polen, Deutsche und Franzosen maßgebliche Verantwortung tragen. [...] Es gilt jetzt, die Netze der Kooperation immer dichter zu knüpfen, die die Völker und Staaten über einst trennende Grenzen hinweg auf allen Ebenen und in der ganzen Breite des Lebens miteinander verbinden. Wir brauchen eine Vielfalt von Beziehungen in Europa und zwischen seinen Regionen. Insbesondere durch grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit wird das Zusammenwachsen Europas für die

13 Parzymies: *Przyjaźń z rozsądku*, S. 181f; Andrzej Szeptycki: *Czynnik niemiecki w polityce wschodniej V. Republiki (1958–1991)*. In: *STOSUNKI MIĘDZYNARODOWE* 22 (2000), H. 3–4.

14 Gemeinsame Erklärung der Außenminister von Deutschland, Frankreich und Polen zur Zukunft Europas Weimar, 29. August 1991, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/zusammenarbeit-staaten/-/199100> (30.10.2022).

Bürger erfahrbar. Sie ist zwischen Deutschland und Frankreich selbstverständlich geworden, an der Grenze zwischen Deutschland und Polen ist sie ein Schlüssel für die künftige Gemeinsamkeit der Staaten und ihrer Bürger. Es werden immer mehr gesamteuropäische konföderale Strukturen entstehen. [...] Die Stärke des neuen Europa liegt in der vielfältigen Vitalität seiner Institutionen. Die Europäische Gemeinschaft ist ihr Kern. Sie muß ihre Integration fortsetzen. [...] Polen, Deutsche und Franzosen haben gemeinsam mit ihren Partnern im KSZE-Prozeß das große Grundwerk der »Charta von Paris« geschaffen. Auf dieser Basis soll sich die europäische Friedensordnung entwickeln. In diesem Zusammenhang sind die politischen Verträge, die unsere Staaten untereinander abgeschlossen haben, von besonderer Bedeutung. Hierunter fallen insbesondere die Verträge, die Polen in jüngster Zeit mit Frankreich (Vertrag über Freundschaft und Solidarität vom 9. April 1991) und mit Deutschland (Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991) unterzeichnet hat. [...] Frankreich und Deutschland unterstützen alle Anstrengungen, Polen und die neuen Demokratien an die Europäische Gemeinschaft heranzuführen. Sie drängen auf einen raschen Abschluß von Assoziierungsabkommen mit den Demokratien Mittel- und Südosteuropas und fördern den Ausbau des politischen Dialogs. Es entspricht den Zielen der Europäischen Gemeinschaft, diesen neuen Demokratien den Weg zur Mitgliedschaft zu eröffnen. [...] In gemeinsamer Anstrengung müssen wir alles tun, um menschenwürdige Existenz da zu schaffen, wo die Menschen leben. Nur so können wir ihnen das Schicksal der Flucht und der Wanderbewegungen in und nach Europa ersparen.¹⁵

Daraus ergibt sich das Hauptziel des Weimarer Dreiecks: das Durchbrechen der Barrieren zwischen dem wiedervereinigten Deutschland, Frankreich und Polen sowie die Förderung der Zusammenarbeit, dank der die Teilung des Alten Kontinents überwunden, die Bedenken Frankreichs hinsichtlich der Großmachtambitionen Deutschlands in der mitteleuropäischen Region ausgeräumt und deutsche Einflüsse in Europa ausgeglichen werden konnten. Auf diese Art und Weise wollte der damalige Präsident François Mitterrand die französische Außenpolitik nach der Devise des Gründers der Fünften Republik, Gen. Charles de Gaulle fortsetzen: »Ohne Größe kann Frankreich nicht Frankreich sein«.¹⁶

15 Ebenda. In allen Zitaten wird die originale Rechtschreibung beibehalten.

16 Charles de Gaulle: *Mémoires de guerre et Mémoires d'espoir*, Paris 2016; Kazimierz M. Ujazdowski: *V Republika Francuska. Idee, konstytucja, interpretacje*, Kraków 2010, S. 45f.; Waldemar J. Szczepański: *Charles de Gaulle i Europa*, Warszawa 2001; Andrzej Szepetycki: *Dziedzictwo generała de Gaulle'a w polityce zagranicznej V Republiki* Warszawa 2005; Stanisław Parzymies: *Le Triangle de Weimar a-t-il encore une raison d'être dans une*

Das Format des Weimarer Dreiecks hatte also eine adäquate historische und geopolitische Grundlage. Die informellen Anfangstreffen wandelten sich in regelmäßige trilaterale Gespräche. Sie verfolgten das Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den drei Staaten zu verbessern und enger zu gestalten sowie die Integrationsprozesse im postsozialistischen Europa zu beschleunigen. In den Folgejahren wurde die Weimarer Kooperation um die Begegnungen der Verteidigungs- (1997), Justiz- (1997) und Finanzminister (2001) erweitert sowie auf die parlamentarische Ebene übertragen (1992). Zum größten politischen Erfolg dieses Formats wurde aber die Aufwertung seines Rangs in Form von Treffen der Staats- und Regierungschefs (seit 1998). Hierbei ist zu betonen, dass sich die Weimarer Kooperation nicht nur auf die politische, sondern auch auf die gesellschaftliche Zusammenarbeit erstreckte. Zu nennen sind hier die Kooperation und der Austausch im Jugendbereich, Gemeinde- und Städtepartnerschaften sowie die kulturelle Zusammenarbeit.

Wie bereits erwähnt lag das vorrangige Ziel der deutsch-polnisch-französischen Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks in der Überwindung der Teilung Europas sowie in der Heranführung der Staaten Mittel- und Osteuropas – vor allem Polens – an die Gemeinschaft der europäischen Staaten. Angesichts dessen, dass »Polen, Franzosen und Deutsche besonders für die Schaffung solcher Formen der guten Nachbarschaft in Europa verantwortlich sind, die sich in Zukunft bewähren werden«, beschlossen die Minister, den Aufbau dauerhafter Strukturen für die Zusammenarbeit zu initiieren. Nachdem dieses Ziel mit Polens NATO- und EU-Beitritt realisiert worden war, wurde es notwendig, die Aufgaben der Weimarer Kooperation aufs Neue zu definieren. Innerhalb der erweiterten EU begann das Weimarer Dreieck die Rolle eines Forums für Konsultationen und die Ausarbeitung gemeinsamer Positionen zu den wichtigsten Angelegenheiten der europäischen Politik zu erfüllen. Die hauptsächlichen Aufgaben der Kooperation in diesem Format umfassten die Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und externe Beziehungen der EU – besonders zu den östlichen Ländern. Eine bedeutende Rolle in der Stärkung der trilateralen Zusammenarbeit spielten auch die bereits erwähnte gesellschaftliche Dimension sowie die interparlamentarische Zusammenarbeit. Die ersten Jahre der Kooperation innerhalb des Weimarer Dreiecks nobilitierten Polen auf der internationalen Bühne und bestätigten die mit diesem Format verbundenen

Europe en voie d'unification? In: ANNUAIRE FRANÇAIS DE RELATIONS INTERNATIONALES 2010, Bd. XI, S. 515–530; Frankreich / De Gaulle. Ewige Kälte. In: DER SPIEGEL 14/1967, <https://www.spiegel.de/politik/ewige-kaelte-a-4e9dec98-0002-0001-0000-000046450735> (31.10.2022).

DOI: 10.13173/9783447120241.101

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

Erwartungen. Danach verflochten sich die Routinebegegnungen mit Versuchen eines lebendigen Dialogs und einer Erweiterung der trilateralen Beziehungen.¹⁷ Das Weimarer Dreieck (eigentl. Komitee zur Förderung der Deutsch-Französisch-Polnischen Zusammenarbeit) wurde mit der Zeit zu einem festen Bestandteil der europäischen Politik, und zwar sowohl in Form der regelmäßigen Sitzungen der drei Außenminister als auch in Form anderer, Polen, Deutschland und Frankreich verbindender Initiativen (inkl. der Begegnungen der Staatsoberhäupter). Die trilaterale Kooperation im Rahmen dieses Formats ging weit über seine Grenzen hinaus und war für die Integration Europas in der Zeit nach dem Kalten Krieg sowie für den Aufbau einer neuen Weltordnung von Belang. Abschließend lässt sich, wie bereits ausgeführt, konstatieren, dass das Hauptziel des Weimarer Dreiecks darin bestand, die Unterschiede zwischen den armen, postsozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas und den reichen Staaten Westeuropas abzubauen (Beseitigung der Asymmetrie), die europäische Integration zu beschleunigen sowie die Position Polens auf der internationalen Bühne zu stärken. Mit Blick auf Polen wurde dieses Ziel weitestgehend erreicht. Die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Unterschiede zwischen den Ländern Ost- und Westeuropas sind nach wie vor spürbar, wie dies auch bei den Unterschieden zwischen den »neuen« und »alten« Bundesländern der Fall ist. Im Zusammenhang damit bin ich der Auffassung, dass die vielseitigen Beziehungen zwischen Polen, Deutschland und Frankreich weiter gepflegt werden müssen. Darüber hinaus sollten sie zu einer treibenden Kraft und zu einem Bindeglied für die postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas werden, die unter gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Aspekten weiterhin Barrieren überwinden müssen, die als Ergebnis der vergangenen Jahrzehnte zu betrachten sind. Das Weimarer Dreieck sollte somit zum eigentlichen Motor der Erweiterung und Vertiefung der EU sowie zu einem wichtigen Bindeglied im Sicherheitssystem Europas werden.¹⁸

17 Roman Kuźniar: Droga do wolności. Polityka zagraniczna III Rzeczypospolitej, Warszawa 2008, S. 60; Włodzimierz Cimoszewicz, Krajobraz za horyzontem. Polityka zagraniczna RP po wejściu do Unii Europejskiej. In: SPRAWY MIĘDZYNARODOWE 2004, H. 2, S. 35–49.

18 Jerzy Holzer: Próba bilansu i oceny stosunków polsko-niemieckich w latach 1989–1995. In: Jerzy Holzer, Józef M. Fiszer (Hrsg.): Stosunki polsko-niemieckie w latach 1970–1995. Próba bilansu i perspektywy rozwoju, Warszawa 1998, S. 55.

3 Einstellung und Rolle des Weimarer Dreiecks im Prozess der Erweiterung und Vertiefung der EU

Das Weimarer Dreieck konnte viele Erfolge verbuchen, musste aber auch Niederlagen und verpasste Chancen hinnehmen. Nach 1989 spielte es eine positive Rolle im Prozess der »Rückkehr« nach Europa. Eine Vielzahl von Wissenschaftler:innen und Expert:innen stellt unterstreicht unmissverständlich, dass das 1991 ins Leben gerufene Dreieck eine besondere Rolle bei den Erweiterungsprozessen von NATO und EU sowie bei Polens Bemühungen um die Mitgliedschaft in den euroatlantischen Strukturen spielte.¹⁹ Es wurde zu einem wichtigen Instrument der Einbindung des polnischen Staates in die europäische Politik und förderte die Integration Polens in die euroatlantischen Strukturen. Besonders im Kontext der polnischen Ambitionen und Beitrittsbemühungen soll auf die euroatlantische Richtung der deutsch-polnisch-französischen Zusammenarbeit verwiesen werden. Die Mehrheit der seit 1991 gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas unternommenen Schritte wurden von der deutschen Politik im Tandem mit Frankreich umgesetzt. Die beiden Staaten konnten dadurch auch ihre eigenen politischen Ziele erreichen und sich dabei gegenseitig kontrollieren. Das wiedervereinigte Deutschland machte geltend, dass seine Ostpolitik den Standpunkt der EU mitberücksichtigt und dass sein Engagement in der Region nicht auf das Erreichen einer Hegemonie in Europa hinauslaufe, wovor sich Polen, Frankreich und auch weitere Staaten zum damaligen Zeitpunkt fürchteten.²⁰ Frankreich vertrat den Standpunkt, dass die von Deutschland für seine Interessen in ganz Europa ausgehenden Gefahren dank der gemeinsamen Ostpolitik mit Polen beschränkt werden konnten. Diese Strategie war nicht unbedingt darauf zurückzuführen, dass Frankreich Polen als wichtigsten Partner und Führungsnation in Mittel- und Osteuropa angesehen hätte, sondern sie beruhte vielmehr auf der Notwendigkeit, Deutschland zur Realisierung einer gemeinsamen, Frankreichs Interessen berücksichtigenden Europapolitik zu bewegen. In praktischer Hinsicht kam die gemeinsame Politik Deutschlands und Frankreichs in jenen Schritten zum Ausdruck, mit denen Polen sukzessive ins euro-

19 Józef M. Fiszer: Przesłanki wewnętrzne i międzynarodowe upadku Związku Radzieckiego w 1991 roku oraz jego konsekwencje geopolityczne dla polityki zagranicznej Polski. In: ROCZNIK EUROPY ŚRODKOWO-WSCHODNIEJ 2021, Bd. 19, H. 2; Józef M. Fiszer: Stanowisko Rosji wobec akcesji Polski do NATO i Unii Europejskiej. In: MYŚL EKONOMICZNA I POLITYCZNA 2018, H. 1.

20 Józef M. Fiszer: The Role of Reunified Germany in Poland's Accession to NATO and the European Union. In: POLITEJA 2021, Nr. 6, S. 51–74.

atlantische System eingeführt wurde.²¹ Ohne Frankreichs und Deutschlands Unterstützung während der NATO- und EU-Beitrittsverhandlungen hätte sich unsere Mitgliedschaft verzögern und unter weniger gewinnbringenden Umständen vollziehen können.²² Was die NATO anbelangt, so lag der Schlüssel zur Mitgliedschaft Polens in ihren Strukturen selbstverständlich in Washington. Aber auch dabei spielten Deutschland und Frankreich eine bedeutende Rolle, denn ohne sie hätte die Idee einer NATO-Osterweiterung auf einen deutlich heftigeren Widerstand Russlands stoßen können, als dies tatsächlich in den Jahren 1991–1999 der Fall gewesen ist. Über Polens EU-Beitritt entschied wiederum hauptsächlich das deutsch-französische Tandem.²³

Das Weimarer Dreieck ist ohne Zweifel einer der größten Erfolge der polnischen Außenpolitik, deren Ziele nach 1989 die bereits oben erwähnte »Rückkehr« nach Europa sowie die Mitgliedschaft in den euroatlantischen Strukturen umfassten, um so die Souveränität des Staates zu garantieren und seine Sicherheit zu stärken. Unter diesem Aspekt erfüllte das Weimarer Dreieck seine Rolle gut. Überdies trug es zur Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit zugunsten der Integration Europas sowie zur Stärkung der Position und Rolle Polens in der postkommunistischen Welt bei.

Es ist der These zuzustimmen, dass die Gründung des Weimarer Dreiecks eines der Elemente der nach dem Fall des Kommunismus im Jahre 1989 von Polen gekonnt geführten Außenpolitik war, deren wichtigste Punkte unter schwierigen geopolitischen und geoökonomischen Bedingungen realisiert wurden. Über seine Schaffung entschieden auch das wohlwollende Verhalten Deutschlands und Frankreichs gegenüber Polen sowie ihre sich mit der Gründung eines solchen Formats verbindenden Erwartungen (Interessen). Viele Politiker:innen und Expert:innen nahmen im Weimarer Dreieck die Antriebskraft der Integrationsprozesse in Europa in der Zeit nach dem Kalten Krieg wahr. Sie waren der Ansicht, dass die gemeinsamen wirtschaftlichen, politischen, demographischen und militärischen Potentiale Frankreichs sowie des wiedervereinigten Deutschlands und des demokratischen Polens dazu führen konnten, dass Europa eine bedeutsame Rolle beim Aufbau einer postsozialistischen, multipolaren, demo-

21 Ronald Asmus: NATO – otwarcie drzwi, Warszawa 2002, S. 279–290; Stanisław Parzymies: Unia Europejska a Europa Środkowa. Perspektywy współpracy w dziedzinie bezpieczeństwa. In: *SPRAWY MIĘDZYNARODOWE* 1999, Nr. 3, S. 83–111.

22 Piotr Mickiewicz: Współpraca wojskowa Polski, Francji i Niemiec. In: *WOJSKO I WYCHOWANIE* 2002, Nr. 2; Stanisław Michałowski: Nowa jakość w stosunkach z Niemcami. In: Roman Kuźniar, Krzysztof Szczepanik (Hrsg.): *Polityka zagraniczna RP 1989–2002*, Warszawa 2002, S. 145–147; Stanisław Sulowski (Hrsg.): *Polska–Niemcy – nadzieja i zaufanie*, Warszawa 2002.

23 Józef M. Fiszer: *Stanowisko Rosji*, S. 264–289; Jadwiga Kiwerska: *Partnerstwo w przywództwie? Stany Zjednoczone i Niemcy (1989–2016). Perspektywa polska*, Poznań 2017.

kratischen und friedenserhaltenden Weltordnung spielen würde. Aus objektiven Gründen materialisierten sich diese Erwartungen nicht in vollem Umfang. Die sich rasch verändernde internationale Situation und das Verhalten Russlands, das unter der Führung von Wladimir Putin zu einer aggressiven Außenpolitik gegenüber seinen Nachbarländern, der EU und der NATO zurückkehrte, erschwerten den Bau einer multipolaren und demokratischen Weltordnung. Ganz ohne Zweifel beschleunigte das Weimarer Dreieck den Abschluss des Vertrags von Maastricht, der auf Anregung Frankreichs und Deutschlands am 7. Februar 1992 unterschrieben wurde und am 1. November 1993 in Kraft trat. Auf seiner Grundlage wurde die EU geschaffen und die weitere Integration Europas beschleunigt. In diesem Zusammenhang schreibt Jan Barcz:

- » Er wird zu Recht als »Meilenstein« in der Entwicklung der europäischen Integration bezeichnet, vor allem aber als eine »Wende« in diesem Integrationsprozess. Die ersten, vom unabhängigen Polen unternommenen Schritte zugunsten einer Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften fielen mit dem Abschluss der Arbeiten am Vertrag fielen: Am 16. Dezember 1991 wurde das Assoziierungsabkommen (Europa-Abkommen) unterzeichnet, das am 1. Februar 1994 (der Teil mit den Maßnahmen zur Handelsliberalisierung – im März 1992) in Kraft trat. Mitte Juni 1993 trafen die damaligen Mitgliedstaaten die grundlegende Entscheidung, die u. a. Polen den Weg zur EU-Mitgliedschaft öffnete.²⁴

Der Vertrag von Maastricht, offiziell bekannt als Vertrag über die Europäische Union (EUV), ist ein unbefristetes internationales Abkommen, das am 7. Februar 1992 unterzeichnet wurde und nach seiner Ratifizierung am 1. November 1993 in Kraft trat. Er war ein Meilenstein auf dem Weg zur Integration Europas, die nach dem 2. Weltkrieg begonnen hatte. Nach dem Kalten Krieg wurde er wiederum zu einem Beschleuniger dieser Integration. Der Vertrag von Maastricht definierte die EU als »neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas, in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden«.²⁵ Die Aufgabe der EU besteht in der kohärenten und solidarischen Gestaltung der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Völkern.²⁶

24 Jan Barcz: 30 lat temu podpisany został Traktat z Maastricht. In: MONITOR KONSTYTUCYJNY. KONSTYTUCJA. PAŃSTWO, PRAWO vom 5.02.2022, S. 1.

25 Art. 1, Vertrag über die Europäische Union (Konsolidierte Fassung), https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF (31.10.2022).

26 Janusz Józef Węc: Spór o kształt ustrojowy Wspólnot Europejskich i Unii Europejskiej w latach 1950–2010. Między ideą ponadnarodowości a współpracą międzyrządową, Kraków 2012, S. 209–215.

Nach wie vor dominieren in Wissenschaft und Politik widersprüchliche Thesen bezüglich des Zustandes, der Aufgaben, der Ziele und der Zukunft der EU. Zum einen wird die Meinung vertreten, dass die EU bereits ein spezifisches System ihrer internen Vernetzung herausgebildet und ihre eigene Struktur sowie ein originelles Regierungsverfahren ausgebaut hat. Demzufolge spiegeln ihre Hauptorgane ihr eigenes System aus Legislative, Exekutive und Judikative, die mit beschränkten Zwangsmitteln ausgestattet ist, wider. Dieser Ansicht gemäß bestimmt die EU die günstigste Entwicklungsrichtung für ganz Europa. Zum anderen findet sich auch hin und wieder die Ansicht, dass die EU seit Jahren in eine unbekannte Richtung abdriftet – ein Zustand, der eine ernste Gefahr für sie darstelle. Deswegen bedürfe sie einer Vervollkommnung der Gemeinschaftsstrukturen, der Erarbeitung neuer Prinzipien der Zusammenarbeit sowie einer breiteren Gestaltung des europäischen Bewusstseins in den Mitgliedstaaten sowie unter den Bürgerinnen und Bürgern.

Der Prozess der EU-Erweiterung, dessen Ergebnis der Beitritt neuer Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 war, dauerte wiederum jahrelang. Ohne das Weimarer Dreieck, ohne die Unterstützung Deutschlands und Frankreichs sowie ohne frühere institutionelle Reformen der EU wäre die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten unmöglich gewesen. Unter diesen zwei Ländern war es Deutschland, das ein größeres Engagement für die EU-Erweiterung zeigte. In der Zeit der »deutsch-polnischen Interessengemeinschaft« (Regierungszeit von Helmut Kohl) wurde Deutschland als Polens Anwalt im Prozess der europäischen Integration wahrgenommen. Nach 1998 kühlten sich diese Beziehungen jedoch merklich ab und die Einstellung Deutschlands zu Polen war in stärkerem Maße durch Realpolitik gekennzeichnet. Für die Beitrittskandidaten war wiederum die Haltung Frankreichs nur schwer verständlich. Zwar unterstützte es die EU-Erweiterung, aber es suchte immer wieder nach Möglichkeiten, um die Verhandlungsdauer zu verlängern. Schließlich gelang es aber doch, die Unterstützung beider Länder zu erhalten, wodurch die größte Erweiterung der EU-Geschichte möglich wurde. Die Spezifik der Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks – im Gegensatz zu multilateralen Beziehungen sowie zur Kooperation zahlreicher Staaten beispielsweise innerhalb der NATO oder der EU – rührt vom engen Kreis der Entscheidungsträger her. Aufgrund dieser Tatsache resultiert(e) die Position Polens im Weimarer Dreieck direkt aus den aktuellen bilateralen – in den letzten Jahren nicht besonders guten – Beziehungen zu Frankreich und Deutschland. Der Charakter dieser Beziehungen sowie deren Dynamik und Effektivität gab in den 1990er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts Anlass zu Optimismus, aber in den letzten Jahren machte er eine Neubewertung der Nützlichkeit sowie der Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks erforderlich. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in den Beziehungen Warschau zu Paris und Berlin sind mit bloßem Auge erkennbar. Dies betrifft im Übrigen

nicht nur die diplomatische Ebene. Polen hat hinsichtlich der Vision der internationalen Sicherheit, bei der Einstellung zur Erweiterung und Vertiefung der EU sowie bezüglich der Beziehung zu den USA, zur NATO und zu Russland eine merklich andere Auffassung als Deutschland und Frankreich. Um es noch einmal zu unterstreichen: Frankreich und Deutschland verstärkten seit vielen Jahren die Zusammenarbeit mit Russland und schränkten dabei zugleich die Kooperation mit Polen ein. Unter der PiS-Regierung führt Polen de facto einen Krieg an zwei Fronten, das heißt einerseits gegen die EU und die USA, andererseits sowohl gegen Russland als auch gegen Deutschland, die als Feinde gesehen werden. Mit Frankreich hat Polen ebenfalls nicht die besten Beziehungen. Zudem wurde Polen nach 2015 – also nach der Regierungsübernahme durch die PiS – von Frankreich und Deutschland als nicht in ausreichendem Maße demokratischer Staat betrachtet. Viele der zeitgenössischen, beispielsweise mit Sicherheit, Verteidigungsbereitschaft, Kampf gegen den Terrorismus, Migrationen oder Klima verbundenen Herausforderungen verlangten (und verlangen) indessen eine Kooperation aller europäischen Staaten und besonders der Länder des Weimarer Dreiecks, die dieses Format erneut beleben sollten. Leider waren nicht alle polnischen, deutschen und französischen Entscheidungsträger dieser Meinung, was sich, insbesondere im Kontext der imperialen, die Sicherheit der Welt und Europas gefährdenden Politik der Russischen Föderation unter Wladimir Putin, als grober Fehler erwiesen hat.

Im vorliegenden Beitrag werden mehrere Thesen und Hypothesen aufgestellt. Überdies wird versucht, Antworten auf die folgenden Fragen zu geben: Hat sich das Format des Weimarer Dreiecks bereits erschöpft, wie mancherorts in der Politik behauptet wird? Ist es in den Beziehungen zwischen seinen Partnern zu einer Krise gekommen? Wie lässt sich seine Renaissance herbeiführen? Warum ist Polen für Frankreich und Deutschland kein willkommener Partner der Zusammenarbeit mehr? Fiel die Neubewertung, der die polnische Regierung die Bündnisse des Landes unterzogen hat, ggf. zu radikal aus und wo liegt der Grund dafür? Wird das Weimarer Dreieck noch gebraucht und warum? All das ist keine einfache Aufgabe, weil dem Weimarer Dreieck Staaten gehören, die unterschiedliche Interessen, Potentiale und Möglichkeiten zur Beeinflussung der internationalen Gemeinschaft und ihrer Weiterentwicklung haben. Überdies werden ihre Einstellungen sowie die Wirksamkeit ihres Handelns auf internationaler Ebene von vielen innerstaatlichen und durch das Umfeld bedingten Faktoren beeinflusst. Im Lichte der Theorie der Außenpolitik haben die starken Staaten – die sog. Großmächte – größere Möglichkeiten in diesem Bereich. Sie betreiben die offensivste Außenpolitik, gestalten aktiv die internationale Bühne und entscheiden über die entstehenden internationalen Systeme. Im Unterschied zu Polen zählen Frankreich und Deutschland sehr wohl zum Kreise dieser Staaten. Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen internationa-

len Situation, die durch die russische Aggression gegen die Ukraine determiniert wird, sollten sie nicht miteinander um die Führung in der EU wetteifern oder sich ausschließlich um ihre eigenen, partikularen Interessen kümmern. Vielmehr wäre es angezeigt, die Zusammenarbeit zwischen ihnen zu vertiefen sowie gemeinsam mit Polen und weiteren EU-Staaten eine breitere Koalition rund um das Weimarer Dreieck herum zu bilden, um so der Europa und die Welt gefährdenden internationalen Politik Putins entgegenzutreten.

4 Schlussfolgerungen

Wie neueste Umfragen zeigen, wird die Zusammenarbeit der Staaten im Rahmen des Weimarer Dreiecks von der überwiegenden Mehrheit der deutschen und polnischen Befragten sowie von der Hälfte der befragten Franzosen entweder als sehr wichtig oder ziemlich wichtig bewertet. Nur eine Minderheit ist der Ansicht, dass eine derartige Kooperation keine Bedeutung für die Integration Europas hat. Somit lässt sich konstatieren, dass Polen, Deutsche und Franzosen nach wie vor dafür plädieren, die Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks aufrechtzuerhalten oder sie sogar zu intensivieren. Obwohl viele Stimmen aus Wissenschaft und Politik unumwunden zugeben, dass das gegenwärtige Niveau der Zusammenarbeit innerhalb des Weimarer Formats viel zu wünschen übrig lässt, vertreten sie unterschiedliche Meinungen bezüglich der Frage, wie diese Kooperation in Zukunft fortgesetzt werden soll. Den bereits angeführten Umfrageergebnissen ist nämlich zu entnehmen, dass sich nur wenige Polen, Deutsche und Franzosen wünschen, die Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks zu beschränken oder sie gänzlich zu beenden. In Deutschland nehmen ähnliche Befragtengruppen den Standpunkt ein, dass diese Kooperation entweder zu verstärken oder mindestens auf dem bisherigen Niveau fortzusetzen sei. Die Polen sind am enthusiastischsten, unter ihnen wünscht sich die Mehrheit eine Intensivierung dieser Zusammenarbeit. Weniger euphorisch unterstützen die Franzosen eine Verstärkung der polnisch-französisch-deutschen Kooperation, doch ist diese Option immer noch populärer als die anderen. Summa summarum lässt sich feststellen, dass alle drei besprochenen Gesellschaften eindeutig die Fortsetzung oder sogar die Vertiefung der Zusammenarbeit ihrer Beendigung vorziehen. Schade nur, dass diese Auffassungen von den Regierenden in Polen, Frankreich und Deutschland, die die Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks derzeit aus verschiedenen Beweggründen ignorieren, nicht berücksichtigt werden. Im Endeffekt haben wir es mit einer Stagnation oder, man ist geneigt zu sagen, sogar mit einem Rückgang in der Kooperation zwischen Polen, Frankreich und Deutschland

innerhalb des Weimarer Dreiecks zu tun. Obwohl sich Vertreter:innen dieser Staaten ab und an offiziell für eine Reaktivierung seiner Aktivität aussprechen, ändert dies praktisch kaum etwas an der Situation. Der Bekanntheitsgrad des Begriffs »Weimarer Dreieck« selbst sinkt zugleich immer weiter: so behaupten über die Hälfte der befragten Franzosen, diesen Begriff noch nie gehört zu haben, obgleich jeder vierte Befragte diesen Namen oder dessen Bedeutung kennt. Die Mehrheit der Polen und ein großer Anteil der Deutschen kennt wenigstens den Namen. An dieser Stelle liegt die Frage nahe: Warum ist das so und was erschwert die Renaissance des Weimarer Dreiecks? Die Feststellung, dass alle drei Staaten an der Misere schuld sind, überrascht nicht. Allerdings variiert die Skala ihres Verschuldens dann doch erheblich. Dies ist ein Ergebnis der Renationalisierung ihrer Innen- und Außenpolitik. Ich hege jedoch die Hoffnung, dass der Ukraine-Krieg und die Gefahr des Ausbruchs eines Dritten Weltkrieges die Wiedergeburt des Weimarer Dreiecks und dessen Aktivität zugunsten der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union beschleunigen werden. Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass das Weimarer Dreieck nach wie vor ein unabdingbares Subjekt auf der internationalen Bühne ist und weiterhin eine wesentliche Rolle spielen sollte, und zwar nicht nur bei der Stärkung der trilateralen deutsch-polnisch-französischen Zusammenarbeit, sondern auch im Prozess der europäischen Integration sowie im Rahmen der Stärkung der Position und Rolle der EU in den internationalen Beziehungen. Außerdem möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck geben, dass es infolge der Bundestagswahl vom 26. September 2021 und der mit ihr verbundenen radikalen Änderungen auf der politischen Bühne Deutschlands sowie nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich 2022 und vielleicht auch nach vorgezogenen Neuwahlen in Polen zu einer Renaissance des Dreiecks kommt, mit der eine Vertiefung der Zusammenarbeit und die weitere Entwicklung der vielseitigen Kooperation zwischen Polen, Deutschland und Frankreich einhergehen würde. Zugleich wünsche ich mir, dass Frankreich und Deutschland damit aufhören mögen, miteinander um die Hegemonie in Europa zu wetteifern, und endlich anfangen, konstruktiv zum Wohl der europäischen Bürgerinnen und Bürger sowie zugunsten der Sicherheit Europas und einer Vertiefung und Erweiterung der EU zusammenzuarbeiten. Angesichts der heutigen Gefährdung von Frieden und Sicherheit in Europa und in der Welt, die infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine heraufbeschworen wurde, sind Frankreich und Deutschland – gemeinsam mit Polen – dazu angehalten, Maßnahmen für die Erhöhung der europäischen Verteidigungsbereitschaft zu ergreifen, statt nur darüber zu reden.²⁷ Sowohl das destabilisierende Handeln Russlands als auch sein Versuch, Europa und die USA

27 Radosław Sikorski: Rosja-Ukraina-Unia Europejska. Europo, pobudka! Awanturczka polityka Putina to dzwonek alarmowy. In: GAZETA WYBORCZA vom 28.01.2022, S. 16; Ma-

zu Verhandlungen mit ihm zu nötigen, sind in Wirklichkeit ein Beispiel für einen Riss in der Struktur der internationalen Sicherheit, der zeigt, dass der russische Präsident Wladimir Putin keineswegs auf die Absicht verzichtet hat, die EU zu zerstören und deren Mitglieder gegeneinander auszuspielen. All dies zeugt auch von einer Schwäche des Abschreckungssystems der NATO. In der gegenwärtigen internationalen Lage und angesichts des Krieges in der Ukraine sollten Frankreich, Deutschland und Polen das Weimarer Dreieck reaktivieren, das so erneut zu einem Schwungrad für die weitere Integration Europas werden und so zur Stärkung der Position und Rolle der EU auf der internationalen Bühne beitragen könnte. Meines Erachtens besitzt das Weimarer Dreieck weiter ein großes Potential, das für die Erweiterung und Vertiefung der EU nutzbar zu machen ist. Dadurch entstünde die Möglichkeit, die Desintegrationsprozesse in Europa zu hemmen und die europäische Sicherheit zu stärken.

Aus dem Polnischen von Piotr A. Owsinski

ciej Czarnecki: Zachód mówi jednym głosem w sprawie Rosji. In: GAZETA WYBORCZA vom 21.01.2022, S. 12.

Teil II

Debatte über die Zukunft der Europäischen Union:
Die auf die europäischen Krisen zurückzuführende
Neudefinition des zeitgenössischen Diskurses über
Sicherheit, Werte und kollektives Gedächtnis der EU



Zu den Perspektiven der Reform der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union bis 2025 Strategische Autonomie der EU?

Janusz Józef Węc, Jagiellonen-Universität in Krakau, Team Europe

*Prospects for reform of the European Union's Common Security
and Defence Policy until 2025: European Union strategic autonomy?*

The research objective of the article is to present the prospects for the implementation of the main directions of the reform of the European Union's CSDP until 2025. The period covered in the article is defined by two events: the adoption of the EU Global Strategy in Security and Defence Policy by the European Council on June 28, 2016, and the decision of the European Council of March 24, 2022 to adopt the Strategic Compass for Security and Defence. The starting hypothesis is that if the reform of the CSDP, initiated by the adoption of the new external security strategy and the resulting projects, is implemented in full, it could significantly strengthen the EU's position on the international stage. This is because it will lead to the establishment of the European Security and Defence Union, and the Rapid Reaction Force within it. In this sense, the reform will also be ground-breaking for the EU. However, since many of the planned elements of the reform have not yet been clarified or launched, much will depend on the political will of the governments of individual member states, the amount of spending on its implementation by member states and the EU, and the course of other reforms already undertaken, such as the fight against the economic and social consequences of the pandemic crisis and the implementation of the System Reform of the Economic and Monetary Union. The following research questions then arise: (1) What has been the course of the implementation process of the EU's global strategy in security and defence policy so far?; (2) How has the implementation of new projects (inter alia the European Defence Fund, PESCO and the Strategic Compass) affected EU-NATO relations?; (3) How have selected EU member states related to these projects?; (4) How has Russia's aggression against Ukraine in 2022 affected the implementation of the CSDP reform?

DOI: 10.13173/9783447120241.123

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.123

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

1 Einleitung

Das Forschungsziel des vorliegenden Beitrags besteht in der Darstellung, wie die Hauptrichtungen der Reform der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union in Zukunft umgesetzt werden können. Dies betrifft u. a. das Hauptziel, also die Entwicklung der schnell verlegbaren Eingriffsfähigkeit der EU (European Union Rapid Deployment Capacity, EU RDC) bis 2025, wodurch die EU eine strategische Autonomie erreichen kann. Eingangs sollen zwei Forschungshypothesen aufgestellt werden: Die erste stützt sich auf die folgende Voraussetzung: Wenn die verschiedenartige Projekte voraussetzende Reform der GSVP, die 2016 mit der Annahme einer neuen Strategie der äußeren Sicherheit initiiert wurde, in Gänze durchgeführt wird, kann sie die Position der EU auf der internationalen Bühne wesentlich verstärken. Denn dies würde zur Gründung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion und in deren Rahmen zur Entwicklung der EU RDC führen. In diesem Sinn wird die Reform eine entscheidende Bedeutung für die EU haben. Da viele der geplanten Schritte bisher jedoch weder näher ausgearbeitet noch initiiert wurden, hängt viel vom politischen Willen der Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten ab, von der Höhe der Ausgaben für ihre Realisierung seitens der Mitgliedstaaten und der EU sowie vom Verlauf weiterer, in dieser internationalen Organisation durchgeführten Reformen, z. B. der Bekämpfung der ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen der Pandemiekrise oder der Durchführung einer System-Reform der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie des Euroraums. Im Moment ist es noch nicht klar, welchen Einfluss die russische Aggression gegen die Ukraine (2022) und der russisch-ukrainische Krieg auf die Reform der GSVP haben werden. Die zweite Hypothese setzt voraus, dass die strategische Autonomie der EU als Stärkung der internationalen Position der EU zu verstehen ist. Hierbei handelt es sich auch um ihre Fähigkeit, angesichts internationaler Krisen entweder zusammen mit der NATO oder auch ohne deren militärische Hilfe entschiedene Schritte zu unternehmen. Die Bedingung dafür ist jedoch, dass die Reform die GSVP stärkt und nicht zu einer Konkurrenz mit der NATO bzw. zu deren Ersetzung führt. Aus diesem Grund sind die nachfolgenden Forschungsfragen zu stellen: (1) Wie verlief der bisherige Implementierungsprozess der Globalen Strategie für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union?; (2) Wie beeinflusste die Realisierung neuer Projekte – u. a. des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF), der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ, PESCO) und des Strategischen Kompasses – die Beziehungen der EU zur NATO?; (3) Welche Stellung zu diesen Projekten bezogen ausgewählte EU-Staaten?; (4) Welchen Einfluss auf die Durchführung der Reform der GSVP hatte der russische An-

griff auf die Ukraine im Jahre 2022? Im Fokus des ersten Analysenteils steht der Implementierungsprozess der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU bis 2022. Im zweiten Teil werden wiederum die Ziele, Prioritäten und die Prämissen des Strategischen Kompasses dargestellt, dessen Realisierung zur strategischen Autonomie der EU im Jahre 2030 führen soll.

2 Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

Am 28. Juni 2016 wurde dem Europäischen Rat von der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini die globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU vorgelegt.¹ An demselben Tag wurde sie vom Europäischen Rat angenommen und ersetzte somit die Europäische Sicherheitsstrategie vom 12. Dezember 2003. Die neue Strategie legte fünf Prioritäten in der GSVP fest: (1) Sicherheit der EU, (2) Widerstandsfähigkeit von Staaten und Gesellschaften in unserer östlichen und südlichen Nachbarschaft, (3) integrierter Ansatz zur Bewältigung von Konflikten und Krisen, (4) kooperative regionale Ordnungen, sowie (5) globale Ordnungspolitik im 21. Jahrhundert.² Im Rahmen der fünf obigen Prioritäten sollten die politischen, institutionellen, wirtschaftlichen und militärischen Einzelziele realisiert werden. Die Stärkung der Sicherheit der EU sollte in der Evolution ihrer militärischen Infrastruktur bestehen: Hierbei handelt es sich um die Entwicklung der militärischen land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten, die Stärkung der Cyber- und Energieversorgungssicherheit, Terrorismusbekämpfung sowie die Stärkung der strategischen Kommunikation.³ Die Stärkung der staatlichen und gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit in der östlichen und südlichen Nachbarschaft der EU ist auf die Fortsetzung der Erweiterungspolitik, auf die Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und auf die wirksamere EU-Migrationspolitik zurückzuführen. Der integrierte Ansatz zur Bewältigung von Konflikten und Krisen soll in erster Linie

1 Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Brüssel, 28 Juni 2016. In: europa.eu <https://op.europa.eu/pl/publication-detail/-/publication/3eaae2cf-9ac5-11e6-868c-01aa75ed71a1/language-de/format-PDF>, S. 3–44 (15.06.2022).

2 Ebenda, S. 14–36.

3 Unter dem Begriff strategische Kommunikation wurde u. a. die Vertiefung der Zusammenarbeit mit den bilateralen Partnern der EU (USA, Kanada, Japan und Indien) bezüglich der Abwehr von hybriden und Cyber-Bedrohungen, der Desinformation, dem Grenzschutz sowie der Achtung des Völkerrechts verstanden. Vgl. ebenda, S. 16f.

die Vorbeugung und Beilegung von Konflikten (darunter auch in den Ländern der Östlichen Partnerschaft) betreffen. Die Förderung kooperativer regionaler Ordnungen soll einerseits auf der Stärkung der transatlantischen Zusammenarbeit und der europäischen Sicherheitsordnung basieren, aber auch auf einer konsequenten, kohärenten und einheitlichen »Vorgehensweise« der gesamten Union gegenüber der neoimperialen Politik Russlands, das im Jahre 2014 illegal die Krim annektierte und den Krieg im Donezbecken auslöste;⁴ andererseits wird die Vertiefung der Kooperation mit den Regionen im Nahen Osten, in Afrika, Asien und in der Arktis angestrebt. Die Stärkung der globalen Ordnungspolitik im 21. Jahrhundert soll u. a. Schritte bezüglich der Achtung des Völkerrechts, einschließlich der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Schlussakte von Helsinki,⁵ umfassen.

Im Vergleich mit der ersteren Strategie der äußeren Sicherheit der EU von 2003 setzte das analysierte Dokument eine tiefgreifende Reform der GSVP und der europäischen Nachbarschaftspolitik sowie eine Revision der Beziehungen zu Russland voraus. Sowohl der Ausbau der militärischen land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten der EU als auch die Entwicklung neuer militärischer Technologien sollten eine Grundlage für die sog. harte Sicherheit sein, für die sich die EU entschieden hatte. Bei der Begründung für ihre Entscheidung bezüglich der Notwendigkeit des Ausbaus der militärischen Fähigkeiten stellten die Autoren der Strategie fest: »In dieser instabilen Welt reicht ›Soft Power‹ allein nicht aus; deshalb müssen wir unsere Glaubwürdigkeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung verbessern.«⁶ Dies war somit eine deutliche Andeutung darauf, dass sich die EU nicht nur auf die bisherige Rolle einer normativen Großmacht in ihrem äußeren Handeln (*Normative Power*) beschränken, sondern auch die Instrumente der »Hard Power« in ihrer internationalen Politik benutzen würde.⁷ Andererseits fußte die globale Strategie aus dem Jahr 2016 – ähnlich wie die Strategie von 2003⁸ – auf der Voraussetzung, dass das Handeln der EU

4 Vgl. ebenda, S. 27f.

5 Ebenda, S. 12–36. Die globale Strategie der EU berücksichtigte auch die volle Ausschöpfung des »Potentials des Vertrags von Lissabon« und besonders der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ, engl. PESCO) zwecks der Steigerung der Flexibilität der GSVP (Art. 42 Abs. 6 und Art. 46 EUV). Vgl. ebenda, S. 10, 45.

6 Ebenda, S. 37.

7 Zum Thema der Kategorien der Großmachtstellung der EU: Soft Power und Hard Power. Vgl. Joseph S. Nye: Bound to Lead, The Changing Nature of American Power, New York 1991, S. 107–110, 175–188, 199–239; Ian Manners: Normative Power Europe: A Contradiction in Terms? In: JOURNAL OF COMMON MARKET STUDIES 2002, H. 2, S. 235–254; Ian Manners: Normative Power Europe Reconsidered: Beyond the Crossroads. In: JOURNAL OF EUROPEAN PUBLIC POLICY 2006, H. 2, S. 182–199.

8 Darunter auch die sich aus dem Bericht von Javier Solana vom 11. Dezember 2008 erge-

die Aktivität der NATO im transatlantischen System lediglich ergänzen soll. Es ist also nicht auf eine Ablösung des Nordatlantikpaktes als des Garanten der europäischen Sicherheit gerichtet. Aus diesem Grunde blieben die Bestrebungen zur Stärkung der vorhandenen Systeme der internationalen Sicherheit – NATO, UNO und OSZE – sowie zur weiteren Pflege der Zusammenarbeit mit den strategischen Partnerschaften der EU, allen voran mit den USA, Kanada, Japan und Indien, eine unveränderliche Prämisse.

3 Implementierung der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

Von Juli 2016 bis März 2022 nahmen die Regierungen der Mitgliedstaaten sowie die EU-Institutionen eine ganze Reihe von äußerst bedeutenden Erklärungen, Schlüssen, politischen Programmen und Rechtsentscheidungen an, die zum Ziel hatten, die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu implementieren. Ihr langfristiges Ergebnis waren die Entwicklung der EU RDC bis 2025 sowie die Erlangung einer vollen strategischen Autonomie der EU im Jahre 2030. Zu den Umsetzungsdokumenten der Globalen Strategie der EU gehörten: Schlussfolgerungen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten vom 17. Oktober 2016, 14. November 2016 und 6. März 2017; Bekanntmachung der Kommission vom 30. November 2016, die die kooperative Beschaffung in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit thematisierte; Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 15. Dezember 2016 sowie der Strategische Kompass für Sicherheit und Verteidigung, der am 22. März 2022 vom Rat für Auswärtige Angelegenheiten gebilligt wurde. Dazu gehört auch die Entscheidung des Rates über die Entwicklung der Europäischen Friedensfazilität, die ebenfalls an diesem Tage getroffen wurde. Durch die oben erwähnten Umsetzungsdokumente konnten zwei relevante politische Erklärungen – die Gemeinsame Erklärung EU-NATO vom 8. Juli 2016 sowie die Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO vom 10. Juli 2018 – ergänzt werden.

benden Veränderungen. Vgl. Zbigniew Czachór: Europejska Strategia Bezpieczeństwa 2003–2008. Analiza politologiczna. In: PRZEGLĄD POLITOLOGICZNY 2010, H. 2, S. 23–37; Krzysztof Miszczak: Armia europejska. Strategiczne bezpieczeństwo militarne Unii Europejskiej, Warszawa 2020, S. 133–150.

DOI: 10.13173/9783447120241.123

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

3.1 Das Konzept der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion

Im Rahmen des Umsetzungsprozesses der Globalen Strategie der EU veröffentlichte die Europäische Kommission am 7. Juni 2017 das Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung. Es stellte drei Prognosen für deren weitere Entwicklung bis 2025 dar. Das erste Szenario setzte den Erhalt der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf dem bisherigen Niveau voraus. Die Union solle somit – ähnlich wie bisher – die freiwilligen Handlungen einzelner Staaten nur ergänzen und das von den Mitgliedstaaten individuell zu interpretierende Prinzip der Solidarität sollte nur einen Übergangscharakter haben. Das zweite Szenario sah – dem ersten vergleichbar – vor, dass die EU die freiwilligen Handlungen einzelner Länder ergänzen sollte. Dabei wurde jedoch empfohlen, eine deutliche Aufgabenverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten vorzunehmen sowie eine Garantie für die operative und finanzielle Solidarität zu bestimmen. Im dritten Szenario wurde wiederum eine erhebliche Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der GSVP vorgeschlagen, deren Endergebnis die Gründung einer neuen Struktur – das heißt der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion (ESVU)⁹ – bis 2025 sein soll.

3.2 Rüstungszusammenarbeit: PADR, EDIDP und EDF

Am 30. November 2016 veröffentlichte die Europäische Kommission – gemäß den Prämissen der Globalen Strategie der EU – eine Mitteilung, in der die Gründung des Europäischen Verteidigungsfonds (European Defence Fund, EDF) sowie Schritte zur Förderung der Investitionen im Verteidigungssektor und der stärkeren Öffnung des Marktes für Verteidigungsgüter angekündigt wurden.¹⁰ Am 15. Dezember 2016 forderte der Europäische Rat die Kommission auf, einen Legislativvorschlag für die Gründung des EDF in der ersten Hälfte des Jahres 2017 vorzulegen. Im Anschluss daran publizierte die Kommission am 7. Juni 2017 zwei Entwürfe von Rechtsakten und ein Informationsdokument: (1) den Entwurf der Entscheidung über die vorbereitende Maßnahme

9 Vgl. Europäische Kommission. Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung, Brüssel, 7. Juni 2017, COM(2017) 315 final, S. 12–17. Im Weißbuch vom 1. März 2017 ist von der Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion die Rede, wohingegen das Reflexionspapier vom 7. Juni desselben Jahres von der Schaffung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion spricht. Der Klarheit halber wird aber der andere Begriff in der vorliegenden Analyse gebraucht.

10 Vgl. Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan, Brüssel, 30. November 2016, COM(2016) 950 final, S. 1–23.

im Bereich Verteidigungsforschung (Preparatory Action on Defence Research, PADR); (2) den Entwurf für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (European Defence Industrial Development Programme, EDIDP) sowie der Bericht der Europäischen Kommission über die Gründung des EDF. Seit diesem Moment gewann der Prozess zur Umsetzung der Globalen Strategie der EU wesentlich an Fahrt.

Die Entscheidung der Europäischen Kommission über die Initiierung der PADR wurde am 19. März 2018 verabschiedet und die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des EDIDP am 18. Juli 2018. Von nun an erfüllten die PADR und das EDIDP die Funktion von Pilotprojekten im Rahmen des EDF. Während erstere die Anträge sammelte und verwirklichte, die mit der Realisierung von Projekten der Rüstungszusammenarbeit in den Jahren 2017–2019 verbunden waren, befasste sich letzteres damit in den Jahren 2019–2020. Die beiden Programme sollten bis zur Ausschöpfung aller finanziellen Mittel laufen. Aus Mitteln der PADR wurden gemeinsame Forschungsprojekte (zur Entwicklung von Technologien) finanziert, indem insgesamt 90 Mio. EUR in Form von Zuschüssen aus dem EU-Budget ausgegeben wurden. Die Europäische Kommission koordinierte das Programm und für dessen Implementierung war wiederum die Europäische Verteidigungsagentur (European Defence Agency, EDA) verantwortlich. Die Projekte wurden von Konsortien realisiert, die von mindestens drei Akteuren aus drei EU-Mitgliedstaaten bzw. aus zwei EU-Ländern und Norwegen gebildet wurden.¹¹ Ein solches Konsortium konnte von KMU, Forschungszentren oder staatlichen Einrichtungen gebildet werden. In den Jahren 2017–2019 wurden insgesamt 18 multinationale Forschungsprojekte subventioniert, unter denen die größten Empfänger aus Frankreich (47), Italien (32), Deutschland (21), Spanien (20), den Niederlanden (12), Griechenland (9), Polen (8), Großbritannien, Schweden, Belgien und Portugal (jeweils 7) und Litauen (5) kamen. Daran beteiligten sich sowohl die großen Rüstungskonzerne (wie etwa die Thales Group und Safran aus Frankreich, Leonardo aus Italien, Tochtergesellschaften der MBDA aus Frankreich und Deutschland, SAAB aus Schweden und Indra aus Spanien) als auch kleine und mittlere Unternehmen sowie Forschungsinstitute.¹²

11 Von den drei zum Europäischen Wirtschaftsraum gehörenden EFTA-Staaten meldete letztendlich nur Norwegen die Teilnahme an den PADR- und EDIDP-Projekten an. Vgl. European Commission. Commission decision of 19.3.2019 on the financing of the 'preparatory action on defence research' and the adoption of the work programme for 2019, Brussels, 19 March 2019, COM(2019) 1873 final, S. 1–3.

12 Vgl. Justyna Gotkowska: Polityka bezpieczeństwa UE: w poszukiwaniu kompasu. In: KOMENTARZE OŚRODKA STUDIÓW WSCHODNICH 2021, H. 408, S. 3, 10.

Das EDIDP ging ebenfalls der Gründung des EDF voraus. Es zielte darauf ab, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der EU-Verteidigungsindustrie in den Jahren 2019–2020 (Art. 4 der Verordnung) zu fördern. Das Programm zur Entwicklung von Systemprototypen wurde aus den Haushaltsmitteln der Mitgliedstaaten sowie aus dem Haushalt der EU kofinanziert, die für dessen Ziele insgesamt 500 Mio. EUR ausgab (Art. 6 der Verordnung). Ähnlich wie bei PADR wurden auch die EDIDP-Projekte von mindestens drei Akteuren aus drei EU-Mitgliedländern bzw. aus zwei EU-Staaten und Norwegen durchgeführt. Allerdings waren ausschließlich KMU sowie Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung zur Beteiligung an einem Konsortium berechtigt (Art. 3 der Verordnung).¹³ In den Jahren 2019–2020 wurden insgesamt 42 multinationale Entwicklungsprojekte unter Beteiligung von mehreren Hundert Firmen und Institutionen subventioniert, unter denen die größten Begünstigten aus Frankreich (101), Spanien (66), Italien (60), Deutschland (49), Griechenland (29), Belgien (27), Dänemark (18), Portugal und Finnland (jeweils 16), Zypern und Estland (jeweils 14) Österreich und Polen (jeweils 12) stammten.¹⁴ Am 1. Januar 2021 wurde der EDF kraft einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates für die Jahre 2021–2027 beschlossen.¹⁵ Er wurde finanziell mit dem neuen siebenjährigen Haushalt verknüpft, der als Mehrjähriger Finanzrahmen der EU für denselben Zeitraum gültig ist. Das allgemeine Ziel des EDF besteht in der Förderung einer starken, wettbewerbsfähigen und innovativen europäischen verteidigungstechnologischen und verteidigungsindustriellen Basis (EU's Defence Technological and Industrial Base, EDTIB), was zur Erreichung einer strategischen Autonomie der Union im Jahre 2030 beizutragen hat. Die EDF-Einzelziele umfassen wiederum die Finanzierung von drei Unternehmungen: (1) Forschung im Bereich von Verteidigungsgütern und -technologien; (2) mit Verteidigungsfähigkeiten verbundene Projekte und (3) Prozess der

13 Verordnung (EU) 2018/1092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 zur Einrichtung des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich zwecks Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovation in der Verteidigungsindustrie der Union. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2018, Nr. 200, S. 30–43.

14 Vgl. Gołkowska: *Polityka bezpieczeństwa*, S. 3, 10.

15 Vgl. Verordnung (EU) 2021/697 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1092. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2021, Nr. 170, S. 149–177; vgl. auch Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds, Brüssel, 7. Juni 2017, COM(2017) 295 final, S. 1–20.

Konstituierung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion (Art. 3, Abs. 1–2 der Verordnung).¹⁶

Der EDF besteht aus zwei rechtlich separaten, sich aber materiell ergänzenden Säulen – einer Säule für die Forschung und einer Säule für die Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten (Verteidigungsgüter, einschließlich der erforderlichen materiellen Ausrüstung und Technologien, aber ohne Verteidigungsoperationen, Schulung und logistische Basis). Für die Jahre 2021 bis 2027 wurde er mit Mitteln in Höhe von rund 7,953 Mrd. EUR ausgestattet. Davon sind rund 2,651 Mrd. EUR für Forschung vorgesehen, 5,302 Mrd. EUR für Entwicklungsmaßnahmen. Die EDF-Mittel sind nur für Forschungs- und Entwicklungsprojekte vorgesehen, die von den das Konsortium bildenden Rechtssubjekten durchgeführt werden, wobei die Mindestzahl der am subventionierten Projekt Beteiligten drei Rechtssubjekte aus mindestens drei EU-Mitgliedstaaten oder aus zwei EU-Mitgliedstaaten und Norwegen beträgt.¹⁷ Für die Verwaltung der Mittel ist der Koordinierungsrat zuständig, der aus den Sonderbeauftragten der EU-Mitgliedstaaten, dem Hohen Vertreter der Europäischen Union, der EDA, der Europäischen Kommission sowie – je nach Situation – den Vertretern der zugunsten der Verteidigungsindustrie handelnden Firmen besteht. Die im Rahmen der beiden Säulen entwickelten Programme und Instrumente sind für die Begünstigten aus allen Mitgliedsländern – unabhängig von ihrer Größe – zugänglich.¹⁸ Die Forschungssäule, die im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme zu funktionieren begann, wird ausschließlich aus Mitteln des allgemeinen EU-Haushalts finanziert. Für die Realisierung der Programmaufgaben wurde bis zum Ende des Jahres 2020 ein Betrag in Höhe von 90 Mio. EUR festgelegt, ab dem Jahr 2021 stehen hingegen jährlich schätzungsweise 500 Mio. EUR zur Verfügung. Mit diesem Programm sollen Forschungsprojekte auf dem Niveau von Forschung & Entwicklung (F & E, also von der Idee bis zum Prototyp) finanziert werden, die die Prioritäten im Bereich der von den Mitgliedstaaten abgesprochenen Verteidigungsfähigkeiten – einschließlich der PESCO-Projekte – betreffen.¹⁹ Die Säule für die Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten ist für die Förderung von Projekten oberhalb des Niveaus von F&E, also nach

16 Verordnung (EU) 2021/697 des Europäischen Parlaments und des Rates, S. 161. Gemäß der analysierten Mitteilung der Europäischen Kommission soll er der Motor für die Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion sein. Vgl. Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission, COM(2017) 295 final, S. 21.

17 Verordnung (EU) 2021/697 des Europäischen Parlaments und des Rates, S. 162. In der Verordnung ist die Rede von den drei Mitgliedstaaten oder den assoziierten Ländern (Art. 10 Abs. 4 der Verordnung), aber nur Norwegen meldete letztendlich die Teilnahme an den EFD-Projekten an. Vgl. ebenda, S. 165.

18 Ebenda, S. 162–168.

19 Vgl. Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission, COM(2017) 295 final, S. 4f.

der Phase des Prototyps, sowie für die Bestellung militärischer Produkte und Technologien – einschließlich der PESCO-Projekte – verantwortlich. In erster Linie wird das Programm aus den Haushaltsmitteln der Mitgliedstaaten und zusätzlich aus dem EU-Haushalt finanziert. Ende 2020 betrug der Haushalt der Säule für die Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten 500 Mio. EUR, ab 2021 – jährlich eine Milliarde EUR. Unter Berücksichtigung der Ausgaben für die beiden Säulen – das heißt die Forschungssäule und die Säule für die Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten der EU zusammengenommen – betrug der EDF-Haushalt im Jahre 2021 jährlich 1,5 Mrd. EUR.²⁰ Eine Schwäche des EDF ist die Tatsache, dass die Ausgaben für die Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten vom Verteidigungspotential der einzelnen Staaten abhängig sind. Im Zusammenhang damit gibt es zwei unterschiedliche Möglichkeiten ihrer Finanzierung: erstens die Förderung der Projekte aller Staaten aus dem sog. gemeinsamen Finanzrahmen (Niveau I); zweitens die Finanzierung von Projekten der Staaten, die über größere Verteidigungsfähigkeiten verfügen (Niveau II).

3.3 Militärisch-technische Zusammenarbeit. Projekte der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit

In den politischen Schlussfolgerungen vom 6. März 2017 zur Realisierung der Globalen Strategie der EU im Bereich der Sicherheit und Verteidigung erteilte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten seine Zustimmung zur Entwicklung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ, engl. Permanent Structured Cooperation, PESCO)²¹ (Art. 42 Abs. 6 und Art. 46 EUV²²). Im Anschluss daran beschloss der Europäische Rat am 23. Juni 2017, die PESCO zum ersten Mal aufgrund von Art. 42 Abs. 6, Art. 46, Abs. 1–6 EUV sowie des an den EUV und den AEUV²³ angehängten Protokolls Nr. 10 in Gang zu setzen. Am 13. November 2017 unterzeichneten die Verteidigungsminister der 23 Mitglied-

20 Ebenda, S. 5–6.

21 Vgl. Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zu Fortschritten bei der Umsetzung der Globalen Strategie der Europäischen Union im Bereich Sicherheit und Verteidigung, Brüssel, 6. März 2017, 6875/17, S 5. In den Schlussfolgerungen des Rates vom 14. November 2016 zur Umsetzung der Globalen Strategie im Bereich der Sicherheit und der Verteidigung der EU wurde wiederum auf die Notwendigkeit der Realisierung der Verpflichtungen hingewiesen, die sich aus dem Art. 42 Abs. 7 EUV (Beistandsklausel) sowie aus dem Art. 222 AEUV (Solidaritätsklausel) ergeben. Vgl. Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zur Umsetzung der Globalen Strategie der Europäischen Union im Bereich der Sicherheit und der Verteidigung, Brüssel, 14. November 2016, 14149/16, S. 5.

22 EUV - Vertrag über die Europäische Union.

23 AEUV - Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

staaten eine gemeinsame Mitteilung, die dem Willen Ausdruck gab, die PESCO in Gang zu setzen und übergaben sie dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten sowie der Hohen Vertreterin der EU. Anfangs entschieden sich Großbritannien, Dänemark, Malta, Irland und Portugal nicht für eine Teilnahme an der PESCO. Letztendlich schlossen sich jedoch die beiden letztgenannten Länder nach dem Abschluss des Ratifizierungsprozesses unter der Beteiligung ihrer nationalen Parlamente am 7. Dezember 2017 der gemeinsamen Mitteilung an.²⁴ Am 11. Dezember nahm der Rat für Auswärtige Angelegenheiten die Entscheidung, die die PESCO ins Leben rief, mit den Stimmen von 25 Mitgliedstaaten (ohne Großbritannien, Dänemark und Malta) an.²⁵ Das war der vierte außergewöhnlich wichtige Umsetzungsbeschluss des Rates für Auswärtige Angelegenheiten im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, seitdem der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten war.²⁶

24 Vgl. Notification on Permanent Structured Cooperation (PESCO) to the Council and to the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. In: *consilium.europa.eu*, <http://www.consilium.europa.eu/>, S. 1–10 (15.06.2022).

25 Vgl. Beschluss (GASP) 2017/2315 des Rates vom 11. Dezember 2017 über die Begründung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) und über die Liste der daran teilnehmenden Mitgliedstaaten. *Amtsblatt der Europäischen Union L*, 2017, Nr. 331, S. 57–77.

26 Bereits in den Jahren 2010–2014 verkündete der Rat für Auswärtige Angelegenheiten drei Rechtsakte: Dies waren: der Beschluss des Rates vom 26. Juli 2010 über die Organisation und die Arbeitsweise des Europäischen Auswärtigen Dienstes (European External Action Service, EEAS) (Art. 45 Abs. 2 EUV), der Beschluss des Rates vom 12. Juli 2011 über die Rechtsstellung, den Sitz und die Funktionsweise der Europäischen Verteidigungsagentur (Art. 27 Abs. 3 EUV) sowie der Beschluss des Rates vom 24. Juni 2014 über die Vorkehrungen für die Anwendung der Solidaritätsklausel durch die Union (Art. 222 Abs. 1–3 AEUV). Weiterhin fehlte jedoch ein Beschluss des Rates über die Begründung des Anfangsfonds (Art. 41 Abs. 3 EUV). Ein anderes Problem waren die Vorschriften, die die Beistandsklausel (Art. 42 Abs. 7 EUV) betrafen. Der Art. 42 Abs. 7 EUV enthält keine die EU zur Anwendung der Beistandsklausel ermächtigende Vorschrift. Dagegen präzisiert den Art. 13 Abs. 2 EUV, dass jede EU-Institution aufgrund der ihr von den Verträgen zugesprochenen Befugnisse gemäß den Prozeduren und zu den darin bestimmten Bedingungen und Zwecken handelt. Dies bedeutet, dass ausschließlich die Mitgliedstaaten über die gemeinsame Hilfeleistung entscheiden dürfen. Ihr Beschluss muss in diesem Fall aber einstimmig sein. Andererseits geben auch die Vorschriften von Art. 32 EUV eine Möglichkeit zur Anwendung dieser Klausel: Die Mitgliedstaaten können alle Fragen bezüglich der Außen- und Sicherheitspolitik im Geiste der Solidarität auf den Tagungen des Europäischen Rates sowie des Rates der Europäischen Union besprechen. Mehr dazu: Janusz Józef Węc: *Traktat Lizboński. Polityczne aspekty reformy ustrojowej Unii Europejskiej w latach 2007–2015. Orzecznictwo sądów konstytucyjnych wybranych państw członkowskich UE oraz proces implementacji Traktatu Lizbońskiego*, Kraków 2016, S. 329–334, 340–343. Nach den Terroranschlägen vom 13. November 2015 in Paris berief sich Frankreich auf den Art. 42 Absatz 7 EUV und bat die EU-Mitgliedstaaten um Unterstützung bei militärischen Operationen in Syrien, Irak und Nordafrika. Am 17. November 2015 erklärte der Rat für Aus-

Der Beschluss des Rates vom 11. Dezember 2017 beinhaltet Vorschriften bezüglich der PESCO-Gründung, eine Liste der daran teilnehmenden Mitgliedstaaten, eine Liste der gemeinsamen, von den Mitgliedstaaten zu erfüllenden Verpflichtungen in den fünf in Art. 2 a-e des Protokolls Nr. 10 genannten Bereichen, Beschlüsse über die Überwachungs-, Bewertungs- und Berichterstattungsmodalitäten sowie über die Unterstützung durch den Europäischen Auswärtigen Dienst (European External Action Service, EEAS) und die EDA und schließlich Regelungen bezüglich der Finanzierung und der Beteiligung von Drittstaaten an einzelnen Projekten.²⁷ Die Mehrheit der oben erwähnten Verpflichtungen war jedoch vage, z. B. die Verpflichtung zu vermehrten Bemühungen zur Zusammenarbeit im Bereich der Cyberabwehr oder die Ankündigung einer Optimierung von multinationalen Strukturen («die teilnehmenden Mitgliedstaaten könnten sich verpflichten, sich den wichtigsten bestehenden und etwaigen künftigen Strukturen, die an auswärtigen Maßnahmen im militärischen Bereich beteiligt sind [...] anzuschließen und darin eine aktive Rolle wahrzunehmen»)²⁸. Etwas konkreter waren wiederum die Verpflichtungen zur Aufstockung der Investitionsausgaben für Verteidigungsgüter und des Anteils der Ausgaben für Forschung und Technologie im Verteidigungsbereich,²⁹ zur Teilnahme an mindestens einem Projekt im Rahmen der PESCO, mit dem von den Mitgliedstaaten als strategisch relevant festgestellte Fähigkeiten entwickelt oder bereitgestellt werden, oder zur aktiveren Beteiligung an den Petersberg-Missionen (u. a. Personal, Material, Ausbildung, Unterstützung für Übungen, Infrastruktur) und an den EU-Kampfgruppen (European Union Battlegroups, EUBGs) (u. a. Durchführung von EU-Gefechtsverbandsübungen [Rahmen-

wärtige Angelegenheiten seine uneingeschränkte, aber nur politische Unterstützung für Frankreich mit dem folgenden Eintrag im Protokoll dieser Ratstagung: »Für die Umsetzung von Artikel 42 Absatz 7 ist kein förmlicher Beschluss oder eine Schlussfolgerung des Rates erforderlich«, da es sich bei der Beistandshilfe für Frankreich nicht um »eine GSPV-Operation, sondern um eine Aktivierung der bilateralen Hilfe und Unterstützung« handeln sollte. Vgl. Council of the European Union. Outcome of the Council Meeting, Brussels, 16 and 17 November 2015, No. 14120/15, S. 6.

27 Vgl. Beschluss (GASP) 2017/2315 des Rates vom 11. Dezember 2017 über die Begründung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), S. 57–61.

28 Beschluss (GASP) 2017/2315 des Rates vom 11. Dezember 2017, S. 63. Im Dokument wurden in diesem Kontext u. a. multinationale Streitkräfte: Eurokorps, EUROMARFOR, EUROGENDFOR erwähnt. Vgl. S. 63.

29 Hierbei handelt es sich um die mittelfristig schrittweise Aufstockung der Investitionsausgaben für Verteidigungsgüter auf 20 Prozent der Gesamtausgaben im Verteidigungsbereich sowie um die Aufstockung des Anteils der Ausgaben für Forschung und Technologie im Verteidigungsbereich im Hinblick auf eine Annäherung an 2 Prozent der Gesamtausgaben im Verteidigungsbereich. Vgl. ebenda, S. 62.

nation/Framework State] und / oder zur Beteiligung an diesen Übungen [alle EU-Mitgliedstaaten, die sich an EU-Gefechtsverbänden beteiligen]).³⁰

Am 11. Dezember 2017 unterzeichneten die daran teilnehmenden Mitgliedstaaten auch eine Erklärung, in der 17 im Rahmen der PESCO zu realisierende Projekte aufgelistet waren.³¹ Der Rat für Auswärtige Angelegenheiten nahm diesen eine solche Liste bestimmenden Beschluss an, der noch an demselben Tag in Kraft trat.³² Bis zum Ende des Jahres 2021 wurden 60 Projekte mit militärischem und technischem Charakter für Systeme und Verbände im Boden-, Luft-, Weltraum- und Meeresbereich sowie zu Cybersicherheit, Ausbildung und Einrichtungen und der gemeinsamen Befähigung (z. B. Truppenmobilität) angenommen. Im Fall der Durchführung der PESCO-Projekte waren – ähnlich wie bei den PADR-, EDIDP- und EDF-Projekten – die Länder Westeuropas am aktivsten, wobei die Funktion der Rahmennation zumeist von Frankreich (10), Deutschland (7), Italien (9), Griechenland (5) und Spanien (2) erfüllt wurde. Auf dem Gebiet der Realisierung der PESCO-Projekte war die Aktivität der osteuropäischen Staaten (einschließlich Polen) am geringsten, was sich auch mit deren Durchführung der PADR-, EDIDP- und EDF-Projekte deckt.³³

Künftige PESCO-Projekte können auch die Streitkräfte der WEU umfassen (Art. 42 Abs. 3, EUV). Die PESCO-Projekte werden von den EU-Institutionen und -organen sowie auf dem Niveau der Mitgliedstaaten verwaltet. Die wichtigsten Entscheidungen und die Festlegung der Richtlinien obliegen dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten, der sich auf die Maßgaben der Hohen Vertreterin der EU und des Militärausschusses der Europäischen Union (European Union Military Committee, EUMC) stützt. Die Durchführungsbeschlüsse

30 Ebenda, S. 62–63.

31 Declaration on PESCO projects. In: [consilium.europa.eu](https://www.consilium.europa.eu/media/32020/draft-pesco-declaration-clean-10122017.pdf), <https://www.consilium.europa.eu/media/32020/draft-pesco-declaration-clean-10122017.pdf>, S. 1–2 (15.06.2022).

32 Vgl. Beschluss (GASP) 2018/340 des Rates vom 6. März 2018 zur Festlegung der Liste der im Rahmen der SSZ auszubereitenden Projekte. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2018, Nr. 65, S. 24–27.

33 Diese Kooperation ist von großer Bedeutung, weil es sich dabei um die Vereinheitlichung der Waffensysteme handelt: Die Armeen der EU-Mitgliedstaaten nutzen bis zu 178 verschiedene Waffensysteme, während dies im Falle der USA nur 30 Waffensysteme betrifft. Vgl. Janusz Józef Węć: Reforma wspólnej polityki bezpieczeństwa i obrony Unii Europejskiej w latach 2016–2017. In: *POLITEJA* 2018, H. 3, S. 58–61; Gotkowska: Polityka bezpieczeństwa, S. 2, 8. Am 16. November 2021 traf der Rat für Auswärtige Angelegenheiten die Entscheidung über die Eröffnung der vierten Runde der Annahme von PESCO-Projekten. Zu den bisherigen 46 Projekten kamen 14 neue hinzu, die seit Dezember 2021 zu realisieren sind. Vgl. Kalendarium: unijna współpraca w zakresie bezpieczeństwa i obrony. In: [consilium.europa.eu](https://www.consilium.europa.eu/), <https://www.consilium.europa.eu/> (2.05.2022).

werden von den teilnehmenden Mitgliedstaaten unter Führung einer Rahmenvorgabe in die Tat umgesetzt (Art. 4 Abs. 1–2, Art. 5 Abs. 1–3 des Beschlusses).³⁴ Im Rahmen der strategischen Überprüfung der PESCO-Projekte im Jahr 2020 wurde auf drei grundlegende Schwächen bei deren Realisierung verwiesen. Die erste Schwäche betraf den Umstand, dass bisher lediglich 26 Projekte die vollständige Einsatzfähigkeit erreicht haben oder sie bis 2025 erreichen würden (darunter nur drei im Bereich der Bodensysteme und Verbände, drei – im Bereich der Meeressysteme, acht – im Bereich der gemeinsamen Befähigung, fünf – im Bereich des Cyberraums und sieben bei Ausbildung und Einrichtungen). Die zweite Schwäche beruhte darauf, dass nur einige EU-Mitgliedstaaten die multilaterale Kooperation im Bereich der Entwicklung der vollen Einsatzfähigkeit als wesentlichen Aspekt der Entwicklung ihrer Streitkräfte berücksichtigten: Die Mehrheit versuchte vor allem ihre eigenen Interessen zu verwirklichen. Die dritte Schwäche betraf die Tatsache, dass ein großer Teil der finanziellen Mittel für die Rüstungsmodernisierungsprogramme der einzelnen Länder ausgegeben wurde, wodurch die Mittel für multinationale Unternehmungen eingeschränkt werden mussten.³⁵

3.4 Zusammenarbeit mit Partnern. Europäische Friedensfazilität (EPF)

Am 17. Oktober 2016 bestätigte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten in seinen politischen Schlussfolgerungen, dass die Investition in die Widerstandsfähigkeit von Staaten und Gesellschaften in der östlichen und südlichen EU-Nachbarschaft sowie die Entwicklung eines integrierten Ansatzes zur Bewältigung von Konflikten und Krisen als zwei von fünf Prioritäten zu betrachten sind, wie sie in der Globalen Strategie formuliert wurden.³⁶ Dies hing mit den neuen Herausforderungen und globalen Bedrohungen zusammen, die aus der Entstehung des sog. Islamischen Staates, aus der Annexion der Krim und dem Beginn des Kriegs im Donbas 2014 sowie aus der EU-Migrationskrise mit ihrem Höhepunkt in den Jahren 2015–2016 resultierten. Im Anschluss an die obigen Schlussfolgerungen wurde der Beschluss über die Schaffung eines neuen außer-

34 Vgl. Węc: *Reforma*, S. 59f.

35 Vgl. Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zur strategischen Überprüfung der SSZ 2020, Brüssel, 20. November 2020, 13188/20, S. 2–10, 12–17. Aus diesem Grund traf man in den politischen Schlussfolgerungen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten die Entscheidung, dass die PESCO-Projekte verändert, verbunden oder sogar aufgelöst werden, wenn sie nicht die erwarteten Effekte bringen. Gleichzeitig soll ihre Realisierung auf der politischen Ebene der EU sowie vom PESCO-Sekretariat genauer analysiert werden. Vgl. dazu auch Gotkowska: *Polityka bezpieczeństwa*, S. 2.

36 Vgl. Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zur globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Luxemburg, 17. Oktober 2016, 13202/16, S. 2.

budgetären Fonds – der sog. Europäischen Friedensfazilität (European Peace Facility, EPF) – am 22. März 2021 vom Rat für Auswärtige Angelegenheiten angenommen. Die EPF-Ausgaben sollen aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten gemäß der Höhe ihres BIP finanziert werden. Im Mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 beläuft sich sein Gesamtbetrag auf 5,692 Mrd. EUR (Art. 2 des Beschlusses). Aus diesen Mitteln werden nur solche EU-Unternehmungen finanziert, deren Ziel es ist, den Frieden zu erhalten, Konflikten vorzubeugen und die internationale Sicherheit zu stärken (Art. 21 Abs. 2 lit. c EUV, Art. 1 Abs. 1 des Beschlusses). Die EPF ersetzte zwei andere Fonds, und zwar den Mechanismus ATHENA und die Europäische Friedensfazilität für Afrika (Art. 73 Abs. 1 des Beschlusses). Ihre Ausgaben umfassten jedoch nicht nur die Kosten der militärischen Missionen und Operationen, die der Mechanismus ATHENA bisher tragen sollte, und die Kofinanzierung der Friedensunterstützungsoperationen in Afrika, sondern auch eine Verbesserung der Kapazitäten im Militär- und Verteidigungsbereich von Drittstaaten sowie von internationalen und regionalen Organisationen durch eine Subventionierung von deren Infrastruktur und Ausrüstungen (Waffen und Munition), was ein absolutes Novum im Handeln der EU darstellte.³⁷

Nach der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 sowie angesichts der von russischen Soldaten massenhaft begangenen Kriegsverbrechen, von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und vielleicht sogar von Völkermord beschloss der Rat für Auswärtige Angelegenheiten, die Ukraine durch die Finanzierung der Lieferung von Waffen- und Militärausrüstung aus EPF-Mitteln zu unterstützen.³⁸ Bis zum 24. Mai 2022 wurden vier Hilfsstranchen vereinbart, die sich auf 2 Mrd. EUR belaufen.³⁹ Die finanzielle Unterstützung aus den EPF-Mitteln besteht in der Erstattung der Kosten, die

37 Beschluss (GASP) 2021/509 des Rates vom 22. März 2021 zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2015/528. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2021, Nr. 102, S. 14–62. Europäische Friedensfazilität. In: consilium.europa.eu, <https://www.consilium.europa.eu/>, S. 1f. (15.06.2022).

38 Vgl. Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung – Für eine Europäische Union, die ihre Bürgerinnen und Bürger, Werte und Interessen schützt und zu Weltfrieden und internationaler Sicherheit beiträgt, Brüssel, 21. März 2022, 7371/22, S. 15.

39 ForeignAffairsCouncil(Defence), 17.Mai2022, <https://www.consilium.europa.eu/pl/>, S. 2 (15.06.2022). Rat der Europäischen Union. Ukraine: Rateinigt sich auf weitere Unterstützung im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität. Pressemitteilung, Brüssel, 22. Mai 2022, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/10/17/ukraine-council-agrees-on-further-support-under-the-european-peace-facility/>, S. 1f. (15.06.2022).

die Mitgliedstaaten für die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung an die Ukraine tragen müssen.⁴⁰

Aus drei Gründen war der Beschluss des Rates für Auswärtige Angelegenheiten innovativ: Erstens war er beispiellos und kann überdies eine bahnbrechende Bedeutung für die Zukunft der Europäischen Union haben. Die EU als internationale, in erster Linie die wirtschaftliche Zusammenarbeit fördernde Organisation beschloss erstmals in ihrer Geschichte, eine Konfliktpartei mit ihren eigenen Mitteln zu unterstützen. Alle EU-Mitgliedstaaten, die Waffen oder Militärausrüstung in die Ukraine schicken möchten, können solche finanziellen Mittel beantragen. Zweitens war auch die Tatsache von Belang, dass sich die EU-Länder – unabhängig von den Entscheidungen der einzelnen Staaten (Ungarn und Bulgarien erhoben Widerspruch gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine) – auf eine gemeinsame Finanzierung der Lieferungen an die Ukraine verständigten, weil eine derartige Entscheidung einstimmig zu treffen ist. Drittens ist das Handeln der Europäischen Union rechtmäßig, obwohl die EU-Verträge es eigentlich nicht zulassen, dass Haushaltsmittel für die Finanzierung militärischer Operationen ausgegeben werden, denn dieser Grundsatz betrifft die EPF als außerbudgetäres Instrument nicht.

4 Standpunkt der USA und der NATO gegenüber der Implementierung der Globalen Strategie der EU

Den Standpunkt der USA und der NATO gegenüber der Implementierung der Globalen Strategie der EU bestimmten die oben erwähnten politischen, in Warschau und Brüssel von Donald Tusk, Jean-Claude Juncker und Jens Stoltenberg unterzeichneten EU-NATO-Erklärungen vom 8. Juli 2016 und 10. Juli 2018. Im Bereich der Realisierung der Ziele der bilateralen EU-NATO-Kooperation bezog sich die Warschauer Erklärung auf das am 19. und 20. November 2010 in Lissabon angenommene Strategische Konzept der NATO, das am 4./5. September 2014 in Newport erarbeitete Programm zugunsten der Erhöhung der NATO-Kampfbereitschaft, die Globale Strategie der EU vom 28. Juni 2016 sowie den am 8. und 9. Juli 2016 in Warschau angenommenen Beschluss der NATO-Staats- oder Regierungschefs. Sie bestimmte ebenfalls acht strategische Gebiete der engen Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO, von de-

40 Vgl. Mateusz Roszak, Maciej Miłosz: Unia będzie dalej zbroić Ukrainę. In: gazetaprawna.pl vom 14. April 2022, <https://www.gazetaprawna.pl>, S. 1f. (15.06.2022); vgl. Tomasz Bielecki: Efekt Putina. UE chce się poważnie dozbroić. In: polityka.pl vom 17. Mai 2022, <https://www.polityka.pl>, S. 1f. (15.06.2022).

nen vier die bereits realisierten Projekte betrafen, wie etwa die Koordinierung der Kooperation im Bereich des Krisenmanagements, gemeinsame Übungen und Schulungen, Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungsindustrien und -forschungen sowie strategische Kommunikation.⁴¹ Die nächsten vier bezogen sich wiederum auf die neuen Herausforderungen und Bedrohungen, wie etwa hybride Kriegsführung und Desinformation, operative Zusammenarbeit im Mittelmeer-raum zwecks der Bewältigung der EU-Migrationskrise sowie Cybersicherheit und Stärkung der NATO-Verteidigungsfähigkeiten an der Ost- und Südflanke. Diese Erklärung schuf somit die realen Voraussetzungen für eine Stärkung der Synergie zwischen der EU und der NATO. Andererseits besiegelte sie jedoch die bisherige Verteilung der internationalen Rollen zwischen den beiden Organisationen im transatlantischen System, das heißt die alleinige Verantwortung der NATO für die operativen Handlungen im Fall eines militärischen Konflikts in Europa und die Koordination der Zusammenarbeit zwischen dem Atlantischen Bündnis und der EU im Bereich des Krisenmanagements in Friedenszeiten.⁴² Die Brüsseler Erklärung, die die militärische Mobilität, Cybersicherheit, hybride Bedrohungen und den Kampf gegen den Terrorismus betraf, kündigte die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO an, was mit den Voraussetzungen der Globalen Strategie der EU (2016) korrespondierte. Der gemeinsame Nenner der beiden Erklärungen war die Bekräftigung der bisherigen internationalen Rollenverteilung zwischen der NATO und der EU, gemäß der die EU sich mit dem Krisenmanagement befassen sollte, während die NATO die militärischen Operationen verantworten und den Atomschirm über der EU gewährleisten sollte.⁴³ Allerdings gaben die Vertreter der NATO – und der USA – in der Brüsseler Erklärung – im Gegensatz zur Warschauer Erklärung – erstmals *expressis verbis* zu, dass die Entwicklung der GSVP auch der Stärkung der transatlantischen Sicherheit dienen könne. Aus diesem Grund unterstützten sie die in der Globalen Strategie der EU sowie in deren Umsetzungsdokumenten vorgesehene GSVP-Reform.⁴⁴ Zu betonen sei, dass

41 Dieser Bereich sollte u. a. die Informationszusammenarbeit bezüglich der Herausforderungen und Bedrohungen, einschließlich terroristischer Gefährdungen, umfassen.

42 Vgl. Joint declaration by the President of the European Council, the President of the European Commission, and the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization, Warsaw 8 July 2016. In: [consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu), <http://www.consilium.europa.eu/>, S. 1f. (15.06.2022).

43 In diesem Sinn bezogen sich die beiden Erklärungen auf die Berlin-Plus-Vereinbarung (vom 12. und 17. Juli 2003), kraft deren der EU der Rückgriff auf NATO-Planungskapazitäten bei einem von der EU geführten Einsatz und die Bereitstellung der NATO-Kommandostruktur für EU-geführte Missionen garantiert wurden. Vgl. The NATO-EU Strategic Partnership, Brussels 2007. In: [nato.int](http://www.nato.int), <https://www.nato.int/docu/comm/>, S. 4–5 (15.06.2022).

44 Vgl. Joint declaration on EU-NATO cooperation, Brussels, 10. Juli 2018, S. 1–3. Hierbei

die Bestrebungen mancher EU-Mitgliedstaaten (insbesondere Frankreichs und Deutschlands), die strategische Autonomie der EU gegenüber der NATO als Stärkung der internationalen Position der Union zu begründen, von der russischen Aggression gegen die Ukraine und dem russisch-ukrainischen Krieg (2022) auf äußerst schmerzhaft Weise verifiziert wurden.⁴⁵ Diese Ereignisse führten nicht nur zur Schwächung der internationalen Position Deutschlands und Frankreichs, sondern zeigten vor allem die Schwäche – oder sogar die strategische Ratlosigkeit – der EU. Sie veranlassten u. a. auch Deutschland zur »Vergegenwärtigung« der geopolitischen Bedrohungen seitens des aggressiven Russland und im Anschluss daran zu einer Entscheidung über eine Neuorientierung seiner Außen- und Sicherheitspolitik (Zeitenwende) sowie zur Erhöhung des Verteidigungsbudgets der Bundesrepublik Deutschland. Verzweifelt wandten sich fast alle EU-Mitgliedstaaten an die USA und die NATO – nicht aber an die EU – mit der Bitte, ihre Verteidigung zu stärken. Am 18. Mai 2022 stellten Finnland und Schweden sogar einen Antrag auf den NATO-Beitritt und am 5. Juli desselben Jahres unterzeichneten sie die Beitrittsprotokolle.⁴⁶ Am 1. Juni 2022 sprach sich wiederum die dänische Gesellschaft mit einer Mehrheit von 66,9 Prozent der Stimmen für die Aufhebung der Opt-out-Klausel in der GSVP aus, was bedeutete, dass Dänemark jetzt an den in diesem Bereich realisierten

sei jedoch anzumerken, dass amerikanische Rüstungskonzerne und sogar US-Politiker:innen Bedenken finanzieller und geschäftlicher Natur bezüglich mancher EU-Projekte – z. B. PESCO – äußerten.

45 Ein gutes Beispiel dafür ist u. a. der am 25. Mai 2018 während des Weltwirtschaftsforums in St. Petersburg vom Präsidenten Emmanuel Macron gemachte Vorschlag, der den Aufbau einer nicht näher bezeichneten militärischen Struktur unter Beteiligung der EU, Frankreichs [sic!] und Russlands betraf, und der »uns vertrauensvoll forsch voranschreiten ließe«. Damit stimmt auch die damals aufgestellte These überein: »in den letzten zwanzig Jahren war es so, dass wir in der NATO unser Versprechen nicht voll gehalten haben, was die anderen gerechtfertigt beunruhigen konnte. Wir haben nicht das Vertrauen gezeigt, welches Russland von uns erwartet hat«. Bei einer anderen Gelegenheit sprach Macron über »den Hirntod« der NATO (2019) und behauptete, dass die Erweiterung der NATO sowie die Entwicklung ihrer militärischen Infrastruktur in der Nähe der russischen Grenzen gegenwärtig keine Priorität des Bündnisses sein sollte, weil dies zu einer Eskalation des Konfliktes (2020) führen könnte. Vgl. Janusz Józef Węc: Polska, Niemcy i Francja wobec konfliktu rosyjsko-ukraińskiego w latach 2013–2021. Analiza krytyczna. In: Józef M. Fiszer (Hrsg.): Współpraca Polski, Niemiec i Francji w ramach Trójkiąta Weimarskiego (1991–2021), Warszawa 2022, S. 142–160; Aleksander Ksawery Olech: Rzykowna gra Emmanuela Macrona i stosunki francusko-rosyjskie. In: ine.org.pl vom 30. März 2020, <https://ine.org.pl/rzykowna-gra-emmanuela-macrona-i-stosunki-francusko-rosyjskie>, S. 5–7 (15.06.2022); Macron chce, by Europa uniezależniła się od Ameryki w kwestiach obrony, ale Europa go nie słucha. In: [politico.pl](https://www.politico.pl) vom 26. Mai 2022, <https://www.politico.pl/?Analiza/>, S. 2 (15.06.2022).

46 Macron chce, S. 1–3.

Projekten teilnimmt.⁴⁷ Nach diesen Erfahrungen wurde klar, dass jedes Projekt der strategischen Autonomie der Union – so auch das im Folgenden besprochene – eine Stärkung der internationalen Position der EU sowie deren Fähigkeit voraussetzen muss, angesichts der internationalen Krisen zusammen mit oder im Einvernehmen mit der NATO entschiedene Schritte zu unternehmen. Diese Autonomie sollte wiederum das System der transatlantischen Sicherheit stärken und nicht zur Konkurrenz mit dem Nordatlantikpakt führen.

5. Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung als Konzept der strategischen Autonomie der EU

Die konzeptuellen Arbeiten an den langfristigen Aktivitätsrichtungen in der GSVP wurden zur Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 initiiert und als Strategischer Kompass bezeichnet. Das Projekt dieses Dokuments wurde vom Europäischen Auswärtigen Dienst sowie von den Agenturen für Innere Sicherheit einzelner EU-Mitgliedstaaten erarbeitet. Am 21. März 2022 wurde es unter dem Namen Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung vom Rat für Auswärtige Angelegenheiten verabschiedet.⁴⁸ Drei Tage später wurde er vom Europäischen Rat angenommen.⁴⁹

47 Finlandia i Szwecja składają wnioski o członkostwo w NATO. Komentarze Instytutu Europy Środkowej. In: ies.lublin.pl, <https://ies.lublin.pl/>, S. 1–3 (15.07.2022). Die Vorbehalte gegen Dänemarks Teilnahme an der GSVP wurden kraft des am 12. Dezember 1992 zwischen Dänemark und den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften in Edinburgh getroffenen Abkommens eingeführt. Im Edinburgher Abkommen erhielt Dänemark vier Opt-out-Klauseln, nachdem der Vertrag von Maastricht zuvor im selben Jahr infolge einer Volksabstimmung abgelehnt worden war. Diese Ausnahmeregelungen betrafen die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, den Euroraum, die GSVP, die Politiken bezüglich der inneren EU-Sicherheit sowie die Unionsbürgerschaft (die Unionsbürgerschaft ersetzt nicht die Staatsbürgerschaft). Dank dem Edinburgher Abkommen nahmen die Dänen den Vertrag von Maastricht im zweiten Referendum von 1993 an. Vgl. Denmark and the Treaty on European Union, OFFICIAL JOURNAL OF THE EUROPEAN UNION C, 1992, Nr. 348, S. 1; Referendum w Danii w sprawie dołączenia do unijnej polityki obronnej. In: PAP vom 1. Juni 2022, <https://razydzisiaj.pl/> aktualnosci/referendum-w-danii-w-sprawie-dolaczenia-do-unijnej-polityki-obronnej/, S. 1f. (15.07.2022); Duńczycy za współpracą obronną w ramach Unii Europejskiej. In: PAP vom 2. Juni 2022, <https://tn24.pl/swiat/dania-mieszkanicy-za-wspolpraca-obronna-w-ramach-unii-europejskiej-wyniki-referendum-5735526/>, S. 1f. (15.07.2022).

48 Vgl. Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung, S. 1–47.

49 Europäischer Rat. Tagung am 24./25. März 2022. Schlussfolgerungen, Brüssel, 25. März 2022, EUCO 1/22, S. 3–4.

Die erste Version des Dokuments wurde schon im November 2021 im Rat für Auswärtige Angelegenheiten vom Hohen Vertreter der Union Josep Borrell präsentiert. Die nächsten Versionen wurden im Februar und März 2022 besprochen, wobei u. a. auch die neue geostrategische, mit der Aggression Russlands gegen die Ukraine verbundene Situation berücksichtigt wurde.⁵⁰ Das langfristige Ziel des Kompasses soll die Erreichung der strategischen Autonomie der EU bis zum 31. Dezember 2030 sein. Die kurzfristigen Ziele, die bis zum Ende des Jahres 2025 zu erreichen sind, bestehen wiederum in der Realisierung der nachstehenden Aufgaben: (1) schnelleres und entschiedeneres Handeln der EU in Krisensituationen; (2) Schutz der EU vor sich rasch verändernden Bedrohungen; (3) Investitionen in nötige Möglichkeiten und Technologien; (4) Zusammenarbeit der EU mit bi- und multilateralen Partnern.⁵¹ Der Strategische Kompass enthielt insgesamt über 80 konkrete Aufgaben mit festgelegten Realisierungsfristen, von denen 51 bis zum Ende des Jahres 2022 einzuleiten sind.⁵²

Im Rahmen des ersten kurzfristigen Ziels sollen die an der GSVP teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten noch im Jahre 2022 den Vertrag über die Entwicklung der EU RDC bis zum 31. Dezember 2025 unterzeichnen. Bis zum 31. Dezember 2022 sind überdies gemeinsame operative Szenarien erstellen.⁵³ 2023 sollen die regelmäßigen taktischen Übungen an Land und zur See zwecks der Erhöhung der militärischen Mobilität und der Interoperabilität abgehalten werden. Die EU RDC soll ihre Einsatzbereitschaft bis Ende des Jahres 2025 erreichen. Sie sollen aus bis zu 5000 Soldaten – einschließlich Land-, Luft- und Marinekomponenten – bestehen. Hinzu kämen noch die Cyberabwehr- und Weltraummodule. Außer der Entwicklung der EU RDC soll die EU die sog. notwendigen strategischen Enabler (strategic enablers) ausbauen, darunter strategische Lufttransportsysteme, den Schutz der eigenen Kräfte, medizinische Versorgung, Cyberabwehr sowie Satellitenkommunikation und Nachrichten-, Überwachungs- und Aufklärungsfähigkeiten.⁵⁴ Die Autoren des hier analysierten Dokuments empfahlen zudem eine flexiblere Beschlussfassung im Bereich der Vorbereitung und des Einsatzes der EU RDC außerhalb der EU, »ohne dabei die politische

50 Vgl. Questions and answers: a background for the Strategic Compass. In: [eeas.europa.eu](https://www.eeas.europa.eu/eeas/), <https://www.eeas.europa.eu/eeas/>, S. 1 (15.06.2022).

51 Vgl. Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 3–4. Questions and answers, S. 1.

52 Vgl. Foreign Affairs Council (Defence), 17. Mai 2022, S. 1f.

53 Im Fokus der operativen Szenarien standen eingangs Rettungs- und Evakuierungseinsätze sowie die Anfangsphase von Stabilisierungseinsätzen. Vgl. Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 14.

54 Vgl. European Union Rapid Deployment Capacity. EU Defence Strategic Compass, March 2022, <https://www.eeas.europa.eu/>, S. 1 (15.06.2022).

und die finanzielle Solidarität [der EU] aufs Spiel zu setzen«.⁵⁵ Der Entscheidungsprozess solle sich auf die Vorschriften des Art. 31 Abs. 1 EUV (Verfahren der konstruktiven Stimmenthaltung) sowie auf die Beschlüsse des Art. 44 EUV stützen, die die Bildung einer Koalition zwecks der Durchführung militärischer Operationen unter Aufsicht der EU zulassen, was eine wesentliche Flexibilisierung bedeuten würde. Die sich auf den Art. 44 EUV beziehenden Vorschriften sollen bis zum 31. Dezember 2023 erlassen werden.⁵⁶

Aus struktureller Sicht sollte die EU RDC als EU-Interventionsstreitkräfte aus den schon seit einigen Jahren existierenden – aber etwas modifizierten – EUBGs sowie aus der Organisation von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellten Militäreinheiten bestehen. Die Modifizierung der EUBGs soll zur Entstehung eines »[...] robustere[n] und flexiblere[n] Instrument[s] [...]« »[...] beispielsweise durch maßgeschneiderte Truppenpakete mit Land-, See- und Luftkomponenten, verschiedene Grade der Einsatzbereitschaft und längere Bereitschaftszeiten [...]« führen.⁵⁷ Die modifizierten EUBGs samt den der EU von den EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellten Streitkräften sollen je nach der Art des Konflikts oder Krisensituation gemeinsam oder separat handeln. Eingesetzt würde die EU RDC nicht nur bei militärischen Missionen – wie bei den bisherigen Petersberg-Missionen bzw. EUBGs –, sondern auch bei der Realisierung von militärischen Operationen in nicht bedrohungsreichen Umgebungen, zu denen der Zugang nicht beschränkt würde,⁵⁸ was gewiss als Novum zu interpretieren ist. Sie würden rasch als Antwort auf diverse direkte Bedrohungen sowie Krisensituationen »in verschiedenen Phasen eines Einsatzes«⁵⁹ aufgestellt, »z. B. beim Ersteinsatz, zur Verstärkung oder als Reservekraft zur Absicherung eines Rückzugs«.⁶⁰ Im Anschluss daran müssten die Kriterien der gemeinsamen Finanzierung präzise bestimmt sowie die finanzielle Solidarität der EU-Mit-

55 Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 14.

56 Ebenda, S. 14, 19.

57 Ebenda, S. 14. Im Rahmen der bisher existierenden EU-Kampfeinheiten setzte sich das »Paket« der BG aus den nachfolgenden Elementen zusammen: (1) dem Streitkräftekommando, (2) der eigentlichen BG (Infanteriebataillon, Kampfunterstützungsunterabteilungen und Logistiktruppen sowie Sanitätsdienst des Heeres) sowie den anderen unterstützenden und sichernden Komponenten auf der operationellen und strategischen Ebene (Luftwaffe, Marine, Militärlogistik und Spezialkräfte). Vgl. Anna Antczak-Barzan: Grupy bojowe Unii Europejskiej niewykorzystany szansą? In: KWARTALNIK BELLONA 2013, H. 3, S. 54–56.

58 Vgl. Questions and answers, S. 2.

59 Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 14.

60 Ebenda. Vgl. auch Questions and answers, S. 2.

gliedstaaten wesentlich gestärkt werden. Detaillierte Aufgaben, Besetzung und finanzielle Aspekte wären bis zum 31. Dezember 2022 zu präzisieren.⁶¹

Die für militärische Missionen und Operationen bestimmten EU-Interventionseinheiten sollten aufgrund des bis zum Ende des Jahres 2022 erstellten »Register[s] für den Truppenrotationszyklus« Kampfeinsätze leisten.⁶² Sowohl die Führung als auch die Kontrolle über die EU RDC würden von den vormalig gegründeten Landesvertretungen des Einsatzführungskommandos⁶³ oder vom Militärischen Planungs- und Durchführungsstab (Military Planning and Conduct Capability, MPCC) übernommen, sobald er seine volle operative Kapazität erreicht haben würde.⁶⁴ Bis zum 31. Dezember 2025 soll der MPCC imstande sein, alle militärischen Missionen ohne Exekutivbefugnisse sowie zwei militärische Operationen mit Exekutivbefugnissen in kleinem Umfang oder eine in mittlerem Umfang sowie taktische Militärübungen zu planen und durchzuführen.⁶⁵ Nach 2025 soll er die Kapazität zur Durchführung von zusätzlichen Missionen mit und ohne Exekutivbefugnisse erreichen.⁶⁶

61 Vgl. European Union Rapid Deployment Capacity, S. 1f.

62 Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 20.

63 Das wäre das nationale Einsatzführungskommando in den unterschiedlichen Ländern, wie etwa das Einsatzführungskommando in Deutschland (Potsdam), Frankreich (Mont Valérien), Italien (Rom) und Griechenland (Larisa).

64 Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 14. Anhand der Schlussfolgerungen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten vom 6. März 2017 wurde der Militärische Planungs- und Durchführungsstab (MPCC) eingerichtet, der auf strategischer Ebene für die operative Planung und Durchführung von militärischen Missionen ohne Exekutivbefugnisse (non-executive military missions) zuständig ist. Der MPCC arbeitete mit seiner bereits bestehenden zivilen Partnerinstitution, dem Zivilen Planungs- und Durchführungsstab (CPCC), über eine gemeinsame Unterstützungskordinierungszelle eng zusammen und war auch dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU unterstellt. Der Generaldirektor des EU-Militärstabs wurde zum Direktor des MPCC. Vgl. Rat der Europäischen Union. Pressemitteilung, 8. Juni 2017. EU-Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich: Rat beschließt militärischen Planungs- und Durchführungsstab (MPCC). In: consilium.europa.eu, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/06/08/military-mpcc-planning-conduct-capability/> (10.11.2022).

65 Die militärischen Missionen ohne Exekutivbefugnisse sollen das Gastgeberland unterstützen und sie erfüllen somit nur eine Beratungsfunktion (nicht aber militärische Operationen, z. B. Ausbildung, Schulung). Die militärischen Missionen mit Exekutivbefugnissen (executive military missions) befassen sich dagegen mit der Friedenswiederherstellung bzw. mit der Stabilisierung nach einem Konflikt (militärische Operationen). Vgl. Decision EU 2017/971 – planning and conduct arrangements for EU non-executive Common Security and Defence Policy missions. The EU’s Military Planning and Conduct Capability, <https://eur-lex.europa.eu/>, S. 1 (15.06.2022).

66 Vgl. Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 19. Bisher konnte der MPCC nur die Missionen ohne Exekutivbefugnisse realisieren. Vgl. den Beschluss (EU) 2017/971 des Rates vom 8. Juni 2017 zur Festlegung der Planungs- und Durchführungsmodalitäten

Im untersuchten Dokument wurde auch empfohlen, einen neuen Vertrag bezüglich der zivilen Dimension der GSVP in der Jahresmitte 2023 zu unterschreiben, dessen Ziel es wäre, den Zivilen Planungs- und Durchführungsstab (Civilian Planning and Conduct Capability, CPCC) zu stärken. Außerdem könnte die EU dadurch befähigt werden, »innerhalb von 30 Tagen eine Mission mit 200 zivilen Expert:innen zu entsenden« (z. B. »in den Bereichen Justiz und Inneres«).⁶⁷ Langfristig soll es zur Gründung einer Gemeinsamen Unterstützungskordinierungszelle kommen, die die Aufsicht über alle militärischen und zivilen Operationen der EU ausüben würde. Die EU RDC »würde [auch] die Europäische Friedensfazilität in hohem Maße nutzen«.⁶⁸

Der Wesenskern des zweiten kurzfristigen Ziels – des Schutzes der EU vor den sich rasch verändernden Bedrohungen – war die Stärkung des Einheitlichen Analyseverfahrens (Single Intelligence Analysis Capacity, SIAC) sowie des Satellitenzentrums der Europäischen Union (European Union Satellite Centre, EUSC) durch die EU-Mitgliedstaaten bis Ende 2025 zwecks der Kapazitätserhöhung des Frühwarnsystems, des zivilen und militärischen Nachrichten- und Sicherheitsdienstes sowie der Kommunikationssicherheit. Der Strategische Kompass beantwortete jedoch nicht die Frage, ob das SIAC einen Teil der operativen Aktivitäten der Mitgliedstaaten übernehmen oder sich lediglich mit den Analysen der strategischen Erkenntnisse befassen würde, die von den zivilen und militärischen Nachrichten- und Sicherheitsdiensten der Mitgliedstaaten geliefert werden. Bis Ende 2022 sollte man

- » das EU-Instrumentarium gegen hybride Bedrohungen entwickeln, das als Rahmen für die koordinierte Reaktion auf gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten gerichtete hybride Kampagnen dienen soll und beispielsweise Präventiv-, Kooperations-, Stabilisierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen sowie restriktive Maßnahmen umfassen und Solidarität und gegenseitigen Beistand unterstützen soll.

Die EU solle »das Instrumentarium für die Cyberdiplomatie weiter ausbauen« und »die EU-Politik im Bereich Cyberabwehr weiterentwickeln, um bei Cyber-

für militärische GSVP-Missionen der EU ohne Exekutivbefugnisse und zur Änderung des Beschlusses 2010/96/GASP über eine Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung somalischer Sicherheitskräfte, des Beschlusses 2013/34/GASP über eine Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali) und des Beschlusses (GASP) 2016/610 über eine militärische Ausbildungsmission im Rahmen der GSVP der Europäischen Union in der Zentralafrikanischen Republik (EUTM RCA). Amtsblatt der Europäischen Union L, 2017, Nr. 146, S. 133–138.

67 Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 20.

68 Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung der EU im nächsten Jahrzehnt. Pressemitteilung, Brüssel, 21. März 2022, S. 1.

angriffen für Schutz, Erkennung, Abwehr und Abschreckung sorgen zu können«. Für dasselbe Jahr war ebenfalls die Entwicklung des Instrumentariums »gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung« voranzutreiben.⁶⁹ Darüber hinaus soll bis Ende 2023 eine Weltraumstrategie der EU für Sicherheit und Verteidigung erarbeitet werden, und bis zum 31. Dezember 2025 wird man die EU-Mechanismen zur Erfassung der maritimen Sicherheitslage weiterentwickelt und gestärkt haben, um die Rolle der EU als Garant der maritimen Sicherheit zu verbessern.⁷⁰ Bis 2023 sollen auch die Maßnahmen der Europäischen Union zur Unterstützung der Ziele der Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle verstärkt werden.⁷¹

Das dritte kurzfristige Ziel – Investitionen in nötige Möglichkeiten und Technologien – verpflichtete die Mitgliedstaaten zu einer wesentlichen Erhöhung der Ausgaben für die Verteidigung zwecks der Stärkung der zivilen und militärischen Verteidigungsfähigkeiten der EU in den Bereichen Land, Luft, See, Weltraum und Cyberraum, des Ausbaus der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung sowie der Entwicklung der technologischen Innovationen im Bereich der Verteidigung unter Berücksichtigung der PESCO und der EDF.⁷² Im Anschluss daran wird ein Drittel der 60 laufenden Projekte im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit bis Ende 2025 realisiert werden. Außerdem sollen die Ausgaben für den EDF u. a. durch den Zugang der Verteidigungsindustrie zu privater Finanzierung sowie zu den Mitteln der Europäischen Investitionsbank (European Investment Bank, EIB) erhöht werden.⁷³ Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten kündigten auch die Intensivierung der Arbeit an der Entwicklung und Beschaffung der »erforderlichen strategischen Enabler, wie etwa Lufttransport, Luftbetankung, Hubschrauber, Nachrichtendienst, Beobachtung und Aufklärung«, an, wodurch die Durchführung von Missionen und Operationen in vollem Umfang, einschließlich der Nutzung der EU RDC, möglich gemacht wird. Darüber hinaus wurde be-

69 Questions and answers, S. 3; Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 27–28.

70 Vgl. Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 28.

71 Hierbei handelt es sich auch darum, die Staaten mit dem höchsten Atomwaffenpotential zu dessen Reduktion »nach Ablauf des START-Vertrags« zu bewegen. Vgl. ebenda, S. 29. Im Fokus steht hier auch die Verlängerung des Vertrags zur Verringerung strategischer Waffen (New START oder START III [russ.]), dessen Laufzeit die USA und Russland 2021 für weitere fünf Jahre prolongierten. Vgl. Witold Rodkiewicz: Rosja uzyskuje przedłużenie układu START-3. In: OŚRODEK STUDIÓW WSCHODNICH. ANALIZY 2021, <https://www.osw.waw.pl/>, S. 1 (2.05.2022).

72 Vgl. Questions and answers, S. 4; Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 30–38.

73 Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 37.

kannt gegeben, dass sie beabsichtigen, die neuen strategischen Fähigkeiten, wie etwa unbemannte Marineplattformen, Luftabwehr- und Luftkampfsysteme der Zukunft, Plattformen für die weltraumgestützte Erdbeobachtung, Technologien für die Weltraumlageerfassung und weltraumgestützte Kommunikationsdienste, logistische Bodensysteme (insbesondere Hauptkampfpfanzler) sowie kybernetische Plattformen zu entwickeln. Die neuen technologischen Fähigkeiten sollen »in den Händen der Mitgliedstaaten« bleiben und »sowohl im Rahmen der nationalen als auch der multinationalen Strukturen (NATO und UNO) genutzt werden«. ⁷⁴

Im Rahmen des vierten kurzfristigen Ziels verpflichteten sich die Mitgliedstaaten (1) zur Intensivierung der Zusammenarbeit sowohl mit multilateralen strategischen Partnern (NATO, UNO) als auch mit regionalen Partnern, insbesondere mit der OSZE, der Afrikanischen Union (African Union, AU) und dem Verband Südostasiatischer Nationen (Association of South-East Asian Nations, ASEAN); (2) zur Weiterentwicklung der Kooperation mit den bilateralen strategischen Partnern, wie etwa USA, Kanada, Großbritannien, Norwegen und Japan; (3) und zur Stärkung der Partnerschaft mit den Ländern des Westbalkans, in der östlichen und südlichen Nachbarschaft der EU, in der indopazifischen Region und in Lateinamerika. ⁷⁵

Zu betonen ist, dass der Strategische Kompass für Sicherheit und Verteidigung (2022) – im Vergleich zu den European Headline Goals 2003 und 2010 – sechs Innovationen enthielt: (1) die EU RDC ist für das Krisenmanagement und die Operationen (darunter die Teilnahme an solchen bewaffneten Konflikten, zu denen der Zugang nicht beschränkt wurde) zuständig; (2) Entscheidung über die Entwicklung der sog. Enabler (darunter u. a. eigener Lufttransport mit Luftbetankung ⁷⁶ und die oben erwähnten strategischen Fähigkeiten); (3) Einführung neuer, sich auf Szenarien und regelmäßige Übungen von Einheiten der Schnellen Eingreiftruppen stützende Planungsregeln; (4) flexiblere Beschlussfassung in der GSVP, besonders in Bezug auf die Nutzung der EU RDC; (5) Stärkung der beiden Stäbe für die Operationsplanung und -durchführung, wobei der MPCC das Recht auf die Planung, Durchführung und Führung der Operationen mit Exekutivbefugnissen erhielt. Überdies war der Strategische Kompass ein weiteres Dokument, das auf zwei relevante rechtliche Bedingungen verwies: (a) er rückte die Bedeutung der sich aus der Beistandsklausel (Art. 42 Abs. 7 EUV) und der Solidaritätsklausel (Art. 222 AEUV) ergebenden Verpflichtungen der

74 Questions and answers, S. 5.

75 Ebenda, S. 6; Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 39–46.

76 Bisher fehlte dieses System in der EU, die immer den strategischen Transport der Drittstaaten nutzen musste, wenn sie ihre militärischen Missionen in die Zonen des militärischen Konflikts schickte.

EU in den Vordergrund; (b) er betonte die Aufrechterhaltung der bisherigen Beziehungen zwischen der EU und der NATO. Die EU RDC sollte die NATO auf keinen Fall ersetzen, sondern deren Handeln nur im Bereich des Krisenmanagements sowie bei bewaffneten Konflikten unterstützen. Der Nordatlantikpakt mit seinem atomaren Schirm blieb also weiter die Grundlage der kollektiven Verteidigung der Europäischen Union;⁷⁷ (6) Der Strategische Kompass verwies auf Russland und die Volksrepublik China als jene Länder, von denen die hauptsächlichen Gefährdungen für die internationale Sicherheit ausgehen.⁷⁸ Der Standpunkt einzelner EU-Mitgliedstaaten gegenüber dem Strategischen Kompass war unterschiedlich: Seine Voraussetzungen und Ziele wurden vor allem von Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden gefördert, während u. a. Tschechien und Österreich Bedenken hegten.⁷⁹ Dabei ist jedoch zu betonen, dass der Erfolg des Strategischen Kompasses von der Gewinnung einer möglichst hohen Zahl an EU-Mitgliedstaaten (darunter auch der elf Staaten Mitteleuropas) abhängt. Andernfalls dürfte er das Schicksal der European Headline Goals 2003 bezüglich der Entwicklung von Schnellen Eingreiftruppen und der European Headline Goals 2010 zur Aufstellung der BGs teilen.⁸⁰

6 Schlussfolgerungen

Die Analyse des zugänglichen Quellenmaterials bewies die beiden im vorliegenden Beitrag aufgestellten Forschungshypothesen. Falls es infolge der Reform der GSVP zur Entwicklung der EU RDC und dadurch zur Erreichung ihrer operativen Kapazität im Jahre 2025 kommen sollte, wird dies der Europäischen Union zu einer Stärkung ihrer Position auf der internationalen Bühne verhelfen (Hypothese 1). Allerdings handelt es sich bei der strategischen Autonomie der EU nicht um die Bestrebungen, die auf eine Stärkung der Position der EU auf

77 Vgl. Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass, S. 17.

78 Vgl. ebenda, S. 5–7, 9–11, 18, 42.

79 Aneta Zachova: Obronność: Strategiczny kompas UE narusza kompetencje państw członkowskich? In: EURACTIV vom 19.11.2021, <https://www.euractiv.pl/>, S. 1 (2.05.2022); Aleksandra Brzozowski: Nowa strategia wojskowa UE: Europa będzie lepiej przygotowana na kryzysy? In: EURACTIV vom 10.11.2021, <https://www.euractiv.pl/>, S. 1–4 (2.05.2022); Dominik Moliński: Unia Europejska chce mieć siły szybkiego reagowania i podaje termin. In: KOMPAS STRATEGICZNY, IAR, 10.11.2021, <https://next.gazeta.pl/>, S. 1 (2.05.2022); Josep Borrell: Strategiczny Kompass dla Europy, 12.11.2021, <https://www.project-syndicate.org/>, S. 1f. (2.05.2022).

80 Bemerkenswerterweise ist der Standpunkt der USA gegenüber dem Strategischen Kompass noch nicht klar.

der internationalen Bühne vis-à-vis der NATO hinauslaufen, wie es manche EU-Mitgliedstaaten – insbesondere Frankreich und Deutschland – in den letzten Jahren wollten. Vielmehr geht es hierbei darum, dass die EU einen wesentlichen Beitrag für die Stärkung des transatlantischen Sicherheitssystems leistet (Hypothese 2). Infolge des bisherigen Prozesses der Implementierung der Globalen Strategie (2016) gelang es der EU, deutliche Fortschritte in der Rüstungszusammenarbeit (PADR, EDIDP, EDF), in der militärisch-technischen Kooperation (PESCO) sowie in der Zusammenarbeit mit ihren Partnern (EPF) zu erreichen (Antwort auf die erste Forschungsfrage). Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 sowie angesichts der von russischen Soldaten in großem Ausmaß begangenen Kriegsverbrechen – vielleicht sogar von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord – beschloss die EU zum ersten Mal in ihrer Geschichte, die Lieferung von Waffen- und Militärausrüstung für einen Drittstaat (hier: die Ukraine) aus ihren eigenen Mitteln zu finanzieren. Die Realisierung dieser neuen Projekte hatte keine negativen Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der EU und der NATO, die durch Russlands Aggression gegen die Ukraine sogar noch gefestigt wurden (Antwort auf die zweite Forschungsfrage). Überdies betrachteten die NATO-Staaten – einschließlich der USA – diese Projekte als Ergänzung der transatlantischen Zusammenarbeit, was sich mit den Beschlüssen der gemeinsamen EU-NATO-Erklärung (2018) deckt. Ihre herausragende Bedeutung bestand überdies darin, dass die NATO – darunter auch die USA – erstmals *expressis verbis* anerkannte, dass die Entwicklung der GSVP die transatlantische Sicherheit stärkt. Im Anschluss daran unterstützten sie die Reform dieser Politik. Zu betonen ist jedoch, dass einige amerikanische Rüstungskonzerne eingangs Bedenken bezüglich einzelner PESCO-Projekte aus Angst vor der Konkurrenz seitens europäischer Rüstungsfirmen äußerten. Die Einstellung der EU-Mitgliedstaaten zur Durchführung der oben erwähnten GSVP-Reformprojekte war bisher ambivalent (Antwort auf die dritte Forschungsfrage). Während die Staaten Westeuropas an der Realisierung der Projekte der Rüstungszusammenarbeit und militärisch-technischen Kooperation in Gänze teilnahmen, verhielten sich die Staaten Mitteleuropas gegenüber jenen Unternehmen äußerst reserviert. Eine ähnliche Trennlinie unter den EU-Mitgliedstaaten ist bei deren Einstellung zum Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung beobachtbar. Große Unterstützung fand er nämlich bei Deutschland, Frankreich, Italien sowie den Niederlanden, wohingegen Tschechien und Österreich Zweifel daran äußerten. Für einen möglichst großen Erfolg des Strategischen Kompasses ist die Gewinnung einer möglichst hohen Zahl von EU-Mitgliedstaaten – auch der Staaten Mitteleuropas – erforderlich. Andernfalls dürfte er das Schicksal der European Headline Goals 2003 bezüglich der Entwicklung von Schnellen Eingreiftruppen und der European Headline Goals 2010 zur Aufstellung der BGs teilen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt

ist der Standpunkt der USA gegenüber dem Strategischen Kompass noch nicht klar. Dabei ist jedoch anzumerken, dass der Entwurf zur Einrichtung des EPF sowie die Entscheidung über die Lieferung von Waffen und Militärausrüstung an die Ukraine von allen EU-Mitgliedstaaten solidarisch angenommen wurden, was als gutes Zeichen für die Zukunft zu interpretieren ist. Bei der Antwort auf die vierte Forschungsfrage soll hervorgehoben werden, dass trotz der oben genannten Leistungen die Bestrebungen der EU für das Erreichen der strategischen Autonomie im Jahre 2030 durch Russlands Aggression gegen die Ukraine (2022) verifiziert wurden. Dadurch wurde ein weiteres Mal bestätigt, dass die amerikanische Führung innerhalb des Sicherheitssystems unerlässlich ist. Aus diesem Grund weisen die Erfahrungen der EU mit dem russischen Angriff auf die Ukraine sowie mit dem russisch-ukrainischen Krieg (2022–2023) darauf hin, dass jedes Projekt der strategischen Autonomie der Europäischen Union eine Stärkung der internationalen Position der EU sowie deren Fähigkeit voraussetzen muss, angesichts der internationalen Krisen zusammen mit oder im Einvernehmen mit der NATO entschiedene Schritte zu unternehmen. Diese Autonomie sollte wiederum das System der transatlantischen Sicherheit stärken und nicht zur Konkurrenz mit dem Nordatlantikpakt führen.

Aus dem Polnischen von Piotr A. Owsinski

DOI: 10.13173/9783447120241.123

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

»Europäische Krisen« und die strukturelle Weiterentwicklung der Europäischen Union

Jan Barcz, Konferenz der Botschafter der Republik Polen (RP), Team Europe

“European crises” and the systemic evolution of the EU

The origins of the integration process should be sought in the tragic experience of World War II. And the subsequent stages of the evolution of the Communities and then the European Union are related to the challenges (“crises”) that occurred in the European and global international environment (fuel crisis of the 1970s), political tensions of the first half of the 1980s (the establishment of the internal market project), German reunification (the EMU project), political and constitutional changes in the CEE (“big” enlargement), civil war in the Balkans (the programme for the accession of the Western Balkan states), challenges of the first decade of the 21st century (the Lisbon Treaty), the financial crisis (euro-zone sanitation and consolidation), the COVID-19 pandemic (EU flexibility). In general, the response to the major challenges demonstrates the flexibility of the Union and the determination of its member states to maintain and develop the process of European integration. This is also demonstrated by closing ranks in the transatlantic relations and the EU’s leading role in the creation and management of a major international programme to support Ukraine against Russian and Belarusian aggression. Arguably, it will also contribute to the discrediting and radical weakening of the anti-European populist and nationalist movement that undermines the importance of democracy along with the rule of law as the chief binder of the European integration process.

DOI: 10.13173/9783447120241.153

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.153

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

1 Einleitung

In der Nacht vom 23. auf den 24. Februar 2022 fiel Russland unter Beteiligung von Belarus in die Ukraine ein und beging so einen Akt der Aggression.¹ Die russische Armee verhält sich während des Kriegs in der Ukraine außerordentlich brutal, indem sie Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und – worauf immer mehr Beweise hindeuten – Verbrechen im Sinne von Völkermord begeht. Zugleich ist die Aggression Russlands gegen die Ukraine gegen das europäische, demokratische Wertesystem gerichtet und zielt auch auf eine Demontage des Prozesses der europäischen Integration (der Europäischen Union) sowie des Europäischen Sicherheitssystems, das sich auf das Nordatlantische Bündnis gründet.² Es muss also nicht ausführlicher bewiesen werden, dass dies in der gegenwärtigen Situation den Hauptbezugspunkt für Betrachtungen über den Einfluss der »europäischen Krisen« auf die strukturelle Weiterentwicklung der EU darstellen muss.

Das ist umso begründeter, als die EU, die NATO und die übrigen Staaten der demokratischen Welt entgegen den Erwartungen des Putin-Regimes mit einer Geschlossenheit auf den Überfall Russlands auf die Ukraine reagierten, die bislang ihresgleichen sucht: sie verurteilten den Angriff und die von der russischen Armee begangenen Verbrechen, kündigten die Bestrafung der Verursacher dieser Verbrechen an und verhängten in einem bis dahin beispiellosen Ausmaß Sanktionen gegen Russland, sie gewähren der Ukraine militärische Unterstützung und schaffen gleichzeitig ein riesiges internationales Programm humanitärer und ökonomischer Hilfe (den sog. neuen Marschall-Plan), zudem konkretisiert sich auch der Weg der Ukraine zur EU-Mitgliedschaft.³ Die Stärkung der transatlantischen Zusammenarbeit geht mit dem zügigen Prozess der Erlangung der Mitgliedschaft in der NATO durch Finnland und Schweden einher – also von Staaten, die bisher konsequent an einer Neutralitätspolitik festgehalten hatten. All diese Umstände bewirken, dass die Herausforderungen, vor denen die EU steht, in einem völligen neuen Licht zu sehen sind: sowohl diejenigen, die sich

1 United Nations General Assembly Resolution ES11/1, adopted on 2 March 2022. In: un.org, <https://www.un.org/press/en/2022/ga12407.doc.htm> (23.05.2022).

2 Erklärung von Kommissionspräsidentin von der Leyen auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit NATO-Generalsekretär Stoltenberg und dem Ratspräsidenten Michel, 24. Februar 2022, Brüssel, <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/pl/statement/221332> (28.05.2022).

3 Ukraina należy do Europy! Wezwanie do stworzenia kompleksowego, konkretnego i efektywnego planu włączenia Ukrainy do Unii Europejskiej. Stanowisko Konferencji Ambasadorów RP z dnia 8 marca 2022 r.. In: monitorkonstytucyjny, <https://monitorkonstytucyjny.eu/archiwa/21254> (23.05.2022).

auf eine Neudefinition ihrer Handlungsprioritäten beziehen als auch die, bei denen es um die Weiterentwicklung ihrer Struktur (ihres institutionellen Systems) geht.

In beiden Bereichen sind grundlegende Veränderungen im europäischen Integrationsprozess eingetreten,⁴ insbesondere in den letzten dreißig Jahren: Ein wesentlicher Maßstab war der vor dreißig Jahren, am 7. Februar 1992, unterzeichnete Vertrag über die Europäische Union, der am 1. November 1993 in Kraft trat und zu Recht nicht nur als Meilenstein in der Entwicklung der europäischen Integration bezeichnet wird, sondern vor allem als »Durchbruch« in diesem Prozess.⁵

Nach den nächsten Änderungsverträgen – dem Vertrag von Amsterdam (1999) und dem Vertrag von Nizza (2003) – sowie der Überwindung der Strukturkrise der Europäischen Union, die mit der Ablehnung des Verfassungsvertrags verbunden war, wurde die Union kraft des am 13. Dezember 2007 unterzeichneten Vertrags von Lissabon (der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat) in eine kohärente internationale Organisation umgestaltet. Die »EU nach Lissabon« sah sich im Laufe von etwas mehr als zehn Jahren ihres Bestehens mit vier sehr ernstesten Krisen konfrontiert: mit der Finanzkrise (2007/2008), der Migrationskrise (2015–2017), der COVID-19-Krise und der Krise der Nichtbeachtung gemeinsamer Werte (insbesondere der Rechtsstaatlichkeit) durch einige Mitgliedsstaaten (Ungarn und Polen).

Die Überlegungen dazu, welche Konsequenzen die Folgen des Angriffs Russlands auf die Ukraine für die Struktur der Europäischen Union haben wird, machen es erforderlich, zuerst das Ausmaß der strukturellen Herausforderungen zu bestimmen, die eine Folge früherer »europäischer Krisen« sind, um anschließend jene Probleme zu präzisieren, die mit der Reaktion der EU und der NATO auf die russische Aggression verbunden sind.

- 4 Zum Thema der Reformen im europäischen Integrationsprozess im historischen Überblick: Alicja Sikora-Kaleda: Historia integracji europejskiej i rozwój prawa unijnego. In: Stanisław Biernat (Hrsg.): System prawa Unii Europejskiej, Bd. I., Warszawa 2020, S. 51–97.
- 5 Back to Maastricht: Obstacles to Constitutional Reform within the EU Treaty (1991–2007). Edited by Stefania Baroncelli, Carlo Spagnolo and Leila Simona Talani, Newcastle upon Tyne 2007.

2 Das Erbe des Vertrags von Maastricht

Die Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht wurden in einer Zeit großer Herausforderungen, mit denen sich Europa und der (west)europäische Integrationsprozess damals konfrontiert sahen, geführt und abgeschlossen⁶:

- 1) die Staaten Mittel- und Osteuropas erkämpften ihre Unabhängigkeit, Deutschland vereinigte sich, die Sowjetunion zerfiel und der brutale Bürgerkrieg auf dem Balkan verschärfte sich;
- 2) die Europäischen Gemeinschaften schüttelten die »Euroskleros« ab, sie schufen ein Programm für die Schaffung eines Binnenmarkts (mit der vollen Liberalisierung der vier Freiheiten), das große Programm einer einheitlichen Währung (Euro) und der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion wurde abgeschlossen, die wirtschaftliche Integration musste Unterstützung bei der Koordinierung der Außenpolitik der Mitgliedstaaten und ihre stärkere Zusammenarbeit im Bereich innerer Angelegenheiten erlangen; dies ging einher mit der Gewährleistung der Freizügigkeit der Bürger der Mitgliedstaaten auf dem Territorium der Gemeinschaften (die Anfänge des Aufbaus des Schengenraums) sowie der Notwendigkeit einer stärkeren Verbindung der Bürger mit dem Wirken der Gemeinschaft (Unionsbürgerschaft);
- 3) die damalige »EG-12« musste zugleich auf die Beitrittsanträge der EFTA-Staaten antworten: schlussendlich traten 1995 Österreich, Finnland und Schweden der EU bei (damit stieg die Zahl der Mitgliedstaaten auf 15), und für die anderen EFTA-Staaten wurde (im Jahr 1994) der Europäische Wirtschaftsraum geschaffen, eine Art fortgeschrittene Assoziierung. Zugleich wurde die Perspektive des Beginns von Beitrittsverhandlungen mit den »neuen Demokratien« (»große« Erweiterung) aktuell.

Dank des Vertrags von Maastricht und der ihm folgenden Änderungsverträge (Vertrag von Amsterdam, Vertrag von Nizza) konnten die oben genannten Herausforderungen im Prozess der europäischen Integration gut bewältigt werden: die EU wurde geschaffen, und obwohl sie strukturell nicht einheitlich war (sie beruhte auf drei Säulen), so umfasste sie doch mit ihrem gemeinsamen institutionellen Rahmen die Außenpolitik, die Zusammenarbeit der Justiz und in den inneren Angelegenheiten; in den Vertrag, der die Europäische Union schuf, wurde das Programm der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) eingebunden, das zu Beginn des Jahres 2002 zur Einführung der ge-

6 Die folgenden Ausführungen berufen sich auf meine Analyse in: Jan Barcz: 30 lat temu zostat podpisany Traktat z Maastricht. In: *monitorkonstytucyjny.eu* vom 05.02.2022, <https://monitorkonstytucyjny.eu/archiwa/20906> (7.02.2022).

meinsamen Währung (Euro) führte – zurzeit gehören 19 Staaten der Eurozone an; dies ging mit einer vertieften Liberalisierung der vier Freiheiten des Binnenmarkts einher, wozu vor allem die grundsätzliche Änderung in der Beschlussfassung im Rat diente, die auf dem Übergang vom Einstimmigkeitsprinzip bei der Beschlussfassung zum Prinzip qualifizierter Mehrheitsentscheidungen beruhte; schließlich stellte der Vertrag von Maastricht den Schutz der Grundrechte des Individuums in den Mittelpunkt des Integrationsprozesses, was in der Schaffung einer Unionsbürgerschaft zum Ausdruck kam.

Die neue Etappe in der Strukturentwicklung des europäischen Integrationsprozesses, dessen Anfang der Vertrag von Maastricht einleitete, trug zugleich zur Konkretisierung einer Reihe von Herausforderungen bei. Sie haben auch in der gegenwärtigen Debatte über die Zukunft der EU eine Schlüsselbedeutung:

- 1) Der Vertrag von Maastricht und die folgenden Änderungsverträge haben die Kompetenzen, die den Gemeinschaften (gegenwärtig: der Union) durch die Mitgliedstaaten übertragen wurden, erheblich erweitert, was zu ernsthaften Kontroversen auf der Ebene einzelner europäischer Länder führte (an deren Anfang das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1993, das sog. Maastricht-Urteil, stand) – also zu Kontroversen, die sich auf die Effizienz des Gemeinschaftsrechts (gegenwärtig: des EU-Rechts) auswirkten, die in dem Vorwurf zum Ausdruck kamen, dass der Gerichtshof der Europäischen Union »ultra vires« handele;
- 2) Mit dem Vertrag von Maastricht beginnt sich die Spannung zwischen dem »Intergouvernementalismus« (der Rolle der Mitgliedstaaten) und der »Supranationalität« (Gemeinschaftsmethode) zu verschärfen, umso mehr, als die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sogar nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon der intergouvernementalen Methode untergeordnet bleibt;
- 3) Seit dieser Zeit wächst auch das Problem der demokratischen Legitimation der EU, das sich auf die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente im EU-Beschlussfassungsprozess sowie die Stärkung der EU als Werte- und Rechtsgemeinschaft konzentriert (vgl. den gegenwärtigen Art. 2 EUV);
- 4) Die mit dem Vertrag von Maastricht verbundenen Herausforderungen trugen zu einer vertieften Diskussion über die innere Differenzierung des Status der Mitgliedstaaten im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses bei (Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, differenzierte Integration); es tauchte die sog. Schengen-Methode auf, deren Name sich vom Schengener Abkommen (1985) ableitet, kraft dem nur eine Gruppe der damaligen Mitgliedstaaten (die Benelux-Staaten, Frankreich und die Bun-

desrepublik) beschloss, die »physische« Kontrolle an den diese Länder teilenden Grenzen aufzuheben; das Wesen dieser Methode besteht darin, dass nur eine bestimmte Gruppe von Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Vertiefung des Integrationsprozesses ergreift; sie kann einerseits die Kohärenz des europäischen Integrationsprozesses bedrohen, andererseits aber die Möglichkeit zu seiner weiteren qualitativen Entwicklung schaffen; es ist symptomatisch, dass sie die EU insbesondere während des Auftauchens neuer »europäischer Krisen« begleitet.

Und schließlich gab der Vertrag von Maastricht Anlass zu einer emotionalen Debatte über das angestrebte Modell des europäischen Integrationsprozesses. Die Anhänger einer Vertiefung dieses Integrationsprozesses sehen in der EU den Keim für den Bau eines »europäischen Bundesstaates«, dies wiederum nutzen die Euroskeptiker und Gegner des Integrationsprozesses aus, indem sie auf dieser Grundlage einen »imaginierten« Gegner kreieren, der (je nach Einstellung) im Namen der Verteidigung der Nationalstaaten, der Souveränität, der nationalen Identität, der Bekämpfung eines »nationslosen europäischen Staates« etc. zum dankbaren Angriffsobjekt wird. Die Ansicht, dass die Union in einen »europäischen Bundesstaat« umgestaltet werden sollte, erfordert aus diesem Grund eine vorsichtige Beurteilung, umso mehr als sie (entgegen den Intentionen der Anhänger der europäischen Integration) mehr Schaden als Nutzen bringt (wofür die Ablehnung des Verfassungsvertrags in der Vergangenheit ein Beweis war). Sogar wenn im ernsthaften wissenschaftlichen Diskurs die EU als »neues politisches System« (*a new form of polity*) oder »Rechtsgebilde mit transitorischem Charakter« (*transitional entity*) bezeichnet wird, das nur schwer in die traditionellen Kategorien des internationalen Rechts einzuordnen ist, bleibt sie eine internationale Organisation, die von Staaten kraft internationaler Abkommen geschaffen wurde (Verträgen, die die EU schufen). Eine Änderung dieser Sachlage würde sowohl die Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten als auch – was hier am wichtigsten ist – die Herausbildung eines europäischen *demos* (einer Nation) erfordern, die zumindest so kohärent ist, dass sie zu einer demokratischen Legitimation für einen europäischen Bundesstaat im Stande ist. Das Schaffen von Bedingungen für eine solche Entscheidung liegt jedoch, selbst wenn man sie als wünschenswert und als im Interesse Europas liegend betrachtet, in ferner Zukunft.

3 Die »EU nach Lissabon« nach der Konfrontation mit den »europäischen Krisen«

Der Vertrag von Lissabon⁷ nahm eine grundlegende Strukturreform der EU vor, indem er die Europäische Union, die auf drei Säulen beruhte, in eine einheitliche und konsistente internationale Organisation umgestaltete, mit einem elastischen Entscheidungsprozess, einer kohärenten institutionellen Struktur und Verfahren (Brückenklausel), die die Durchführung wichtiger Strukturreformen erlauben, ohne dass dafür ein Änderungsvertrag notwendig wäre. Dadurch konnte die »Union nach Lissabon« den Herausforderungen, die mit den Folgen der nächsten, ersten Krisen verbunden waren, die Stirn bieten: der Finanzkrise, der Migrationskrise, der Krise in den transatlantischen Beziehungen unter Präsident Trump und schließlich der Krise, die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöst wurde.⁸ Von der »Stärke« der kraft des Vertrags von Lissabon durchgeführten Reform zeugt auch, dass in allen wichtigen Projekten, die die Reform der EU betrafen (u. a. in denen, die eine Folge der obengenannten Krisen waren), trotz der überaus unterschiedlichen Vorschläge eindeutig die Überzeugung herrscht, dass eine wirksame weitere Reform des europäischen Integrationsprozesses im Rahmen der »EU nach Lissabon« vonstattengehen sollte, nicht außerhalb von ihr.⁹ Nichtsdestotrotz sind seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (1. Dezember 2009) mehr als zehn Jahre verstrichen, und die oben erwähnten »europäischen Krisen« haben bewirkt, dass nicht nur die Handlungsprioritäten der Europäischen Union einer tiefen Reflexion bedürfen, sondern auch ihr institutionelles System. Zudem bleibt es weiterhin eine offene Frage, ob und wie die EU mit der Rechtsstaatlichkeitskrise in Ungarn und Polen zurechtkommen wird.¹⁰

Von der ganzen Palette neuer struktureller Herausforderungen, mit denen sich die EU konfrontiert sieht, möchte ich auf drei Probleme verweisen, die struktureller Natur sind, also sich auf das zukünftige politische System der Europäischen Union und die Lösung der sonstigen Fragen auswirken werden. An solchen »sonstigen Fragen« mangelt es nicht. Dabei soll es genügen, hier einmal

7 Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Amtsblatt der Europäischen Union C, 2007, Nr. 306.

8 Vgl. Józef Niżnik (Hrsg.): Polska w Europie jutra. Polityka europejska Polski w kontekście zmian międzynarodowych XXI wieku, Warszawa 2021.

9 Vgl. Jan Barcz: Od lizbońskiej do postlizbońskiej Unii Europejskiej. Główne kierunki reformy ustrojowej procesu integracji europejskiej, Warszawa 2020, S. 655.

10 Vgl. Adam Jelonek, Ryszard Schnepf (Hrsg.): Polska w świecie. Reaktywacja, Kraków 2022.

abgesehen von einer Neudefinition der Handlungsprioritäten der EU auf die Notwendigkeit zum Aufholen der Rückstände bei der Festlegung einer unions-eigenen Migrationspolitik oder auf die Einführung institutioneller Veränderungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (insbesondere die Ausweitung des Beschlussfassungsverfahrens durch den Rat mit qualifizierter Mehrheit) zu verweisen.

Das erste Problem struktureller Natur ist die Antwort der EU auf die Finanzkrise und die Reform der Eurozone. Eine Hauptfolge der Finanzkrise ist nicht – wie prophezeit wurde – der Zerfall der Eurozone und der Niedergang der gemeinsamen Währung, sondern im Gegenteil ein starker Impuls für Maßnahmen zugunsten einer Sanierung und daran anschließenden Konsolidierung der Eurozone. Die Reform der Eurozone wird konsequent durchgeführt und ist »tiefgreifender« Natur (bis hin zur angekündigten »politischen Union«). Das hat Anlass zu berechtigten Befürchtungen gegeben, dass ihre Wirkung sogar eine Fragmentierung des europäischen Integrationsprozesses sein könne, umso mehr deshalb, weil wichtige Fragen der Reform der Eurozone in Verträgen geregelt sind, die außerhalb der EU abgeschlossen wurden: im Vertrag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM-Vertrag) und im Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag). Diese Befürchtungen konnten bis zu einem gewissen Grad bagatellisiert werden, solange das Vereinigte Königreich ein Mitgliedstaat der EU blieb, der nicht zur Eurozone gehörte. Mit dem Brexit konnte sich die Gefahr der Fragmentierung jedoch dramatisch vertiefen. Zur Antwort auf diese Herausforderung wurde ein neuer Ansatz vorgestellt, der in der Strategie des »gemeinsamen Wegs«¹¹ und in der Strategie des »pragmatischen Wegs«¹² zum Ausdruck kommt. Entsprechend der Strategie des »gemeinsamen Wegs« sollen alle Mitgliedstaaten schrittweise der Eurozone beitreten, was die Gefahr der Fragmentierung (EU der »verschiedenen Geschwindigkeiten«) beseitigen würde. Ein gewisser Preis dafür ist die Strategie des »pragmatischen Wegs«, das heißt die Begrenzung des Tempos und des Umfangs ehrgeiziger Reformen der Eurozone auf das, »was in einer bestimmten Etappe möglich ist«. Die Folge einer derartigen Strategie ist es, dass der Abschluss der Reform

11 Die »Strategie des gemeinsamen Wegs« fand zum ersten Mal Ausdruck im sog. Angebot Junckers (vom September 2017). Jean-Claude Juncker, Rede zur Lage der Union, Brüssel 2017.

12 Die »Strategie des pragmatischen Wegs«, die die »Strategie des gemeinsamen Wegs« präzisiert, fand ihren Ausdruck im Paket von Vorschlägen der Europäischen Kommission, die auf eine Reform der Eurozone zielten und im Dezember 2017 veröffentlicht (Pressemitteilung vom 6.12.2017, IP/17/5005, Kommission legt Fahrplan für Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion vor) und anschließend in den Vorschlägen der Eurogruppe und der Europäischen Kommission weiterentwickelt wurden.

der Eurozone nicht nur eine Verletzung der Kohärenz der Union verhindert, sondern im Gegenteil zugleich zum Hauptmotor einer Strukturreform der EU wird. Die bisherige Reform der Eurozone wird konsequent umgesetzt, und die Rechtsakte, die den wesentlichsten Bestandteil dieser Reform betreffen – die Schaffung einer Bankenunion – werden im Rahmen der Methode der »kreativen Elastizität« (*creative flexibility*) angenommen, das heißt unter Ausnutzung aller verfahrensmäßigen Möglichkeiten der Umsetzung von Reformen ohne einen Änderungsvertrag. Nichtsdestotrotz erfordert das Erreichen des Endziels auf dem »gemeinsamen Weg« immer noch ernsthafte Strukturveränderungen der Europäischen Union – Projekte wie das der Einbindung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den Besitzstand der Union oder die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds und eines Europäischen Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen, vor allem aber der Abschluss des Projekts der Bankenunion, liegen weiterhin auf dem Verhandlungstisch. Dieses Projekt geht einher mit einer konsequenten Einführung der Formel »des neuen Managements« (»der politischen Union«?), die sich auf eine verstärkte Form der Gemeinschaftsmethode beruft.¹³ Das oben genannte Paradigma hat grundlegende Bedeutung für den Umfang und die Tiefe der Projekte der strukturellen Reformen der EU. Insbesondere wenn wir davon ausgehen, dass die Reformen der Eurozone zu einem Bezugspunkt für eine Reform der ganzen EU werden, müsste man an einige der bisher erwogenen Reformvorschläge für EU-Institutionen völlig anders herangehen, während andere wesentliche strukturelle Herausforderungen ganz einfach »verschwinden« können.

Das zweite dieser Probleme ist das Anwachsen euroskeptischer, nationalistischer und xenophober Tendenzen in den Mitgliedstaaten, was dadurch symbolisiert wurde, dass Ungarn und Polen die gemeinsamen Werte der EU in Frage stellen, in erster Linie die Rechtsstaatlichkeit¹⁴ als gemeinsamen Nenner des europäischen Integrationsprozesses.¹⁵ Die zurzeit geltenden Unionsverfahren erwiesen

13 Federico Fabbrini: *Economic Governance in Europe. Comparative Paradoxes and Constitutional Challenges*, Oxford 2016. In: Federico Fabbrini, Ernst Hirsch Ballin, Han Somsen (Hrsg.): *What Form of Government for the European Union and the Eurozone?*, Oxford - Portland 2015.

14 Zum Thema des Begriffs der Rechtsstaatlichkeit im EU-Recht vgl. Maciej Taborowski: *Mechanizm ochrony praworządności w państwach członkowskich Unii Europejskiej. Studium przebudzenia systemu ponadnarodowego*, Warszawa 2019.

15 Vgl. dazu ausführlicher: *Problem praworządności w Polsce w świetle dokumentów Komisji Europejskiej. Okres »dialogu politycznego« 2015–2017. Wstęp, wybór i opracowanie: Jan Barcz, Agnieszka Grzelak und Rafał Szyndlauer, Warszawa 2020; Problem praworządności w Polsce w świetle orzecznictwa Trybunału Sprawiedliwości UE (2018–2020). Wstęp, wybór i opracowanie: Jan Barcz, Agnieszka Grzelak und Rafał Szyndlauer, Warszawa 2021.*

sich gegenüber dem Vorgehen der nicht rechtsstaatlich ausgerichteten Regimes in diesen Staaten als wirkungslos. Selbst Urteile des Gerichtshof der Europäischen Union werden angefochten und nicht beachtet. Ob die neuen Mechanismen, vor allem der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus¹⁶, der die Auszahlung von EU-Mitteln mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit verbindet, sich als wirksam erweisen werden, bleibt dahingestellt. Dies sind Fragen von existenzieller Bedeutung für den europäischen Integrationsprozess. Das Problem der Achtung der Rechtsstaatlichkeit kristallisiert sich bereits zu einer Art Hauptachse heraus, um die herum die innere Differenzierung der EU erfolgen wird. Ausdruck dessen ist der beispiellose Verlauf der Diskussion während der Tagung des Europäischen Rats am 25. Juni 2021, als Premier Orbán direkt auf Art. 50 TUE (Austritt aus der EU) als Möglichkeit verwiesen wurde, sollten ihm die gemeinsamen EU-Werte nicht passen.¹⁷ Es unterliegt keinem Zweifel, dass diese Worte auch auf Ministerpräsident Morawiecki gemünzt waren.

In diesem Kontext ist auf das dritte Problem Bezug zu nehmen, das heißt auf die Möglichkeit einer Fragmentierung der EU. Die durchgeführten institutionellen Reformen sollen nicht über die rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen der EU hinausgehen, das heißt ihre Durchführung muss die geltenden Verfahren beachten. Die Strategie des »gemeinsamen Wegs« und des »pragmatischen Wegs« ist auf die Bewältigung einer grundsätzlichen Herausforderung ausgerichtet: auf die Dynamisierung des Integrationsprozesses bei einer gleichzeitigen Garantie der strukturellen Kohärenz der Union. Mit einem solchen Ansatz korrespondiert die Konzeption der »elastischen Integration« (*flexible integration*)¹⁸, der zufolge einerseits die innere Differenzierung in der EU zu einer strukturellen Tendenz des europäischen Integrationsprozesses geworden ist, die seine dynamische Entwicklung bedingt, während andererseits die Beibehaltung ihrer strukturellen Kohärenz die Hauptachse der Strukturreform der Union bilden muss. Die »Strategie des »gemeinsamen Wegs« und des »pragmatischen Wegs« kann mithilfe von drei grundsätzlichen Methoden (Verfahren) durchgeführt werden, die sich in unterschiedlichen Etappen der EU-Reformen »überlagern« können: 1) durch die Nutzung vorhandener Verfahrensrichtlinien – mit Anwendung der kreativen Elastizität (*creative flexibility*), 2) durch den Abschluss weiterer Änderungsverträge sowie 3) durch den Griff zur sog. Schengener Methode – den Abschluss weiterer internationaler Abkommen durch eine Gruppe von Mitglied-

16 Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2020, Nr. 433, S. 11.

17 Nach dem Bericht von Tomasz Bielecki (Holandia proponuje Orbánowi wyjście z Unii). In: GAZETA WYBORCZA vom 26./27. Juni 2021, S. 8.

18 Vgl. Barcz: Od lizbońskiej, S. 645–661.

staaten außerhalb des rechtlich-institutionellen Rahmens der EU. Gleichzeitig könnte der Griff zu dieser Methode jedoch mit Erfolg zu einem »Ausschluss« mancher Mitgliedstaaten aus dem »harten Kern« der europäischen Integration dienen. Wenn die Strategie des »gemeinsamen Wegs« auf Obstruktion seitens der Staaten außerhalb der Eurozone stoßen sollte, dann werden die Staaten, die zu dieser Zone gehören, wohl kaum zögern, sich auf diese Methode zu berufen. Wenn wir berücksichtigen, dass die zwei Staaten, die die Rechtsstaatlichkeit in Frage stellen – Ungarn und Polen – nicht zur Eurozone gehören, dann führt dies geradewegs zu ihrem Ausschluss aus der Hauptrichtung der europäischen Integration. Für nicht der Rechtsstaatlichkeit verpflichtete Staaten gibt es schlicht keinen Platz im europäischen Integrationsprozess.

Wie bereits erwähnt, ist die EU im Allgemeinen gut mit den Herausforderungen zurechtgekommen, die aus den aufeinanderfolgenden »europäischen Krisen« resultierten. Das Rahmenprogramm der institutionellen Reformen und die Neudefinition der Handlungsprioritäten der Union wurden in den einzelnen Etappen in programmatischen Dokumenten formuliert, vor allem (1) im Aktionsplan der Europäischen Kommission für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion. Auftakt für eine europäische Diskussion« (30. November 2012)¹⁹, der am 21. Juni 2015 vorgelegt wurde; (2) im Bericht der fünf Präsidenten: Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden²⁰ sowie (3) im Dokument der Europäischen Kommission – Weißbuch zur Zukunft Europas: Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien.²¹

Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen präzierte, als sie 2019 ihr Amt übernahm, die wichtigsten Herausforderungen, mit denen sich die EU konfrontiert sieht²² – klimatische Veränderungen, das hereinbrechende digitale Zeitalter, die soziale Dimension des Binnenmarkts, die Stärkung der gemeinsamen Werte der EU, unkontrollierte Migration, die Demographie und die Sicherung einer starken Position für die Union auf globaler Ebene. Die COVID-19-Pandemie hat diese Werte weder diskreditiert noch

19 Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission, Brüssel, 30. November 2012, COM (2012) 777 final/2. Corrigendum.

20 Der Bericht der fünf Präsidenten: Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden, vorgelegt von: Jean-Claude Juncker in enger Zusammenarbeit mit Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi und Martin Schulz, https://commission.europa.eu/system/files/2016-03/5-presidents-report_de_0.pdf, S. 1-27 (15.06.2022).

21 Pressemitteilung der Europäischen Kommission, Brüssel, 1. März 2017, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_17_385 (26.05.2022).

22 Unia, Która mierzy wyżej. Mój program dla Europy. Kandydatka na przewodniczącą Komisji Europejskiej Ursula von der Leyen. Wytyczne polityczne na następną kadencję Komisji Europejskiej (2019–2024), https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_pl.pdf (26.05.2022).

hat sie sie in den Hintergrund gedrängt, sondern ihnen im Gegenteil eine neue Bedeutung und eine neue Dimension verliehen. Die Zeit der Pandemie machte den Mitgliedstaaten bewusst, dass die Fähigkeit, diese Probleme gemeinsam zu meistern, mit einer Weiterentwicklung des Integrationsprozesses einhergeht, ja vielleicht sogar über das Aussehen respektive den Fortbestand dieses Prozesses entscheiden wird. Ausdruck dessen war der beispiellose Beschluss über die Gründung des Wiederaufbaufonds im Jahr 2021, der den Haushalt der EU (die Eigenmittel der Union) revolutionierte und somit vermutlich fundamentale Änderungen im institutionellen Gleichgewicht der Europäischen Union und in den Beziehungen zwischen den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten einleitet.

4 Die »Feuerprobe« – die EU angesichts des Angriffs des Putin-Regimes auf die Ukraine

Die EU sah sich also mit Herausforderungen konfrontiert, die mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine in der Phase eines tiefgehenden Strukturwandels, einer Neudefinition ihrer Handlungsprioritäten und mit fundamentalen Problemen verbunden sind, die daraus resultieren, dass einige Mitgliedstaaten (Ungarn und Polen) die demokratischen Werte in Frage stellen, die der gemeinsame Nenner des europäischen Integrationsprozesses sind. Zeitgleich damit haben sich der Verlauf der COVID-19-Pandemie und die Tagungen der Konferenz zur Zukunft Europas überlagert, die mit einjähriger Verspätung am 9. Mai 2021 begann und drei Monate nach Beginn des Überfalls auf die Ukraine, am 9. Mai 2022, endete.²³ Trotz einer skeptischen Haltung gegenüber den möglichen Ergebnissen der Arbeit der Konferenz sowie der Zurückhaltung der Mitgliedstaaten²⁴ präziserte der Schlussbericht der Konferenz auf akzeptable Weise die wichtigsten Herausforderungen in Bezug auf die Handlungsprioritäten der EU sowie die erwünschten institutionellen Reformen (er berücksichtigt auch die neuen Herausforderungen, die mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine verbunden sind), ohne vor Vorschlägen zurückzuschrecken, die eine Änderung der Verträge erfordern würden, die das Fundament der Union darstellen.²⁵

23 Konferencja w sprawie przyszłości Europy zakończyła prace. Komunikat Komisji Europejskiej z 9 maja 2022 r. (IP/22/2862).

24 Vgl. EUROPEJSKI PRZEGLĄD SĄDOWY 2021, Nr. 9 – Debata o reformach instytucjonalnych w ramach Konferencji w sprawie przyszłości Europy.

25 Conference on the Future of Europe. Report on the Final Outcome, May 2022, <https://futureu.europa.eu/pages/reporting?locale=en> (26.05.2022).

Wie in der Einleitung erwähnt, stieß der Überfall Russlands auf die Ukraine auf eine entschiedene Verurteilung seitens der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der EU. Während einer außerordentlichen Tagung des Europäischen Rats am 24. Februar 2022 bezeichneten die Staats- oder Regierungschefs der Mitgliedstaaten den Überfall Russlands auf die Ukraine als Akt der Aggression, riefen zu seiner unverzüglichen Beendigung sowie zur Achtung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine (sowie Georgiens und der Republik Moldau) auf und kündigten an, dass Russland für sein Handeln zur Verantwortung gezogen werde. Gleichzeitig riefen sie zur raschen Ausarbeitung eines neuen Pakets von gegen Russland und Belarus gerichteten Sanktionen auf, brachten ihre Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck und kündigten ihre politische, finanzielle, humanitäre und logistische Unterstützung für dieses Land an. Der Europäische Rat unterstrich auch die »europäischen Bestrebungen der Ukraine und ihre Entscheidung für Europa, wie sie im Assoziierungsabkommen zum Ausdruck kommt«.²⁶

Die Staats- oder Regierungschefs der Mitgliedstaaten der EU präzisierten ihren gemeinsamen Standpunkt in der Erklärung von Versailles vom 11. März 2022, die während einer informellen Tagung des Europäischen Rats (10./11. März 2022) angenommen wurde.²⁷ In dieser Erklärung ordnete der Europäische Rat den Überfall Russlands auf die Ukraine als »grundlose und ungerechtfertigte Aggression« ein, die gegen die grundlegenden Normen des internationalen Rechts verstoße, sie unterstrich die Komplizenschaft von Belarus an diesem Akt der Aggression sowie die zwangsläufige Übernahme der Verantwortung für die begangenen Verbrechen. Danach rief der Europäische Rat Russland zur Einstellung seiner Militäraktion und zum Abzug all seiner Streitkräfte aus der Ukraine auf, unterstrich die Notwendigkeit, die nukleare Sicherheit (hinsichtlich der kerntechnischen Anlagen auf dem Territorium der Ukraine) zu gewährleisten, versprach der Ukraine politische Unterstützung (u. a. für ihre »europäischen Bestrebungen«), finanzielle, materielle und humanitäre Hilfe sowie Schutz für alle Kriegsflüchtlinge. Er kündigte zudem an, Russland immer schärfere Sanktionen auferlegen zu wollen. Äußerst wichtig ist, dass diese Auffassung während der beispiellosen Treffen am 24. März 2022 im Rahmen des NATO-Gipfels²⁸, des

26 Europäischer Rat. Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates, 24. Februar 2022. Wichtigste Ergebnisse. In: [consilium.europa.eu](https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2022/02/24/), <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2022/02/24/> (26.10.2022).

27 Nieformalne posiedzenie szefów państw lub rzqdów. Deklaracja wersalska 10–11 marca 2022 r. Wersal, 11 marca 2022 r. (OR. En). In: [consilium.europa.eu](https://www.consilium.europa.eu/media/54787/20220311-versailles-declaration-pl.pdf), <https://www.consilium.europa.eu/media/54787/20220311-versailles-declaration-pl.pdf> (26.10.2022).

28 Press conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the extraordinary Summit of NATO Heads of State and Government. 24 Mar. 2022. In: [nato.int](https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions193613.htm), <https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions193613.htm> (25.03.2022).

Treffens der G7²⁹, der Tagung des Europäischen Rats am 24./25. März 2022³⁰ (am 24. März unter Teilnahme des Präsidenten der Vereinigten Staaten Joseph R. Biden, Jr.)³¹ präzisiert wurde, die die Einmütigkeit der demokratischen internationalen Gemeinschaft angesichts des Überfalls von Russland auf die Ukraine zum Ausdruck brachten.

Berücksichtigt man die oben skizzierten fundamentalen Strukturprobleme, mit denen sich die EU konfrontiert sieht, dann zwingt das Ausmaß der Herausforderungen, das aus den Konsequenzen des Überfalls von Russland auf die Ukraine resultiert, zumindest in den folgenden Angelegenheiten zu einer raschen und komplexen Beschlussfassung:

- Inhaltliche Ausfüllung der sich verstärkenden transatlantischen Beziehungen: auf nationaler Ebene (Erhöhung des Rüstungshaushalts) sowie auf der Ebene der EU (Übergang zum Aufbau einer »gemeinsamen Verteidigungspolitik«, die vertragliche Infrastruktur ist dazu ausreichend, im Entscheidungsprozess im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist dagegen zweifelsohne in größerem Maß zu einer Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit überzugehen;
- Die EU wird eine zentrale Rolle bei der Schaffung und Verwaltung eines internationalen Hilfsprogramms für die Ukraine spielen.³² Unabhängig von den Zuschüssen der einzelnen Staaten für ein solches Programm wird in der EU die Schaffung eines Fonds nach dem Vorbild des Wiederaufbaufonds erwogen, dessen Mittel also aus der gemeinsamen Verschuldung der Union stammen würden.³³ Sollte es tatsächlich dazu kommen, dann wäre dies eine Bekräftigung der Weiterentwicklung der Union, die ihre Rechtssubjektivität radikal ändern würde (auch im Verhältnis zu den Mitgliedstaaten);

29 G7 Leaders' Statement – Brussels, 24 March 2022, <https://www.consilium.europa.eu/pl/press/press-releases/2022/03/24/g7-leaders-statement-brussels-24-march-2022/> (25.04.2022).

30 Vgl. Europäischer Rat. Tagung am 24./25. März 2022. Schlussfolgerungen, Brüssel, 25. März 2022, EUCO 1/22.

31 Joint readout by the European Council and the United States. Europäischer Rat. Pressemitteilung vom 24. März 2022.

32 European Commission. Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Ukraine relief and reconstruction. European Commission. Brussels, 18 May 2022, COM(2022) 233 final.

33 Vgl. Thomas Gutschker: Brüssel bringt gemeinsame Schulden für Ukraine-Hilfe ins Gespräch. In: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17.05.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bruessel-bringt-gemeinsame-schulden-fuer-ukraine-wiederaufbau-ins-gespraech-18037721.html?premium> (18.05.2022).

- Der »Kern« einer Strukturreform der EU ist die Reform der Eurozone. Das Projekt der Bankenunion steht kurz vor dem Abschluss. Wenn die Strategie des »gemeinsamen Wegs« erfolgreich ist, dann stärkt sich die EU auch als »politische Union«, was unter dem institutionellen Gesichtspunkt eine radikale Stärkung der sog. Gemeinschaftsmethode bedeuten würde (qualifizierte Mehrheit als vorrangige Methode bei der Beschlussfassung im Rat, Ausweitung der Rechtsprechung des Gerichtshof der Europäischen Union). Dies verlangt gleichzeitig nach einer Ausweitung der Kompetenzen, die der Union von den Mitgliedstaaten übertragen wurden (infolge der Pandemie wird besonders auf den Bereich der öffentlichen Gesundheit verwiesen) sowie auf die Stärkung der demokratischen Legitimation der EU (Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente in Unionsangelegenheiten);
- Zustrom von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine (bis Mitte Mai 2022 reisten mehr als 3 Mio. Flüchtlinge aus der Ukraine nach Polen ein, wovon mehr als eine Million in andere Mitgliedstaaten der EU weiterzogen). Man kann annehmen, dass dieser Prozess andauern wird, denn der Krieg in der Ukraine trägt alle Merkmale eines langdauernden Konflikts, der seitens Russlands auch auf die wirtschaftliche Vernichtung der Ukraine gerichtet ist, eines Konflikts, in dessen Verlauf die russische Armee internationale Verbrechen von ungeheuerlichem Ausmaß begeht. Die Offenheit, mit der die Flüchtlinge u. a. in Polen aufgenommen wurden, verweist darauf, dass die Staaten Vorbehalte verschiedener Art beiseitelassen und das Projekt einer gemeinsamen Migrationspolitik abschließen sollten. Andererseits verzichteten leider populistische Regierungen keineswegs darauf, mithilfe xenophober Argumente und dergleichen Politik zu machen. Ein tragisches Beispiel dafür ist die humanitäre Katastrophe im polnisch-belarussischen Grenzgebiet;³⁴
- Die Aggression Russlands gegen die Ukraine hat bewiesen, wie wesentlich die Stärkung der Zone der politischen Stabilität, der Demokratie und der Marktwirtschaft in Europa ist, auch in der Nachbarschaft Russlands. Die EU sollte weiterhin den Abschluss ihrer Erweiterung um die Westbalkan-Staaten vorantreiben. Zugleich sollte sie auch nicht mit der Präzisierung einer solchen Strategie in Bezug auf die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien zögern. Insbesondere nachdem fast unmittelbar nach der Invasion Russlands, am 28. Februar 2022, der Präsident der Ukraine Wolodymyr Selenskyj einen Antrag auf die Mitgliedschaft der Ukraine in der

34 Beczka dziegciu w łyżce miodu. Haniebne działania władz polskich na pograniczu polsko-białoruskim trwają. Stanowisko Konferencji Ambasadorów RP z 12 maja 2022 r.. In: *ambasadorowiedotorg*, <https://ambasadorowiedotorg.wordpress.com/2022/05/12/beczka-dziegciu-w-lyzce-miodu/> (26.05.2022).

EU gestellt hat (der am 1. März 2022 notifiziert wurde)³⁵, sollte die Union nicht zögern, der Ukraine den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen. Eine solcher Beschluss bedeutet nicht den Beginn von Beitrittsverhandlungen (damit wird man noch einige Jahre warten müssen), aber er wäre ein eindeutiger politischer Plan für die Ukraine. Gleichzeitig würde das große, internationale Unterstützungsprogramm für die Ukraine dadurch an die Annäherung der Strukturreformen der Ukraine und ihrer Wirtschaft an Unionsstandards gebunden.³⁶

5 Schlussfolgerungen

Derart fundamentale Beschlüsse in der EU zu fassen und umzusetzen, wird Entschlossenheit, Kohärenz und Weitsicht seitens der Mitgliedstaaten der EU erfordern. Was aber mehr müsste in Europa geschehen als ein brutaler Überfall auf einen europäischen Staat, eine Aggression, die auch auf das Zerschlagen des europäischen Integrationsprozesses und das Infragestellen der gemeinsamen demokratischen Werte ausgerichtet war, um die Mitgliedstaaten der EU zu einem Handeln dieser Art zu bewegen?! Die Prüfung der Entschlossenheit und Berechenbarkeit der Mitgliedstaaten der EU wird brutal sein und sich auf zwei grundlegende Tests konzentrieren: den der Entschlossenheit im politischen Bereich und den der Entschiedenheit im Bereich der Werte.

Wenn es um den politischen Bereich geht, dann wird der Test 1) in der Kohärenz der Beschlüsse in Sachen der Auferlegung und Umsetzung von Sanktionen gegen Russland bestehen: Der Aggressor muss politisch und wirtschaftlich isoliert werden, er sollte zum Paria in der internationalen Gemeinschaft demokratischer Staaten werden. Die Mitgliedstaaten, die sich vom gemeinsamen Handeln in diesem Bereich distanzieren, isolieren sich selbst in der Gemeinschaft der Mitgliedstaaten der EU und stellen – berücksichtigt man die gegenwärtige politische Lage – die Rechtmäßigkeit ihres Verbleibs in der EU in Frage; 2) müssen die Mitgliedstaaten der EU Entschiedenheit beim Einfrieren und bei der Beschlagnahme des Eigentums der Russischen Föderation zeigen (insbesondere

35 Zelensky signs application for Ukraine to join EU, 28. Februar 2022, euobserver.com/tickers/154455?utm_source=euobs&utm_medium=email (1.03.2022).

36 Ukraina należy do Europy! Wezwanie do stworzenia kompleksowego, konkretnego i efektywnego planu włączenia Ukrainy do Unii Europejskiej. Stanowisko Konferencji Ambasadorów RP z dnia 8 marca 2022 r. In: ambasadorowiedotorg, <https://ambasadorowiedotorg.wordpress.com/2022/03/08/ukraina-nalezy-do-europy-wezwanie-do-stworzenia->

was die Reserven der russischen Zentralbank anbelangt), dasselbe gilt für das Eigentum von russischen Oligarchen, die mit dem Putin-Regime verbunden sind, und diese Mittel sollten zur Befriedigung der Reparationsforderungen der Ukraine gegenüber Russland für die von der russischen Armee begangenen internationalen Verbrechen bestimmt werden;³⁷ 3) müssen die Mitgliedstaaten über die nicht eindeutigen Formulierungen der Unterstützung der europäischen Bestrebungen der Ukraine hinausgehen und ihr eine eindeutige Perspektive für die Erlangung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union garantieren: eine Garantie zumindest nach Maßgabe der Kopenhagener Kriterien aus dem Jahr 1993 (im Verhältnis zu den Staaten der »großen« Erweiterung) oder der Erklärung von Saloniki aus dem Jahr 2003 (im Verhältnis zu den westlichen Balkanstaaten).³⁸ Was hingegen den Bereich der Werte betrifft, die die demokratischen Staaten vereinigen und gleichzeitig den gemeinsamen Nenner für die europäische Integration bilden, dann ist die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in solchen Staaten wie Polen und Ungarn eine Grundvoraussetzung für die Bewahrung der strukturellen Kohärenz der EU. Weder die COVID-19-Pandemie noch der Krieg in der Ukraine »überdecken« dieses Problem. Zunehmender Autoritarismus in einem Mitgliedstaat der EU führt zuerst zu einer Schwächung und dann zu einer Fragmentierung des europäischen Integrationsprozesses: fehlende Rechtsstaatlichkeit und Integration schließen sich gegenseitig aus, denn Integration setzt einen Grad gegenseitigen Vertrauens voraus, der nur im Kreis demokratischer Staaten möglich ist, die eine Rechts- und Wertegemeinschaft bilden. Die nicht der Rechtsstaatlichkeit verpflichteten Staaten haben insbesondere keine Chance auf einen Beitritt zur Eurozone, die – wie hier unterstrichen wurde – den Kern der institutionellen Reform der EU darstellt. Schon allein dies wird zu einer tiefgehenden Marginalisierung eines nicht rechtsstaatlich funktionierenden Staates in der EU führen, und in der Konsequenz zu einer Fragmentierung des Integrationsprozesses. Ein weiteres, wesentliches Problem ist die destruktive Rolle eines nicht die Rechtsstaatlichkeit achtenden Staates im Entscheidungsprozess der EU. Als Mitgliedstaat ist er nämlich im Stande, bei der Durchführung notwendiger Reformen zu stören respektive zu erpresserischen Methoden

37 Lilly Blumenthal, Norman L. Eisen, Robin Lewis: Give Seized Russian Assets to Ukraine as Reparations. In: SLATE. JURISPRUDENCE 2022. April 19, <https://slate.com/news-and-politics/2022/04/seized-russian-assets-yachts-ukraine-reparations.html> (6.05.2022); Jan Barcz: Agresja Rosji na Ukrainę – jak skutecznie dochodzić reparacji od Rosji (19.05.2022). In: [ambasadorowiedotorg](https://ambasadorowiedotorg.wordpress.com/2022/05/19/agresja-rosji-na-ukraine-jak-skutecznie-dochodzic-reparacji-od-rosji/), <https://ambasadorowiedotorg.wordpress.com/2022/05/19/agresja-rosji-na-ukraine-jak-skutecznie-dochodzic-reparacji-od-rosji/> (26.05.2022).

38 Vgl. Jan Barcz: Ukraina należy do Europy! Status państwa kandydującego do członkostwa w Unii Europejskiej dla Ukrainy wobec agresji Rosji? In: EUROPEJSKI PRZEGLĄD SĄDOWY 2022, H. 4, S. 4f.

zu greifen (die wichtigsten Angelegenheiten erfordern nämlich Einstimmigkeit, und Änderungen konstitutioneller Natur den Abschluss eines Änderungsvertrags, der von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss). Das kann die EU nicht zulassen. Nicht zufällig werden immer häufiger Stimmen laut, die die Suspendierung der Mitgliedschaft von nicht auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit operierenden Staaten suggerieren (nicht nur in der Union, sondern auch in der NATO).³⁹ Es ist daher kein Zufall, dass das Schreckgespenst weiterer Austritte in der Europäischen Union umgeht.

Aus dem Polnischen von Sabine Lipińska

39 Bruce Ackerman: How to Reinvigorate NATO and Deter Putin's Aggression. Bold measures are needed to revitalize the alliance and deter Putin's aggression. In: POLITICO vom 17.05.2022, www.politico.com/news/magazine/2022/05/17/new-nato-21st-century-revitalize-putin-00032744?mc_cid=bca79a400b&mc_eid=5684c3fac8 (21.05.2022).

DOI: 10.13173/9783447120241.153

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

Die Zukunft der Diskussion über die Rechtsstaatlichkeit (rule of law) in der Europäischen Union

Agnieszka Grzelak, Leon Koźmiński-Akademie

The future of the discussion on the rule of law in the European Union

The requirement to respect the rule of law is an obvious condition for a new country to join the club of democratic EU member states. It is also the foundation for the functioning of this organization, expressed in Article 2 of the Treaty on European Union. However, recent years have shown that some of the current member states introduce legal solutions and shape their internal situation in a way clearly violating this principle, as confirmed by reports or rulings of international courts. Any steps taken so far within the EU to remedy these problems are, at least in part, ineffective. Moreover, in recent weeks the discussion of the EU's internal problems has been overshadowed by the external threat and Russia's aggression in Ukraine. This raises questions, addressed in the text, about the future of the discussion on the rule of law in the EU, and in particular whether praiseworthy involvement in the Ukrainian crisis can justify concessions to governments violating the principles of the rule of law. This text presents several problems that probably require further discussion, depending not only on the content of legal norms, but also on political developments. Due to the author's specialisation, the considerations in this text will be constrained to legal issues, based on the analysis of legislation and case law, primarily of the Court of Justice of the European Union.

DOI: 10.13173/9783447120241.173

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.173

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

1 Einleitung

Der neunzigste Geburtstag von Prof. Bronisław Geremek – eines der Schöpfer des friedlichen Endes des Kommunismus, des Architekten des Beitritts Polens zur NATO und später zur Gemeinschaft der zivilisierten europäischen Staaten, mit anderen Worten der Europäischen Union – ist eine hervorragende Gelegenheit, zum Thema von Europa in der Sicht Geremeks zurückzukehren: eines offenen Europas, das sich auf Freiheit, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit gründet.¹ Im vorliegenden Beitrag wird das Thema der Rechtsstaatlichkeit, die einen der Grundwerte der EU darstellt und in Art. 2 EUV verankert ist, erneut aufgegriffen.² Dem Gerichtshof der Europäischen Union zufolge beruht die rechtliche Struktur der Union auf der Grundannahme, dass jeder Mitgliedstaat die Grundwerte mit allen übrigen Mitgliedstaaten teilt und anerkennt, dass sie mit denen übereinstimmen, auf denen entsprechend Art. 2 EUV die gesamte EU als internationale Organisation beruht.³ Man kann daher sagen, dass die Werte, die in Art. 2 EUV zum Ausdruck kommen, der »unantastbare Kern« (engl. *untouchable core*) der Rechtsordnung der EU sind, und daher ist das Erfordernis ihrer Beachtung die Voraussetzung für die Erlangung der Mitgliedschaft in der EU durch jene Staaten, die sich darum bemühen. Unter diesen Werten wird die Rechtsstaatlichkeit erwähnt.⁴ Die Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur ein Grundwert, auf den sich die EU stützt, sondern auch die Grundlage für den Schutz

1 Bronisław Geremek: *Nasza Europa*, Kraków 2012.

2 Die Autorin schrieb bereits mehrfach über Probleme im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit. Vgl. beispielsweise: Agnieszka Grzelak: *Praworządność tematem wiodącym Konferencji w sprawie przyszłości Europy?* In: *EUROPEJSKI PRZEGLĄD SĄDOWY* 2021, H. 9, S. 19–26, oder Agnieszka Grzelak: *Are the EU Member States still masters of the Treaties? The European Rule of Law concept as a means of limiting national authorities.* In: *Timea Drinóczi, Agnieszka Bień-Kacała (Hrsg.): Rule of Law, Common Values, and Illiberal Constitutionalism. Poland and Hungary within the European Union*, London 2020, S. 194–216.

3 Vgl. Marcus Klamert und Dmitry Kochenov: *Article 2.* In: *Manuel Kellerbauer, Marcus Klamert, Jonathan Tomkin (Hrsg.): The EU Treaties and the Charter of Fundamental Rights: A Commentary*, Oxford Univ. Press 2019. Vgl. auch Gutachten 2/13 des Gerichtshofs (plenum), 18. Dezember 2014, Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten – Vereinbarkeit des Entwurfs mit dem EU-Vertrag und dem AEU-Vertrag, ECLI: EU:C:2014:2454, Pkt. 168.

4 In der polnischen Rechtssprache werden die Begriffe der Rechtsstaatlichkeit und des Rechtsstaats unterschieden, dies ist jedoch nicht Gegenstand der Untersuchungen im vorliegenden Text. Vgl. ausführlicher zu diesem Thema Piotr Bogdanowicz: *Pojęcie, treść i ochrona praworządności w prawie Unii Europejskiej.* In: *Jan Barcz, Anna Zawidzka-Łojek (Hrsg.): Wniosek Komisji Europejskiej w sprawie wszczęcia w stosunku do Polski procedury art. 7 TUE.* *Ramy prawno-polityczne*, Warszawa 2018, S. 23.

aller anderen Werte der Europäischen Union, u. a. der Grundrechte und der Demokratie. Die Beachtung der rechtsstaatlichen Prinzipien (Rechtsstaatlichkeit) hat grundlegende Bedeutung für das Funktionieren der gesamten Europäischen Union: für die wirksame Anwendung des EU-Rechts, für das Funktionieren des Binnenmarkts, für den Erhalt von investitionsfreundlichen Bedingungen und gegenseitiges Vertrauen.⁵ Das Wesen der Rechtsstaatlichkeit ist ein wirksamer Rechtsschutz, der die Unabhängigkeit, Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der nationalen Justizsysteme erfordert.⁶

Die Realität der letzten Jahre hat gezeigt, dass manche Mitgliedstaaten der EU rechtliche Lösungen einführen und ihre innere Lage so gestalten, dass diese Prinzipien eindeutig von ihnen verletzt werden. Das betrifft selbstverständlich vor allem Polen und Ungarn, was Berichte internationaler Organe oder die Rechtsprechung internationaler Gerichte bestätigen.⁷ Gleichzeitig erweist sich, dass die bisher in der EU entwickelten Instrumente, die der Vorbeugung gegen eine solche Situation dienen sollten, wirkungslos sind.⁸ Darüber hinaus ist die Diskussion über die inneren Problem der EU in den letzten Wochen im Zusammenhang mit der äußeren Bedrohung und mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine in den Hintergrund getreten. Das wirft die Frage nach der Zukunft der Diskussion über die Rechtsstaatlichkeit der EU auf, darunter auch darüber, ob das Engagement und die Verdienste eines »nicht rechtsstaatlichen« Mit-

- 5 Vgl. Maciej Taborowski: *Naruszenie elementów zasady państwa prawa (art. 2 TUE) jako ograniczenie zasady wzajemnego zaufania w prawie Unii Europejskiej (w świetle wyroku LM (Celmer)*. In: Jan Barcz, Anna Zawadzka- tojek (Hrsg.): *Sądowe mechanizmy ochrony praworządności w Polsce w świetle najnowszego orzecznictwa Trybunału Sprawiedliwości UE*, Warszawa 2018, S. 73.
- 6 Urteil des EuGH (Große Kammer) vom 27. Februar 2018 in der Rechtssache C-64/16 *Associação Sindical dos Juizes Portugueses gegen Tribunal de Contas*, ECLI:EU:C:2018:117.
- 7 In Pkt. 342 des Urteils des EuGH vom 16.2.2022 in der Rechtssache C-157/21 *Polen gegen Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union* (ECLI:EU:C:2022:98) stellt der EuGH fest, dass zu den entsprechenden Informationen aus zugänglichen Quellen von anerkannten Institutionen insbesondere die Urteile des Gerichtshofs, die Berichte des Europäischen Rechnungshofs, Jahresberichte der Kommission zum Thema Rechtsstaatlichkeit sowie das EU-Justizbarometer, Berichte des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), der Europäischen Staatsanwaltschaft (EuStA) und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte sowie Anträge und Empfehlungen entsprechender internationaler Organisationen und Netzwerke, u. a. der Organe des Europarats wie GRECO und die Venedig-Kommission – insbesondere ihre Kontrollliste zum Stand der Rechtsstaatlichkeit – aber auch das Netzwerk der Präsidenten der obersten Gerichtshöfe der Europäischen Union sowie das Europäische Justizielle Netz zu zählen sind.
- 8 Im Besonderen geht es hier um Art. 7 EUV.

gliedstaats im Verlauf der ukrainischen Krise die Anwendung einer Art von Rabatt für diesen Staat und gleichsam einen Sündenerlass rechtfertigen können.⁹ Im vorliegenden Text werden einige Probleme dargestellt, die sicherlich einer weiteren Diskussion bedürfen, die nicht nur von den Inhalten der Rechtsnormen abhängig gemacht wird, sondern auch von der Entwicklung der politischen Lage. Aufgrund des Forschungsgebiets der Autorin beschränken sich die Überlegungen in diesem Text auf rechtliche Fragen, die sich auf eine Analyse der Vorschriften und der Rechtsprechung stützen, vor allem auf die des EuGH.¹⁰

2 Die Kompetenz der EU zur Ergreifung von Maßnahmen, die den mit der Nichtbeachtung der rechtsstaatlichen Prinzipien in der EU verbundenen Bedrohungen entgegenwirken

Die erste Fragestellung, die Gegenstand der Diskussion sein kann, bezieht sich darauf, ob das Problem der fehlenden Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten in der Tat die EU bedroht und ob die EU als internationale Organisation das Recht hat, Maßnahmen zu ergreifen, die dieser Bedrohung vorbeugen.

Der Prozess der europäischen Integration war von Anfang an als Gemeinschaft demokratischer Staaten konzipiert, und eine Bedingung für den Beitritt neuer Staaten war (und ist), dass die Beitrittskandidaten Stabilität auf dem Gebiet der Institutionen erlangen, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte und den Minderheitenschutz gewährleisten (sog. erstes Kriterium, das in der Kopenhagener Erklärung vom Juni 1993 festgelegt wurde).¹¹

9 Vgl. beispielsweise publizistische Artikel zu diesem Thema, wie etwa Polly Botsford: Ukraine: Conflict complicates EU rule of law mission in Hungary and Poland, <https://www.ibanet.org/Ukraine/Conflict/complicates/EU/rule/of/law/mission/in/Hungary/and/Poland> (15.04.2022).

10 Obwohl seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (am 1. Dezember 2009) alternativ die beiden Abkürzungen GHdEU und EuGH in der Literatur verwendet werden, bleiben wir in der vorliegenden Analyse der Einfachheit halber bei der traditionellen Abkürzung EuGH. Vgl. dazu Maria Berger: Die Ausgestaltung der Neuerungen im Rechtssystem. In: Thomas Eilmansberger, Stefan Griller, Walter Obwexer (Hrsg.): Rechtsfragen der Implementierung des Vertrages von Lissabon, Wien-New York 2011, S. 344–346 (EuGH); Walter Frenz: Handbuch Europarecht. Bd. 6: Institutionen und Politiken, Berlin-Heidelberg 2011, S. 386, 1627 (EuGH); Thomas Jaeger: Einführung in das Europarecht: Grundlagen-Institutionen-Durchsetzung-Binnenmarkt, Wien 2020, S. 18 (GHdEU).

11 Dimitry Kochenov: Behind the Copenhagen Façade: The Meaning and Structure of the Copenhagen Political Criterion of Democracy and the Rule of Law, *European Integration online Papers* 2004, Nr. 8.

Die Fortschritte auf diesem Gebiet werden im Verlauf der Beitrittsverhandlungen genau überwacht.

Bis vor kurzem wurde die richtungsweisende Prämisse, dass alle Mitgliedstaaten demokratische Staaten sind, nicht in Frage gestellt, und dass diejenigen unter ihnen, die ihre demokratische Grundordnung erst aufbauen (Beitrittsstaaten) diese Entwicklungsrichtung des politischen Systems vorbehaltlos übernehmen. Es erwies sich jedoch, dass – zur Überraschung der EU – die uneingeschränkte Akzeptanz dieser Prämisse während des Prozesses der Beitrittsverhandlungen nicht zugleich bedeutet, dass eine solche Entwicklungsrichtung während der Mitgliedschaft in der Organisation vorbehaltlos akzeptiert wird.¹² Mehr noch, es wird dabei versucht, eine Rhetorik zu forcieren, die die Öffentlichkeit davon überzeugen soll, dass die Rechtsstaatlichkeit eine »Erfindung von Brüssel«¹³ sei und sich nicht eindeutig auf Vertragsbestimmungen gründe, die von den Mitgliedstaaten ratifiziert wurden.

Zwar tauchten punktuelle Probleme in mehreren Staaten in verschiedenen geschichtlichen Momenten auf (hier sei nur auf Österreich verwiesen), aber zu systemischen Verletzungen eines so enormen Ausmaßes war es zuvor in der EU nicht gekommen. Die Lage einer europaweiten Krise wird durch den neuesten Bericht der Kommission bestätigt¹⁴, aus dem klar hervorgeht, dass abgesehen von Polen und Ungarn sowie jüngst auch Rumänien oder sogar Slowenien¹⁵ derartige Probleme kleineren oder größeren Ausmaßes in allen Mitgliedstaaten auftreten. Was ist der Grund dafür? In juristischen Diskussionen wird auf einige Faktoren verwiesen, u. a. auf die kurze Tradition der Staaten, die nach 2004 der EU beitraten, beim Aufbau eines Rechtsstaats; auf die Förderung von sozialen Rechten und einer Identitätspolitik im Gegensatz zu den abstrakten Werten der Rechtsstaatlichkeit, aber auch auf den Mangel an ausreichend guten Methoden der Kontrolle der Übereinstimmung des nationalen Rechts mit dem EU-Recht – das Beitrittssystem war ja ein Entwicklungslabor neuer rechtlicher und politischer Praktiken.¹⁶

12 Vgl. den Fall Österreichs: Heather Berit Freeman: Austria: The 1999 Parliamentary Elections and the European Union Members' Sanctions, 25 B. C. Int'l Comp. L. Rev. 109 (2002).

13 Emmanuel Macron: Praworzędność to nie wymysł Brukseli. In: DW vom 19.01.2022, <https://www.dw.com/pl/macron-praworz%C4%85dno%C5%9B%C4%87-to-nie-wymys%C5%82-brukseli/a-60485873> (15.04.2022).

14 European Commission. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions 2021: Rule of Law Report. The rule of law situation in the European Union, Brussels, 20 July 2021, COM(2021) 700 final, S. 1–30.

15 Imposing 'imaginary' values risks EU collapse, Slovenian PM claims. In: THE GUARDIAN vom 4.7.2021, <https://www.theguardian.com/world/2021/jul/04/imposing-imaginary-values-risks-eu-collapse-slovenian-president-claims> (12.08.2021).

16 Vgl. u. a. die Überlegungen von Marek Safjan: Rządy prawa a przyszłość Europy. In: Stu-

Die systemische Verletzung der Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten der EU hat jedoch gewisse positive Folgen, hat sie doch die zentrale Bedeutung der gemeinsamen Werte wie der Rechtsstaatlichkeit als eines Faktors »offenbart«, der die europäische Konstruktion zusammenschweißt. Ohne Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten ist die Rechtsgemeinschaft der EU, die das Hauptmotiv für das Handeln der Union und ihrer Entwicklung darstellt, zum Zerfall verurteilt. Ohne Rechtsstaatlichkeit ist auch keine grundlegende Strukturreform der Europäischen Union vorstellbar. Das Anheben der europäischen Integration auf ein höheres Niveau ist abhängig von der bedingungslosen Stabilität des Vertrauensprinzips zwischen den Mitgliedstaaten. Somit muss die Union bei den Maßnahmen, die mit der Verhinderung von Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit zusammenhängen, an den Erhalt der eigenen Kohärenz und Effektivität denken, insbesondere wenn die fehlende Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedstaat sich als dauerhaft und irreversibel erweisen sollte. Für einen nicht rechtsstaatlichen Staat gibt es nämlich keinen Platz im Konstrukt der europäischen Integration. Der Integrationsprozess ist mit der demokratischen Grundordnung der an ihr teilhabenden Staaten verbunden, Nationalismus und Populismus dagegen besitzen desintegrierenden Charakter: sie sind eine Verneinung der Integration.¹⁷

Tatsächlich ist es so, dass die EU nicht im Stande ist, über das politische System eines Mitgliedstaats zu entscheiden, das können formal allein die Wähler:innen bei den Parlamentswahlen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die EU überhaupt keinen Einfluss auf die Grundrechte eines Rechtsstaats und ihre Achtung in den Mitgliedstaaten hat. Denn wenigstens prinzipiell erfordert der Begriff der Rechtsstaatlichkeit, um Anwendungswert zu bekommen, seine Ausfüllung mit Inhalt,¹⁸ denn als Metaprinzip bündelt er in sich alle Elemente, die im Rechtssystem der EU eine eigenständige normative Bedeutung haben, und eben in diesen Fragen besitzt die EU Kompetenzen, was die Rechtsprechung des Gerichtshof der Europäischen Union bestätigt.¹⁹ Wissen über Elemente der Rechts-

dia i Analizy Sądu Najwyższego. Przyszłość Europy opartej na rządach prawa, Bd. 8, Warszawa 2019.

17 Ausführlich zu diesem Thema äußerte sich u.a. Jan Barcz: Unia Europejska wobec niepraworządnego państwa członkowskiego. In: PAŃSTWO I PRAWO 2019, H. 1, S. 3.

18 Vgl. Maciej Taborowski: Mechanizmy, S. 61 und die dort angeführte, umfangreiche Literatur.

19 Die Rechtsprechung des EuGH zur Rechtsstaatlichkeit wird im gesamten Buch besprochen (vgl. Maciej Taborowski, Anm. 18). Sie ist auch Gegenstand von zwei Sammelbänden (der dritte ist in Vorbereitung), ausgewählt und herausgegeben von Jan Barcz, Agnieszka Grzelak und Rafat Szyndla: Problem praworządności w Polsce w świetle dokumentów Komisji Europejskiej. Okres »dialogu politycznego« 2016–2017, Warszawa 2020, sowie Problem praworządności w Polsce w świetle orzecznictwa Trybunału Sprawiedliwości UE (2018–2020), Warszawa 2021.

staatlichkeit kann aus vielen Quellen geschöpft werden, u. a. aus den Kriterien, die anlässlich des Beitrittsprozesses von Staaten zur EU ausgearbeitet wurden, aus Bekanntmachungen und Berichten der Europäischen Kommission oder auch aus den Ergebnissen der Arbeiten der Venedig-Kommission (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht).²⁰ Ein solches Element ist u. a. das Recht auf wirksamen Rechtsschutz, was der EuGH präzise erläutert hat.

Eben am Beispiel des Rechts auf wirksamen Rechtsschutz, das ein Bestandteil des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit ist, hat der EuGH erläutert, woher sich seine Kompetenz und die Kompetenz der EU zur Beurteilung seiner Beachtung in den Mitgliedstaaten herleitet. In der Rechtssache C-824/18 AB u. a.²¹ hat der EuGH festgestellt, dass Art. 19 EUV, in dem das in Art. 2 EUV zum Ausdruck gebrachte Prinzip des Rechtsstaats präzisiert wurde, den Gerichten der Mitgliedstaaten und dem EuGH die Aufgabe der Gewährleistung der vollen Anwendung des EU-Rechts in allen Mitgliedstaaten überträgt sowie den Schutz der Rechte, die Einzelne aus diesem Recht herleiten.²² Eben auf dieser Grundlage sind die Mitgliedstaaten zur Schaffung von Mitteln verpflichtet, die unabdingbar sind, um Einzelnen die Achtung ihres Rechts auf wirksamen Rechtsschutz in den Bereichen zu gewährleisten, auf die sich das Unionsrecht erstreckt. Im Weiteren verweist der EuGH darauf, dass das Prinzip des wirksamen Rechtsschutzes, das Einzelne aus dem Unionsrecht ableiten, auf das sich Art. 19 Abs. 1 Satz 2 EUV bezieht, ein allgemeines Prinzip der Union darstellt, das aus den konstitutionellen Traditionen resultiert, die allen Mitgliedstaaten gemeinsam sind, und in Art. 6 und 13 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ausdruck gebracht und in Art. 47 der Charta der Grundrechte bestätigt wurde. Infolgedessen sollte somit aufgrund Art. 19 Abs. 1 Satz 2 EUV jeder Mitgliedstaat im Besonderen gewährleisten, dass die zum System der Berufungsmittel gehörenden Organe, die – als »Gerichte« im Sinne

20 Dabei ist erwähnenswert, dass der Gerichtshof der Europäischen Union bei der Erwähnung von Entscheidungen über die Erfordernisse der Rechtsunion (Urteil C-64/16, Pkt. 31), als einer Union nach Art. 2 EUV, diesen Begriff auf die gerichtliche Anfechtung »nationaler Entscheidungen oder jeder anderen nationalen Handlung [bezieht], mit der eine Handlung der Union auf sie angewandt wird«. Wenn der EuGH wiederum die wirksame gerichtliche Kontrolle nennt, die sich aus Art. 2 EUV ergibt, dann dient sie »zur Gewährleistung der Einhaltung des Unionsrechts« gegenüber den Mitgliedsstaaten (Urteil C-64/16, Pkt. 36). Richterliche Unabhängigkeit als Element von Art. 2 EUV stellt wiederum eine Garantie des Schutzes »dem Einzelnen aus dem Unionsrecht erwachsender Rechte« dar, Art. 2 EUV schließlich betrifft die wirksame Anwendung des Unionsrechts durch Mitgliedsstaaten (Beschluss C-441/17R, Pkt. 102). Mehr dazu M. Taborowski, S. 72.

21 Urteil vom 2. März 2021 in der Rechtssache 824/18 AB, ECLI:EU:C:2021:153, Pkt. 108–109.

22 So auch im Urteil vom 5. November 2019, Kommission/Polen (Unabhängigkeit der ordentlichen Gerichte), C 192/18, ECLI:EU:C:2019:924, Pkt. 98.

des EU-Rechts – in den Bereichen, auf die sich das Unionsrecht erstreckt, und die im Zusammenhang damit in diesem Charakter über die Anwendung oder Auslegung des EU-Rechts entscheiden können, den Erfordernissen eines wirksamen Rechtsschutzes entsprechen.

Weil die rechtsstaatliche Verfasstheit eines Staates eine Bedingung für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist, hat die EU als internationale Organisation das Recht und die Pflicht, Maßnahmen in drei Grundrichtungen zu ergreifen: sie macht den Mitgliedstaat auf Probleme aufmerksam, die im Zusammenhang mit der Beachtung der Rechtsstaatlichkeit auftauchen; sie bringt die in den Verträgen, die die Grundlage für die EU bilden, vorgesehenen Verfahren und die Verhängung entsprechender Sanktionen in Gang; sie ergreift Maßnahmen zum Schutz der Interessen der EU und der übrigen Mitgliedstaaten in den Beziehungen zu einem nicht rechtsstaatlichen Staat.²³ Eine solche Kompetenz ist nichts Mutmaßliches, sondern kommt direkt in Art. 2 EUV zum Ausdruck, aber auch in anderen Vertragsbestimmungen, z. B. in Art. 19 EUV, der die Tätigkeit der europäischen Gerichte betrifft, u. a. der nationalen Gerichte.

3 Die Effektivität der Maßnahmen, die gegenwärtig von der EU gegenüber nicht rechtsstaatlichen Mitgliedstaaten ergriffen werden

Über die Anzeichen einer Krise der Rechtsstaatlichkeit schrieb vor kurzem Marek Safjan,²⁴ der auf einige wesentliche Symptome verwies:

- 1) das Infragestellen der Rolle des Rechts als Instrument, das die Beziehungen und Strukturen des Funktionierens der öffentlichen Gewalt, die Beziehungen zwischen Einzelnen, aber auch zwischen den Mitgliedstaaten der EU und europäischen Institutionen ordnet;
- 2) das Infragestellen des Mechanismus des demokratischen Systems durch seine Reduzierung auf das Prinzip der demokratisch legitimierten Mehrheit;
- 3) das Infragestellen der Rolle einer unabhängigen Justiz.

Safjan führte auch Ansichten an, gemäß denen die »existenzielle Gefahr für Europa und die Angst vor Autoritarismus, zumindest aber vor Tendenzen, die sich in dieser Richtung abzeichnen, heute größer ist als sogar vor dem drohenden Zerfall der EU infolge weiterer ›Austritte‹. In dieser Situation stellt man

23 Barcz: Unia Europejska wobec niepraworządności, S. 3.

24 Safjan: Rzeczy prawa a przyszłość Europy, S. 28–58.

nicht zu Unrecht fest, dass »die Zeit für eine Diskussion vorbei ist, dass jetzt die Zeit zum Handeln gekommen ist.«²⁵ Die Maßnahmen, die von der EU bislang ergriffen wurden, waren indessen nicht sehr effektiv in dem Sinne, dass sie nicht zu wesentlichen Änderungen in den nicht rechtsstaatlichen Staaten führten.²⁶ Mindestens seit 2016 ist eine deutliche Krise bemerkbar.²⁷

Diese Feststellungen enthalten leider viel bittere Wahrheit. Es genügt, sich auf die einzelnen zur Verfügung stehenden Mechanismen zu beziehen und sich anzuschauen, welche Wirkung ihre Einleitung und der Versuch ihrer Anwendung gebracht hat.²⁸ Weder die Europäische Kommission noch der Rat ergreifen in diesem Bereich Maßnahmen, die energisch genug wären: die Art und Weise, wie die Kommission handelt, kann als zu träge betrachtet werden, der Rat wiederum unternimmt keine Schritte, die man als bedeutend bezeichnen könnte.²⁹ Manche Autoren schreiben sogar, dass sich die Untätigkeit dieser Institutionen geradezu auf Unterlassung reduzieren lässt, die im Prinzip Gegenstand einer separaten Klage sein könnte.³⁰

Es erweist sich ebenfalls, dass, obwohl die Einleitung von Verfahren, die in Art. 7 EUV geregelt sind, und auch die Anwendung anderer wirksamer Mechanismen, in der Doktrin als »Erwachen des supranationalen Systems«³¹ bezeichnet wurden, diese nicht effektiv genug sind. Der Rat ist – so hat es aufgrund von zwei schwebenden Verfahren den Anschein – politisch nicht im Stande, wesentliche Fortschritte bei der Durchsetzung der EU-Werte in den andauernden Verfahren

25 Ebenda, S. 31.

26 Vgl. European Commission. Communication, S. 1–30, mit den Anhängen bzgl. der einzelnen Länder.

27 Seit November 2015 analysierte die Europäische Kommission die Situation in Polen und führte einen Dialog mit der polnischen Regierung – die Ergebnisse dieser Analysen und die Resultate des Dialogs wurden in den folgenden, an Polen gerichteten Empfehlungen der Kommission in Sachen Rechtsstaatlichkeit vorgestellt: vom 27. Juli 2016, vom 21. Dezember 2016, vom 26. Juli 2017 und vom 20. Dezember 2017, was damit endete, dass die Kommission einen Antrag an den Rat aufgrund von Art. 7 Abs. 1 EUV (COM(2017) 835 final) richtete.

28 Ähnliche Schlussfolgerungen ergeben sich aus der Abhandlung von Kim Lane Scheppele, Dmitry V. Kochenov, Barbara Grabowska-Moroz: EU Values are Law, after All: Enforcing EU Values through Systemic Infringement Actions by the European Commission and the Member States of the European Union. In: YEARBOOK OF EUROPEAN LAW 2020, Bd. 39, S. 3–121.

29 Laurent Pech, Patryk Wachowiec, Dariusz Mazur: Poland's Rule of Law Breakdown: A Five Year Assessment of EU's (In)Action. In: HAGUE JOURNAL ON THE RULE OF LAW 2021, H. 13, S. 1–43. Ausführlicher zu diesem Thema: Grzelak: Praworzędność tematem wiodącym, S. 19–26.

30 Pech, Wachowiec, Mazur: Poland's Rule of Law Breakdown, S. 1–43.

31 Taborowski: Mechanizmy, S. 59.

von Art. 7 EUV zu machen.³² In der Tat kann man sogar der Auffassung sein, dass dieses Fehlen eines entschiedenen Handelns des Rats und sein Zögern hinsichtlich der Anwendung von Art. 7 EUV in Wirklichkeit mit Erfolg zu einer weiteren Geringschätzung der Werte führt, die in Art. 2 vorgesehen sind, u. a. zur Nichtbefolgung von Urteilen des EuGH.³³

Wie oben zu sehen ist, bewirkte das Fiasko der politischen Reaktionen auf die Rechtsstaatlichkeitskrise, dass der EuGH in dieser Frage eine führende Rolle übernehmen musste. In dieser Hinsicht von Wirkungslosigkeit zu sprechen, wäre höchst ungerecht. In jedem Fall, in dem die Kommission Klage bezüglich der richterlichen Unabhängigkeit erhebt³⁴ oder wenn ein nationales Gericht sich mit einer Präjudizialfrage an ihn wandte, verteidigte der EuGH die Rechtsstaatlichkeit bei gleichzeitiger Beachtung des Prinzips gegenseitigen Vertrauens sowohl auf institutioneller Ebene als auch auf der das Funktionieren des gemeinsamen Rechtsraums der EU ermöglichenden Ebene, ohne dabei aber bei der Beachtung der Verfahrensregeln zu zögern, z. B. nicht auf Fragen in einer Situation zu antworten, in der der EuGH zum Ergebnis gekommen war, dass die Frage nicht mit der Angelegenheit in Zusammenhang steht, in der sie gestellt wurde – was selbstverständlich einen gewissen Groll bei manchen Kommentatoren weckt.³⁵ Dieser zweite Mechanismus wurde bisher nicht zu diesem Zweck angewendet und man war sogar der Ansicht, dass die Rechtsstaatlichkeit als Wert aus Art. 2 EUV sich auf den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten bezieht,³⁶ was sich letztlich nicht bestätigte, wie im vorherigen Punkt erläutert wurde. Bei der Auseinandersetzung mit dem Problem der Rechtsstaatlichkeit

32 Vgl. die Resolution des Europäischen Parlaments vom 16.01.2020, P9_TA(2020)0014, on ongoing hearings under Article 7(1) of the TEU regarding Poland and Hungary (2020/2513(RSP)).

33 Im Juni 2021 rief das Europäische Parlament zu einer Reflexion über die weitere Anwendung von Art. 7 EUV auf, u. a. über den Umfang der Erfordernisse, die sich auf die Abstimmung beziehen, um die Wirksamkeit dieses Verfahrens zu erhöhen und um Lösungen zu erarbeiten, die das Problem der erforderlichen Einstimmigkeit bei der Verhängung von Sanktionen überwinden. Vgl. European Parliament resolution of 24 June 2021 on the Commission's 2020 Rule of Law Report (2021/2025(INI)), P9_TA(2021)0313.

34 In polnischen Angelegenheiten erhob die Kommission bislang vier Klagen. Vgl. die Urteile und die laufenden Verfahren C-192/18, C-619/18, C-791/19 i C-204/21.

35 Vgl. die Medienreaktion auf das Urteil in der Rechtssache C-508/19, z. B. Marek Domagalski, Dorota Gajos-Kaniewska: TSUE: pytania prejudycjalne SN ws. sędzi Frackowiak sq niedopuszczalne. In: rp.pl vom 22.03.2022, <https://www.rp.pl/sady-i-trybunaly/art35915161-tsue-pytania-prejudycjalne-sn-ws-sedzi-frackowiak-sa-niedopuszczalne> (10.04.2022).

36 Diese Auffassung vertraten u. a. Thomas Würtemberg, Jan Wiktor Tkaczyński: Nowe ramy Unii Europejskiej na rzecz umacniania praworządności (analiza krytyczna). In: PAŃSTWO I PRAWO 2017, H. 9, S. 25.

in der EU wandelte der Gerichtshof den Wert, den der Rechtsstaat darstellte, in ein effektives Rechtsprinzip um, wobei er gleichzeitig unterstrich, dass die Bindung an die Rechtsstaatlichkeit von jeher ein Element des europäischen Konstitutionalismus war. Der Gerichtshof musste im Rahmen der an diese Institution gerichteten Rechtssachen die Frage des normativen Charakters des Rechtsstaatsprinzips berühren, insbesondere im Kontext der Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit von Richtern auf nationaler Ebene. Es war klar, dass der Gerichtshof gezwungen sein würde, sich in der Frage des normativen Charakters des Inhalts von Art. 2 oder Art. 19 EUV zu äußern und folglich auch in der Frage der Bedeutung von Art. 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union,³⁷ was auch schrittweise geschah, angefangen mit dem Urteil in der Rechtssache der portugiesischen Richter über weitere Urteile, insbesondere Polen betreffend.³⁸ In diesen Rechtssachen entwickelte der Gerichtshof seine früheren Thesen bezüglich des Umfangs der Anwendung des Unionsrechts im Kontext der ausschließlichen Kompetenzen der Mitgliedstaaten, und ihre Folge war die Feststellung, dass die Organisation der Justiz der Mitgliedstaaten nicht ausschließlich eine Domäne der Mitgliedstaaten ist, was daher rührt, dass die nationalen Gerichte, denen der Mitgliedstaat die Anwendung des Unionsrechts überträgt, die Anforderungen der institutionellen Garantien erfüllen müssen, die durch das Prinzip eines wirksamen Rechtsschutzes festgelegt sind. Es darf auch nicht vergessen werden, dass der Gerichtshof ausschließlich im Rahmen von an ihn gerichteten Klagen oder präjudizialen Fragen handelt und keine Möglichkeit zu eigenständigem systemischem Handeln hat. Die Tätigkeit des EuGH hat jedoch nur dann und nur insoweit eine große Bedeutung, wenn die Behörden der Mitgliedstaaten im Anschluss daran nicht Maßnahmen ergreifen, die die effektive Anwendung dieser Rechtsprechung unmöglich machen würden. Die nicht dem Rechtsstaatsprinzip folgenden Staaten verneinen indessen die Grundprinzipien des Rechtssystems der EU, was wiederum zur Notwendigkeit führt, weitergehende Maßnahmen zu ergreifen und alternative Lösungen

37 Amtsblatt der Europäischen Union C 202 aus dem Jahr 2016, S. 389 – im Weiteren GRC.
38 Vgl. das Urteil des EuGH vom 27.02.2018, C-64/16, Associação Sindical dos Juizes Portugueses gegen Tribunal de Contas, EU:C:2018:117 – ferner C-64/16, Associação Sindical dos Juizes Portugueses; und die Urteile des EuGH in polnischen Rechtssachen: vom 24.06.2019, C-619/18, Europäische Kommission gegen Republik Polen, EU:C:2019:531 – ferner das Urteil C-619/18, Kommission gegen Polen; vom 19.11.2019, die verbundenen Rechtssachen C-585/18, C-624/18 und C-625/18, A.K. gegen Landesgerichtsrat und CP, DO gegen den Obersten Gerichtshof, EU:C:2019:982 – ferner das Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-585/18, C-624/18 und C-625/18, A.K., oder auch vor kurzem vom 2.03.2021, C-824/18, A.B. u.a. gegen den Landesgerichtsrat, EU:C:2021:153, sowie vom 15.07.2021, C-791/19, Europäische Kommission gegen Republik Polen, EU:C:2021:596 – ferner das Urteil C-791/19, Kommission gegen Polen.

auszuprobieren.³⁹ Der Konditionalitätsmechanismus kann eine solche Lösung sein, aber ob er angewendet werden wird, ist weiterhin unklar, obwohl die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen die Anwendung gegenüber Ungarn angekündigt hat. Die endgültige Entscheidung wird der Rat mit qualifizierter Mehrheit treffen.⁴⁰

Trotz der bedeutenden Leistungen des Gerichtshofs hat sich jedoch erwiesen, dass die vertragsgemäße Übertragung von Kompetenzen auf EU-Ebene kraft der Beitrittsverträge und späteren Änderungsverträge in Zeiten von globalem Populismus nicht zur Lösung des Problems ausreichte⁴¹, werden doch in einigen Mitgliedstaaten, insbesondere die polnischen Gerichte, ganz offen die grundlegenden Kompetenzen des Gerichtshofs in Frage gestellt.⁴² Obwohl die Kommission, aber auch die Gerichte der Mitgliedstaaten, insbesondere die polnischen Gerichte, den Gerichtshof zu einer immer weitergehenden Lagebeurteilung in den Mitgliedstaaten bewegen wollen, indem sie (entsprechend) das Vertragsverletzungsverfahren oder das Verfahren präjudizialer Fragen und den Rechtsschutz der EU-Bürger in Anspruch nehmen und somit Druck auf den Gerichtshof selbst ausüben, hat der Druck, der vom EuGH auf die Mitgliedstaaten ausgeübt wird, dennoch nur eine partielle Wirkung. Die Maßnahmen des EuGH haben nämlich nur insoweit eine große Bedeutung, als die Behörden der Mitgliedstaaten im Anschluss daran keine Maßnahmen ergreifen, die es den Gerichten der Mitgliedstaaten unmöglich machen würden, präjudiziale Fragen in Rechtssachen dieser Art an den EuGH zu richten, oder sich nicht sogar anmaßen, die Rechtsprechung des EuGH infrage zu stellen (davon wird im Folgenden die Rede sein). Das wiederum führt zur Frage der Notwendigkeit eines weiterführenden Dialogs über eine alternative Herangehensweise und weitere, neue Lösungen.

39 Dimitry Kochenov: De Facto Power Grab in Context: Upgrading Rule of Law in Europe in Populist Times. In: XL POLISH YEARBOOK OF INTERNATIONAL LAW 2021, H. 5.

40 Vgl. z. B. Justyna Łacny: System warunkowości mający chronić budżet UE przed naruszeniami zasady państwa prawnego przez państwa członkowskie. In: PAŃSTWO I PRAWO 2021, H. 11, S. 3.

41 Zur Definition und den Folgen von Populismus vgl. Dimitry Kochenov. Barbara Grabowska-Moroz: Constitutional Populism versus EU Law: A Much More Complex Story than You Imagined. In: RECONNECT WORKING PAPER 2021, H. 16.

42 Vgl. das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 5.05.2020, 2 BvR 859/15, 2 BvR 1651/15, 2 BvR 2006/15, 2 BvR 980/16. Vgl. auch die Presseinformationen in Bezug auf das Urteil des französischen Staatsrats, der das Urteil des Gerichtshof der Europäischen Union in Frage stellt: Francuska konstytucja nadrzędna wobec prawo europejskiego. In: gazetaprawna.pl vom 22.04.2021, <https://serwisy.gazetaprawna.pl/orzeczenia/artykuly/8147733,francja-konstytucja-nadrzedna-prawo-europejskie.html> (11.08.2021).

4 Die Notwendigkeit einer EU-weiten Diskussion über die Änderungen im Bereich der Kontrollmethoden für die Beachtung der EU-Grundwerte

Die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten ist der gemeinsame Nenner für den Erfolg der europäischen Konstruktion in allen Bereichen ihres Handelns. Die Mitgliedschaft in der EU allein schützt die Mitgliedstaaten jedoch nicht vor der Möglichkeit der Machtübernahme durch nicht rechtsstaatlich ausgerichtete Regime. Es gibt auch keine Garantie für eine Umkehr von einem solchen Weg, wenn er bereits eingeschlagen wurde: nicht rechtsstaatliche Regime können sich vertiefen und infolgedessen dauerhafte Formen annehmen. Das EU-System der muss folglich so konstruiert sein, dass es drei Grundvoraussetzungen erfüllen kann: 1) den negativen Einfluss auf das Handeln der Europäischen Union seitens des Staates begrenzen, der das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verletzt, 2) diesen Staat zur Änderung seines Handelns bewegen, 3) die Möglichkeit dafür schaffen, Staaten aus dem Kreis der Mitgliedstaaten zu entfernen, die dauerhaft und systematisch die grundlegenden Werte jener Organisation verletzen, deren Mitglied sie sind.⁴³ Alle in der EU geschaffenen Mechanismen müssen der Notwendigkeit Rechnung tragen, eben diese Ziele zu erreichen, wobei – außer den bekannten Mechanismen – darüber hinaus Maßnahmen möglich sind, die zu einer Marginalisierung nicht rechtsstaatlicher Staaten führen, wie z. B. durch die Intensivierung der Zusammenarbeit mithilfe verstärkter Kontakte, die Verstärkung der Integration im Rahmen der Staaten, die zur Eurozone gehören, und schließlich der Austritt aus der EU oder auch der Ausschluss eines Staates aus der EU.

Wenn es in den Mitgliedstaaten (wie im Fall von Ungarn und Polen) nicht zu wesentlichen Änderungen kommt, dann stellt sich die Frage, ob die Europäische Union weitergehende Maßnahmen im Rahmen der vorhandenen Mechanismen ergreifen kann oder soll bzw. ob eventuell eine Diskussion über systemische Veränderungen notwendig ist, die Situationen verhindern würden, von denen in der Rechtsprechung der internationalen Gerichte die Rede ist.⁴⁴ Eine weitere Frage stellt sich im Kontext der aktuellen Ereignisse – ob die Europäische Union angesichts des Kriegs in der Ukraine die Probleme in den Mitgliedstaaten, die im Zusammenhang mit der Migrationskrise und der Situation in der Ukraine gleichsam die größte Last auf sich genommen haben, etwas milder betrachten

43 Barcz: *Unia Europejska wobec niepraworządności*, S. 20.

44 Sowohl beim EuGH (vgl. die o. g. Urteile) als auch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) – vgl. insbesondere die Rechtssachen *Guðmundur Andri Ástráðsson gegen Island* (Klage Nr. 26374/18), *Jan Grzęda gegen Polen* (Klage Nr. 43572/18) oder auch *Xero Flor gegen Polen* (Klage Nr. 4907/18).

sollte. Zweifelsohne hat der Krieg in der Ukraine die Art und Weise, wie Ungarn und Polen wahrgenommen werden, etwas verändert – in den ersten Äußerungen der Präsidentin der Europäischen Kommission wurde die Anwendung des Konditionalitätsmechanismus gegenüber Ungarn angekündigt⁴⁵, andererseits wurden jedoch Versuche unternommen, den Konflikt zu entschärfen und die finanziellen Mittel für Polen freizugeben.⁴⁶ Jüngst waren – im Zusammenhang mit Polen – in der öffentlichen Debatte Stimmen vernehmbar, die forderten, das Handeln der polnischen Behörden im Kontext des Kriegs in der Ukraine und die Aufnahme von Millionen von Flüchtlingen durch den polnischen Staat mit der Prozedierung und Annahme des polnischen Wiederaufbauplans durch die Europäische Kommission »belohnt« werden sollte.⁴⁷ Ein solches Handeln kann jedoch als Abrücken von der Grundidee der EU und ihrer Axiologie verstanden werden. Das Engagement des polnischen Staats für humanitäre Hilfe und Unterstützung für die Ukraine hat nämlich nichts mit der Wiederherstellung des Rechtsstaats zu tun, daher sollte die eine Frage nicht von der anderen abhängig gemacht werden.

All diese Elemente konnten Gegenstand einer Diskussion im Rahmen der Debatte zur Zukunft Europas sein. Die Diskussion im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas umfasste jedoch anfänglich nicht das Problem der Rechtsstaatlichkeit – in den ersten Dokumenten wurde dieses Motiv nicht als eigenständiges Diskussionsthema aufgegriffen, da es ausschließlich ein Element umfanglicherer Probleme ist, vor denen die EU steht. Dieses Thema sollte jedoch zu einem Leitthema der Debatte im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas werden, und die Diskussion müsste sich nicht nur auf die Ursachen, sondern auch auf die Abhilfemittel konzentrieren, u. a. den Versuch, nicht nur einen Minimalstandard und ein Minimalverständnis des Rechtsstaatsprinzips zu erarbeiten, sondern ein Optimum, das alle Mitglieder der EU anstreben sollten. Unter den Vorschlägen in Bezug auf die »Werte und Rechte, die Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit« wurde im Schlussbericht⁴⁸ darauf verwiesen, dass nicht nur die wirksame Anwendung und Beurteilung des Umfangs einer Verordnung

45 Aus Presseberichten geht hervor, dass die Kommission am 18. September 2022 dem Europäischen Rat die Anwendung des Konditionalitätsmechanismus gegenüber Ungarn vorschlug. Vgl. die Mitteilung der Pressedienste der Kommission. In: [ec.europa.eu](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_5623), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_5623 (23.09.2022).

46 Vgl. die Arbeiten am Gesetz über die Änderungen im Obersten Gerichtshof, Drucksachen des Sejms Nr. 2011 und 2013. Das Gesetz wurde am 9. Juni 2022 verabschiedet. Dz. U. poz. 1259.

47 Vgl. die Medienberichte: Domagalski, Gajos-Kaniewska: TSUE: pytania prejudycjalne SN.

48 Der Bericht über die Endergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas wurde den Präsidenten von drei Organen am 9. Mai 2022 vorgelegt, <https://futureu.europa.eu/pages/reporting> (28.05.2022)

über die Konditionalität und andere Instrumente notwendig ist, sondern auch eine eventuelle Erweiterung auf neue Bereiche, unabhängig von ihrer Bedeutung für den EU-Haushalt, ins Auge gefasst werden müsste. Es wurde auch darauf verwiesen, dass alle unabdingbaren Rechtsmittel in Erwägung zu ziehen sind, darunter auch Vertragsänderungen, um Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit zu bestrafen.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob Vertragsänderungen tatsächlich notwendig sind. Allem Anschein nach sind nämlich bereits sehr viele Instrumente vorhanden. Die Debatte sollte Fragen der Konsequenz, Entschiedenheit und Kompromisslosigkeit in dieser Frage betreffen. Seit einiger Zeit kann man nämlich den Eindruck gewinnen, dass die EU fortwährend mit der Schaffung neuer Instrumente beschäftigt ist, anstatt konkrete Maßnahmen zu ergreifen – die Behauptung, dass es keine ausreichenden Mechanismen gibt, soll ein Argument für den Verzicht auf ihre Anwendung bzw. ihre sehr bescheidene oder selektive Anwendung gegenüber bestimmten Staaten sein. Für den Schutz der Rechtsstaatlichkeit sind keine neuen Instrumente erforderlich, und schon gar nicht neue Institutionen oder Agenturen. Es gibt rechtlich-politische Mechanismen (Art. 7 EUV, die alljährliche Bewertung der Europäischen Kommission), gerichtliche Mechanismen (die Verfahren vor dem EuGH), finanzielle Druckmittel (Konditionalitätsmechanismus), aber auch institutionelle (vom Gerichtshof bis hin zur Agentur für Grundrechte), die es zu nutzen gilt. Bis jetzt war jedoch Zögern zu beobachten – es genügt, die Schwierigkeiten mit dem Übergang zu weiteren Etappen beim Mechanismus in Art. 7 EUV in den Blick zu nehmen oder auch die Herausforderung, eine Systemklage gegen einen Staat durch die Kommission gestützt auf Art. 258 AEUV zu erheben.⁴⁹

5 Schlussfolgerungen

Dieser kurze Text sollte die Grunddilemmata der Debatte zur Zukunft der Rechtsstaatlichkeit in der EU zeigen, genauer gesagt die Mechanismen, die die EU anwenden kann, um nicht rechtsstaatliche Staaten zu einer Umkehr auf den Weg der in Art. 2 EUV zum Ausdruck gebrachten Werte zu zwingen. Die Diskussion in dieser Sache geht weiter – sei es im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas oder im Rahmen vorhandener rechtlicher Mechanismen. Unterdessen sind – in der Ausnahmezeit des Krieges und der realen Bedrohung für die Sicherheit – diese Themen etwas in den Hintergrund gerückt, obwohl doch

⁴⁹ Dies bezieht sich auf das Systempostulat von Prof. Kochenova, das in den oben erwähnten Texten angesprochen wurde.

gerade die Rechtsstaatlichkeit gegenwärtig nicht nur ein Problem für Staaten ist, die bereits Mitglieder der EU sind, sondern auch für jene Staaten, die der EU in allernächster Zeit beitreten möchten.⁵⁰

Man kann feststellen, dass das Infragestellen der Rechtsstaatlichkeit als eines gemeinsamen Elements des Integrationsprozesses, aber auch als Bedingung für das Funktionieren einer internationalen Organisation als Rechtsgemeinschaft eines der aktuellsten Probleme ist, mit denen sich die EU messen muss. Bei der Diskussion über die Zukunft Europas sind insbesondere zwei Aspekte nicht zu vergessen: vor allem, dass die fehlende Rechtsstaatlichkeit in Mitgliedstaaten mit allgemeinen populistischen Tendenzen verbunden ist, die das Modell einer globalen Zusammenarbeit und liberalen Demokratie ablehnen; zweitens, dass die mit der Rechtsstaatlichkeit verbundenen Herausforderungen Ausnahmeharakter haben und ein Präzedenzfall sind. Leider hat die EU bisher keine großen Erfolge im Bereich der Rechtsstaatlichkeit davongetragen, aber – wie zu beobachten ist – betrifft das Problem nicht etwa einen Mangel an rechtlichen Mitteln, sondern vielmehr den fehlenden politischen Willen, das wirklich zu nutzen, was bereits vorhanden ist. Das kann eine Begründung für die Notwendigkeit einer tiefgehenden Neuinterpretation des Problems und der Herangehensweise an dieses Problem sein. Dieses Problem könnte sich im Grunde genommen als sogar wichtiger für die gesamte EU erweisen als der Brexit: das Abrücken von der Idee einer Werte- und Rechtsgemeinschaft kann dazu führen, dass die EU zur Idee einer wirtschaftlichen Vereinigung zurückkehrt, was den Zielen des Vertrags von Maastricht und der Idee der Europäischen Union zuwiderlaufen würde. In Anbetracht dessen sollten die Institutionen der EU und alle Mitgliedstaaten, denen an der Zukunft einer gemeinsamen Organisation liegt, alle unverzichtbaren Maßnahmen ergreifen, um einem weiteren desintegrierenden Handeln vorzubeugen. Dabei dürfen ernsthafte Sanktionen nicht von vornherein ausgeschlossen und keinesfalls Nachgiebigkeit gezeigt werden, nur weil Flüchtlingen aus der Ukraine Hilfe geleistet wird.

Aus dem Polnischen von Sabine Lipińska

50 Lily Bayer: War in Ukraine envelops EU rule-of-law fight at home. In: Politico vom 17.03.2022, <https://www.politico.eu/article/war-risks-pushing-aside-eu-rule-of-law-concerns/> (15.05.2022).

DOI: 10.13173/9783447120241.173

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

Werte an der Grenze Europas: Was haben wir aus der Migrationskrise an der östlichen Grenze der Europäischen Union und dem Krieg in der Ukraine gelernt?

Beata Ociepka, Universität Wrocław

Values on Europe's border: what have we learned from the migrant crisis on the European Union's eastern border and the war in Ukraine?

The events on the European Union's eastern border with Belarus since September 2021 and the war in Ukraine since February 2022 are a significant test of the EU's normative power and the values it wishes to represent. The power of attraction, according to Joseph Nye's concept of soft power, is built on values represented by actors of international relations. The author of this study points to significant contradictions in the understanding of European values among EU states, which became apparent, among other developments, during the migration crisis on the EU's eastern border with Belarus in 2021 and when the EU faced Russian aggression against Ukraine in 2022. These contradictions are evident among EU member states, but also at the domestic level (the case of Poland). Openness and dialogue, so important to the "pragmatic idealist" Bronisław Geremek, are still on the EU's banners. They were the basis of many EU countries' relations with Russia after 2014 despite the sanctions imposed on this country. However, the opinions of the EU's eastern states were not heeded, and the EU's internal dialogue on Russia was shaped mainly by the economic interests of the member countries. After 2014, "pragmatism" prevailed in relations with Russia, which was included in the analysis as a context for the study of the EU's European values. In Polish reactions to the 2021 crisis and the 2022 war, openness and dialogue depended on the cultural and political context. Polish civil society and the Polish ruling class understood these values differently.

DOI: 10.13173/9783447120241.191

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.191

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

Bronisław Geremek übte einen bedeutenden Einfluss auf die polnische Politik in Europa aus, aber auch auf die Wahrnehmung der Europäizität von Polen. Er wurde als »pragmatischer Idealist«¹ bezeichnet und in seinen Texten und Äußerungen unterstrich er häufig, dass in den europäischen Beziehungen, aber auch in den Kontakten Europas mit seinen Nachbarn und anderen Staaten, Offenheit und Dialog notwendig seien. Auf diese Weise fügte er diese dem gut bekannten Kanon europäischer Werte, wie Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit, hinzu.² Diese Offenheit und diesen Dialog, als Art und Weise der Kommunikation europäischer Werte, gilt es heute den Lehren gegenüberzustellen, die aus den Ereignissen an der Ostgrenze der Europäischen Union resultieren: aus der Migrationskrise – u. a. seit September 2021 an der polnisch-belarussischen Grenze – und aus dem Krieg an der polnisch-ukrainischen Grenze seit Februar 2022. Die Migrationskrise in Europa und der Krieg in der Ukraine sind ein wichtiger Test für die normative Kraft³ der EU und für die Werte, die sie vertreten möchte, aber auch für das polnische Verständnis dieser Werte.

Der Titel einer der Veröffentlichungen, die dem Werk Geremeks gewidmet sind, bezeichnet ihn als den Vater des polnischen Liberalismus.⁴ Der Liberalismus ist immer noch eine starke Strömung in der Theorie der internationalen Beziehungen und aus der heutigen Sicht würden wir Geremek auch zu den Vertreter: innen dieser liberalen Schule rechnen. Vermutlich waren ihm Formulierungen vertraut, denen zufolge die Stärke der EU sich u. a. auf die Möglichkeit gründete, andere Staaten anzuziehen, ohne von militärischer Gewalt und ökonomischem Übergewicht Gebrauch zu machen, sondern auf der Grundlage der Attraktivität ihres Wirtschaftsmodells (des Wohlstands der EU, folglich auch ihrer Mitgliedstaaten und ihrer Sozialmodelle), ihrer Institutionen, Normen und Werte. Auf die Werte, die sie vertritt, gründet die Europäische Union ihre normative Kraft. Selten erinnern wir uns heute daran, dass die EU 2012 für ihr Handeln zur Förderung von Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa den Friedensnobelpreis erhielt.

Einer der außergewöhnlich häufig zitierten Texte Geremeks ist der, den er im Jahr 2000 als Außenminister gemeinsam mit dem deutschen Außenminister

1 So betitelt wird Bronisław Geremek von Leszek Jażdżewski: Bronisław Geremek: Europejczyk w Polsce, Polak w Europie. In: Paweł Luty (Hrsg): Bronisław Geremek, S. 4. Viele Autoren unterstrichen sowohl den Idealismus als auch den Pragmatismus Geremeks.

2 Gemäß dem Art. 2 EUV sowie der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

3 Im vorliegenden Text wird der Begriff »normative Kraft« nach Manners verwendet: Ian Manners: Normative Power Europe: A Contradiction, S. 235–258.

4 Paweł Luty (Hrsg.): Bronisław Geremek, S. 1.

Joschka Fischer verfasste und in dem sich die beiden Minister auf die deutsch-polnische Grenze und ihre symbolische Bedeutung für Europa beriefen, als

» einer der schwierigsten Grenzen des 20. Jahrhunderts [...]. Es ist eine tief gehende sprachliche und mentale Grenze, in gewisser Weise eine konfessionelle Grenze, und – trotz der polnischen Wirtschaftserfolge der letzten Jahre – auch eine ökonomische Grenze, entlang derer die Nachbarn erst seit kaum einer Generation wieder Nachbarn sind, sich nur in ungenügendem Maße kennen und einander gegenüber durchaus noch Ängste und Aversionen empfinden. Polen haben Angst vor dem Aufkauf von Grund und Boden durch Deutsche, Deutsche haben Angst vor polnischer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Gerade die deutsch-polnische Grenzregion kann und soll ein Gebiet der Zusammenarbeit, der Modernisierung und Innovation sein.⁵

Dieses Zitat ist für die vorliegende Studie im Hinblick auf den Begriff der Grenze als Raum wesentlich, der sowohl trennt als auch verbindet, aber auch deshalb, weil es die Aufmerksamkeit auf die deutsch-polnischen Beziehungen lenkt, deren Umbau nach 1989 zu einem Element der normativen Kraft Deutschlands, Polens und der ganzen EU geworden ist. Der symbolische Charakter der deutsch-polnischen Grenze resultiert zugleich aus der großen Wechselhaftigkeit der deutsch-polnischen Beziehungen, also aus den aus ihnen hervorgehenden Schlussfolgerungen für den Zusammenprall der europäischen Werte mit der internationalen Wirklichkeit. Aus der Perspektive des Jahres 2022 kann man sagen, dass die Erwartungen, die von Geremek und Fischer geäußert wurden, in hohem Maße erfüllt wurden und dass die deutsch-polnische Grenze zu einem Ort der Zusammenarbeit geworden ist, selbst wenn diese oftmals problematisch und weiterhin unvollkommen ist. Inzwischen hat sich, nach dem Jahr 2004, die Grenze der EU nach Osten verschoben, wobei sie in den letzten Jahren auch zu einer Grenze zwischen Krieg und Frieden geworden ist, die zunehmend als Bedrohung statt als ein Vorbote von Zusammenarbeit, Modernisierung und Innovation wahrgenommen wird. In den Beziehungen zu Russland sind die europäischen Werte auf die Probe gestellt geworden. In dieser – östlichen – Richtung wurde die Überzeugung der Liberalen von der Möglichkeit einer Annäherung durch wirtschaftliche Zusammenarbeit negativ verifiziert.

Ich führe hier die Ansicht von Geremek aus dem Jahr 2000 an, um mich einer Analogie zu bedienen. Vor nicht allzu langer Zeit waren die Veränderungen, die an der deutsch-polnischen Grenze eintraten, schwer vorstellbar. In eine ähnliche Richtung begannen sich die Beziehungen an der polnischen – und unionseigenen – Ostgrenze zu entwickeln, auf ihrem ukrainischen Abschnitt. Die Erfah-

5 Bronislaw Geremek, Joschka Fischer: Polen und Deutsche an der Schwelle des neuen Jahrhunderts. In: TAGESSPIEGEL/RZECZPOSPOLITA vom 17. Februar 2000.

rungen der deutsch-polnischen Verständigung und der Botschafterfunktion, die Deutschland im Prozess des Beitritts zur EU gegenüber Polen übernommen hatte, schienen sich auf die Beziehungen zur Ukraine übertragen zu lassen, insbesondere weil nach 2014 die polnische normative Kraft einen deutlichen und positiven Einfluss auf die Ukraine ausübte. Obwohl also nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine Polen nicht an den Verhandlungen in Minsk teilnahm, die zu den Abkommen Minsk I und Minsk II führten und im sog. Normandie-Format geführt wurden (Frankreich, Deutschland, Russland, Ukraine), und zugleich nach 2015 die Beziehungen zwischen den Regierungen Polens und der Ukraine nicht mehr so direkt waren wie in den Jahren 2005–2015, wurde die polnische Transformation für die Ukraine doch zu einem nachahmenswerten Modell. Schlussendlich widersetzte sich Russland einer Vertiefung der Veränderungen. Die östliche Grenze der EU und die Beziehungen zu Russland werden also in dieser Studie, in ihrer um Offenheit, Dialog und Solidarität erweiterten Variante, zu einem Verifizierungsmerkmal der europäischen Werte, die für den »pragmatischen Idealisten« Geremek von Bedeutung waren. Die Erfahrungen, die aus der schwierigen Verständigung zwischen Polen und Deutschland resultieren, für die sich Geremek als Außenminister Polens einsetzte, sowie die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland werden den Hintergrund dieser Betrachtungen bilden. Der Begriff »Grenze« wird hierbei sowohl administrativ, vor allem als territoriale EU-Außengrenze verstanden, aber auch symbolisch, als (auch symbolischer) Raum, in dem die europäischen Werte gewahrt oder verletzt werden. Der Standpunkt eines Teils der EU-Staaten gegenüber Russland lässt sich mithilfe der liberalen Konzeption der »Komplexen Interdependenz« von Joseph Nye und Robert Keohane erläutern.⁶ Seit dem Zerfall der Sowjetunion glaubten viele europäische Staaten, mit Deutschland als einem der Hauptakteure der EU-Politik gegenüber Russland, an die Wirksamkeit ökonomischer Lösungen auf dem Weg zur Entstehung eines umgestalteten, demokratischen Russland. Die Idee einer komplexen Interdependenz, die bei der Erweiterung der europäischen Werte nach Osten helfen sollte, funktionierte jedoch in der Praxis der Beziehungen zu Russland nicht. Die deutschen Maßnahmen gemäß dem Ansatz »Wandel durch Handel« zeitigten nicht die erwarteten Folgen. Wie die Kommentatoren der internationalen Ereignisse in den sozialen Medien bemerkten, blieb von »Wandel durch Handel« hauptsächlich der Handel (das bezieht sich auch auf China).⁷ Geschäftsinteressen und der Handel mit der EU zogen die Russische

6 Joseph S. Nye, Robert Keohane: Power and Interdependence Revisited. In: INTERNATIONAL ORGANIZATION 41 (1987), H. 4, S. 725–753.

7 Auf das Fiasko dieser Konzeption in den Beziehungen zu China hat Jörg Lau in folgendem Text seine Aufmerksamkeit gelenkt: Wandel durch Handel. In: INTERNATIONALE POLITIK VOM 1.09.2021, <https://internationalepolitik.de/de/wandel-durch-handel-0> (15.06.2022),

Föderation zweifellos stärker an als die weiche Kraft der Europäischen Union, verstanden in dem Sinne, den J. S. Nye⁸ diesem Begriff gegeben hatte, also gestützt auf die Werte und die Außenpolitik der EU. Infolgedessen werde ich zu den Werten, auf die die EU sich gründet, in dieser Studie nicht nur Offenheit, Dialog und Solidarität hinzufügen, die für den »pragmatischen Idealismus« Gemeinso wesentliche sind, sondern auch den Pragmatismus der Außenpolitik der EU-Mitgliedstaaten. Ich gehe davon aus, dass er zu einem der Faktoren geworden ist, die die Russische Föderation stark anziehen. Folglich gehe ich von der Annahme aus, dass der Wert, der autoritäre Staaten in Richtung der EU zieht, der Pragmatismus ihrer Außenpolitik ist, genauer gesagt der Pragmatismus der Außenpolitik ihrer Mitgliedstaaten.

Der Krieg in der Ukraine dauert nun schon acht Jahre und aus dieser Perspektive können wir heute sagen, dass der Blick zurück auf 2014 darauf hindeutet, dass die Hauptprobleme, die damals definiert wurden, sich in der Zwischenzeit vervielfacht haben. In diesem Kontext möchte ich mich auf zwei Fälle konzentrieren, die zur Verifizierung der Anziehungskraft dienen, die die Werte der EU über ihre Grenzen hinaus hat. Der erste Fall ist der russisch-ukrainische Krieg, der hier angeführt werden soll, um die Bedeutung und Folgen des Pragmatismus einiger EU-Staaten als eines Wertes zu beurteilen, der gewöhnlich kaum wahrgenommen und in ihrer Außenpolitik selten diskutiert wird. Der russisch-ukrainische Krieg hat indessen die Auswirkungen dieses Pragmatismus sichtbar gemacht. Der zweite Fall ist die Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze (also an der Ostgrenze der Union), an die ich anknüpfen möchte, um die Diskussion auf die Ebene der Mitgliedstaaten zu verlagern, unter Berücksichtigung der inneren Dimension der Frage der EU-Werte. Die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze im Jahr 2021 war nur Teil einer breiteren Flüchtlingskrise in der Europäischen Union, die sich in der gegenwärtigen Phase seit 2014 mit unterschiedlicher Intensität entwickelt.

In dieser Studie stütze ich mich auf die Metaanalyse von Veröffentlichungen, in denen die Kategorie europäischer Werte und des Pragmatismus in der Außenpolitik sowie der Menschenrechte und der Migrationskrise in dem mich interessierenden Kontext auftaucht, sowie auf die Ergebnisse einer Analyse von Medieninhalten. Ich werde zudem die Ergebnisse breiterer Untersuchungen zur gleichzeitigen Anwendung von außenpolitischen Instrumenten wie politische und ökonomische Sanktionen sowie kulturelle Diplomatie im selben Zeitraum (2014–2016) durch ausgewählte Staaten der EU gegenüber Russland einbeziehen.⁹

der noch vor der nächsten Etappe des Angriffs Russlands auf die Ukraine im September 2021 veröffentlicht wurde.

8 Joseph S. Nye: *Soft Power: The Means to Success in World Politics*, New York 2004.

9 Im Rahmen des Forschungszuschusses NCN Nr. 2016/23/B/HS5/00486.

1 Der russisch-ukrainische Krieg als Überprüfungsmerkmal der europäischen Werte

Ich möchte mit dem Pragmatismus beginnen, wobei es mir vor allem um eine Handlungsweise in der Außenpolitik oder – wie ich oben gezeigt habe – um einen Wert geht, der die Strategie der Außenpolitik beeinflusst. Eine solche Auffassung des Pragmatismus ist weit entfernt vom »pragmatischen Idealismus« Geremeks. Nur im Hintergrund werde ich an den Pragmatismus im philosophischen Sinn anknüpfen, also an den Einfluss des Pragmatismus in der Philosophie auf die Theorie der internationalen Beziehungen.

Die deutsche Politik gegenüber Russland und insbesondere das Handeln von Kanzlerin Angela Merkel ist einer der in den polnischen Medien am häufigsten angeführten Kontexte für den Pragmatismus in den internationalen Beziehungen.¹⁰ Die Politik von Merkel gegenüber der Russischen Föderation sollte »schmerzhaft pragmatisch« sein. Einer Auffassung zufolge, die von der Polnischen Presseagentur (Polska Agencja Prasowa, PAP) im Jahr 2006 geäußert wurde, sei Ideologie in der Politik der deutschen Regierung durch Pragmatismus ersetzt worden, auch in den Beziehungen zu Polen.¹¹ Über Kanzlerin Merkel wurde geschrieben, dass sie sich durch einen Pragmatismus »bis zur Schmerzgrenze« oder einen »radikalen Pragmatismus«¹² auszeichne sowie durch die »Formel pragmatischer Politik – ohne überflüssige Gesten, offen, geradlinig, ohne sich von Rücksichten auf Status und Prestige leiten zu lassen«. Diese »pragmatische Angela Merkel«, so konnte man lesen, würde über eine »besondere Gabe verfügen, andere Politiker für sich zu gewinnen und Konflikte zu entschärfen. Ihrem Charme erlagen u. a. George Bush, Władimir Putin oder auch Lech Kaczyński«. ¹³ Diese Meinung rückt die Haltung Angela Merkels in der Außenpolitik in die Nähe der Offenheit und des Dialogs im Sinne Geremeks. Aus der Perspektive des Jahres 2022 wissen wir jedoch, dass dieser pragmatische Ansatz in der Außenpolitik nicht die erwarteten Folgen brachte, u. a. die erwartete Entschärfung von Konflikten.

10 Diese Feststellung ist jedoch als Hypothese zu betrachten, die weiterer systematischer Untersuchungen zum Thema Medien bedarf.

11 Niemcy – 100 dni Angeli Merkel – pragmatyzm zamiast ideologii. Polska Agencja Prasowa vom 27. Februar 2006.

12 Angela Merkel przechodzi do historii. Wywiad Łukasza Grajewskiego z Robinem Alexandrem. In: TYGODNIK POWSZECHNY vom 13. September 2021, <https://www.tygodnikpowszechny.pl/angela-merkel-przechodzi-do-historii/> (15.06.2022).

13 Zitate aus GAZETA WYBORCZA vom Januar 2006 nach: Justyna Arendarska, Agnieszka Łada-Kornefał, Bastian Sendhardt: Sqsiedztwo w ramach. Polacy i Niemcy o sobie nawzajem w przekazie prasowym, Warszawa 2022, S. 231.

Pragmatismus in der Außenpolitik ist laut der Auffassung, die in dieser Studie zugrunde gelegt wird, dem Ansatz Ralstons folgend zu verstehen, der darauf verweist, dass »das wirksame Lösen von Problemen einer Vielzahl theoretischer Ansätze bedarf, unabhängig davon, ob der Problembereich lokal oder global, moralisch oder praktisch, landesweit oder international ist«. Er kann auch als Fähigkeit verstanden werden oder als Eigenschaft des Diplomaten der Zukunft. Stephan M. Walt erwartete, dass ein solcher Diplomat eine realistische Auffassung von Stärke, eine liberale Herangehensweise an den Einfluss der Innenpolitik auf die Außenpolitik sowie eine konstruktivistische »Vision des Wandels« verbinden würde. Nach James Scott Johnston erfordern »für den Pragmatiker verschiedene Kontexte, in denen verschiedene Themen betrachtet werden, unterschiedliche Techniken, unterschiedliche Herangehensweisen, ja sogar einen anderen Gebrauch (abweichender) abstrakter Ideen«. ¹⁴ Ein so verstandener Pragmatismus ist die Fähigkeit, sich an äußere und innere Umstände der Entscheidungsdimension in der Außenpolitik anzupassen.

Die Ergebnisse der Anziehung dank der pragmatischen Politik sehen jedoch anders aus, als man gemäß der Konzeption der »weichen Macht« (Soft Power) von Nye oder der »normativen Macht« (Normative Power) von Manners erwarten könnte. Die Offenheit und der Dialog Geremeks als eines pragmatischen Idealisten brachte ebenso wenig immer die erwarteten Folgen. Ein Überprüfungsmerkmal dieser Annahme sind u. a. die EU-Beziehungen zu Russland und der Ukraine seit 2014, ja im Grunde genommen seit 2004. Bis vor kurzem konnte man in Europa hören und lesen, dass Polen, aber auch Litauen, Lettland und Estland nicht im Stande seien, in den Beziehungen zu Russland pragmatisch zu handeln und dass die Ursache dieses Unvermögens in der Geschichte ¹⁵ und ihrer Bedeutung in der Außenpolitik dieser Staaten zu suchen wäre. Damit fehlte es innerhalb der Union an einem offenen Dialog zum Thema Russland, weil Pragmatismus einerseits die Voraussetzung für Offenheit ist, aber die in Bezug auf Russland pragmatischen Mitglieder der Union lieber einen Dialog mit Russland führen wollten, anstatt mit den nichtpragmatischen Mitgliedern der Union über Russland zu sprechen. ¹⁶ Die EU-Staaten handelten also nicht solidarisch.

14 Alle Autoren werden nach Ralston zitiert: Shane J. Ralston: Pragmatism in International Relations Theory and Research. In: *EIDOS* 14, 2011, S. 72–105.

15 Arendarska, Łada-Kornefat, Sendhardt: *Sqsiedztwo w ramach*, S. 77.

16 Diese Beobachtung fand Bestätigung in der Äußerung Ursulas von der Leyen im September 2022 im Europäischen Parlament, als sie feststellte: »Man hätte auf die Stimmen im Inneren der EU, in Polen, in den baltischen Staaten und in Mittel-Osteuropa hören sollen«. Von der Leyen w PE: *Trzeba było słuchać Polski, państw bałtyckich*. In: *rp.pl* vom 14. September 2022, <https://www.rp.pl/konflikty-zbrojne/art37052441-von-der-leyen-w-pe-trzeba-bylo-sluchac-polski-panstw-baltyckich> (15.09.2022).

Es wäre eine falsche Annahme, dass Pragmatismus der polnischen Außenpolitik fremd ist. In einem Dokument mit dem Titel Strategie der Polnischen Außenpolitik für die Jahre 2017–2021 lesen wir nämlich, dass »die grundlegende Prämisse der polnischen Außenpolitik politischer Realismus ist, das Bestreben, entsprechend der polnischen Staatsräson pragmatische Lösungen zu suchen«.¹⁷ Dieselbe Taktik (oder derselbe Wert) wird entsprechend der Staatsräson verwirklicht – insbesondere in Bezug auf die geopolitischen Bedingungen. Ich habe diesen Pragmatismus als Taktik verfolgt, die in den Beziehungen zu Russland in einer Frage auftaucht, die erwartungsgemäß marginal ist. Als nämlich 2014 in der Ukraine die Intervention der sog. grünen Männchen begann und es danach zur Annexion der Krim kam, feierten einige europäische Staaten – Österreich, Großbritannien und Deutschland – wichtige kulturelle Ereignisse mit Russland und in Russland. Die Österreicher organisierten das größte Kulturprogramm im Rahmen der Österreichischen Kultursaison in Russland 2013/2014, die Briten feierten das Russia Year of Culture und die Deutschen das Jahr der Deutschen Sprache und Literatur. All diese Ereignisse waren als Element einer regen Zusammenarbeit und des kulturellen Austauschs mit Russland im Geist des Dialogs, der Offenheit und mit deutlichem Akzent auf die Einbindung und Unterstützung der Zivilgesellschaft in Russland geplant. Keines dieser Ereignisse wurde abgebrochen, trotz der Annexion der Krim, des Kriegs in der Ostukraine und des Absturzes eines malaysischen Flugzeugs im Juli 2014; man verzichtete nur auf die glanzvollsten Konzerte (Deutschland) oder zog politisches Personal von der Eröffnung der Veranstaltungen zurück (Deutschland und Großbritannien). Im Juni 2014 war der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin trotz der Sanktionen in Wien zu Gast. Die damals in Österreich regierende ÖVP erklärte diesen Besuch mit dem Wunsch nach einer »Öffnung neuer Kanäle« in der ersten Phase des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine.¹⁸ Österreich unterhielt traditionell sehr zahlreiche und enge Kontakte zu Russland. Es unterstützte die Sanktionen, aber unterhielt gleichzeitig enge politische Beziehungen zur Russischen Föderation.

Keines der hier erwähnten kulturellen und politischen Ereignisse rief Diskussionen über den Sinn ihrer Fortsetzung angesichts des Krieges hervor, die zumindest mit der Diskussion über die moralische Dimension der Skirennen 2014 in Sotschi vergleichbar gewesen wären, als auf dem Majdan in Kiew Menschen starben. Nur der Pragmatismus der polnischen Außenpolitik äußerte sich damals in der Absage des für 2015 geplanten Polnischen Jahres in Russland.

17 Strategia Polskiej Polityki Zagranicznej 2017–2021. Ministerstwo Spraw Zagranicznych RP, Warszawa 2017.

18 Beata Ociepka, Justyna Arendarska: Cultural Diplomacy and Sanctions as Foreign Policy Instruments during a Time of Conflict, zur Rezension eingereichter Artikel.

Der Pragmatismus wurde auch als Grund für die Fortsetzung der politischen und kulturellen Unternehmungen mit Russland durch die Niederländer 2013 genannt, trotz der angespannten und sich verschlechternden Beziehungen zu Russland, darunter diplomatischer Skandale, deren Kontext die Proteste der Niederländer gegen die Verletzung der Menschenrechte in Russland waren – also zur Verteidigung der EU-Grundwerte. Die Belange von Gasunie¹⁹ waren jedoch wichtiger als der weniger messbare Bereich der Werte. Seit 2014, als die EU politische und ökonomische Sanktionen gegen Russland verhängte, war die andere und offizielle Begründung für die Aufrechterhaltung der Kontakte im Bereich der kulturellen Diplomatie das Bedürfnis, »offene Kommunikationskanäle« aufrechtzuerhalten, zu denen kulturelle Kontakte gehören sollten sowie der Wunsch, die Zivilgesellschaft in Russland zu unterstützen. Zur Idee der »offenen Kanäle« in der Politik gegenüber Russland werde ich im weiteren Teil des vorliegenden Textes zurückkehren.

Im Jahr 2022 scheint die Situation anders gelagert zu sein, wenn dies auch aus einer beispiellosen Eskalation des Angriffs Russlands auf die Ukraine resultiert. In diesem Fall schließen sich alle Kommunikationskanäle – darunter auch ganz wörtlich die Rundfunk- und Fernsehsender, die Frage der Zivilgesellschaft in Russland wird nicht mehr aufgeworfen. Das Jahr 2022 hat die Beeinflussung Russlands durch Werte – durch die »Soft Power« und die »Normative Macht« – negativ verifiziert, aber es ist auch ein Beweis für die Effektivität einer solchen Einflussnahme der Union auf die Ukraine. Die Union steht jedoch derzeit vor der Frage, ob ihre Anziehungskraft in Richtung Ukraine die erwarteten Resultate gebracht hat. Wie sollen wir jetzt weiter vorgehen? Ich gebe hier keine Antwort auf diese Frage, aber ich möchte die Aufmerksamkeit doch darauf lenken, dass ein Teil dieser Frage die Verifizierung der weichen Beeinflussungsstrategien betrifft, also mittels Werten, Kultur und Außenpolitik, denn nicht nur »Wandel durch Handel«, sondern auch der »Wandel« durch Kultur und Werte hat als Strategie eine Niederlage erlitten. Es ist die Ukraine, die jetzt einen schrecklichen Preis für die europäische Anziehungskraft bezahlt.

19 N.V. Gasunie ist eine staatliche niederländische Firma, die im Bereich des Gastransfers und der Gasinfrastruktur in den Niederlanden und in Deutschland tätig ist.

2 Menschenrechte und Solidarität – die Flüchtlinge an der polnisch-belarussischen Grenze im Jahr 2021

Jene Ereignisse, die sich an der östlichen EU-Außengrenze im Verlauf der sog. Migrationskrise an der polnisch-belarussischen sowie der litauisch-belarussischen und der lettisch-belarussischen Grenze seit dem Sommer 2021 ereignet haben, sind ein Überprüfungsmerkmal für die Achtung der Rechte des Menschen und seiner Würde, von Offenheit, Dialog und Solidarität, aber auch von Freiheit verstanden als Meinungs-, Bekenntnis- und Versammlungsfreiheit sowie als freier Zugang zu Informationen. In dieser Zeit begann nämlich die Zahl der Personen, die von Belarus aus kommend zunächst die Grenze nach Lettland, später dann die zu Litauen und Polen illegal passierten, heftig anzusteigen. An der EU-Ostgrenze tauchten in einer durch das Regime von Lukaschenka gesteuerten Aktion Flüchtlinge auf, u. a. aus Syrien und Afghanistan, die legal nach Belarus gekommen waren. Die Situation im polnischen Abschnitt der EU-Außengrenze mit Belarus verschärfte sich im September und die damit verbundene Krise erreichte im November 2021 ihren Höhepunkt. Der polnische Grenzschutz bediente sich illegaler Pushbacks, weswegen die Flüchtlinge praktisch keine Möglichkeit zum Stellen von Asylanträgen hatten. Die Lage, in der sie sich befanden – vom polnischen Grenzschutz nach Belarus zurückgedrängt und von den Belarussen wiederum erneut in Richtung Polen getrieben, im Wald, ohne warme Kleidung und Nahrungsmittel im Winter – verletzte nicht nur die Menschenrechte, sondern auch die Menschenwürde der Flüchtlinge. Die an der polnischen Ostgrenze andauernde Migrationskrise (2022) wurde also zu einem weiteren Grund für Menschenrechtsverletzungen in der EU, wie sie seit Jahren in den Staaten Südeuropas, die mit starken Migrationswellen zu kämpfen haben, zu beobachten sind. Untersuchungen bestätigen, dass die EU, die die Menschenrechte auf ihr Banner geschrieben hat, sie gegenüber aus Afrika und dem Nahen Osten herbeiströmenden Migrant:innen²⁰ verletzt und auf diese Weise unter Bruch ihrer selbst angenommenen Werte handelt. Die EU-Staaten entschieden sich in der Krise 2014 eher für eine »utilitaristische als eine humanitäre« Vorgehensweise, wie Barbulescu in seinen Untersuchungen schrieb. Dieser »Utilitarismus« entspricht meiner Auffassung nach dem Pragmatismus.

20 Vgl. die Untersuchungsergebnisse, die die Jahre 2014–2016 betreffen: Roxana Barbulescu: Still a Beacon of Human Rights? Considerations on the EU Response to the Refugee Crisis in the Mediterranean. In: MEDITERRANEAN POLITICS 22 (2017), H. 2, S. 301–308; Simas Grigonis: EU in the Face of Migrant Crisis: Reasons for Ineffective Human Rights Protection. In: INTERNATIONAL COMPARATIVE JURISPRUDENCE 2016, H. 2, S. 93–98.

Solidarität ist einer der zentralen Werte, der die Basis für die Integration im Rahmen der EU darstellt.²¹ Was den polnischen Staat und seine Bevölkerung betrifft, so wurde Solidarität über Jahre hinweg als ein für sie repräsentativer Wert betrachtet. Der Verweis auf die Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* wurde als Mittel zur Ausgestaltung der internationalen Marke Polens genutzt. Das polnische Verständnis von Solidarität in der EU erlebte in den Jahren 2015 und 2016, während der Welle von Flüchtlingen, die nach Italien und Griechenland gelangten und dann in Deutschland aufgenommen wurden, eine brutale Konfrontation mit der Wirklichkeit. Während der europäischen Migrationskrise lehnte die polnische Regierung letztlich die Aufnahme von Flüchtlingen ab,²² wodurch sie die Idee der europäischen Solidarität auf die Probe stellte. Den nächsten Test der Solidarität mussten die EU-Staaten während der COVID-19-Pandemie ablegen, in diesem Fall allerdings mit positivem Ergebnis. Untersuchungen von Lorenzo Cicchi (und seinen Mitautoren) über die Solidarität während der Pandemie zeigten, dass sie in der EU während der Krise an erster Stelle eine nationale Dimension besaß, sich an zweiter Stelle auf die Nachbarn bezog und an dritter auf Europa. Die Europäer zeigten sich bei einer äußeren Krise wie der der Pandemie solidarischer, als dies etwa bei Schwierigkeiten einzelner Staaten aufgrund von übermäßiger Verschuldung, also wegen innerer Ursachen, der Fall war.²³ Dieselbe Solidarität wird als Wert zurzeit in der polnisch-ukrainischen Konfiguration auf die Probe gestellt, aber auch in den Beziehungen zwischen Polen und der EU, da sich eine Flüchtlingskrise und der Krieg in der Ukraine überlagern. Damit haben wir es also erneut mit der Situation einer äußeren Krise zu tun, bei der folglich eine tiefere und dauerhaftere Solidarität zu erwarten ist.

Offiziell unterstreicht die polnische Regierung in ihren Agenden aus der Zeit der Krise an der polnisch-belarussischen Grenze im Jahr 2021 weiterhin die Bedeutung der Solidarität als eines Werts, der für die polnische Identität konstitutiv ist. Auf dem Webauftritt der polnischen Regierung lässt sich folgende Aussage finden:

- » Nach 41 Jahren tragen die Polen weiterhin das Gen der Solidarität in ihrer DNA. Sie erinnern sich daran, dass ihnen in den finsternen Zeiten der kommunistischen Regierungen viele Länder aus der ganzen Welt mit finanzieller

21 Andrea Sangiovanni: *Solidarity in the European Union*. In: *OXFORD JOURNAL OF LEGAL STUDIES* 33 (2013), H. 2, S. 213–241.

22 Mieczysław Stolarczyk: *Stanowisko Polski wobec kryzysu migracyjno-uchodźczego Unii Europejskiej*. In: *KRAKOWSKIE STUDIA MIĘDZYNARODOWE* 2017, H. 2, S. 15–41.

23 Lorenzo Cicchi, Philipp Genschel, Anton Hemerijck, Mohamed Nasr: *EU solidarity in times of Covid-19*. In: *POLICY BRIEFS*, 34, 2020. *European Governance and Politics Programme*, <https://hdl.handle.net/1814/67755> (15.06.2022).

Hilfe und geistiger Unterstützung unter die Arme gegriffen haben. Heute be-
gleichen die Polen diese Schuld, indem sie anderen helfen: den Partnern in
Europa, u. a. Belarus, Georgien, Moldau, der Ukraine und den Ländern des
Westbalkans, aber auch denen Afrikas und des Nahen Ostens. Gleich-
maßen spontan hat die polnische Diaspora auf der ganzen Welt ihre Solida-
rität während der COVID-19-Pandemie bekundet, indem sie lokal denjeni-
gen geholfen haben, die von der Pandemie am stärksten betroffen waren.²⁴

Das Verkünden von Solidarität als Wert bei gleichzeitiger Ablehnung der Auf-
nahme von Flüchtlingen im Jahr 2016 und der Anwendung illegaler *Pushbacks*
durch den polnischen Grenzschutz an der Grenze zu Belarus 2021 erklärt ihr
Verständnis, das in der Strategie der Polnischen Außenpolitik für die Jahre
2017–2021 dargelegt wurde:

- » Bei der Verwirklichung der Idee einer elastischen Solidarität wird sich Polen
an Maßnahmen der EU beteiligen, die auf eine Lösung der Probleme an
ihren Quellen abzielen. Das wird sich auf alle Gebiete erstrecken: von der
humanitären Hilfe für Flüchtlinge über die Entwicklungshilfe für die Staaten
Afrikas und des Nahen Ostens, eine entsprechende Gestaltung der han-
delspolitischen Instrumente der EU, die Unterstützung für Reformen, die die
Strukturen der Migrationsländer festigen, bis hin zur Bekämpfung des so-
genannten Islamischen Staats.²⁵

Die »elastische Solidarität« ist ein Ergebnis des Pragmatismus, der auch in der
»Strategie« signalisiert wurde. Meines Erachtens ist dies ein weiterer Beweis für
die Notwendigkeit, Pragmatismus in die Überlegungen über Wertefragen in der
europäischen Außenpolitik einzubeziehen.

»Elastizität« kennzeichnet sowohl den Pragmatismus als auch die Solidarität. Im
Falle einer Krise an der polnisch-belarussischen Grenze ist der Zugang zur Uni-
on mehrfach versperrt: physisch (durch eine Mauer), administrativ (indem An-
träge auf Asyl oder internationalen Schutz nicht angenommen wurden, durch
eine Zone des Ausnahmezustands und eines befristeten Aufenthaltsverbots im
Grenzgebiet, zuerst bis zum 1. März 2022, dann bis Ende Juni 2022) und kom-
munikativ – in Polen hatten die Medien zunächst keinen Zugang zur Grenze,
danach wurde gegenüber den Journalisten *embedding* angewendet, sie konnten
also das Grenzgebiet nur dort betreten, wo der polnische Grenzschutz es ihnen
gestattete und nur unter seinem Geleit. In diesem Fall beschränkte die polni-

24 Solidarność, droga Polski do wolności. In: gov.pl vom 7.10.2021, <https://www.gov.pl/web/nato/solidarnosc-droga-polski-do-wolnosc> (15.06.2022).

25 Strategia polskiej polityki zagranicznej 2017–2021. In: gov.pl, <https://www.gov.pl/web/dyplomacja/strategia>, S. 24 (20.03.2022).

sche Regierung, indem sie sich auf die Sicherheit berief, auch die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, darunter die Freizügigkeit und den freien Zugang zu Informationen. Der Zustrom von Migrant:innen über Belarus rief jedoch eine Reaktion der Zivilgesellschaft in Polen hervor, es entstanden solche Vereine wie die »Gruppe Grenze« (Grupa Granica), die den Opfern dieser Krise halfen, es entstand ein Hilfsnetz von Ärzten und Einwohner:innen der betroffenen Region arbeiten mit der Grupa Granica zusammen.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 bewirkte, dass die Krise an der Grenze zu Belarus in den Hintergrund trat. Entsprechend der Handlungslogik der Medien würden wir sagen, dass ihr Informationswert im Vergleich mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine erheblich fiel. Dieser Umstand ist jedoch als Überprüfungsmerkmal dafür, wie es um die Internalisierung der EU-Werte u. a. in Polen bestellt ist, höchst relevant. Er verifiziert die Solidarität als Wert (der Polen, die die Solidaritätsschuld begleichen) negativ, zugleich aber auch hinsichtlich der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Dies kommt im beschränkten Informationszugang zum Ausdruck: ein Durchschnittsbürger der EU, der an ihrer Ostgrenze wohnt, erlebt eine gewisse Ratlosigkeit, wenn er sich darüber informieren möchte, was mit jenen Menschen geschieht, die von einem autoritären Regime geschmuggelt wurden oder wenn er ihnen sogar helfen möchte. Ein Vergleich der Situation an der polnisch-belarussischen Grenze und der polnisch-ukrainischen Grenze nach dem 24. Februar 2022 verweist auf eine wesentliche Diskrepanz im Verständnis von Solidarität und Menschenrechten nicht nur zwischen den europäischen Staaten, sondern auch im Inneren von stark polarisierten Staaten wie Polen – genauer gesagt zwischen den Regierenden und zumindest einem Teil der Gesellschaft. An der Grenze Polens (und somit auch an der EU-Ostgrenze) zu Belarus und zur Ukraine entstanden nach dem 24. Februar 2022 parallele Wirklichkeiten. Andere EU-Staaten (wie etwa Deutschland) und das Europäische Parlament verkündeten volle Solidarität mit Polen während der Migrationskrise in Belarus, aber kurz darauf fiel in Polen die Entscheidung, an der Grenze eine Mauer zu errichten. In diesen beiden Krisen zeichnete sich die EU durch innere Solidarität und Solidarität mit der Ukraine (ich übergehe hier Fragen der militärischen Hilfe) aus, wohingegen ihre östlichen Mitgliedstaaten in den Jahren 2015–2016 dieselbe Solidarität gegenüber den Flüchtlingen aus Syrien vermissen ließen. Überdies zeigte die polnische Regierung keinerlei Offenheit und Bereitschaft zu einem Dialog, um die Migrationskrise an der polnischen Ostgrenze in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen zu lösen.

In beiden Situationen haben wir Gelegenheit zu überprüfen, was die europäischen Werte in Extremsituationen bedeuten. In jedem Fall ist es aber so, dass ihr Kontext nicht nur vom Pragmatismus der Regierenden in den internationalen Beziehungen, sondern auch vom Pragmatismus der Bürgerinnen und Bürger be-

stimmt wird – sowohl derjenigen, die den Flüchtlingen an der Grenze zu Hilfe geeilt sind, als auch derjenigen, die passiv geblieben sind. Ein Teil von ihnen verstärkt vermutlich die Reihen der regierenden Eliten.

3 Offenheit und Dialog

Geremek unterstrich die Bedeutung von Offenheit und Dialog in der europäischen Integration, er betrachtete sie als Bedingung für eine Verständigung in den deutsch-polnischen Beziehungen²⁶. Dies sind zwei Grundwerte, deren Bedeutung dann offenkundig wird, wenn wir die internationalen Beziehungen als Prozess internationaler und interkultureller Kommunikation betrachten. Offenheit bedeutet u. a. die Fähigkeit zuzuhören, die für den Erfolg eines Dialogs Schlüsselbedeutung hat. In der Praxis der internationalen Beziehungen gibt es den Begriff »offene Kommunikationskanäle«. Diese Funktion übernehmen je nach Lage und entsprechend der Konzeption des Pragmatismus in der hier angenommenen Bedeutung verschiedene Instrumente der Außenpolitik: Verhandlungen, Medien, öffentliche Diplomatie, internationale kulturelle Ereignisse. Im Falle einer Krise oder eines Kriegs wird die Aufrechterhaltung »offener Kommunikationskanäle« gewöhnlich mit ihrer strategischen Bedeutung erklärt: sie werden als die letzten Instrumente betrachtet, dank denen weiterhin Informationen verschickt oder Kontakte angeknüpft werden können, etwa dann, wenn es zur Verhängung von Sanktionen kommt, die die politischen Kontakte oder den Wirtschaftsaustausch beschränken.

Simond de Galbert zufolge, der die Wirksamkeit der gegen Russland verhängten Sanktionen ein Jahr nach ihrer Einführung (also im Jahr 2015) untersuchte, unterstützte ein Teil der EU-Staaten diese Sanktionen, gleichzeitig unterhielten sie aber weiter »offene Kommunikationskanäle« in den Beziehungen zu Russland. Damals verstanden die Regierungen der erwähnten Länder darunter auch die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Verknüpfungen.²⁷ Zu diesen offenen Kanälen gehörte, wie ich oben gezeigt habe, in den Jahren 2014–2016 auch die kulturelle Diplomatie. Offenheit und Dialog sind grundlegende Eigenschaften moderner kultureller Diplomatie, insbesondere wenn man sie als symmetrische Kommunikation versteht, deren Ziel es ist, durch die Teilnahme an der Kultur

26 Mehr dazu vgl. Beata Ociecka: *Polens Public Diplomacy. Deutschlands Auswärtige Kulturpolitik und die gemeinsamen Beziehungen*, Darmstadt – Warschau 2022.

27 Simond De Galbert: *A Year of Sanctions against Russia: Now What? European Assessment of the Outcome and Future of Russia Sanctions. A Report of the CSIS Europe Program 2015*, S. 14

zu Verständnis und Verständigung zwischen Partnern zu gelangen. Im kosmopolitischen Verständnis der kulturellen Diplomatie sollen solche Maßnahmen zu Verständigung zwischen den Akteuren der internationalen Beziehungen führen.²⁸ »Offene Kommunikationskanäle« scheinen zum Instrumentarium einer Außenpolitik zu gehören, das Geremeks Postulat des Dialogs und der Offenheit in den internationalen Beziehungen verwirklicht. In den von mir untersuchten Ereignissen der Jahre 2014–2016, aber auch während des Niederlande-Russland-Jahres 2013, waren allerdings sehr pragmatisch verstandene ökonomische Interessen ein Hauptargument für die Fortsetzung der kulturellen Ereignisse und der Aufrechterhaltung von politischen Kontakten zu Russland.

In der Krise an der polnisch-belarussischen Grenze 2021 war kein Platz für Offenheit und Dialog in den Beziehungen zu Belarus, weil diese Krise auch eine sehr ausgeprägte propagandistische Dimension hatte, die sich gegen Polen und die gesamte EU richtete. Seitens des polnischen Staates gab es überdies keinen Raum für Offenheit in der Kommunikation mit den Flüchtlingen, und die Würde des Menschen als Grundwert der EU wurde ihnen gegenüber mit Füßen getreten. Es fehlte auch an Offenheit und Dialog in den Beziehungen zu polnischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen sowie zu freiwilligen Helfern, die den Flüchtlingen zu Hilfe eilten, weil sie die Situation an der Grenze vor allem als eine humanitäre Krise sahen. Die Regierungsgagenden stellten zur selben Zeit die Ereignisse an der Grenze als einen Angriff auf die Sicherheit Polens dar und blieben taub für alle Appelle polnischer Nichtregierungsorganisation, die die Einstellung der illegalen Pushbacks und Hilfeleistung für die Flüchtlinge forderten. Die »Globale Strategie der Union«, die 2016 angenommen wurde, weist indessen darauf hin, dass ein Stakeholder der EU die Zivilgesellschaft ist, also auch Nichtregierungsorganisationen, und dass die Methode der Zusammenarbeit mit ihnen u. a. der Dialog, ihre Unterstützung und das Engagement für neue Unternehmungen ist. Das Ziel solchen Handelns besteht in der Schaffung von Bedingungen für die dynamische Entwicklung der Zivilgesellschaft in globalem Ausmaß.²⁹ Es hat jedoch den Anschein, dass das Erreichen dieser Ziele nach außen, in globalem Ausmaß, unmöglich ist, wenn einzelne Mitgliedstaaten der Union – wie etwa Polen – den Dialog mit den nichtstaatlichen Akteuren im Innern des Staates beschränken.

28 Vgl. ausführlicher: Cesar R. Villanueva: *Theorizing Cultural Diplomacy All The Way Down: A Cosmopolitan Constructivist Discourse from an Ibero-American Perspective*. In: *INTERNATIONAL JOURNAL OF CULTURAL POLICY* 24 (2018), H. 5, S. 681–694.

29 »Wspólna wizja, wspólne działanie. Silniejsza Europa« *Globalna strategia na rzecz polityki zagranicznej i bezpieczeństwa Unii Europejskiej 2016*. In: eur-lex.europa.eu, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/PL/TXT/?uri=LEGISSUM:4413648> (5.11.2022).

Die Migrationskrise an der östlichen EU-Außengrenze zu Belarus und der Krieg in der Ukraine verändern das polnische Verständnis der Bedeutung von Dialog und der Aufrechterhaltung »offener Kommunikationskanäle« grundlegend, und dies gilt auch für andere Staaten, wenn auch aus verschiedenen Gründen. In Deutschland, Österreich und den Niederlanden überwogen ökonomische Interessen; in Polen hingegen politische, die sich historischen Erfahrungen beruhen. Die Werte und Strategien weichen Handelns besitzen eine gewisse Anziehungskraft, aber sie bringen autoritären Regime weder eine Demokratisierung noch öffnen sie – angesichts einer 80%igen Unterstützung der russischen Bevölkerung für Putin während des Kriegs in der Ukraine³⁰ – die Gesellschaften dieser Staaten für demokratische Werte und den Dialog. Der Raum für weiches Handeln in Europa schrumpft. Obwohl im Jahr 2014, trotz der Einführung von Sanktionen, die meisten Staaten der Europäischen Union die Meinung vertraten, dass der Dialog fortgesetzt werden müsse, insbesondere mit der Zivilgesellschaft in Europa, ist dies 2022 nicht mehr selbstverständlich.

4 Schlussfolgerungen

Im Jahr 2022 verhielten sich die europäischen Staaten trotz der ernststen Energiekrise solidarisch. In der Außenpolitik Deutschlands erfolgte eine spektakuläre Wende, und der Krieg in der Ukraine war ein »äußerer Schock«³¹, der diesen Wandel hervorrief. Von symbolischer Bedeutung war die Stilllegung der Erdgaspipeline Nord Stream 2. Es hat den Anschein, dass in dieser Etappe des Kriegs in der Ukraine (September 2022) die europäischen Werte den Pragmatismus der Außenpolitik überwogen, insbesondere die Bedeutung der Geschäftsbeziehungen zu Russland.

Nach Auffassung von Nye gehört die Außenpolitik zu den Reservoirs der weichen Macht, die andere Staaten anziehen, folglich ermöglichen sie es, in den internationalen Beziehungen den Einsatz militärischer Gewalt oder von Korruption im internationalen Handel zu vermeiden. Aus dieser kurzen Studie geht hervor, dass die pragmatische Außenpolitik der EU-Staaten eine besondere Anziehungskraft für autoritäre Staaten hat. Sie widerspricht gleichzeitig der

30 83 proc. Rosjan popiera działalność Putina. Dwie trzecie uważa, że Rosja zmierza w dobrym kierunku. In: RZECZPOSPOLITA vom 30. März 2022, <https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art35981401-83-proc-rosjan-popiera-dzialalnosc-putina-dwie-trzecie-uwaza-ze-rosja-zmierza-w-dobrym-kierunku>.

31 Charles F. Hermann: Changing Course: When Governments Choose to Redirect Foreign Policy. In: INTERNATIONAL STUDIES QUARTERLY 34 (1990), H. 1, S. 3–21.

Wirksamkeit der liberalen Konzeption des »Wandels durch Handel«, denn der elastische Ansatz, der von den EU-Mitgliedstaaten jahrelang praktiziert wurde, führte nicht zu den erwarteten Veränderungen in der Außenpolitik Russlands. Zwar sollte diese Strategie der wirksamen Lösung von Problemen dienen, aber in der Beziehung zu Russland war dies nicht der Fall, ganz im Gegenteil – der europäische Pragmatismus wurde von Russland ausgenutzt und falsch interpretiert. In den inneren Beziehungen der EU musste es folglich zu einer Situation kommen, die in den internationalen Beziehungen als »äußerer Schock« bezeichnet wird, damit die Werte schließlich eine größere Wichtigkeit als der Pragmatismus der Außenpolitik erlangten.

Durch das in dieser Studie vorgenommene Lenken der Aufmerksamkeit auf die europäischen Werte während einer Krise konnte der Pragmatismus als Taktik oder als Wert, der im internationalen Handeln besonders sichtbar wird, in die Analyse einbezogen werden. Dieser Pragmatismus tritt jeweils verschieden zutage, so etwa in Form von Elastizität bei der Achtung europäischer Werte in der Außenpolitik oder als Utilitarismus – als Gegensatz von Humanitarismus – in der Migrationskrise. Trotz vieler pragmatischer Handlungen und Projekte ist die östliche Außengrenze der Europäischen Union auf ihrem belarussischen und russischen Abschnitt kein Gebiet der Zusammenarbeit und des Friedens. Die Migrationskrise und der Krieg in der Ukraine verweisen in ihrer gegenwärtigen Gestalt auf Inkonsequenzen bei der Beachtung der europäischen Werte durch die Länder der Europäischen Union, aber andererseits hat das Fiasko der wirtschaftlichen Interdependenz in den Beziehungen mit Russland die EU-Mitgliedstaaten zu größerer Solidarität, Offenheit und Dialog im Inneren der Union gezwungen, also zu einer Rückkehr zu jenen Werten, auf die Geremek verwiesen hat.

Aus dem Polnischen von Sabine Lipińska

Kultureller Gemeinschaftsgeist Europas: von Bronisław Geremek's historiosophischen Idealen zum kulturbildenden Metanarrativ

Bożena Gierat-Bieroń, Jagiellonen-Universität in Krakau

*Cultural "togetherness" of Europe: from the historiosophical ideals
of Bronisław Geremek to the contemporary cultural meta-narrative*

The idea of "togetherness" as one of the most important concepts of Bronisław Geremek's historical discourse found its application in the cultural policy of the European Union. This was in line with Geremek's conviction that although the paradigm of "unity in diversity" may seem utopian, the EU treated it as a "directional intention" of policy (Geremek, *Nasza Europa*, p. 97). Based on the analysis of EU cultural policy in terms of the application of the idea of "togetherness" in the cultural sector since 1993 (secondary legislation analysis), the author performs a contemporary reading of the concept. All areas of EU cultural policy and EU cross-sectoral work implement "togetherness" in an operationalised way, i.e. creating a formal environment for cooperation of cultural actors, exchange of experiences, mutual learning, networking and building ties between European artists. The idea of "togetherness" is most strongly defined in the area of preservation and promotion of European cultural heritage, since in this area it relates to the formation of European cultural identity and the exploration of history and memory. Recalling European history in a modern way, that is dialogical, comprehensive, transborder and transcultural, as well as exploration of the memory of the past of many European nations, contributes to the processual formation of a level of European meta-narrative of a conciliatory nature, despite the conflicts of memory (Assman, 2014).

DOI: 10.13173/9783447120241.209

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.209

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

» Wir müssen uns auf das konzentrieren, was uns zusammenbringt, nicht auf das, was uns trennt. Und unser kulturelles Erbe ist das Bindeglied in diesem schwierigen Puzzle. Wenn wir wollen, dass Europa ein Leuchtturm der Hoffnung und der Solidarität in einer verletzlichen Welt ist, müssen wir unsere Gemeinsamkeiten und unser aller Fundament – das, was uns verbindet – wiederentdecken und stärken.

Hermann Parzinger¹

1 Einleitung

Das Konzept des europäischen »Gemeinschaftsgeistes« lag Bronisław Geremek als Historiker und Politiker am Herzen. Der Gelehrte zählte auf, dass innerhalb von sechs Jahrhunderten etwa 180 Initiativen versuchten, die politische Einheit Europas zu schaffen. Zur Herrschaftszeit Karls des Großen wurde sie durch die Realisierung des Konzeptes der »*christianitas*« erreicht, das dem modernen ethischen System Europas als Grundlage diene. Geremek bedauerte, dass die Einheit Europas auf »apokalyptische Angst« und nicht auf Hoffnung gegründet wurde. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts veränderte diesen Blickwinkel. Das Bedürfnis nach Frieden wurde zum »obersten« Wunsch in der Ethik der internationalen und innereuropäischen Politik. Als Forscher nahm er die europäische Einheit als überaus schwierige Aufgabe der heutigen Zeit wahr, besteht Europa doch aus verschiedenen Ländern und Kulturen sowie aus unterschiedlichen politischen und religiösen Traditionen, ist also durch »Vielfalt« gekennzeichnet. Ihn interessierten die Ursachen für den Niedergang des Konzeptes der europäischen Einheit als Hindernisse, die uns vom sog. *European dream* entfernten. Bei der Analyse des historischen Diskurses behauptete Geremek: »[...] es handelt sich um die Geschichte der europäischen Utopie [...], die Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft ist Europas Einheit.«² Nach der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht (1992) und der Einführung des Paradigmas der Einheit in Vielfalt schlug er seine metaphorisch-symbolische Interpretation als »Horizont der Absichten« und »richtungsweisende Intention« vor.³ Die Gestaltung der politischen – und nicht nur der ökonomischen – Gemeinschaft im Rahmen der Europäischen Union sollte seiner Meinung nach zu Überlegungen über die Geschichte, das Gedächtnis und das kulturell-religiöse

1 Herman Parzinger: Was uns verbindet – Ein New Deal für das Kulturerbe Europas, Brüssel 2020, S. 7.

2 Bronisław Geremek: *Nasza Europa*, S. 76.

3 Ebenda, S. 97.

Erbe Europas führen. Zur Stärkung dieses Bereichs sollten die Gemeinschaftspolitiken initiiert werden.

Im vorliegenden Beitrag wird bewusst der Begriff *Gemeinschaftsgeist* bzw. *Gemeinschaftssinn* statt *Gemeinschaft* gebraucht. Dies resultiert zunächst aus dem europäistischen Narrativ Geremeks (sprach er doch über »den Geist Europas«). Zweitens rührt es von der Überzeugung her, dass der »Gemeinschaftsgeist« bzw. der »Gemeinschaftssinn« einen tieferen und komplexeren Begriff darstellen. Der »europäische Gemeinschaftsgeist« wird hier als Förderung »der Zugehörigkeit zu einem transnationalen Kulturraum, der sich auf gemeinsame Werte, historische Erfahrungen, Gedächtnis sowie auf das Gefühl einer kollektiven Anstrengung beim Aufbau einer sich durch die friedliche Koexistenz von Menschen mit unterschiedlicher Weltanschauung und Gesinnung kennzeichnenden Wirklichkeit nach vergangenen Konflikten stützt«⁴, verstanden. In der nachstehenden Analyse wird dieser Begriff durch den Filter der sich aus den sekundären EU-Rechtsvorschriften und der Fachliteratur ergebenden Ziele der Gestaltung von Politik im Kulturbereich interpretiert⁵. In der kritischen Analyse wird eine historische Perspektive eingenommen, die sich mit dem zeitlichen Aufeinanderfolgen von kulturbezogenen Rechtsakte deckt, die durch die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Rat der Europäischen Union sowie den Ausschuss der Regionen verabschiedet wurden.

Im Beitrag werden zwei Forschungsfragen gestellt: (1) Auf welche Art und Weise stärkt die EU-Kulturpolitik die Ideen des »kulturellen Gemeinschaftsgeistes« Europas und was hat Einfluss auf ihre Schwächung? (2) Welche der Komponenten des Aufbaus der Einheit der Europäischen Union trägt zur gesellschaftlichen Verschmelzung der Europäer und zur Herausbildung eines Raums gemeinsamer Werte bei? Im Grunde genommen wird im Beitrag nach Bindemitteln gesucht, die es erlauben würden, die Gebiete des politischen Handelns der EU im Bereich der Kultur zu verknüpfen und ihnen einen kommunitären Charakter zu verleihen. Geremek meinte, dass »das kollektive Gedächtnis ein Fundament der gemeinsamen Identität ist«⁶. Es soll hier analysiert werden, ob das Handeln der EU auf der Ebene ihrer normativen Akte eine gemeinschaftliche Methode gestaltet, die eine größere Interdependenz der Länder im Kulturbereich gewährleistet und zur Vertiefung des kollektiven Gedächtnisses der Europäer beiträgt. Dazu wurde die folgende Forschungshypothese aufgestellt: Die »richtungswei-

4 Grażyna Michałowska: Uwarunkowania międzynarodowej współpracy kulturalnej. In: Agata W. Ziętek (Hrsg.): Międzynarodowe stosunki kulturalne, Warszawa 2010, S. 41.

5 Zur Kulturpolitik der Europäischen Union vgl. Bożena Gierat-Bieroń: Polityka kulturalna Unii Europejskiej, Kraków 2018.

6 Bronisław Geremek: Europa wielu ojczyzn. In: GAZETA WYBORCZA vom 19.–20.07.2008, S. 14f.

sende Intention« der Gestaltung der EU-Politiken im Kulturbereich wurde realisiert und die Träume Geremek's wurden somit zu einer gängigen politischen Praxis. Gegenwärtig geht es nicht mehr um eine Überprüfung des Paradigma von der Einheit in Vielfalt, sondern um eine Intensivierung der Diskussion über die Werte und das europäische Gedächtnis vor dem Hintergrund der Tendenz zur Ökonomisierung des Kultursektors. Der Prozess der Unterwerfung der Kultur unter das Marktprinzip diente dem Aufbau von Geschäftsmodellen und -beziehungen, aber indem er dem Konkurrenzprinzip Genüge tat, ging er zugleich der prinzipiellen Ziele der Integration verlustig, zu denen der Gemeinschaftsgeist gehört.

2 Gemeinschaftsgeist als bindungsbildendes Instrument von EU-Programmen im Kulturbereich

Bereits in den ersten Programmen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und später der EU bezüglich des Kultursektors wurde der als internationale Zusammenarbeit der Europäer definierte »Gemeinschaftsgeist« zur Bildung gemeinsamer Bindungen zwischen Künstlerinnen und Künstlern regelmäßig in den Integrationsprozessen umgesetzt. Schon im Programm KALEIDOSKOP (1996–1999) wurde Folgendes festgelegt:

- » Eine Gemeinschaftsaktion zugunsten von europäisch ausgerichteten, künstlerischen und kulturellen Veranstaltungen sowie umfangreiche, innovative oder beispielgebende Aktionen der europäischen Zusammenarbeit fördern die Ausstrahlung der Kulturen und führen Künstler und Kulturschaffende näher an die europäische Öffentlichkeit heran; sie können auch in sozioökonomischer Hinsicht deutliche Verbesserungen bewirken, da konkret-praktische Synergieeffekte und Partnerschaftsbeziehungen gefördert werden.⁷

Als das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die Verlängerung des Programms für Buchkultur und Leseförderung ARIANE (1997–1999) bei der Europäischen Kommission beantragten, argumentierten sie, dass es zur Entwicklung einer qualitativ hochwertigen grenzüberschreitenden Kooperation und insbesondere zu einer auf Partnerschaft und Kulturnetzwerke

7 Beschluss Nr. 719/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. März 1996 über ein Programm zur Förderung künstlerischer und kultureller Aktivitäten mit europäischer Dimension (Kaleidoskop). Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L, 1996, Nr. 99.

stützten Zusammenarbeit beigetragen habe.⁸ In den Voraussetzungen für das Programm Kultur 2000 (2000–2006) wurde in Pkt. 7 Folgendes festgestellt:

- » Die Gemeinschaft ist folglich verpflichtet, auf die Errichtung eines offenen, diversifizierten, den Europäern gemeinsamen Kulturraums hinzuwirken, der sich auf die Beachtung des Grundsatzes der Subsidiarität, die Zusammenarbeit zwischen den Kulturakteuren [...] gründet.⁹

In Pkt. 5 wurde wiederum ergänzt:

- » Um die volle Zustimmung und Beteiligung der Bürger am europäischen Aufbauwerk zu gewährleisten, bedarf es einer stärkeren Hervorhebung ihrer gemeinsamen kulturellen Werte und Wurzeln als Schlüsselement ihrer Identität und ihrer Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft, die sich auf Freiheit, Demokratie, Toleranz und Solidarität gründet.¹⁰

Die seit 1985 mit einigen Änderungen im prozeduralen Verfahren funktionierende Gemeinschaftsaktion zur Förderung der Veranstaltung Kulturhauptstadt Europas (ECOC) definierte – besonders nach dem Vertrag von Maastricht – die neuen Ziele als wesentliche Voraussetzungen des Aufbaus einer sozialen Synergie der europäischen Metropolen. Der die Kulturhauptstadt betreffende Beschluss 1419/1999/EG betonte in Pkt. 25 die gemeinsamen Merkmale der europäischen Kulturen sowie die Notwendigkeit der Anwendung von transparenten und einheitlichen Vorschriften gegenüber allen am Programm teilnehmenden Mitgliedstaaten. Diese Richtlinien zielten einerseits auf die Entwicklung engerer Beziehungen sowie auf die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Kulturakteuren, andererseits gestalteten sie die Grundlagen für die Entwicklung von europäischen Städten im Geist einer Bürgergemeinschaft (*civitas*) und für die Wahrung des Kulturerbes:

- » Da die Ziele dieses Beschlusses, nämlich Wahrung und Förderung der Vielfalt der Kulturen in Europa, Hervorhebung ihrer Gemeinsamkeiten und Förderung des Beitrags der Kultur zur langfristigen Entwicklung der Städte, von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen der Notwendigkeit gemeinsamer, klarer und transparenter

8 Vgl. European Commission. Proposal for European Parliament and Council Decision amending Decision No 2085/97/EC establishing a support programme, including translation in the field of book and reading (Ariane Programme), Brussels, 23 September 1998, COM(1998) 539 final.

9 Beschluss Nr. 508/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Februar 2000 über das Programm »Kultur 2000«. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L, 2000, Nr. 63, S. 1.

10 Ebenda.

Kriterien und Verfahren für Auswahl und Monitoring der ›Kulturhauptstädte Europas‹ sowie wegen der Notwendigkeit einer verstärkten Koordination zwischen den Mitgliedstaaten aufgrund der Größenordnung und der erwarteten Wirkung dieser Aktionen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Art. 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden.¹¹

Im neuesten EU-Programm KREATIVES EUROPA (2021–2027) kam man auf die Wahrnehmung der Kultur als einer die Integrationsprozesse begünstigenden Kraft zurück: »Kultur ist ein wichtiger Faktor für die Förderung inklusiver, solidarischer Gemeinschaften«¹², wobei ihre den interkulturellen Dialog unterstützende Rolle in den Vordergrund gerückt wurde. Dies betrifft vor allem die Integration von Migranten sowie Geflüchteten. Ihre Aufgabe ist auch die Förderung der europäischen Werte (Pkt. 14) in modernen künstlerischen Gemeinschaften, die sich auf die grenzüberschreitende und multidisziplinäre Zusammenarbeit stützen. Diese Kooperation beeinflusst wiederum die soziale Einheit und das Wohlbefinden der Europäer.¹³ Hinzuzufügen ist, dass die Leitprinzipien der Schlussfolgerungen des Rates zum Arbeitsplan für den Bereich der Kultur 2019–2022 vom 12. Dezember 2018¹⁴ darauf verwiesen, dass »die Einbeziehung der Kultur in alle Politikbereiche [...] einen ganzheitlichen und horizontalen Ansatz in Bezug auf Rechtsetzung, Finanzierung und sektorenübergreifende Zusammenarbeit [erfordert]«, was eine noch komplexere Wahrnehmung dieses Bereichs erzwang. Aus diesem Grund konnte sich eine Reflexion über die Einbindung der Kultur ins Handeln zugunsten der Gestaltung der Klimaschutzmaßnahmen in der neuen strategischen Agenda 2019–2024 des Europäischen Rates vom 19. Juni 2019¹⁵ wiederfinden. Die Kultur wurde hier auch als eine der Komponenten der Migrations- und Verteidigungspolitik wahrgenommen. In »einer neuen strategischen Agenda«¹⁶ wurde *explicite* festgestellt,

11 Beschluss Nr. 445/2014/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Einrichtung einer Aktion der Europäischen Union für die »Kulturhauptstädte Europas« im Zeitraum 2020 bis 2033 und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1622/2006/EG. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2014, Nr. 132, S. 1.

12 Kreatives Europa 2021–2027.

13 Vgl. Realizacja postulatów Deklaracji z Davos z dnia 22 stycznia 2018 r. »Ku wysokiej jakości Baukultur dla Europy«.

14 Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zum Arbeitsplan für Kultur 2019–2022. Amtsblatt der Europäischen Union C, 2018, Nr. 460, S. 10.

15 Europäischer Rat. Tagung am 20. Juni 2019. Schlussfolgerungen, Brüssel, 20. Juni 2019, EUCO 9/19.

16 Europäischer Rat. Eine neue strategische Agenda 2019–2024, Brüssel 2019. In: consilium.

dass die EU »[...] in die Kultur und in unser kulturelles Erbe investieren [wird], die das Fundament unserer europäischen Identität ausmachen«. ¹⁷

Bei einem Resümee des gemeinschaftlichen Charakters der relevantesten EU-Programme und -Dokumente aus den Jahren 1996–2021 ist festzustellen, dass der Kultursektor dank dem Subsidiaritätsprinzip sowie der unterstützenden Zuständigkeit der EU zur Stärkung der europäischen Gesellschaften und ihrer Künstler:innen beiträgt. Die zweckdienliche Wahrung der »Einheit« und der »Kohärenz« im Handeln zugunsten der Kultur sorgt dafür, dass die Kultur die immanenten Werte des europäistischen kulturbildenden Prozesses generiert.

3 Zur Kohärenzerzeugenden Rolle der Kunstpreise und Orchester der EU

Die EU-Programme, die den europäischen Künstlerinnen und Künstlern literarisch-künstlerische Preise verleihen, enthalten ebenfalls eine Komponente des »Gemeinschaftsgeistes«. Wie aus dem Reglement des Mies van der Rohe-Preises der Europäischen Union für zeitgenössische Architektur hervorgeht, betont der Preis den Einsatz der EU für die Förderung sowohl der Qualität als auch der Vielfalt der europäischen Architektur sowie deren Rolle in der Definition einer eigenen europäischen Kultur. ¹⁸ Der Literaturpreis der Europäischen Union hat zum Ziel, die Literatur und die Mehrsprachigkeit aller EU-Mitgliedstaaten zu fördern, wodurch die Basis für eine empathische Herangehensweise an die anderen Völker Europas gebildet wird – den Rezipienten vermittelt er nämlich Geschichte, künstlerische und literarische Sensibilität sowie Aufgeschlossenheit gegenüber gegenwärtigen Wandlungsprozessen: »Ziel des Preises ist es, die Kreativität und den vielfältigen Reichtum der europäischen Gegenwartsliteratur [...] ins Rampenlicht zu rücken [...]«. ¹⁹ Der Europäische Preis für Pop- und Zeitgenössische Musik (vormals European Border Breakers Award, EBBA) wurde

europa.eu, <https://www.consilium.europa.eu/media/39963/a-new-strategic-agenda-2019-2024-de.pdf> (21.08.2022).

17 Ebenda, S. 5.

18 Vgl. Nagroda UE w dziedzinie architektury współczesnej im. Miesa van der Rohego, <https://culture.ec.europa.eu/pl/cultural-and-creative-sectors/architecture/eu-prize-for-contemporary-architecture-mies-van-der-rohe-award> (28.08.2022).

19 Literaturpreis der Europäischen Union: Nominierungen 2022 bekannt gegeben, <https://buecher.at/literaturpreis-der-europaeischen-union-nominierungen-2022-bekanntgegeben/> (12.11.2022); vgl. auch Nagroda Literacka Unii Europejskiej 2022/Lista Nominowanych, <https://kreatywna-europa.eu/nagroda-literacka-unii-europejskiej-2022-nominowani/> (29.08.2022);

mit dem Ziel der Verbreitung der Vielfalt des europäischen Repertoires gestiftet.²⁰ In einem ähnlichen Geist – das heißt zur Hervorhebung der künstlerischen Leistungen in der EU – funktionieren die im Rahmen des Programms KREATIVES EUROPA laufende Initiative Music Moves Europe sowie eine spezielle Plattform des Förderprogramms Horizont 2020 für Forschung und Innovation unter dem Titel »Towards a competitive, fair and sustainable European Music Ecosystem«.²¹ Die sektoralen Initiativen der Europäischen Kommission beziehen sich auch auf Kunst und Kunschtchaffende, so etwa das Programm i-Portunus (ab 2022 innerhalb des Programms KREATIVES EUROPA). »Hauptziel ist es, internationale Künstlerinnen und Künstler, Kreative und Kulturschaffende miteinander zu verbinden und internationale Kooperationen zwischen allen Ländern, die am Programm ›Creative Europe‹ teilnehmen, zu unterstützen«. Es funktioniert also wie ein »Erasmus« für die Kulturwelt.²² Im Programm wird der multidimensionale Austausch von Vertreter:innen der Kunstwelt auf dem Gebiet der EU vorgeschlagen, dessen Ziel es sein soll, sich gegenseitig kennenzulernen und zu verstehen. Das neueste Programm der Europäischen Kommission mit dem Namen »Neues Europäisches Bauhaus«²³, das von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen initiiert wurde, zeichnet sich durch eine integrative Herangehensweise an Kultur, Gesellschaft, Wissenschaft und Technologie aus. Sein Ziel ist wiederum die Klimatransformation als gemeinschaftliche Sorge vieler Kulturakteure um die Zukunft Europas.²⁴

20 Vgl. Zostań organizatorem Nagrody UE w dziedzinie muzyki popularnej i współczesnej, <https://kreatywna-europa.eu/zostan-organizatorem-nagrody-ue-w-dziedzinie-muzyki-popularnej-i-wspolczesnej/> (29.08.2022).

21 Music Moves Europe, <https://culture.ec.europa.eu/cultural-and-creative-sectors/music/music-moves-europe> (1.09.2022).

22 »Culture Moves Europe«: »Erasmus« für die Kulturwelt, <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/europa-aktuell/2022/culture-moves-europe-erasmus-fuer-die-kulturwelt.html> (12.11.2022); vgl. auch About the programme, <https://www.i-portunus.eu/about-the-programme/general-information/> (25.08.2022).

23 Vgl. Nowy europejski Bauhaus: nowe działania i finansowanie, aby zrównoważony rozwój miał swój styl i zapewniał włączenie społeczne. In: [ec.europa.eu](https://ec.europa.eu/regional_policy/pl/newsroom/news/2021/09/15-09-2021-new-european-bauhaus-new-actions-and-funding-to-link-sustainability-to-style-and-inclusion), https://ec.europa.eu/regional_policy/pl/newsroom/news/2021/09/15-09-2021-new-european-bauhaus-new-actions-and-funding-to-link-sustainability-to-style-and-inclusion (25.08.2022).

24 Das Programm Neues Europäisches Bauhaus korrespondiert auch mit der »Erklärung von Davos 2018. Eine hohe Baukultur für Europa!« vom 22. Januar 2018, die das integrative Handeln zugunsten einer hohen Qualität der ländlichen bebauten Umwelt und der Nutzung dieser Gebiete zwecks der Verbesserung der Lebensqualität der Europäer:innen voraussetzte.

Von Anfang an war die Aktivität der europäischen Orchester (EUYO, EUBO)²⁵, auf den Aufbau einer übernationalen Zusammenarbeit der Symphonieorchester, Solist:innen, Musiker:innen und Komponist:innen ausgerichtet, deren europäisches Repertoire das musikalische Erbe Europas verbreitet. Zu den Zielen ihrer Tätigkeit gehörte die Integration des gegenwärtigen musikalischen Milieus. Wie aus der Mission des EU-Jugendorchesters (European Union Youth Orchestra, EUYO) hervorgeht, »[...] lernen die EUYO-Musiker:innen nicht nur, sich auf eine Tournee vorzubereiten oder musikalische Fähigkeiten zu entwickeln, sondern auch im Einklang mit der Maxime der EU ›Einheit in der Vielfalt zu leben.«²⁶ Praktisch bedeutete das, dass die Künstler:innen die europäischen Ideen der Toleranz, der Aufgeschlossenheit und der Pluralismus teilen. Im formellen, die Finanzierung des EUYO betreffenden Dokument ist festgehalten, dass das Orchester seit seiner Gründung eine tragende Rolle in der Verbreitung des interkulturellen Dialogs, des gegenseitigen Respekts und des Verständnisses durch Kultur spielt.²⁷ Ähnlich funktioniert auch das Barockorchester der Europäischen Union (European Union Baroque Orchestra, EUBO), das jungen Musikerinnen und Musikern von Barockorchestern die Möglichkeit zu einer einjährigen Teilnahme an der Aktivität des internationalen Orchesters sowie an zahlreichen Kammerkonzerten bietet. Das EUBO gilt auch als offizieller Kulturbotschafter der EU.

Ein wesentliches Ziel der obigen EU-Programme ist die Sorge um die Qualität von Kunstwerken, die Ausbildung von Kunst- und Literaturschaffenden sowie die Talentförderung. Architektonische Objekte, Musikaufnahmen oder ästhetische Artefakte üben eine expressive, soziale und städtebauliche Funktion in der europäischen Dimension aus und als solche erinnern sie an die Vereinigungsidee. Die Programme, die im Geist der gemeinsamen Teilhabe am künstlerischen Schaffen und an einer meisterhaften Ausführung zuerkannt wurden, fördern die Anerkennungskultur der EU und der europäischen Gesellschaften für ihre Künstlerinnen und Künstler.

25 Hinzuzufügen sei, dass neben den unter der Schirmherrschaft der EU stehenden internationalen Orchestern auch weitere internationale Kulturinstitutionen (darunter Orchester) in Europa gegründet wurden, die sich ganz bewusst auf die europäistischen Missionen ihrer Tätigkeit bezogen. Dies bezeugt, dass sich die europäischen Ideen spontan als Effekt der EU-Kulturpolitik verbreiteten. Als Beispiele können hier genannt werden: die Europa Philharmonie in Baden-Württemberg oder EFFE (Europe for Festivals, Festivals for Europe) – eine Initiative der Europäischen Festivals-Vereinigung (European Festivals Association, EFA), die als Dachorganisation für die besten Kulturfestivals in den EU-Mitgliedstaaten gilt.

26 EUYO, <https://www.euyo.eu/projects/what-we-do/spring-tours/#> (25.09.2022).

27 Vgl. ebenda.

4 Kulturmarkt: Merkantilisierung des »Gemeinschaftsgeistes«

Nach dem Vertrag von Nizza (2001) und seit dem Programm »Kultur« (2007–2013) legten die Unionsinstitutionen Nachdruck auf die Ökonomisierung des Kultursektors, was ihn des Gemeinschaftsgeistes beraubte und in die Richtung der Ausarbeitung moderner Kooperationstechniken und des politischen Praktizismus lenkte. Ein solches Handeln ergab sich aus der Notwendigkeit der Realisierung der Lissabon-Strategie (2000), die die Anwendung von innovativen Lösungen in der Kultur voraussetzte, welche die gesellschaftliche Entwicklung gewährleisteten und zum Wachstum des BIP in der EU beitrugen. Die Implementierung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) im Kultursektor machte neue Möglichkeiten der Institutions- und Markttransformation von künstlerischen Objekten und in den europäischen Metropolen und Städten gelegenen Kunstvierteln sichtbar. Die Kultur wurde als Katalysator für wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum definiert. In der EU-Kulturpolitik begannen daraufhin Kommodifizierungsprozesse, die in ihrer Tragweite auch den Buchmarkt erfassten. Die die Lissabon-Strategie realisierenden Unionsprogramme sollten die Kultur ins Format eines Handelns einbinden, das die EU als globalen Spieler durch *soft power* zu stärken hat.

Die Ökonomisierung der europäischen Kultur ist nach wie vor die wichtigste Programm- und Entwicklungstendenz des Kultursektors, was sich am besten in der Komponente »Medien« des Programms KREATIVES EUROPA (2021–2028) manifestiert. Die Union investiert in die Entwicklung der kreativen Industrien, indem sie das europäische Kino und die europäische audiovisuelle Produktion fördert, die eine wesentliche Rolle in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf den globalen Märkten spielen. Von der Europäischen Kommission wurde KREATIVES EUROPA als Antwort auf die digitale Transformation in den kreativen Industrien und die wirtschaftliche Konkurrenz der EU sowie in Reaktion auf die sich in den freien Medien verbreitende Desinformation vorbereitet. Trotz seiner sehr kommerziell gefassten Ziele bezieht sich KREATIVES EUROPA (2021–2028) programmatisch auf die Idee des »Gemeinschaftssinns«:

- » Das neue Programm Kreatives Europa soll es den Teilnehmern ermöglichen, technisch und künstlerisch innovative europäische grenzüberschreitende Initiativen für den Austausch, das gemeinsame Schaffen, die Koproduktion und die Verbreitung europäischer Werke zu entwickeln und sie einem breiten und vielfältigen Publikum zugänglich zu machen.²⁸

28 Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm Kreatives

Somit werden »gemeinsames Schaffen« oder »Koproduktion« als Vertiefung der Marktbeziehungen verstanden und sind deswegen als Versuch der Intensivierung des Handelns zugunsten der Stärkung der europäischen kreativen Industrien interpretierbar. Das Programm legt die merkantilen Prioritäten fest, wie etwa die Gründung von internationalen Konsortien oder von Kulturclustern und -netzen, hat aber – ähnlich wie die anderen oben genannten Programme – zugleich einen Einfluss auf die Gestaltung des Wohlstands und eines starken Marktes, indem es die Wirtschaftsindikatoren verbessert.

Durch die konsumbezogene und kommerzielle Dominanz in den wichtigsten EU-Rahmenprogrammen im Kulturbereich kann es zu einer Marginalisierung der in Art. 167 Abs. 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU festgeschriebenen »Einheit« kommen. Die Kultur unterliegt überdies wegen strategischer Dokumente der EU aus den Bereichen Agenda 2008 und Agenda 2018 Kommodifizierungsprozessen. In der von der Kommission erarbeiteten Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung (2008) wurde die »Förderung der Kultur als Katalysator für Kreativität im Rahmen der Strategie von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung« als eine der Prioritäten angesehen.²⁹ »Eine neue europäische Agenda für Kultur« (2018) bestimmte das strategische Ziel 4.2 folgendermaßen: »Wirtschaftliche Dimension – kulturbasierte Kreativität in Bildung und Innovation fördern, um Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen«.³⁰ Obwohl sich die beiden Rechtsakte bezüglich ihrer Prioritäten auf den Kulturdialog und die externe Dimension der EU bezogen, schlugen ihre ökonomischen Konzepte jedes Mal in die nächsten EU-Rahmenprogramme im Kulturbereich durch, indem sie auch die Handelsrichtung der Integration in den Vordergrund schoben. Selbstverständlich diente die Öffnung des Raums für das externe Handeln der Europäischen Union im Kulturbereich – künftige Kulturdiplomatie – dem Gemeinschaftsgeist nur in einem solchen Maße, in dem sie die Grundlagen für die Förderung der europäischen Kultur im Ausland als Ganzes und für das Porträtieren der EU als normative Großmacht auf der internationalen Bühne schaffen konnte. Die wirtschaftliche Dimension erwies sich als nützlich für die Strategie

Europa (2021 bis 2027) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) (Text von Bedeutung für den EWR). Amtsblatt der Europäischen Union L, 2013, Nr. 189, S. 2.

29 Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung, Brüssel, 10. Mai 2007, COM(2007) 242 final.

30 Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Eine neue europäische Agenda für Kultur, Brüssel, 22. Mai 2018, COM(2018) 267 final.

Europa 2020, weil sie Ziele für das nachhaltige Wachstum in Europa setzte.³¹ Laut Kazimierz Łastawski ist es dazu gekommen, denn

- » heutzutage wird die Integration vor allem vom Streben nach der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und vom sich entwickelnden Globalisierungsprozess stimuliert, der die zurückgehende Fähigkeit der Staaten zu einem eigenständigen Wettstreit mit transnationalen Konzernen und dem internationalen Kapital nach sich zieht [...].³²

5 Rückkehr zur Diskussion über Werte als Gemeinwohl

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts – insbesondere nach dem Inkrafttreten der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2009) – begannen die sich auf die Kultur beziehenden Unionsdokumente die Bindung an die EU-Werte zu akzentuieren (dritte Dimension nach der Zusammenarbeit und Wirtschaft). Bezeichnet wurden sie als »gemeinsame Werte«, »geteilte Werte«, »europäische Werte« oder »europäische Kulturwerte«. In Pkt. 3 des das Programm Kultur 2007–2013 ins Leben rufenden Beschlusses 1855/2006/EG wurde festgestellt:

- » Um die volle Zustimmung und Beteiligung der Bürger am europäischen Aufbauwerk zu gewährleisten, sollten ihre gemeinsamen kulturellen Werte und Wurzeln als Schlüsselement ihrer Identität und ihrer Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft, die sich in uneingeschränkter Achtung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union auf Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Achtung der Würde und der Unversehrtheit des Menschen, Toleranz und Solidarität gründet, stärker hervorgehoben werden.³³

KREATIVES EUROPA (2014–2020) bezog sich nicht detailliert auf die europäischen Werte. Der Wandel kam nach der Migrationskrise 2015, als die EU die Rolle der Bildung und der Kultur in der axiologischen Narration zu schätzen lernte. Aus diesem Grund kam sie auf die normativen Fragen zurück. Während des EU-Gipfels 2017 in Rom äußerten die Staats- und Regierungschefs in der

31 Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zum Beitrag der Kultur zur Umsetzung der Strategie Europa 2020. Amtsblatt der Europäischen Union C, 2011, Nr. 175, S. 1.

32 Kazimierz Łastawski: Historyczne i współczesne cechy tożsamości europejskiej. In: POLITYKA I SPOŁECZEŃSTWO 2004, H. 1, S. 209f.

33 Beschluss Nr. 1855/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006, S. 1.

sog. Erklärung von Rom³⁴ ihre Überzeugung, dass im weiteren Handeln der EU die Förderung des gemeinsamen Erbes und der kulturellen Vielfalt Priorität haben wird. Einen ähnlichen Standpunkt vertraten die Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Sozialgipfel im November 2017 in Göteborg und während der Tagung des Europäischen Rates (14. Dezember 2017) in Brüssel.³⁵ Sie betonten die Rolle des Erlernens von Sprachen, der Erweiterung des Programms Erasmus+, der strategischen Partnerschaften zwischen Hochschuleinrichtungen in der gesamten EU sowie der Entwicklung von mit Digitalisierung und Cybersicherheit im Kulturbereich verbundenen Kompetenzen.

Am 14. November 2017 legte die Kommission ihre Mitteilung zum Thema der europäischen Identität³⁶ vor, die ihr Beitrag zum Treffen des Europäischen Rates in Göteborg sein sollte. Angeschritten wurde die Frage der sich auf die Werte stützenden Identität ebenfalls in der neuen Agenda für Kultur 2018 (vgl. oben) sowie in den anderen Dokumenten der EU samt der Gemeinsamen Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat zum Thema »Künftige Strategie der EU für internationale Kulturbeziehungen« (2016).³⁷ Die Einleitung zum Programm KREATIVES EUROPA (2021–2027) schenkte den gemeinsamen Werten die meiste Aufmerksamkeit, was von der Bedeutung dieser Problematik für die EU-Kulturpolitik im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zeugt. Die drei ersten Punkte der Einleitung beziehen sich auf diese Werte, was eine bemerkenswerte Veränderung im Vergleich mit dem Vorgängerprogramm KREATIVES EUROPA (2014–2020) darstellt. Betont wurde die Relevanz des Art. 2 des Vertrags von Maastricht, der als axiologische Sammlung der den europäischen ethischen Kodex bildenden Elemente zu betrachten ist. Dieser Kodex betrifft auch die Kunst, weil er die Standards im Bereich der Meinungs-, Informations-,

34 Erklärung von Rom, März 2017: »Wir wollen eine Union, in der die Bürgerinnen und Bürger neue Möglichkeiten zu kultureller und gesellschaftlicher Entfaltung und wirtschaftlichem Wachstum haben. [...] In diesen Zeiten des Wandels [...] bekennen wir uns zur Agenda von Rom und wollen uns für Folgendes einsetzen: [...] eine Union, in der junge Menschen die beste Bildung und Ausbildung erhalten und auf dem gesamten Kontinent studieren und Arbeit finden können; eine Union, die unser kulturelles Erbe bewahrt und kulturelle Vielfalt fördert«.

35 Europäischer Rat. Tagung am 14. Dezember 2017. Schlussfolgerungen, Brüssel, 14. Dezember 2017, EUCO 19/1/17 REV 1.

36 Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- Und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur. Beitrag der Europäischen Kommission zum Gipfeltreffen in Göteborg am 17. November 2017, Straßburg, 14. November 2017, COM(2017) 673 final.

37 Europäische Kommission. Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat. Künftige Strategie der EU für internationale Kulturbeziehungen, Brüssel, 8. Juni 2016 JOIN(2016) 29 final.

Kommunikations-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit thematisiert (Pkt. 2). In Pkt. 4 wurden der Schutz und die Förderung von eigenständigen Kulturwerten, des künstlerischen Ausdrucks sowie des künstlerischen Schaffens hervorgehoben (Pkt. 4). Die in früheren Dokumenten vorhandene Idee der Achtung der reichen Kultur- und Sprachvielfalt Europas wurde ebenfalls angeführt.³⁸ In Pkt. 5 wurde wiederum der Begriff des gemeinsamen Raums der Kulturvielfalt unter den europäischen Völkern geprägt. Bei der »Kultur« als Komponente des Programms KREATIVES EUROPA wurde besonderer Nachdruck auf die kollektiven und verschiedene Akteure verbindende Formen der Zusammenarbeit gelegt, wie etwa Künstlergruppen, Plattformen und internationale Netze. Man kann also davon ausgehen, dass die Kommission in allen Rahmenprogrammen bezüglich der Kultur einen Ausgleich bestehender Defizite im Bereich Vernetzung anstrebte. Aus diesem Grund betonte sie neben der direkten Bezugnahme auf Fragen der Zusammenarbeit und der Festigung von Beziehungen die Mobilität von Künstler:innen, den Umlauf von Kunstwerken, europäische Bildung, die Einführung moderner Methoden der Gewinnung eines internationalen Publikums sowie eine Erhöhung der Ausgaben für die Übersetzung von Belletristik. Alle diese Instrumente haben über die Jahre hinweg einen künstlerisch-kulturellen Gemeinschaftssinn des vereinigten Europa aufgebaut.

6 Gemeinschaftssinnerzeugende Dynamik des Schutzes des europäischen Erbes

6.1 Schutz des europäischen Erbes – Übertragung der Idee des Gemeinschaftssinns

Die Punkte 6, 18 und 28 der Einleitung zum Programm KREATIVES EUROPA (2021–2027) betreffen den Schutz des Kulturerbes, das – wie bereits erwähnt wurde – zur Priorität der EU-Kulturpolitik im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts erhoben wurde. Der Begriff *Kulturerbe* ist seit 2011 im Umlauf, als die Initiative des Europäischen Kulturerbe-Siegels initiiert wurde. Nach dem Jahr 2018, das von der Kommission als Europäisches Jahr des Kulturerbes ausgerufen wurde, gewann er auch als Träger der Werte von Toleranz, Demokratie, Pluralismus und Freiheit an Bedeutung. Obwohl der Vertrag von Lissabon auch den wirtschaftlichen Aspekt der Kultur betonte, bestätigte die Auslegung von Art. 103 Abs. 3, Art. 165 Abs. 1 und Art. 167 Abs. 1–5 EUV sowie des Art. 2

38 In Bezug auf die UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (2005).

EUV die Intensivierung der Aufgaben im Bereich des Schutzes des kulturellen Erbes in Hinsicht auf die Notwendigkeit der Stärkung der Idee der kulturellen Identität Europas sowie mit Blick auf die Förderung des Erbes im äußeren Handeln der EU. Das Erbe ist jener spezifische Bereich der EU-Kulturpolitik, in dem sich die Idee der »Einheit« in realen Objekten materialisiert, weshalb sie wissenschaftlich einfacher analysiert werden kann. In den Dokumenten der EU finden sich verschiedene Definitionen des Erbes. Im Kontext der hier erörterten Frage des »Gemeinschaftsgeistes« werden Formulierungen wie »gemeinsames und europäisches [Erbe]«³⁹, »Ausdruck der nationalen und regionalen Identität und der Bindungen zwischen den Völkern«⁴⁰ oder »gemeinsame kulturelle Werte und Wurzeln«⁴¹, die unbedingt geschützt werden müssen, verwendet. In den Rechtsakten wurde festgestellt, dass die Sorge für das Gedächtnis und Erbe Europas unsere gemeinsame Pflicht ist⁴² und dass die Europäer:innen »zu einem gemeinsamen Kulturraum« gehören.⁴³

In den Schlussfolgerungen des Rates vom 21. Mai 2014 zum Kulturerbe als strategische Ressource für ein nachhaltiges Europa⁴⁴ wurde das Kulturerbe als gemeinsame strategische Ressource definiert.⁴⁵ Darüber hinaus wurde betont, dass es »für die Entwicklung einer Gesellschaft auf der Grundlage demokratischer, ethischer, ästhetischer und ökologischer Werte« erforderlich ist (Pkt. 9).

39 Beschluss Nr. 1855/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006, S. 1, Pkt. 1.

40 Beschluss Nr. 2228/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1997 für ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Erhaltung des kulturellen Erbes – Programm »Raphael«. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L, 1997, Nr. 305, S. 31.

41 Beschluss Nr. 1855/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006, S. 1.

42 Vgl. ebenda.

43 Beschluss Nr. 1194/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 zur Schaffung einer Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2011, Nr. 303, S. 1.

44 Art. 2. »Das Kulturerbe [besteht] aus von der Vergangenheit hinterlassenen Ressourcen in sämtlichen Formen und Aspekten materiell, immateriell und digital (digital entstanden oder digitalisiert) – [...], einschließlich Denkmäler, Stätten, Landschaften, Fertigkeiten, Brauchtum, Kenntnisse und Formen menschlicher Kreativität, sowie Sammlungen, die von öffentlichen und privaten Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken und Archiven erhalten und gepflegt werden. Es entspringt der Interaktion zwischen Menschen und Orten im Lauf der Zeit und es erfährt eine ständige Entwicklung. Diese Ressourcen sind von großem Wert für die Gesellschaft unter kulturellen, ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, und daher ist ihre nachhaltige Pflege von strategischer Bedeutung im 21. Jahrhundert«. Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates vom 21. Mai 2014 zum Kulturerbe als strategische Ressource für ein nachhaltiges Europa. Amtsblatt der Europäischen Union C, 2014, Nr. 183, S. 36.

45 Ebenda.

In den Schlussfolgerungen wurde den Mitgliedstaaten empfohlen, für das kulturelle Erbe als Bestandteil der europäischen kulturellen Hinterlassenschaft und Tradition Sorge zu tragen. Darin schlug die Kommission auch die weitere Förderung der Rolle des kulturellen Erbes in den Politiken der Mitgliedstaaten zwecks der Stärkung der axiologischen Felder der EU sowie eines gekonnten Umgangs mit den Werten vor. Sie gab sich davon überzeugt, dass das Resultat der europäischen Wende in den Politiken der Mitgliedstaaten und auch der EU-Kulturpolitik die Herausarbeitung einer neuen Herangehensweise an das historische Narrativ sein sollte, das auf einem Übergang von nationalen (partikularen) Erzählungen hin zu einer objektivierten Sozialgeschichte Europas beruht. Die Kommission kam außerdem zu dem Schluss, dass es an der Zeit sei, die historischen Ereignisse auf eine weniger monumentale Art und Weise und in einem versöhnlichen Geist des Dialogs darzustellen, wodurch sich die jüngeren europäischen Generationen den sog. Sünden der Väter – das heißt den Traumata oder historisch heiklen und schwierigen Fragen – stellen könnten.

6.2 Integrative und partizipative Herangehensweise an das Erbe

In der Mitteilung »Für ein integriertes Konzept für das kulturelle Erbe Europas«⁴⁶ forderte die Europäische Kommission, den Schutz des kulturellen Erbes in andere Unionsprogramme aufzunehmen, damit ein größerer Einfluss auf diesen Sektor ausgeübt und finanzielle Mittel konzentriert werden können. Außerdem wurde eingeräumt, dass das Erbe über die europäische Identität entscheidet und die Quelle für den Aufbau einer Gemeinschaft (darunter auch eines post-nationalen historischen Narrativs) ist.

- » Das Kulturerbe hat die Kapazität, sozialen Zusammenhalt und soziale Integration zu fördern, indem benachteiligte Gebiete aufgewertet und lokale Arbeitsplätze geschaffen werden, aber auch indem ein gemeinsames Verständnis und ein Gemeinsinn gefördert werden. Der Sektor bietet jungen und alten Menschen zahlreiche Möglichkeiten der Bildung und der Freiwilligenarbeit und fördert den interkulturellen und intergenerationellen Dialog.⁴⁷

In der Mitteilung der Kommission wurde eine integrative Herangehensweise an den Schutz des Erbes postuliert, die in einer Verbindung verschiedener Sektoren und EU-Politikbereiche besteht. Dabei sollen auch Instrumente gebraucht

46 Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Für ein integriertes Konzept für das kulturelle Erbe Europas, Brüssel, 22. Juli 2014, COM(2014) 477 final, S. 4–5.

47 Ebenda.

werden, die eine intensivere innereuropäische Kooperation möglich machen. Das Erbe wurde auch mit der Problematik des Klimaschutzes verknüpft. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Aufgaben der Unionspolitiken bezüglich der Kultur seit 2005 mittels der Richtlinien des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen geregelt wurden (das erstmals gemeinsam von der EU im Namen der Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde).⁴⁸ Darin wurde die »Kultur als strategisches Element in die Entwicklungspolitik eingebunden [...], als] Träger von Identität und Werten« bezeichnet.⁴⁹ Die EU engagierte sich auch für ein Handeln zugunsten der Digitalisierung im Bereich des Erbes,⁵⁰ was zur Verbesserung der Fähigkeit der europäischen Gesellschaften beitrug, ein gemeinschaftlicheres Leben zu führen. Die Schlussfolgerungen des Rates zur partizipativen Verwaltung des kulturellen Erbes (2014)⁵¹ waren eine Folge der integrativen Herangehensweise an das Erbe. Die wichtigste Prämisse dieses Aktes sekundären Rechts war das Problem der inklusiven Teilnahme der europäischen Bürgerinnen und Bürger an der Förderung des Erbes. Der Rat ermunterte zum Aufbau eines vielschichtigen, sich auf die Vielfalt von Akteuren stützenden Rahmens für die Verwaltung des Erbes. Er sollte von der Achtung der Demokratie und des Pluralismus zeugen. Die intensivere Beteiligung der europäischen Bevölkerungen an Aktivitäten zum Schutz des Kulturerbes sollte Ausdruck dessen sein, dass die Aufgabe des »Zusammenwirkens«⁵² von Menschen und Sektoren (auch mit dem Erbe verwandter Sektoren) im Namen der Überzeugung realisiert wird, dass das Erbe in den gegenwärtigen Politiken zu einer »geteilten Ressource« wird. Eines der Beispiele für die partizipative Verwaltung des Erbes war die Verortung dieses Bereichs im Kontext des Grünen Deals sowie Maßnahmen zugunsten der Kontrolle der Luftverschmutzung und deren Auswirkung auf Denkmäler. Solche Untersuchungen waren dank der Unterstützung im Rahmen von Horizont 2020 möglich.⁵³

48 Beschluss Nr. 515/2006/EG des Rates vom 18. Mai 2006 über den Abschluss des Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L, 2006, Nr. 201, S. 15.

49 Vgl. Jakub Olchowski, Agata W. Ziętek: Instytucjonalizacja międzynarodowej współpracy kulturalnej na poziomie globalnym. In: Agata W. Ziętek (Hrsg.): Międzynarodowe stosunki kulturalne, Warszawa 2010, S. 228.

50 Vgl. Biblioteka Europeana, <https://www.europeana.eu/pl>.

51 Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zur partizipativen Steuerung des kulturellen Erbes. Amtsblatt der Europäischen Union C, 2014, Nr. 463, S. 1.

52 Ebenda, S. 2.

53 Vgl. Dziedzictwo zagrożone: unijne badania i innowacje zwiększające trwałość dziedzictwa kulturowego. Projekte Cordis, <https://cordis.europa.eu/article/id/400947-heritage-at-risk-eu-research-and-innovation-for-a-more-resilient-cultural-heritage/pl> (14.11.2022).

Da das Erbe mit seinem kulturellen Potential in viele EU-Politiken indirekt aufgenommen wird, wächst seine Bedeutung für die Öffentlichkeit. Der Stärkung des europäischen Erbes dienen auch ESI-Fonds (EFRE, ESF) sowie die Regional-, Sozial-, Bildungs- und Geschichtspolitik.⁵⁴ Diesen Sektor gestalten die Richtlinien und Ziele der Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum EUROPA 2020. Dies kommt wiederum dadurch zum Vorschein, dass die Mitgliedstaaten das Erbe so verwalten sollten, dass es zur nachhaltigen Entwicklung und zum Umweltschutz beiträgt.⁵⁵ Das Erbe fand seinen Platz in der Wiederbelebung von ländlichen Gebieten, der maritimen Wirtschaft und im Tourismus. Es war auch ein Teil der digitalen Agenda und der Erforschung von Innovationen. In Zukunft soll dieser Sektor mit den Gemeinschaftspolitiken – auch mit der Politik der maritimen Wirtschaft – kohärent sein.

6.3 Europäisches Kulturerbe-Siegel

Der Beschluss zur Schaffung des Europäischen Kulturerbe-Siegels (2011)⁵⁶ legte das Ziel des Programms wie folgt fest:

- » Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls der europäischen Bürgerinnen und Bürger, insbesondere von jungen Menschen, zur Union auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Elemente der europäischen Geschichte und des Kulturerbes sowie einer Würdigung des Stellenwerts der nationalen und regionalen Vielfalt« (Art. 3 Abs. a)⁵⁷ und »Förderung des interkulturellen Dialogs (Art. 3 Abs. b).⁵⁸

Den Hauptzielen wurden mittelfristige Ziele zugeordnet: Förderung des Wissens um Kunst und europäische Kulturdenkmäler, Ausschöpfung der Synergien zwischen dem Kulturerbe einerseits und zeitgenössischer künstlerischer und kreativer Arbeit andererseits, Hervorhebung des symbolischen Wertes von Städten, die in der Geschichte und Kultur Europas und/oder beim Aufbau der Union eine bedeutende Rolle spielten, sowie Aufbau von Wissen über Europa unter Bezugnahme auf demokratische Werte und Menschenrechte, die das Fundament der europäischen Integration bilden. In den Richtlinien wurde auf die Geschichte Europas unter Berücksichtigung positiver und negativer Erfahrungen

54 Vgl. etwa das Programm des Europäischen Solidaritätskorps (24.03.2022).

55 Mehr zur Definition des Erbes: Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates vom 21. Mai 2014, S. 36-38.

56 Beschluss Nr. 1194/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 zur Schaffung einer Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2011, Nr. 303, S. 1.

57 Ebenda.

58 Ebenda.

verwiesen. Ein charakteristisches Merkmal der mit dem Siegel ausgezeichneten Objekte ist deren spezifische Bedeutung für die Prozesse der europäischen Integration sowie für die Einnahme einer pro-europäischen Haltung (Art. 3 Abs. 2). Sie spielen eine symbolische und kulturbildende Rolle und müssen nicht unbedingt zum Kanon des europäischen Erbes gehören: Vielmehr sind sie für die Geschichte der Völker und dadurch auch für die Geschichte Europas von Bedeutung. Sie sind ebenso ein Zeugnis dramatischer Ereignisse, die Barbarei und Missachtung der Menschenrechte bezeugen, wie auch Akte der Aussöhnung, Beispiele für den Esprits der Europäer und eine visionäre politische Einstellung. Im Programm Europäisches Kulturerbe-Siegel finden die Prozesse der Europäisierung⁵⁹ (*bottom-up*) von historischen Erinnerungsorten und Artefakten statt, die sich auf dem Gebiet der Mitgliedstaaten befinden. Das bedeutet, dass die Ideenüberlieferung eines gegebenen Ortes oder eines Geschehnisses auf die Stufe des europäischen Narrativs übergeht und dadurch zur Herausbildung des kollektiven Gedächtnisses beiträgt (Assman). Das lokale oder nationale Gedächtnis wird damit unentwegt ergänzt oder umgekehrt: Das europäische Gedächtnis unterliegt Modifikationen. Die von der europäischen Dimension des Siegels inspirierte Veränderung im Narrativ bezüglich der Vergangenheit ermöglicht eine Neudefinition der Geschichte, eine Neuorientierung des Diskurses und eine Einbindung der nationalen Identität in einen breiteren, europäischen Kontext. Die Anwendung des Europäischen Kulturerbe-Siegels als Werbeelement, eines Ortes und als Bildungswerkzeug verhilft zur Verarbeitung der nationalisierten Vergangenheit und zu deren Darstellung im Prozess der kulturellen und sozialen Entwicklung Europas. Die Europäischen Kulturerbe-Siegel dienen der Verhandlung und der Neuverhandlung der Geschichte. Sowohl die Bildung eines gemeinsamen Narrativs als auch der Bezug zur gemeinsamen Geschichte sind identitätsstiftende EU-Strategien. Dank dem Europäischen Kulturerbe-Siegel wird die Entstehung eines neuen Epos über die Vergangenheit gefördert und eine nicht monopolisierte Erzählung von der Geschichte inspiriert, an der sich nun auch andere Erzähler beteiligen können. Die Vielfalt an Narrativen sowie die Ergänzung des nationalen Narrativs durch einen supranationalen Aspekt lassen sich mit der gegenwärtigen Wahrnehmung des kulturellen Erbes verknüpfen (Aashworth). Aufgrund dessen wird die europäische Gedächtnisgemeinschaft heutzutage dialogisch gestaltet, das heißt durch den Diskurs der

59 Rafał Riedel: Europeizacja – koncept i agenda badawcza. In: Anna Pacześniak, Rafał Riedel (Hrsg.): Europeizacja. Mechanizmy, wymiary, efekty. Oslo, Toruń, Wrocław 2010, S.15–32; Johan P. Olsen: The Many Faces of Europeanization. In: JOURNAL OF COMMON MARKET STUDIES 40 (2002), H. 5, S. 921–951; Claudio M. Radaelli: The Europeanisation of Public Policy. In: Kevin Featherstone, Claudio M. Radaelli (Hrsg.): The Politics of Europeanisation, Oxford 2003, S. 27–56.

Vergangenheit mit der Zukunft, durch die verschiedenen Möglichkeiten der Interpretation unterschiedlicher Tatsachen, durch die Parallelität der Narrative und schließlich durch die »Besänftigung« des ungewollten Gedächtnisses. Die Europäischen Kulturerbe-Siegel ermöglichen es den europäischen Völkern, mit ihren historischen Erfahrungen einen Beitrag zum gemeinsamen europäischen Erbe und der Tradition zu leisten.

6.4 Europäisches Kulturerbejahr (2018)

Der Beschluss über die Ausrufung eines Europäischen Kulturerbejahres wurde am 17. Mai 2017 gefasst.⁶⁰ Das Programm verfolgte das Ziel, die Aufmerksamkeit auf den Schutz und die Förderung von Kulturdenkmäler und -stätten zu lenken sowie ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen. In Pkt. 2 des Art. 2 des EP-Beschlusses wurde Folgendes festgestellt:

- » Ziel des Europäischen Jahres ist es, zur Teilung des Kulturerbes zu ermuntern und es als gemeinsames Gut zu schätzen, das Bewusstsein für die gemeinsame Geschichte und die gemeinsamen Werte zu schärfen und das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen europäischen Raum zu stärken.⁶¹

Zu den das Europäische Jahr des Kulturerbes implementierenden Instrumenten gehörten: interkultureller Dialog und sektorenübergreifende Herangehensweise (z. B. Einfluss des Erbes auf den Umweltschutz, Tourismusentwicklung, Förderung von Initiativen zur Verhinderung des illegalen Handels mit Kulturgütern). Die Initiative sollte für die Beziehungen innerhalb der EU sorgen, dank denen das Erbe als soft power später auch im Rahmen der Außenbeziehungen gefördert werden konnte (und weiterhin gefördert werden kann). Es wurde vereinbart, dass das Jahr 2018 besonders die historischen Jahrestage mit symbolischer und historischer Bedeutung für Europa und sein Kulturerbe in den Vordergrund rücken sollte.

Um die obigen Ziele zu realisieren, wurden zahlreiche Schritte auf nationaler, regionaler und auf der EU-Ebene unternommen, einschließlich der Wahl einzelstaatlicher Koordinatoren. Es handelte sich um unterschiedliche Initiativen, die zum Zweck hatten, Debatten über die Bedeutung und den Wert des kulturellen Erbes, Ausstellungen und Bildungskampagnen mit den europäischen Werten im Brennpunkt zu veranstalten und zu fördern. Offiziell startete die Initiative des Europäischen Jahres des Kulturerbes während des Europäischen

60 Beschluss (EU) 2017/864 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 über ein Europäisches Jahr des Kulturerbes (2018). Amtsblatt der Europäischen Union L, 2017, Nr. 131, S. 1.

61 Ebenda, S. 4.

Kulturforums, das am 7./8. Dezember 2017 in Mailand stattfand. Sie umfasste viele Aktivitäten, die die Förderung des kulturellen Erbes unterstützten und zahlreiche Projekte, aber auch soziales Engagement nach sich zogen. Wichtige Ereignisse waren der Europäische Kulturerbe-Gipfel in Berlin sowie die Verleihung des Europäischen Preises für Kulturerbe/Europa Nostra Award. Im Bericht des Europäischen Parlaments über das Europäische Jahr des Kulturerbes vom 20. Januar 2021 wurde in Pkt. 1 festgestellt:

» [...] das Kulturerbe [ist] eine Ressource von unschätzbarem Wert [...], die eine Rückbesinnung auf und kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte ermöglicht und ein Bewusstsein nicht nur für die unterschiedlichen Erinnerungen, sondern auch für die Gemeinsamkeiten schafft [...].⁶²

Darin wurde auch das Ergebnis der »Gestaltung von Gemeinschaftsgefühl« unter Europas Bürger:innen betont, der von den zahlreichen Schritten der EU zugunsten der Förderung des Erbes herrührt.

6.5 Haus der Europäischen Geschichte: Metanarrativ der Geschichte

Besondere Aufmerksamkeit im Kontext der Überlegungen zur gemeinsamen Geschichte Europas verdient das Haus der Europäischen Geschichte in Brüssel, das als einziges Museum dem europäischen Metanarrativ gewidmet ist. Diese von anerkannten Expert:innen und Museolog:innen konzipierte Dauerausstellung stellt die transnationale Perspektive der Geschichte Europas dar, was aber keinesfalls bedeutet, dass sie die nationalen Geschichten ersetzen will. Im Fokus der Dauerausstellung stehen die für viele Länder und Gebiete relevanten Geschehnisse sowie die Zusammensetzung der einen Kontrast zueinander bildenden Tatsachen aus der Geschichte der europäischen Völker: von der Entführung der Europa, über die Geschichte der Demokratien, Aufklärung, Kolonialismus, nationalstaatliche Konzepte, Marxismus und Kommunismus, Geschichte der Proteste und Streiks bis hin zu Kapitalismus und Völkermord. Die Hauptaufgabe der Einrichtung ist es, Debatten über die Vergangenheit sowie über europäisches Gedächtnis und Bewusstsein zu initiieren⁶³, die zu einer Antwort auf die Frage führen sollen, warum die EU entstand. Von Bedeutung ist die Tatsache,

62 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Januar 2021 zum Europäischen Jahr des Kulturerbes: Erzielung eines wirksamen politischen Vermächnisses (2019/2194(INI)) (2021/C 456/03). Amtsblatt der Europäischen Union C, 2021, Nr. 456, S. 24.

63 Vgl. Dom Historii Europejskiej. Pytania i odpowiedzi dotyczące projektu. PDF, https://historia-europa.ep.eu/sites/default/files/assets/pytania_i_odpowiedzi_pl_2017.pdf, S. 2 (4.09.2022).

das das vorgeschlagene europäische Narrativ auch kritisch, heterogen und komplex ist.

Man kann also konstatieren, dass der Aufbau des »Gemeinschaftssinnes« in Europa ebenfalls institutionell vonstattengeht. Er weist jedoch weder Merkmale von Propaganda auf noch verherrlicht er Europa. Somit ist das Haus der Versuch einer holistischen Gestaltung des historischen Narrativs über Europa unter Kooperation aller Beteiligten, die sich dabei der dramatischen Vergangenheit Europas, der Diskrepanzen zwischen den differenten Interpretationsmöglichkeiten angesichts der Voreingenommenheit, der Abneigung oder der Stereotype in der menschlichen Vorstellung vollauf bewusst sind. Aus diesem Grund ist das keine einfache Aufgabe. Nichtsdestotrotz unterstützt sie die Herausbildung des Gefühls der Selbstidentifizierung mit Europa als schwierigem, aber familiärem Ort.

7 »Solidarität« und COVID-19. Erbe und Krisengefahr

»Solidarität« ist einer der wichtigen Unionswerte und zweifelsohne auch eine der Komponenten der Idee des »Gemeinschaftsgeistes«. Es darf nicht vergessen werden, dass die COVID-19-Pandemie die Idee der »Solidarität« als axiologischen EU-Wert positiv verifizierte. Sowohl die EU-Mitgliedstaaten als auch die EU selbst zeigten ihre Empathie im Bereich der Hilfe für den Kultursektor, was die Möglichkeit zur Aufbietung riesiger Mittel und Kräfte in einer Gefahrensituation und dadurch auch die Möglichkeit der Neuintegration unter Extrembedingungen aufzeigte. Am 13. Mai 2022 wurde der sich auf 800 Mrd. EUR belaufende Wiederaufbauplan von der Europäischen Kommission verkündet, dessen Ziele den Schutz und die Unterstützung von Kultureinrichtungen sowie von individuellen, am Programm KREATIVES EUROPA (2014–2020) beteiligten Künstler:innen umfassten. Schöpfer:innen wandten sich ebenfalls mit der Bitte um die Veränderung der Kostenabrechnungsregeln im dauernden Rahmenprogramm sowie um eine Fristverlängerung für die Realisierung von Aufgaben an die Kommission. Die Kommission wurde zudem um die Erteilung ihrer Zustimmung zur Erhebung eines Solidaritätsbeitrags für individuelle Künstler:innen gebeten, die an wegen der Pandemie abgesagten Projekten mitgearbeitet hatten.

Als Geste der Zustimmung nahm Maryia Gabriel, EU-Kommissarin für Forschung, Innovation und Bildung, Kultur und Jugend Veränderungen in der Berichterstattung bezüglich bereits laufender, aus Unionsprogrammen finanzierter Kulturprojekte vor. Besonderes Augenmerk wurde auch auf die Widerstandsfähigkeit des Kultursektors in der postpandemischen Realität gelegt. Gegenwärtig wird die Kultur zusätzlich vom Europäischen Wiederaufbauplan, Horizon

Europe und Erasmus+ unterstützt. In den Schlussfolgerungen des Rates zum Risikomanagement im Bereich des Kulturerbes (2020) wurde die Kooperation aller Mitgliedstaaten und der Kommission zugunsten des Schutzes aller Formen des kulturellen Erbes angesichts verschiedener Gefährdungen in der Welt empfohlen. Gemeint sind hier Klimabedrohungen, Naturkatastrophen, pandemische Gefahren oder Entvölkerung. Dem Schutz des kulturellen Erbes dienen heute viele Möglichkeiten der Finanzierung und Subventionierung aus dem EU-Budget, weil der EU sehr an einer Bewältigung des europäischen Gedächtnis gelegen ist, das als Methode zur Entwicklung engerer Beziehungen für die Stärkung von Integrations- und Reintegrationsprozesse dienen kann. Die Kultivierung des europäischen Erbes ist somit sozusagen eine gewisse Taktik der Zurückgewinnung der Vergangenheit für eine bessere Zukunft, und die Transformation des Gedächtnisses dient der Gemeinschaftsgestaltung. Nach der pandemischen Krise und angesichts des Krieges in der Ukraine gewinnt die solidarische Haltung der europäischen Bürgerinnen und Bürger an Bedeutung. Die Kultur erzeugt zweifellos Empathie und führt zur Achtung der Menschenrechte.

8 Schlussfolgerungen

Die Gemeinschaftsziele der europäischen Integration sind in allen Prämissen der EU-Kulturprogramme enthalten – sogar in denen, die einen starken Marktcharakter aufweisen. Sie funktionieren sowohl horizontal als auch vertikal. Sie überkreuzen sich mit den mittelfristigen und verwandten Zielen, indem sie eine komplexe Pyramide von kulturbildenden Aufgaben im Gefüge der Multi-Level-Governance der EU bilden.⁶⁴ Aufgrund dessen, was in der Einleitung des vorliegenden Beitrags festgestellt wurde, haben wir es heutzutage mit fortgeschrittenen Integrationsprozessen zu tun, in denen die Idee des »Gemeinschaftsgeistes« die Form von operationalisierten Multi-Akteurs-Aktivitäten annimmt, die innerhalb der konkreten finanziellen Rahmen und mit bürokratischen Prozeduren initiiert werden. Man kann also sagen, dass sich der im Konzept Geremeks als »Geist Europas« vorhandene »Gemeinschaftsgeist« im Laufe der Zeit in einen »technisierten«, in der Gesetzgebungs- und Entscheidungswirklichkeit präsenten Terminus der rechtlichen Namengebung der EU verwandelte. Somit erfüllte er seine Rolle als »europäische Wertschöpfung«⁶⁵, die als eine den Prozess der Gestaltung des Zugehörigkeitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger

64 Vgl. Philip C. Schmitter: *Neo-Neo functionalism*, Florence 2002.

65 Piotr Borgoński verbindet dieses Konzept mit zwei anderen, das heißt mit der europäischen Dimension und mit der europäischen Wertschöpfung. Vgl. Piotr Borgoński: *Sposób*

zum vereinten Europa stärkende Referenzkategorie für Kultur anzusehen ist. Dank der EU-Kulturpolitik (seit dem Vertrag von Maastricht) kann man heute mit Recht feststellen, dass die »[...] Menschen zusätzliche Erfahrungen sammeln, einander besser kennenlernen und verstehen, was es bedeutet, Europäer zu sein«. ⁶⁶ Die Forschungsfrage nach den Quellen einer Stärkung des »kulturellen Gemeinschaftsgeistes« findet ihre Antwort in der durchgeführten Analyse. Er wird durch die politische Taktik der Europäischen Union gestärkt, die auf der komplexen Herangehensweise der EU an die Kultur beruht, einschließlich sektorenübergreifendes Handeln, Partizipation, Integration von Methoden und Kooperationsarten, Kohärenz der Unionspolitiken und vor allem Gestaltung des interkulturellen Dialogs, der sich auf Pluralismus und die Achtung der »Andersartigkeit« stützt. Das sind keine Propagandaslogans, im Gegenteil: es handelt sich dabei um seit mindestens 30 Jahren empirisch implementierte Europäisierungsverfahren, die das als »europäisches Wesen« bezeichnete Metanarrativ bilden. Die das »europäische Wesen« erzeugende Europäisierung ist ein Mechanismus der Kulturtransformation, der den Übergang von der von Gerek vorgeschlagenen »kulturellen Intention« der Integrationsprozesse im Kulturbereich zum Aufbau der supranationalen »Einheitsverhältnisse und -strukturen« ⁶⁷ ermöglicht. In Anlehnung an Janusz Ruzkowski sind diese Verhältnisse und Strukturen wiederum ein Teil der »gemeinsamen operativen EU-Politik«. ⁶⁸ Der »Gemeinschaftssinn«, der das Subjekt dieser Logik ist, unterstützt somit die Modellierung des gegenwärtigen Europa, das von Goran Theborn als »kollektive Identifizierung, deren Wesen in der historischen Diskontinuität liegt« ⁶⁹, interpretiert worden ist.

Aus dem Polnischen von Piotr A. Owsinski

podjęcia do sfery kultury w stanowiskach Rady Unii Europejskiej. In: *STUDIA EUROPEJSKIE* 2017, H. 1, S. 164.

⁶⁶ Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission, COM(2017) 673 final, S. 10.

⁶⁷ Tadeusz Paleczny: *Stosunki międzykulturowe: zarys problematyki*, Kraków 2005, S. 354.

⁶⁸ Janusz Ruzkowski: *Europeizacja. Analiza oddziaływania Unii Europejskiej*, Warszawa 2019, S. 139.

⁶⁹ Goran Theborn: *Drogi do nowoczesnej Europy*, Warszawa-Kraków 1998, S. 373.

DOI: 10.13173/9783447120241.209

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.209

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

Ideen von Bronisław Geremek für eine zentrale europäische Herausforderung: Rohstoffe, Energiewende und das Erproben globaler Zusammenarbeit*

Maciej Jastrzębiec-Pyszyński, Gemeinsame Forschungsstelle der
Europäischen Kommission

*Applying ideas of Bronislaw Geremek to a key European challenge:
raw materials, energy transition and prototyping global collaboration*

Bronislaw Geremek believed that the European Union “will become a great partner of the global game in economy and politics (...) and will connect the European historical experience with thinking about the future”. With the European goal of carbon neutrality by 2050, there is an important field where we need to apply this thinking. In the foresight report published in September 2020, the European Commission predicts that over the next 10 to 30 years Europe’s demand for lithium, cobalt and graphite (key raw materials for energy storage in the green transition) will increase several times. Depending on the development of individual energy storage technologies: batteries, hydrogen technologies, etc., even in the most optimistic scenarios, Europe will not be able to meet the needs for these key raw materials alone. Yet, according to recent study, the electrification of transport might constitute the tipping point in the decarbonisation efforts. Europe has the necessary structure and gravitas to move the global sourcing system into a more collaborative mode. Its history shows that collaborative solutions can overcome conflicts over power and resources. The historic compromise on the exploitation and production of coal and steel between France and Germany (Schuman Plan) shows the role of well-designed joint institutions. Can this type of political innovation be applied to current, urgent challenge with potential ramifications to the whole humanity? Can we apply innovative approaches from the field of complexity to the field of international relations? The author analyses the recent actions of the EU and proposes a novel approach to move the system towards more collaboration, predictability and possibly fairness that could have positive spill-over to the global system.

* Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten entsprechen keinesfalls dem offiziellen Standpunkt der Europäischen Kommission.

DOI: 10.13173/9783447120241.235

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

1 Bronisław Geremek zu Politik und globaler Zusammenarbeit

Bronisław Geremek war ein Denker, Politiker und Diplomat, der entschlossen versuchte, die Zukunft zu gestalten. Er engagierte sich leidenschaftlich für Europa, die Demokratie und soziale Inklusion. Gemeinsam mit Madeleine Albright setzte er sich für die Gründung der Community of Democracies mit ihrem ständigen Sekretariat in Warschau ein. Die auf internationaler Zusammenarbeit beruhenden demokratischen Werte lagen ihm am Herzen.

Er war ein überzeugter Befürworter des europäischen Integrationsprozesses. Während seiner Amtszeit als Außenminister begann Polen mit den offiziellen Verhandlungen über den Beitritt zur EU. Er war ein Vordenker, der über den Status quo hinausblickte. Seiner Ansicht nach »hat der Integrationsprozess den Entwicklungsweg vorgegeben«, und er hoffte, dass »dieser Trend beibehalten wird«.¹ Er versuchte, die Ethik mit der Machtausübung zu verknüpfen. Im Jahr 2004 erklärte er in einem Interview: »Pascal glaubte, dass wir danach streben sollten, dass das, was gerecht ist, stark sein sollte und das, was stark ist, gerecht sein sollte.«² Im Jahr 2003 äußerte er seine Überzeugung, dass die EU »ein bedeutender Partner im globalen wirtschaftlichen und politischen Spiel« werden wird, und »dass es ihr gelingen wird, ein Gefühl der Zugehörigkeit zu schaffen und dass sie in der Lage sein wird, die historische Erfahrung Europas mit dem Denken über die Zukunft zu verknüpfen«.

Er meinte: »Die EU braucht, wie jede andere Gemeinschaft, große Mythen, langfristige Visionen und manchmal sogar Träume. Die Politik erfordert allerdings auch Realismus und die Fähigkeit, die Visionen und Träume in politische Projekte umzusetzen«.³

In diesem Denken ähnelt Bronisław Geremek den Worten, die Robert Schuman im Jahr 1950 formulierte:

» Der Welfrieden kann nicht bewahrt werden, wenn keine schöpferischen Anstrengungen unternommen werden, die in einem angemessenen Verhältnis zu den Gefahren stehen, die ihn bedrohen. Der Beitrag, den ein geordnetes und lebhaftes Europa zur Zivilisation leisten kann, ist für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen unerlässlich.

Wir müssen die Denkweise von Bronisław Geremek, Robert Schuman und Madeleine Albright auf die wichtigsten Herausforderungen zu Beginn des

1 Jacek Głazewski: *Profesor to nie obelga*. Alfabet Bronisława Geremka, Kraków 2013, S. 158

2 Ebenda, S. 155.

3 Ebenda, S. 143.

21. Jahrhunderts anwenden. Wir müssen Kreativität und Lehren aus unserer Vergangenheit umsetzen. Wir müssen Visionen in realistische Projekte umwandeln. In diesem Artikel geht es um die Verwendung der Komplexitätstheorie und neu entwickelter wissenschaftlicher Instrumente, um Möglichkeiten für eine globale Zusammenarbeit im Bereich der Energiewende und damit zusammenhängender Technologien zu erkunden. Das Ziel besteht darin, zu prüfen, ob in einem sehr begrenzten Anwendungsbereich Bedarf und Platz für eine Zusammenarbeit auf subglobaler Ebene vorhanden ist, die eines Tages auf die ganze Welt übergreifen könnte.

2 Ziel der Klimaneutralität und Vorausschau in Bezug auf Rohstoffe

Im Jahr 2019, als Ursula von der Leyen das Europäische Parlament um ihre politische Bestätigung ersuchte, formulierte sie ihre Vision für ein klimaneutrales Europa bis 2050.⁴ Im Juli 2021 trat das europäische Klimagesetz in Kraft, welches eine rechtsverbindliche Verpflichtung zur Verwirklichung dieses Ziels enthält. Das Ausmaß des Wandels erfordert enorme Investitionen in neue Technologien und einen wirtschaftlichen Strukturwandel von noch nie zuvor gesehener Größe. Ein Bestandteil dieses Übergangs ist die Beschaffung der Rohstoffe, die für die Erzeugung und Speicherung grüner Energie benötigt werden.

Je nach angewandter Technologie und Art der Studie sind folgende Materialien für die Energiespeicherung (Batterien und Brennstoffzellen) erforderlich: Lithium, Kobalt und Grafit.

Betrachtet man diese drei ausgewählten Rohstoffe näher, so ist ein exponentieller Nachfrageanstieg in den kommenden Jahrzehnten zu erkennen. Insbesondere Lithium, der Hauptbestandteil der beliebtesten Lithium-Ionen-Batterien, wird besonders begehrt sein. Bis 2030 wird Europa das 6- bis 18-fache des derzeitigen Lithiumverbrauchs benötigen (derzeit werden sechs Kilotonnen pro Jahr verbraucht). Bis 2050 könnte die Nachfrage schätzungsweise auf das 18- bis 55-fache des derzeitigen Verbrauchs ansteigen. In Bezug auf Grafit oder Kobalt sind die Zahlen weniger beeindruckend, aber dennoch bemerkenswert. Die Nachfrage nach diesen Rohstoffen wird im Jahr 2050 im Durchschnitt fünf bis 14 Mal höher sein als heute.

4 Eröffnungsrede in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments von Ursula von der Leyen, Kandidatin für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission. In: ec.europa.eu vom 16.07.2019, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_19_4230 (16.07.2019).

Hinter diesen Zahlen stecken Schätzungen, wie z. B. die des Weltwirtschaftsforums, die von einer Notwendigkeit zur 19-fachen Steigerung der weltweiten Batterieproduktion zur Beschleunigung des Übergangs zu einer emissionsarmen Wirtschaft ausgehen.⁵

Angesichts dieser Herausforderungen hat die Kommission selbstverständlich entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Initiative ist die Bewertung des kritischen Charakters aller in der Industrie verwendeten Rohstoffe und der Vorschlag zur Entwicklung strategischer Partnerschaften in der ganzen Welt.

3 Aktionsplan der Kommission für kritische Rohstoffe

Am 3. September 2020 hat die Kommission einen Aktionsplan für die Versorgung mit kritischen Rohstoffen vorgelegt. Maroš Šefčovič, Vizepräsident der Kommission, kündigte die Gründung eines starken Bündnisses an, um gemeinsam den Wandel von einer starken Abhängigkeit hin zu einer diversifizierten, nachhaltigen und sozial verantwortlichen Rohstoffbeschaffung, Kreislaufwirtschaft und Innovation zu vollziehen – die Europäische Rohstoffallianz.⁶

Mit dem Rahmenplan werden folgende Ziele verfolgt:

- a) Entwicklung widerstandsfähiger Wertschöpfungsketten für industrielle Ökosysteme in der EU;
- b) Verringerung der Abhängigkeit von kritischen primären Rohstoffen durch kreislauforientierte Verwendung von Ressourcen, nachhaltiger Produkte und Innovationen;
- c) Förderung der nachhaltigen und verantwortungsvollen inländischen Beschaffung und Verarbeitung von Rohstoffen in der Europäischen Union; und
- d) Diversifizierung der Versorgung durch nachhaltige und verantwortungsvolle Beschaffung aus Drittländern; Förderung eines geregelten und freien Rohstoffhandels und Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel.

5 Weltwirtschaftsforum und Globale Batterie-Allianz: Eine Vision für eine nachhaltige Batterie-Wertschöpfungskette in 2030: Erschließung des Potenzials zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes, 2019.

6 Kommission kündigt Maßnahmen an, um die Rohstoffversorgung Europas sicherer und nachhaltiger zu machen. In: ec.europa.eu, 3.09.2020, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1542 (3.09.2020).

Dies soll durch 10 Einzelmaßnahmen erreicht werden:⁷

- 1) Gründung einer industriegesteuerten Europäischen Rohstoffallianz im dritten Quartal 2020, vorerst zum Aufbau von Widerstandsfähigkeit und einer offenen strategischen Autonomie für die Wertschöpfungsketten der seltenen Erden und Magnete, bevor sie auf andere Rohstoffbereiche erweitert wird;
 - 2) Entwicklung nachhaltiger Finanzierungskriterien für den Bergbausektor, die Rohstoffgewinnung und die Verarbeitungsindustrie in delegierten Rechtsakten zur Taxonomie bis Ende 2021;
 - 3) Einleitung kritischer Rohstoffforschung und Innovationen im Jahr 2021 in Bezug auf Abfallverarbeitung, fortschrittliche Materialien und Ersatzstoffe mit Unterstützung von Horizont Europa, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den nationalen Programmen für Forschung und Innovation (Research & Innovation, R&I);
 - 4) Bestandsaufnahme der potenziellen Versorgung mit kritischen Sekundärrohstoffen aus EU-Vorräten und -abfällen und Ermittlung tragfähiger Rückgewinnungsprojekte bis 2022;
 - 5) Bestimmung von Bergbau- und Verarbeitungsprojekten sowie des Investitionsbedarfs und der damit verbundenen Finanzierungsmöglichkeiten für kritische Rohstoffe in der EU, die bis 2025 in Betrieb genommen werden können, mit Schwerpunkt auf Kohleabbaugebieten;
 - 6) Entwicklung von Fachwissen und Kompetenzen in den Bereichen Bergbau, Rohstoffgewinnung und Verarbeitung als Teil einer ausgewogenen Übergangstrategie in den im Wandel befindlichen Regionen ab dem Jahr 2022;
 - 7) Durchführung von Erdbeobachtungsprogrammen und Fernerkundungsprogrammen für die Gewinnung von Rohstoffen, den Betrieb und das Umweltmanagement nach der Betriebseinstellung;
 - 8) Weiterentwicklung von Horizont Europa R&I-Projekten im Bereich der Verfahren zur Gewinnung und Verarbeitung kritischer Rohstoffe zur Verringerung der Umweltauswirkungen ab 2021;
 - 9) Entwicklung strategischer internationaler Partnerschaften und damit verbundener Finanzierungen zur Sicherung einer diversifizierten und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen, unter anderem durch uneingeschränkte Handels- und Investitionsbedingungen, beginnend mit Pilotpartnerschaften mit Kanada, interessierten Ländern in Afrika und den Nachbarländern der EU im Jahr 2021;
- 7 Die Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen: Einen Pfad hin zu größerer Sicherheit und Nachhaltigkeit abstecken, Brüssel, 3. September 2020, COM(2020) 474 final.

- 10) Förderung verantwortungsvoller Bergbaupraktiken für kritische Rohstoffe durch die rechtlichen Rahmenbedingungen der EU (Vorschläge im Zeitraum für 2020 bis 2021) und die entsprechende internationale Zusammenarbeit.

In der analysierten Mitteilung verweist die Kommission auf bestehende internationale Partnerschaften zu kritischen Rohstoffen und Nachhaltigkeit und erwähnt dabei unter anderem Foren wie:

- a) die jährlichen trilateralen Verhandlungen zwischen der EU, den USA und Japan über kritische Rohstoffe (Versorgungsrisiken, Handelshemmnisse, Innovation und internationale Normen);
- b) die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Konfliktmineralien⁸, Richtlinien für Rohstoffe, verantwortungsvolle Rohstoffbeschaffung);
- c) die Vereinten Nationen (globale Aussichten, Umweltbelastungen, Ressourcenbewirtschaftung, Bewirtschaftung von Bodenschätzen),
- d) die Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) (Marktzugang, technische Handelshemmnisse, Exportbeschränkungen);
- e) die G20 (Ressourceneffizienz).

Ferner werden bilaterale Gespräche über Rohstoffe mit einer Reihe von Ländern, darunter China, erwähnt. Außerdem heißt es dort:

» Die EU muss strategische Partnerschaften mit rohstoffreichen Drittländern eingehen, indem sie sämtliche außenpolitischen Instrumente einsetzt und ihren internationalen Verpflichtungen nachkommt. Das Potential für den Ausbau nachhaltiger und verantwortungsvoller strategischer Partnerschaften mit rohstoffreichen Ländern ist noch lange nicht ausgeschöpft. Diese umfassen hochentwickelte Bergbauländer wie Kanada und Australien, verschiedene afrikanische und lateinamerikanische Entwicklungsländer sowie EU-nahe Länder wie Norwegen und die Ukraine, die Beitrittsländer und die westlichen Balkanländer. [...] Anstatt zu versuchen, all diese Partnerschaften gleichzeitig zu fördern, beabsichtigt die Kommission, vor der Einleitung von Pilotpartnerschaftsprojekten im Jahr 2021 die Prioritäten mit den Mitgliedstaaten und der Industrie zu besprechen, auch in den betroffenen Ländern, da diese über lokales Fachwissen und ein Netz von Botschaften der Mitgliedstaaten verfügen. Solche strategischen Partnerschaften, die den Ab-

- 8 Von »Konfliktmineralien« spricht man, wenn die Einkünfte aus dem Handel mit diesen Mineralien verwendet werden, um einen bewaffneten Konflikt zu finanzieren, in diesem Fall in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) und benachbarten Ländern (DRK-Region). Es handelt sich vor allem um Zinn, Tantal, Wolfram und Gold.

bau, die Verarbeitung und die Verfeinerung betreffen, sind für rohstoffreiche Entwicklungsländer und Regionen wie Afrika besonders wichtig. Die EU kann unseren Partnerländern dabei helfen, ihre Rohstoffvorkommen nachhaltig zu entwickeln, indem sie eine bessere lokale Verwaltung und die Verbreitung verantwortungsvoller Bergbaupraktiken unterstützt, was wiederum einen Mehrwert im Bergbausektor und Triebkräfte für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung schafft.

4 EU testet strategische Partnerschaften mit Kanada und der Ukraine

Im Februar 2021 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung über einen erneuerten Multilateralismus, der für das 21. Jahrhundert geeignet sei, in der sie erklärte:

- » Um die gesamte multilaterale Szene zu verändern, brauchen wir eine neue Generation von Partnerschaften. Die EU wird neue Allianzen mit Drittländern eingehen, die Zusammenarbeit mit multilateralen und regionalen Organisationen sowie mit anderen Beteiligten verstärken, insbesondere mit denjenigen, mit denen sie demokratische Werte teilt, und sich je nach Thema um Berührungspunkte mit anderen bemühen. Sie wird die Partnerländer dabei unterstützen, sich effektiver in das multilaterale System einzuschalten, und für eine systematische Weiterverfolgung der bilateralen Verpflichtungen mit Partnern zur Förderung multilateraler Ziele sorgen.

Im Juni/Juli 2021 unterzeichnete die EU ihre ersten strategischen Partnerschaften mit zwei Ländern: mit Kanada und mit der Ukraine. Die Partnerschaft mit Kanada wurde im Rahmen des bilateralen Dialogs über Rohstoffe unterzeichnet, der durch das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement EU-Kanada, CETA) eingeleitet wurde.⁹ Ziel ist es, »den Wert, die Sicherheit und die Nachhaltigkeit des Handels und der Investitionen in widerstandsfähige Rohstoffe und nachfolgende Wertschöpfungsketten zwischen Kanada und der EU zu fördern«. Es umfasst drei Bereiche der Zusammenarbeit: (1) Integration der Rohstoff-Wertschöpfungsketten zwischen Kanada und EU; (2) Zusammenarbeit auf den Gebieten von Wissenschaft, Technologie und Innovation; und (3) Umwelt-, Sozial-

9 Die EU und Kanada haben eine strategische Partnerschaft für Rohstoffe gegründet. In: ec.europa.eu, https://ec.europa.eu/growth/news/eu-and-canada-set-strategic-partnership-raw-materials-2021-06-21_en (21.06.2021).

und Governance-Kriterien wie auch Standards.¹⁰ Beide Seiten erörterten auch die Zusammenarbeit in den internationalen Foren (einschließlich des Beitritts Kanadas zur trilateralen EU-US-Japan-Konferenz über kritische Materialien) und die Fortschritte bei der Ausarbeitung von Normen der Internationalen Organisation für Normung (International Organization for Standardization, ISO) für kritische Mineralien.

Die strategische Partnerschaft mit der Ukraine¹¹ umfasst einen Rahmenplan, in dem folgende Aspekte behandelt werden:

- a) Entwicklung einer CO₂-armen Strategie und eines Rahmenplans zur Dekarbonisierung der Rohstoffabbau, -gewinnung und -verarbeitung in der Ukraine;
- b) Stärkung der nachhaltigen und verantwortungsvollen Beschaffung und Verarbeitung von Rohstoffen und Batterien in der Ukraine durch die Einrichtung von Veranstaltungen zum Kapazitätsaufbau für die öffentliche Verwaltung und Schulungen für Unternehmen;
- c) Digitalisierung und Verbesserung der Datenverwaltung der ukrainischen Rohstoffvorkommen durch Einrichtung eines »Datenraums« – eines Speichers mit digitalen geologischen Berichten – und Aufhebung und Neubewertung der Rohstoffreserven nach internationalen Normen;
- d) Ausweitung des Gebrauchs von Erdbeobachtungsprogrammen und Fernerkundung zur Förderung der Erforschung neuer Vorkommen und zur Überwachung der Umweltverträglichkeit von Bergwerken während des Betriebs und nach ihrer Schließung;
- e) Ermittlung und Durchführung von Joint-Venture-Projekten für Industrie- und Investitionsakteure aus der EU und der Ukraine unter Nutzung von Business Investment Plattformen der europäischen Industrieallianzen.

10 Treffen im Rahmen des bilateralen Dialogs zu Rohstoffen. In: [international.gc.ca](https://www.international.gc.ca/trade-commerce/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/ceta-aecg/2021-07-15-final-report-rapport-final.aspx?lang=eng), 21.06.2021, <https://www.international.gc.ca/trade-commerce/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/ceta-aecg/2021-07-15-final-report-rapport-final.aspx?lang=eng> (21.06.2021).

11 EU und Ukraine starten strategische Partnerschaft im Bereich Rohstoffe. In: [ec.europa.eu](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_3633), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_3633 (21.06.2021).

5 Russlands Invasion in die Ukraine und der neue Kontext für Rohstoffe

Laut dem von der Gemeinsamen Forschungsstelle erstellten Newsletter des Rohstoffinformationssystems (Raw Material Information System Newsletter) hat die russische Invasion erhebliche Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit der EU. In ihrer Bewertung weist sie auf drei Konsequenzen hin:

- a) Die Sanktionen, die sich auf die Finanzierung der russischen Bergbau- und Metallindustrie und ihre Fähigkeit zur Einfuhr von Rohstoffen oder zur Ausfuhr von Endprodukten auswirken, werden wahrscheinlich zu einer Unterbrechung der globalen und der EU-Lieferketten führen;
- b) Die gezielten Ausfuhr-/Einfuhrbeschränkungen für bestimmte Rohstoffe im Zusammenhang mit zusätzlichen Sanktionen der EU und/oder Gegenmaßnahmen aus Russland;
- c) Der Anstieg der Rohstoffpreise aufgrund von Versorgungsengpässen und hohen Energiepreisen sowie die Unterbrechung der EU-Ausfuhren in die am Krieg zwischen der Ukraine und Russland beteiligten Länder.

Laut *Eurointelligence* wird im Jahr 2022 das:

- » bloße Ausmaß und der Umfang des Preisanstiegs der Rohstoffe darauf hindeuten, dass wir eine neue Welt auf den Rohstoffmärkten betreten. Die Tage der fröhlichen Globalisierung der letzten drei Jahrzehnte sind vorbei (...). Nach der Auffassung von Philippe Chalmin, Professor an der Universität Dauphine, sind wir dabei, uns auf eine bipolare Welt einzustellen, mit liberalen Demokratien und ihren freien Märkten auf der einen Seite und Autokratien, die sich die Unterstützung anderer Länder durch Gefälligkeiten erkaufen, auf der anderen Seite.¹²

¹² Eurointelligence Newsletter, 8.06.2022.

6 Einschränkungen der Marktlösungen

Die Wirtschaftstheorie besagt, dass Märkte auch im Bereich der Rohstoffe unter bestimmten Bedingungen die beste Verteilung der Ressourcen gewährleisten können. Langfristig sollte der Preis ein Gleichgewicht zwischen Bedarf und Nachfrage herstellen. Im Rohstoffbereich gibt es jedoch eine Reihe von Problemen, die Marktlösungen in Frage stellen.

Erstens geht es um die Frage der Preissignale im Zeitverlauf. Die Errichtung eines Bergwerks dauert mehrere Jahre (10 bis 15), so dass es zu einer deutlichen Verzögerung der Angebotssteigerung kommt, die sich aus höheren Rohstoffpreisen ergeben würde. Investoren, die aufgrund hoher Preise neue Anlagen (Bergwerke) errichten, könnten aufgrund mangelnder Koordination ein übermäßiges Angebot erzeugen. Diese Verzögerung zwischen Investition und Produktion birgt die Gefahr eines wirtschaftlichen »Schweinezyklus«-Problems, bei dem Preissignale und Lieferverzögerungen den Markt in einem ständigen Ungleichgewicht halten.

Zweitens können wir auch behaupten, dass wir angesichts des Klimawandels als globales, gemeinsames Problem ein Interesse an einer vorausschauenden Steuerung der Märkte haben, damit sich die neuen Technologien, die Rohstoffe erfordern, schnell über den Globus verbreiten können (und so zur Begrenzung der CO₂-Emissionen beitragen). Laut der neuesten Veröffentlichung des Global Systems Institute zum Thema »positive Wendepunkte auf dem Weg zur globalen Nachhaltigkeit« könnte die Rohstoff-Wertschöpfungskette im Zusammenhang mit Elektrofahrzeugen einen erheblichen Wandel zur Erreichung der Klimaziele bewirken.¹³

Drittens gibt es einige Anbieter auf dem Markt, die ihre führende Rolle missbrauchen wollen. Vergleichbar mit der Art und Weise, wie China 2010 die Lieferung bestimmter Rohstoffe an Japan einstellte und damit wirtschaftlichen Druck ausübte, können wir ein gewisses Interesse einiger wichtiger Beteiligten an der Dominanz der Märkte erkennen.¹⁴ Das Europäische Institut für Sicherheitsstudien hat 2020 ein hypothetisches Szenario vorgestellt, in dem China seine Lieferungen an unerwünschte Handelspartner reduziert.¹⁵ Diese Ausgangslage zeigt eindeutig, dass es in diesem Bereich keinen perfekten Wettbewerb mehr gibt.

13 Simon Sharpe, Timothy M. Lenton: Upward-scaling-Kippkaskaden zur Erreichung der Klimaziele: plausible Gründe für Hoffnung, Klimapolitik, 21:4, London 2021, <https://doi.org/10.1080/14693062.2020.1870097>, S. 421-433 (21.06.2021).

14 Guillaume Pitron: La guerre des métaux rares : La face cachée de la transition énergétique et numérique, Paris 2019, S. 144.

15 Florence Gaub (Hrsg.): What if... 14 Futures for the 2024, ISS, Switzerland 2020, S. 67.

Viertens besteht die Frage der sozialen Gerechtigkeit und des Umweltschutzes. In vielen Fällen haben die Rohstoffherzeuger den Anreiz, durch weniger strenge Sicherheitsstandards, niedrigere Löhne oder fehlende Rücksichtnahme auf Umweltbelastungen im Zusammenhang mit der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung ihre Kosten zu senken. Die Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organization for Economic Co-operation and Development, OECD) haben 2016 entsprechende Leitprinzipien veröffentlicht.¹⁶ Nach wie vor ist die diesbezügliche internationale Kontrolle verhältnismäßig gering (es gibt keine zentrale Behörde zur Durchsetzung der Vorschriften) und der Wettkampf um die niedrigsten Preise ist für viele Unternehmen nach wie vor eine attraktive Strategie.

7 USA schlagen Freundschaftsdienste vor, um Sicherheitsrisiken zu vermindern

In ihrer Rede auf dem Brüsseler Wirtschaftsforum im Mai 2022 hat die amerikanische Finanzministerin Jannet Yellen folgenden Ansatz vorgeschlagen:

- » Wir müssen die Ansätze modernisieren, die wir zum Aufbau der Handelsintegration verwendet haben, um unsere gemeinsamen Grundwerte und Grundsätze besser zu berücksichtigen und wirtschaftliche Sicherheit zu gewährleisten. Wir sind mittlerweile zu verwundbar für Länder, die ihre Marktposition im Bereich der Rohstoffe, Technologien oder Produkte dazu nutzen, einen geopolitischen Hebeleffekt auszuüben oder Märkte zu ihrem eigenen Vorteil zu beeinflussen. [...] Wir haben seit langem eine erhebliche Abhängigkeit von China bei der Versorgung mit seltenen Erden akzeptiert. Diese Rohstoffe und Werkstoffe sind für die Luftfahrt, die Fahrzeugproduktion, die Herstellung von Batterien, die erneuerbaren Energiesysteme und die Technologieherstellung von entscheidender Bedeutung. China ist verantwortlich für 60 Prozent des Abbaus seltener Erden und für fast 40 Prozent der Rohstoffvorkommen, was dem Land einen geostrategischen Vorteil verleiht. [...] Obwohl viele dieser Rohstoffe auf der Erde im Überfluss vorhanden sind, ist ihre Gewinnung kostspielig und in einigen Fällen auch umweltschädlich.

16 OECD-Leitlinien für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Mineralien aus Konflikt- und Hochrisikogebieten, <https://www.oecd.org/corporate/mne/mining.htm> (21.06.2021).

Ich schlage vor, dass wir die Auswirkungen dieser anderen Erwägungen – nämlich die Konzentration, die geopolitischen Bedenken, die Sicherheitsrisiken und die Werte – angemessen berücksichtigen. Was die seltenen Erden betrifft, so verfügen zahlreiche andere Länder über derartige Reserven. Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, dass sie mit Rücksicht auf die Umwelt und andere Konsequenzen einen erhöhten Rohstoffabbau betreiben. Bei hochtechnologischen Produkten könnte es sinnvoll erscheinen, zusätzliche Anreize für alternative Lieferketten zu schaffen – mit geringeren Marktanteilen und mit vertrauenswürdigeren Ländern.

Ich bin der Ansicht, dass wir darüber nachdenken müssen, wie wir Anreize für die Verlagerung von Lieferketten in eine größere Anzahl verlässlicher Länder für eine Vielzahl von Produkten schaffen können, damit wir den Marktzugang weiterhin sicher und mit geringeren Risiken für unsere Wirtschaft und die unserer Handelspartner erweitern können.¹⁷

Diese Aussage der amerikanischen Regierung ist eine Aufforderung an Europa, gemeinsam zu handeln, steht aber weiterhin im Einklang mit dem Gedanken der strukturellen Konkurrenz zwischen dem Westen und der aufstrebenden chinesischen Macht. Dennoch ist dies nicht die einzige mögliche Lösung.

8 Eine Weltgemeinschaft für die Bewirtschaftung ausgewählter Rohstoffe? Hacking John McClintock

Die Europäische Union und in ihrem Ursprung die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) können als ein Beispiel für eine globale Zusammenarbeit betrachtet werden. In dem Buch *Die Einheit der Nationen* schlägt John McClintock vor, schrittweise eine Weltgemeinschaft zu gründen, ähnlich wie in den ursprünglichen sechs Ländern, die sich bereit erklärt haben, die Souveränität in einem begrenzten Bereich wie Kohle und Stahl zu teilen.¹⁸

Eine solche globale Organisation würde technische Lösungen vorschlagen, die »für alle Beteiligten politisch akzeptabel« wären. Er nennt folgende Grundsätze: stufenweise Einführung, Inklusion, freiwillige Mitgliedschaft und Beitrittsmöglichkeit für alle Nationen, die ihre Souveränität in dem betreffenden Bereich teilen können und die Staaten außerhalb der Gemeinschaft nicht beein-

17 Ausführungen der Finanzministerin Janet L. Yellen auf dem Brüsseler Wirtschaftsforum, 17.05.2022, <https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0788> (21.06.2022).

18 John McClintock: *Die Einheit der Nationen: An Essay on Global Governance*, P.I.E. Peter Lang, USA 2010.

trächtigen. Alle Staaten müssten sich in Regionen organisieren (ähnlich wie die derzeitige EU), so dass sich die globale Gemeinschaft aus 15 bis 25 regionalen Mitgliedern zusammensetzen würde.¹⁹ Die Staaten könnten zunächst einzeln beitreten, müssten sich aber später mit anderen Nationen derselben Region zusammenschließen, um eine einzige regionale Organisation zu bilden. Sie würde gute Beziehungen zu allen Ländern anstreben, die noch nicht Mitglied sind, könnte aber als Notlösung harte Maßnahmen wie die Einstellung des Handels und der Zusammenarbeit ergreifen.

Am interessantesten erscheint am Vorschlag von McClintock die schrittweise Vorgehensweise. Eine solche Gemeinschaft könnte von einer kleinen Gruppe von Ländern ins Leben gerufen werden, z. B. nur mit der EU und Kanada. Entscheidend für den Erfolg einer solchen Einrichtung ist eine klare Abgrenzung des Tätigkeitsbereichs der Organisation und eine Gruppe von Pionieren, die bereit sind, eine solche offene Einrichtung in die Wege zu leiten.

Wir können den Standpunkt vertreten, dass der Rohstoffbereich im Zusammenhang mit umweltfreundlichen Technologien alle Merkmale aufweist, die der Beschreibung des globalen Bereichs entsprechen würden, der einer gemeinsamen Regulierung und Verwaltung bedarf. Die europäische Erfahrung zeigt, dass bei sorgfältiger Vorbereitung durchaus geeignete Lösungen realisiert werden können. Die bestehenden Partnerschaften mit Kanada und der Ukraine könnten als möglicher Ausgangspunkt für eine Zusammenarbeit angesehen werden. Was derzeit allerdings noch fehlt, ist eine eher strukturierte Vorstellung von einer solchen Lösung.

9 Globale Allianz für Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz – ein Vorläufer?

Im März 2020 schlug die Kommission in ihrem Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft ein globales Bündnis vor, um Wissenslücken und Steuerungslücken bei der Förderung einer globalen Kreislaufwirtschaft zu ermitteln und Partnerschaftsinitiativen voranzutreiben, die auch die wichtigsten Wirtschaftsmächte einschließen. Die Globale Allianz für Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz (Global Alliance on Circular Economy and Resource Efficiency, GACERE) zielt darauf ab, Initiativen im Zusammenhang mit dem Übergang zur Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und nachhaltigem Verbrauch und nachhaltiger Produktion auf der Grundlage internationaler Bemühungen einen globalen Im-

¹⁹ Ebenda, S. 193.

puls zu geben. Die GACERE-Mitglieder haben sich darauf geeinigt, auf politischer Ebene und in multilateralen Foren, insbesondere in der Generalversammlung der Vereinten Nationen, der Umweltversammlung der Vereinten Nationen und der G7/G20, zusammenzuarbeiten und sich dafür einzusetzen.²⁰

Interessant für die GACERE-Initiative ist nicht nur ihr Ziel, sondern auch die bisherige Mitgliedschaft. In Europa umfasst sie die EU, Norwegen und die Schweiz. Kanada, Chile und Peru vertreten Amerika. Südafrika, Ruanda, Marokko, Kenia und Nigeria kommen aus dem afrikanischen Kontinent. Japan, Indien und Südkorea repräsentieren Asien. Neuseeland vervollständigt dieses Bild zusammen mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen und der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung.

Wäre es denkbar, das Bündnis in einen strukturierteren Rahmen zu verwandeln, da das Ziel des Bündnisses mit der der Regelung der Ressourcenproblematik im Einklang steht? Könnte sie als Vorläufer für die von John McClintock vorgesehene Art von Organisation angesehen werden? Ist es überhaupt möglich, eine Vorstellung davon zu bekommen, wie die optimale Struktur für regionale Verbände innerhalb des Bündnisses aussehen könnte?

10 Experimente im internationalen Bereich: Komplexität, Geschichten und Vektortheorie des Wandels

Ist es möglich, auf der internationalen Ebene Experimente durchzuführen? Im historischen Rückblick kann man feststellen, dass der Versuch der EGKS weitgehend erfolgreich war, wenngleich der Römische Vertrag einige wesentliche Änderungen im institutionellen Bereich mit sich brachte. Ist eine Verbindung von Rohstoffen und Freundschaftsdiensten mit der Sorge um globale Güter wie dem Klimaschutz vorstellbar? Ist es möglich, vor Beginn der Zusammenarbeit Einblicke von den potenziellen Teilnehmern zu erhalten?

Laut Linda Doyle vom Cynefin Centre, die die »Vektor-Theorie des Wandels« erläutern, benötigen wir einen vierstufigen Ansatz, um komplexe Umgebungen zu managen²¹:

20 Global Alliance on Circular Economy and Resource Efficiency (GACERE). In: ec.europa.eu, https://ec.europa.eu/environment/international_issues/gacere.html (21.06.2021).

21 Linda Doyle, Change & Complexity: Vektortheorie des Wandels, Cynefin Centre, 2022, <https://thecynefin.co/vector-theory-of-change-explainer/> (21.06.2022).

- a) Wir sollten damit beginnen, den aktuellen »Bereitschaftszustand« des Systems zu erfassen, der uns sagt, wie das System derzeit zusammenhängt und wie es sich wahrscheinlich verändern wird. Ein Ansatz hierfür wäre, ein »menschliches Sensornetzwerk« zu errichten und dieses zu bitten, die Veränderungen im System zu beschreiben, die sich z. B. durch die Pandemie und die russische Invasion ergeben haben (erfahrungsbasiert);
- b) Der nächste Schritt besteht darin, die gewünschte Richtung zu bestimmen (in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Gemeinschaft). Diese Richtung ließe sich dadurch festlegen, indem man sich überlegt, was man in der betreffenden Situation vermehrt haben möchte, und dies dann weiter vorantreibt. Dies könnte man herausfinden, indem man ein großes, vielfältiges Netzwerk von Menschen darüber befragt, welche Auswirkungen sie bei dem Versuch sehen, sich in eine bestimmte Richtung zu bewegen (im Gegensatz zu einem idealen Endzustand);
- c) Anschließend sollten die potenziellen Mitglieder der Gemeinschaft in einen Prozess der Mitgestaltung einbezogen werden, um darüber beraten, wie die Gemeinschaft mehr Geschichten (oder Narrativedaten) erstellen kann, wie diejenigen, die als positiv eingestuft wurden (und weniger von denen, die als negativ empfunden werden). Dadurch liegt die Entscheidungsbefugnis in den Händen der Gemeinschaften, um die Richtung zu spezifizieren und zu bestimmen, die sie einschlagen wollen, und Maßnahmen zu entwerfen, die in diese Richtung gehen (wobei sie offen für andere mögliche Ergebnisse sind);
- d) Um einen Kontext der Exploration zu schaffen, ist es unter anderem notwendig, sogenannte »safe-to-fail«-Sonden zu entwickeln. Kleine, eingeschränkte Sonden, deren Ausfälle tolerierbar wären. Um Informationen über den Erfolg oder Fehlschlag der Eingriffe zu sammeln, ist es erforderlich, eine kontinuierliche Überwachung und Rückkopplungsschleifen einzuführen, um den Bereitschaftszustand des Systems zu beobachten.

Können wir unter den gegenwärtigen Bedingungen ein funktionierendes Experiment im Bereich der Rohstoffe für die Energiespeicherung durchführen? Welches ist das ideale Forum, um einen solchen Vorschlag zu testen: das EU-USA-Japan-Kanada-Australien Forum, OECD, WTO, GACERE oder ein anderes Forum? Oder sollten wir eher von der Basis ausgehend mit internationalen Netzwerken wie der Europäischen Batterie-Allianz beginnen (eine Zusammenarbeit von 750 Teilnehmern, die die gesamte Batterie-Wertschöpfungskette abdeckt)? Wie wichtig sollte der demokratische Charakter der beteiligten Länder sein (schon aus dem Grund, um eine neutrale Informationssammlung und Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten)? China scheint der große Elefant in diesem Raum zu sein.

Eine weitere Variable, die gleichzeitig entwickelt werden sollte, ist der Umfang der Zusammenarbeit, der auch von den zusammenarbeitenden Parteien abhängen wird. Die gemeinsam zu verwaltenden Bereiche müssten zwar beschränkt sein, aber dennoch sollte es sich lohnen, eine Zusammenarbeit aufzubauen. Ausgehend von den gemeinsamen Elementen der EU-Partnerschaften mit Kanada und der Ukraine könnte der Schwerpunkt auf den Standards für die Sorgfaltspflicht beim Abbau, der Gewinnung und der Verarbeitung von Rohstoffen liegen. Sollte sie auch die Frage der Preisstabilisierung umfassen, damit die Wertschöpfungskette für Batterien das Versprechen zur Dekarbonisierung erfüllen kann? Welche Bedingungen sollten für eine solche Zusammenarbeit gelten?

Wie sollte der optimale Verlauf einer solchen Vereinbarung aussehen? Sollten wir mit der Suche nach Vorkommen und Regeln im Bergbau beginnen, wie im Abkommen mit Kanada und der Ukraine von 2021 vorgesehen, oder mit der Erkundung des Bereichs für ein Abkommen mit großen Produzenten wie Chile oder der Demokratischen Republik Kongo (DRK)? Bedarf es eines Gemeinschaftskonzepts (à la Immanuel Kant und seiner Abhandlung *Zum ewigen Frieden*) oder sollten wir uns an den kaufmännischen Rahmen von Locke halten? Dabei ist es besonders wichtig, über das postkoloniale Narrativ hinauszugehen. Und schließlich, können wir auf der Grundlage des Managements dieser Schlüsselrohstoffe und ihrer Rolle bei der Vermeidung einer Klimakatastrophe eine subglobale Gemeinschaft schaffen, die sich mit dem gerechten (und sogar umverteilenden) Management der Wertschöpfungskette beschäftigt?

Sollten angesichts eines globalen Problems und der geringen Erfolgsergebnisse bei der Lösung der Herausforderung der CO₂-Reduktion andere Teilnehmer des globalen Systems, vor allem Sozial- und Umweltorganisationen, in die Diskussion einbezogen werden? Oder würde die Ausweitung einer solchen Diskussion bestimmte Staaten, die eifersüchtig die diplomatischen Kanäle bewachen, auf natürliche Weise ausschließen?

Wie kann eine Struktur geschaffen werden, die eine ausreichende Berechenbarkeit für die Versorgung mit Rohstoffen und Technologien bietet, ohne dabei die Innovation zu beschränken? Beispielsweise kann sich die Zusammensetzung von Batterien im Einklang mit neuen Informationen und Innovationen im Bereich der Technologien ändern (ein aktuelles Beispiel: Tesla änderte seine Technologie, um Kobalt aus neuen Batterien zu entfernen).²² Diese anspruchsvollen Fragen erfordern ein stufenweises Vorgehen bei der Entwicklung und Erprobung von Ideen gemeinsam mit einer immer breiteren Gruppe von Experten und Praktikern.

22 Fred Lambert: Tesla is already using cobalt-free LFP batteries in half of its new cars produced. In: electrek.co, 22.04.2022, <https://electrek.co/2022/04/22/tesla-using-cobalt-free-lfp-batteries-in-half-new-cars-produced/> (2.06.2022).

11 Europas einzigartige Position zum Anstoßen eines Systemwandels

Es stellt sich die Frage, warum Europa eine besondere Verantwortung für die Einleitung einer solchen Zusammenarbeit trägt. Erstens, da die Zusammenarbeit und die Friedensbemühungen in ihrer DNA enthalten sind. Das eigentliche Wesen des Schuman-Vorschlags bestand darin, einen Wettbewerb um Rohstoffe, der einen künftigen Krieg auslösen könnte, zu vermeiden. Zweitens verfügt Europa über das nötige Ansehen und den Einfluss, um einen Systemwandel anzustoßen. Gemäß dem kürzlich veröffentlichten Internationalen Kompass für den Systemwandel ist Europa die Region mit der höchsten Importabhängigkeit auf dem Planeten (wenn man Produktion und Verbrauch aller Materialien einschließlich Biomasse, fossiler Brennstoffe und Mineralien vergleicht).²³ Europa ist besonders stark von Importen abhängig, die für die Gestaltung der für den umweltfreundlichen Wandel erforderlichen Infrastruktur notwendig sind. Den Autor:innen des Berichts zufolge ist »die EU zwar befugt, als Katalysator für den Systemwandel zu fungieren, doch werden Staaten wahrscheinlich zurückdrängen, und viele in der EU selbst werden politische Einwände haben. Dennoch ist es von entscheidender Bedeutung, dass die EU ihre internationale Verantwortung als Vorreiter übernimmt und mit denjenigen zusammenarbeitet, die sich einer solchen Verschiebung im globalen Regierungssystem widersetzen.«²⁴ Die Autor:innen befürworten die folgenden Maßnahmen:

- a) Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf internationaler Ebene durch Förderung der Verantwortlichkeit multinationaler Unternehmen für die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards entlang der Wertschöpfungsketten;
- b) Einführung eines gemeinsamen Verständnisses und gemeinsamer Ziele in Bezug auf die globale Nutzung von Ressourcen und die gerechte Verteilung der Gewinne;
- c) Bereitstellung von einheitlichen, hochwertigen Daten über die Nutzung von Ressourcen und deren Auswirkungen;
- d) Handelsabkommen, die eine wirtschaftliche Vielfalt in Ländern mit niedrigem Einkommen ermöglichen;
- e) Berücksichtigung der Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen bei der Formulierung der langfristigen Auswirkungen.

23 Kompass für internationale Systemänderungen. Die globalen Auswirkungen der Verwirklichung des europäischen Grünen Deals, Mai 2022, <https://www.systemiq.earth/wp-content/uploads/2022/05/International-System-Change-Compass-main-report.pdf> (2.06.2022).

24 Ebenda, S. 121.

Um die übergeordneten Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, sollte Europa Technologietransfers, Amnestien für geistiges Eigentum²⁵ und eine gerechte Beteiligung an der Wertschöpfung in der gesamten Wertschöpfungskette einbeziehen. Die Autor:innen schlagen das Konzept einer »Koopkurrenz« (von engl. Coopetition) vor, bei dem die Vorteile von Wettbewerb (competition) und Zusammenarbeit (cooperation) miteinander kombiniert werden.

Schließlich würde Europa durch die Förderung der weltweiten partnerschaftlichen Zusammenarbeit ihr internationales Umfeld verbessern und damit die Spannungen abbauen, die im Kampf um begrenzte Ressourcen naturgemäß auftreten. Europa könnte das System von einem Hobbes'schen zu einem eher Locke'schen Weltssystem verändern.²⁶ Wie in einem der Szenarien des Berichts *Global Trends 2040* dargestellt,

- » könnte die EU in Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern die Gründung einer neuen internationalen Organisation in Gang setzen, deren Schwerpunkt auf den transnationalen Sicherheitsherausforderungen des 21. Jahrhunderts liegt.²⁷

12 Lehren aus der Ostrom-Studie zum Umgang mit Gemeinschaftsgütern²⁸

Im Rahmen der Untersuchungen zur Ausgestaltung des Systems muss versucht werden, herauszufinden, welche Form von Gemeinschaftsgütern ins Auge gefasst werden könnte, wer Mitglied der Gruppe sein sollte, wie ihr Verhalten überwacht werden kann und welche Art von Sanktionen gegen Regelbrecher gelten würden. Diese Auffassung basiert auf der umfangreichen Arbeit der No-

25 Amnestie für geistiges Eigentum bedeutet, dass einige derzeit kodifizierte Rechte (Patente usw.), die den Transfer bestimmter Technologien behindern, in bestimmten Fällen nicht angewendet werden sollten (Beispiel: Patente und Technologie für Covid-Impfstoffe usw.). Dies ist daher eine Amnestie im Sinne eines Verzichts auf Rechte an geistigem Eigentum in bestimmten Fällen. Vgl. Global Health Summit: Leaders must waive intellectual property rights and push pharma companies to share life-saving technology, Press Release, 20 May 2021, <https://www.amnesty.org/en/latest/press-release/2021/05/global-health-summit-leaders-must-waive-intellectual-property-rights-and-push-pharma-companies-to-share-life-saving-technology/>, S. 1 (23.03.2023).

26 Alexander Wendt: *Social Theory of International Politics*, Cambridge 1999.

27 *Globale Trends 2040. Eine konfliktreichere Welt*, National Intelligence Council, März 2021.

28 Jay Walljasper: *Elinor Ostrom's 8 Principles for Managing A Commons*. In: *onthecom-*

belpreisträgerin Elinor Ostrom, die eine Theorie aufgestellt hat, wie Gemeinschaftsgüter in einer Gemeinschaft nachhaltig und gerecht verwaltet werden können:

- 1) Bestimmen eindeutiger Gruppengrenzen;
- 2) Anpassen der Vorschriften für die Verwendung von Gemeinschaftsgütern an die lokalen Bedürfnisse und Bedingungen;
- 3) Sicherstellen, dass die von den Regeln Betroffenen an der Änderung der Regeln mitwirken können;
- 4) Sicherstellen, dass die Rechtsetzungsrechte der Mitglieder der Gemeinschaft von externen Behörden geachtet werden;
- 5) Entwickeln eines von den Mitgliedern der Gemeinschaft betriebenen Systems zur Verhaltensüberwachung der Mitglieder;
- 6) Anwenden abgestufter Sanktionen für Regelverstöße;
- 7) Bereitstellen zugänglicher, kostengünstiger Mittel zur Streitbeilegung;
- 8) Aufbau von Verantwortung für die Verwaltung der gemeinsamen Ressource in geschichteten Ebenen von der untersten Ebene bis zum gesamten Verbundsystem.

13 Bronislaw Geremek: Solidarität und Fairness

Professor Geremek wurde von dem dramatischen Paradoxon erschüttert, dass »in dem Moment, in dem sich die Welt so schnell entwickelt, in dem neue Technologien entstehen, die Kluft zwischen den Reichsten und den Ärmsten immer größer wird.«²⁹

Angesichts der geografischen Verteilung der natürlichen Ressourcen, die für den ökologischen Wandel benötigt werden, muss die Frage der »absichtlichen Umverteilung« der Einnahmen aus den neuen Batterietechnologien von Beginn an in Betracht gezogen werden. Um das Etikett des Neokolonialismus (westliche Demokratien, die ihre prosperierende Zukunft sichern wollen) zu vermeiden, muss ein inklusives Umfeld geschaffen werden, in dessen Mittelpunkt der Nord-Süd-Pakt steht. Deshalb sollten die potenziellen großen Lithiumproduzenten (Chile, Argentinien und Bolivien) und diejenigen mit den größten Kobaltreserven (DRK, Zentralafrikanische Republik und Sambia) in die ersten Verhandlungen einbezogen werden.

mons.org, 2.10.2011, <https://www.onthecommons.org/magazine/elinor-ostroms-8-principles-managing-commons> (21.06.2022).

²⁹ Głazewski: Profesor to nie obelga, S. 158.

Die weltweite »Solidarität«, die Professor Geremek so sehr am Herzen lag, sollte wahrscheinlich auch auf die Gerechtigkeit zwischen den Generationen angewandt werden. Deshalb sollten inklusive Veranstaltungsformate, die auch junge Menschen mit in die Diskussionen und Verhandlungen einbinden, gefördert werden. Wenn man den Worten von Professor Geremek Glauben schenkt, ist das wichtigste Prinzip jedoch weiterhin der Realismus und die Umsetzung von Visionen und Träumen in politische Projekte.

Wie wirkt sich die fortdauernde russische Invasion der Ukraine auf das Potenzial für eine globale Zusammenarbeit aus? Während wir aus Fukuyamas Traum aufzuwachen scheinen, haben wir uns in der Welt der Hobbes'schen Anarchie wiedergefunden? Oder vielleicht sind wir uns doch der globalen Verwicklungen, der Handelsverbindungen und der Bedrohung durch den Klimawandel stärker bewusst geworden?

In diesem Zusammenhang klingt Schumans Formulierung – »Der Friede in der Welt kann nur dann erhalten werden, wenn kreative Anstrengungen unternommen werden, die den Gefahren, die ihn bedrohen, angemessen sind« – wie die Forderung nach neuem Handeln. Professor Geremek und Madeleine Albright wollten mit ihrer Idee der »Community of Democracies« experimentieren und einen neuen Rahmen schaffen, der über das realistische Paradigma hinausgeht, in dem ein souveränes, staatszentriertes System zum Wettbewerb verpflichtet ist. Die Energiewende und die Rohstoffe, die für eine positive Kettenreaktion benötigt werden, scheinen ein gutes Gebiet für die Suche nach Zusammenarbeit abzugeben, insbesondere im Bereich der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit ihrer Beschaffung. Im Geiste der mittelalterlichen Geschichte, die Bronislaw Geremek gelehrt hat, wie man in die Zukunft blicken sollte, könnten wir auch den Geist des Schuman-Plans wieder aufleben lassen und einen neuen globalen Pakt in einem weltweit entscheidenden Bereich anstoßen. In schwierigen Zeiten müssen wir unsere Annahmen infrage stellen und offene Wege für intellektuelle und praktische Experimente finden. Der in diesem Artikel dargestellte Kontext zeigt, dass das System möglicherweise bereit ist umzukippen.

Aus dem Englischen von Maciej Kremer

DOI: 10.13173/9783447120241.235

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

Migration und Sicherheit in der Europäischen Union in Krisenzeiten: Die Dynamik der Versicherheitlichung menschlicher Mobilität im politischen Denken von Bronisław Geremek

Maciej Stępką, Jagiellonen-Universität in Krakau

*Migration and security in the European Union in times of crises:
The dynamics of securitisation of human mobility in the political thought
of Bronisław Geremek*

In this text, the securitisation of migration in the European Union, which has become one of the most important themes in academic and political debates in recent years, is juxtaposed with Bronisław Geremek's values and views on security, migration and border protection. Bronisław Geremek strongly believed in a liberal international order, human security, solidarity and the need to protect refugees and protecting borders without erecting walls and barriers to mobility. The analysis shows that the policy and discourse of the European Commission has largely diverged from the views propounded by Geremek, focusing mainly on security at the expense of mobility, humanitarianism and responsibility for refugees. The text also identifies some positive aspects in the development of the EU's approach to migration, primarily related to the reception of refugees from Ukraine, which could represent an opportunity to develop a more humane approach to migration and asylum in the EU.

DOI: 10.13173/9783447120241.257

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

DOI: 10.13173/9783447120241.257

This is an open access publication distributed under the terms of the CC BY-SA 4.0 license.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

© by the author

1 Einleitung

Bronisław Geremek war eine der wichtigsten Persönlichkeiten, die den polnischen Weg in die Europäische Union und die NATO gestalteten. Als Intellektueller, demokratischer Oppositioneller und später als Politiker und Außenminister der Republik Polen (in den Jahren 1997–2000) bemühte er sich, den polnischen und europäischen politischen Diskurs zu beeinflussen, indem er die für Ideen des Humanitarismus, des demokratischen Liberalismus und der Achtung der Menschenwürde warb.¹ Die Äußerungen Geremeks betrafen häufig die Notwendigkeit des Schutzes fundamentaler Menschenrechte und humanistischer Werte, den Aufbau eines universalen internationalen Systems, das sich auf Frieden und Solidarität mit den am meisten Notleidenden stützen würde.² Geremek glaubte an eine europäische Identität, und in den universellen europäischen und integrativen Werten suchte er die Verwirklichung des großen Friedens- und Wohlstandsprojekts der europäischen Staaten.

In einer Zeit zunehmender Radikalisierung des politischen Diskurses, des Populismus und der Demagogie, der Krise des Rechtsstaats und der europäischen Demokratie, scheinen die Ansichten Bronisław Geremeks weit von der Realität entfernt, vielleicht sogar idealistisch zu sein. Blickt man auf die jüngsten Ereignisse in Europa und in der Welt, dann wird man gewahr, wie eine wachsende Zahl von Bewegungen und politischen Parteien ihre Stärke und Unterstützung auf dem Grunde quasi stammeseigener und ethnozentrischer Ressentiments abstützen, die eine Politik der Angst vor Ausländern und vor allem, was fremd und unbekannt ist, stärken.³ Es ist unverkennbar der Diskurs zu Migration und Sicherheit, der zu einem Prüfstein *sui generis* für den Zustand der Gesellschaft und der demokratischen Institutionen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft geworden ist. Während der »Migrationskrise« in den Jahren 2015/2016 zeigten die Frage der Flüchtlingsbetreuung, der sog. Relokationsmechanismus und die Hilfe für die EU-Staaten, die mit dem Zustrom von Immigranten kämpften, die Schwäche der Solidarität und der europäischen Werte, an die Geremek so fest geglaubt hatte. Das Problem der Radikalisierung des Diskurses und der sog. Versicherheitlichung der Migration hält sich bis heute auf der nationalen Ebene der Mitgliedstaaten der Europäischen Union wie auch auf der transnationalen Ebene, auf der die EU zu einem wesentlichen politi-

1 Jacek Głazewski: Uwagi o myśli politycznej Bronisława Geremka. In: ANNALES UNIVERSITATIS PAEDAGOGICAE CRACOVIENSIS. STUDIA POLITOLOGICA 14 (2015), H. 181, S. 28–37.

2 Vgl. Geremek: Głos w Europie, S. 35–95.

3 Ruth Wodak: The Politics of Fear. The Shameless Normalization of Far-Right Discourse, London 2021.

schen Akteur geworden ist, der Anteil an der Idee der »Festung Europa« hat, mit anderen Worten an einer europäischen Gemeinschaft, die, abgeschlossen und stark bewacht, in Unsicherheit vor Neuankömmlingen lebt.

Das Ziel des vorliegenden Beitrags ist die Bestimmung der aktuellen Richtungen der Migrationspolitik und des Schutzes der EU-Grenzen sowie ihr Vergleich mit den Werten und Prämissen, für die Geremek geworben hatte. Zu diesem Zweck konzentriert sich der Autor der Analyse auf den Diskurs der Europäischen Kommission, der in den alljährlichen Reden der Präsident:innen der Kommission über den »Stand der Union« zum Ausdruck kam, wie sie in den Jahren 2017–2022 veröffentlicht wurden. In einer breiteren Perspektive erlaubt dies die Darstellung und Erörterung des Herangehens der EU an Migration und Sicherheit nach der »Migrationskrise« in den Jahren 2015/2016 und das Sichtbarmachen bestimmter Logiken, aus denen sich diese Herangehensweise zusammensetzt.

Die in diesem Beitrag vorgestellte Analyse wurde in Anlehnung an die Versicherheitlichungstheorie und die Methode der »Versicherheitlichung als Rahmungsprozess« durchgeführt. Versicherheitlichung wird hier in der diskursiven Fassung verstanden, wie sie von der sog. Kopenhagener Schule propagiert wurde. Es handelt sich um einen Prozess der Konstruktion von Sicherheit durch das diskursive Verweisen auf Akteure oder Phänomene, die eine existenzielle Bedrohung darstellen, und in der Konsequenz die Einführung außergewöhnlicher Sicherheitsmittel, die jene Bedrohung zu beseitigen vermögen.⁴ Die Methode der »Versicherheitlichung als Rahmungsprozess« wiederum konzentriert sich auf die Bestimmung von Fragen und narrativen Rahmen, die von einem konkreten Versicherheitlichungsakteur propagiert werden, und von konkreten Sicherheitslogiken, die jene Rahmen konstituieren. Logiken werden hier als bestimmte diskursive Manifestationen einer bestimmten Definition der Sicherheit verstanden, wie sie in konkreten grammatischen Prinzipien und Sicherheitsmaßnahmen zum Ausdruck kommen.⁵ Sie spiegeln die Art und Weise, wie ein Akteur die Bedrohung definiert und beschreibt, sowie die Objekte, die Schutz erfordern, wie auch die Abhilfemittel, die für die Beseitigung oder die Eindämmung der gezeigten Gefahren unabdingbar sind. In diesem Verständnis kann sich eine Sicherheitslogik beispielsweise auf das Prinzip der Sicherheit des Einzelnen und des Humanitarismus, des Risikomanagements oder des Militarismus stützen.⁶

4 Barry Buzan, Ole Waever, Peter de Wilde: *Security. A New Framework for Analysis*, Boulder 1998, S. 26.

5 Maciej Stępką: *Identifying Security Logics in the EU Policy Discourse. The »Migration Crisis« and the EU*, Cham 2022, S. 40.

6 Thierry Balzacq (Hrsg.): *Contesting Security. Strategies and Logics*, London – New York 2015.

Meistens durchdringen sich alle erwähnten Logiken oder ihre Reflexe oder Mischungen im Prozess der Konstruktion von Sicherheit und der kollektiven Kreierung von Bedrohungen. Sie schaffen Interpretationshybride, die den Komplexitätsgrad der Sicherheitspolitiken und -diskurse zeigen.⁷

Der vorliegende Beitrag besteht im Weiteren aus drei Abschnitten und Schlussbemerkungen. Der erste Abschnitt ist dem Blick Geremeks auf das Thema Sicherheit, Migration und Grenzschutz gewidmet. Dieses Vorgehen ermöglicht eine synthetische Darstellung seiner Ansichten in Bezug auf die Versicherheitlichung menschlicher Mobilität und der Grenzen der EU, was die Grundlage für eine weitere Analyse darstellen wird. Im folgenden Abschnitt werden die Hauptrichtungen und Versicherheitlichungslogiken der EU im Hinblick auf Migration bis zum Jahr 2016 dargestellt. Der nächste Abschnitt wird der inhaltlichen Analyse der Reden zur »Lage der Union« zwischen 2017 und 2022 gewidmet. Die Schlussfolgerungen werden eine Diskussion darstellen, auf welche Weise der analysierte Diskurs zum Thema Migration und Sicherheit in der EU sich mit den Ansichten Geremeks deckt.

2 Bronisław Geremek – Sicherheit, Migration und Schutz

Wenn sich Sicherheitsfragen auch wie ein roter Faden durch die Äußerungen Geremeks zogen, sind Migration und Grenzschutz weniger bekannte, wenngleich nicht weniger bedeutsame Fragen in seinem Diskurs. Dieser Abschnitt konzentriert sich auf eine synthetische Darstellung der Auffassungen Geremeks zu Fragen der Sicherheit, der Migration und des Grenzschutzes, was den Bezugspunkt für die weitere Diskussion darstellen wird.

Geremeks Auffassung zum Thema Sicherheit, internationale Ordnung und Migration kann man als liberal zusammenfassen. Er war ein Befürworter starker internationaler Institutionen die über Ordnung, internationale Sicherheit und Menschenrechte wachen sollten.⁸ Für Geremek konnte ein sicherer Staat vor allem in einer sicheren Gemeinschaft demokratischer Staaten funktionieren, die für allgemeinen Wohlstand arbeiten und die Bürgerrechte und -freiheiten achten. Gleichzeitig war er sich der neuen Welle von Veränderungen im Sicherheitsdenken bewusst, die von der staatszentrierten Perspektive abwich. Er vertrat die Meinung, dass

7 Stępką: *Identifying Security*, S. 54.

8 Geremek: *Nasza Europa*, S. 55–71.

- » die gegenwärtige Ökonomie und Kultur sich durch immer schnellere Veränderungen kennzeichnet; Migrationen überwinden Barrieren und Grenzen, gesellschaftliche, ethnische und kulturelle Ausgrenzung werden immer weniger akzeptiert, der Kampf gegen Armut und Not wird zu einem natürlichen Bestandteil der Politik der ›menschlichen Sicherheit‹ aufgrund derselben Rechte wie bei der Prävention militärischer Konflikte oder der Störung der öffentlichen Ordnung.⁹

Somit war Geremek ein Befürworter eines holistischen Ansatzes in Bezug auf die Sicherheit des Menschen, der Ausdruck in der bereits erwähnten Idee der »Sicherheit des Einzelnen« (human security) fand. Im weiteren Sinne wird die Sicherheit des Einzelnen in den Kategorien »Freiheit von Angst« (freedom from fear), »Freiheit von Mangel« (freedom from want), der Naturrechte und des Rechtsstaats bestimmt.¹⁰ Der Mensch ist hier der grundlegende Bezugspunkt, und sein Recht auf Leben und Streben nach Glück sollten seitens des Staates und der internationalen Gemeinschaft unterstützt und geschützt werden. Diese Denkweise deckt sich mit der Idee des internationalen Humanitarismus, der in Anlehnung an das internationale Recht und die Gemeinschaft der demokratischen Staaten die Probleme von »Kriegen und bewaffneten Konflikten, von Menschenrechtsverletzungen, Armut, schweren Krankheiten, sozialer Ausgrenzung oder Migration« bekämpfen sollte.¹¹ Wie Geremek feststellte, kann und sollte »eben in diesem holistischen Herangehen an das Problem der internationalen Sicherheit Europa eine führende Rolle spielen – mit Sicherheit bei der Inspiration internationaler Maßnahmen, aber vielleicht auch in der Rolle einer Leitfigur«.¹² Für Geremek sollte das Wesen des Sicherheitsmanagements und der Aufrechterhaltung einer friedlichen Koexistenz die Sorge für Schwächere und Ärmere sein.¹³ In diesem Kontext glaubte Geremek fest an das Solidaritätsprinzip, das in seinem Verständnis »eine der Grundlagen des Funktionierens der Europäischen Union als Gemeinschaft ist«.¹⁴ Das Element der Solidarität und Sorge sollte in der Europäischen Union sowohl nach innen, vor allem im Kontext von Projekten und Entwicklungspolitiken, die auf die neuen Mitgliedstaaten und die Beitrittskandidaten ausgerichtet waren, als auch nach außen zielen – im Hinblick auf internationale Verpflichtungen gegenüber Verfolgten, Flüchtlingen und Re-

9 Ebenda, S. 53.

10 Fen Osler Hampson: *Bezpieczeństwo jednostki*. In: Paul D. Williams (Hrsg.): *Studia bezpieczeństwa*, Kraków 2012, S. 225–240.

11 Geremek: *Nasza Europa*, S. 42.

12 Ebenda, S. 43.

13 Ebenda.

14 Ebenda.

gionen, in denen Krieg und Armut herrschen.¹⁵ Als Außenminister der Republik Polen sprach sich Geremek stets für Humanitarismus und die Notwendigkeit eines solidarischen Schutzes der Opfer von Völkermord und ethnischen Säuberungen auf dem Balkan aus. Wie er in einer der Parlamentsdebatten im Sejm hervorhob, haben »Albaner und Serben, die bis zum Beginn der antialbanischen ›ethnischen Säuberungen‹ im Kosovo lebten, das Recht auf einen entsprechenden, wirksamen Schutz«¹⁶.

Fragen der Migration waren bei Geremek stark mit dem Bedürfnis verbunden, eine Balance zwischen dem Schutz der Grenzen und der Erhaltung von Mobilität im Rahmen der Innen- und Außengrenzen der Europäischen Union zu finden. Der erste Punkt in seinen Überlegungen war das Problem eines alternden Europas und der Förderung einer legalen, inklusiven und offenen Migrationspolitik als rationale Lösung für die Mitgliedstaaten der gesamten Union. Ihm zufolge

- » hat Europa angesichts der demographischen Veränderungen bisher keine wirksamen Instrumente für eine Trendumkehr gefunden und muss mit der Notwendigkeit der Kompensation von Verlusten durch Immigration von außerhalb Europas rechnen. Das verleiht der in der europäischen Zivilisation traditionellen Fähigkeit, neue kulturelle Erbschaften und Multikulturalität zu absorbieren oder auch – wie Umberto Eco sagt – der Akzeptanz von Durchmischung als kreativer Kraft eine neue Dynamik. Europa muss auf positive Weise die Herausforderung des amerikanischen Erfolgs annehmen, sowohl auf dem Gebiet der Wirtschaftsinnovation und der Entwicklung von Hochtechnologien als auch auf dem Gebiet des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Kulturen, Religionen und Mentalitäten. Nicht nur für Europa selbst ist dies notwendig, sondern auch für die Welt.¹⁷

Gleichzeitig fürchtete sich Geremek vor einer neuen Welle von Xenophobie, Rassismus, Populismus und Demagogie, die in einer Zeit des Zustroms von Ausländern unter den einheimischen Europäern an Popularität gewinnen konnten. Er schrieb dazu: »Verächtliche und hasserfüllte Haltungen gegenüber Immigranten in einer Zivilisation, die dereinst für Offenheit und Gastfreundschaft bekannt war – aus der sie ihre Dynamik zu schöpfen pflegte – können nur beunruhigen«.¹⁸ Deshalb war er ein Fürsprecher der Förderung der Europäischen

15 Ebenda, S. 43–46.

16 Sejm Rzeczpospolitej Polskiej: Informacja ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremka o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski. Przemówienie na forum Sejmu RP w dniu 8 kwietnia 1999 roku. In: sejm.gov.pl, <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata3.nsf/main/0078DB0D> (2.09.2022).

17 Geremek: Nasza Europa, S. 44.

18 Ebenda, S. 53.

Union als »offene Gesellschaft« im Gegensatz zu einer »Stammesgesellschaft«, die sich mit einem »ethnozentrischen Fundamentalismus deckt, der sich auf Egoismus stützt, ja manchmal sogar auf Hass gegen den Mitmenschen«.¹⁹

In den Äußerungen Geremeks verflucht sich das Element der Migrationspolitik mit dem Konzept der Sicherheit und des Grenzschutzes. Für Geremek war die Kontrolle von Grenzen unter dem Gesichtspunkt der Staatsverwaltung etwas Natürliches. Seiner Ansicht nach sollte jedoch die Grenze an sich keine Barriere für Prozesse wie Migration oder Handels- und Kulturaustausch darstellen, die unter dem Gesichtspunkt des Funktionierens des Staates wesentlich sind. Geremek gab deutlich zu verstehen, dass »in jedem demokratischen und geordneten Staat die Grenze unter Kontrolle sein soll. Man muss hingegen alles tun, damit diese Grenze für die einen und die anderen leicht passierbar ist«.²⁰ Im Kontext des polnischen Beitritts zur EU und der Gestalt der Migrationspolitik nach dem Beitritt sowie des Schutzes der EU-Grenzen blieb der Standpunkt Geremeks kohärent. So betonte er während einer der Debatten im Sejm: »Die Intention unserer Arbeiten ist es, dass die polnischen Grenzen kontrolliert werden, aber dass die polnischen Grenzen nicht zu einer geschlossenen Mauer werden. Wir wollen Grenzkontrollen, wir wollen keine geschlossenen Grenzen«.²¹ Gleichzeitig war sich Geremek als Außenminister der nach dem Beitritt eintretenden negativen Folgen der Infrastrukturstärkung der polnischen Ostgrenze bewusst. Deshalb rief er zu einer dauernden »Analyse der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen nach der Einführung des neuen Kontrollsystems an der Ostgrenze«²² auf.

Diese kurze Darstellung lässt einen vergleichsweise stimmigen Standpunkt in Bezug auf Sicherheit, Migration und Grenzschutz erkennen. Geremek glaubte an die Idee der Demokratie, der Menschenrechte und des Humanismus. Es war eine Mischung von Sicherheitslogiken, die ihm vorschwebte, wenn er sich zum Thema Flüchtlinge, internationale Verantwortung, aber auch Solidarität äußerte. Hier werden Elemente der Sicherheit deutlich, die sich auf internationale Verpflichtungen, Hilfe und Sorge für die Opfer von Armut und Konflikten

19 Ebenda.

20 Vgl. Sejm Rzeczpospolitej Polskiej: Informacja ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremka o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski. Przemówienie na forum Sejmu RP w dniu 5 marca 1998 roku. In: sejm.gov.pl, <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata3.nsf/main/4DAE95D1> (2.09.2022).

21 Vgl. Sejm Rzeczpospolitej Polskiej: Informacja ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremka o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski. Przemówienie na forum Sejmu RP w dniu 8 kwietnia 1999 roku. In: sejm.gov.pl, <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata3.nsf/main/0078DB0D> (2.09.2022).

22 Vgl. Sejm Rzeczpospolitej Polskiej: Informacja ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremka o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski (2.09.2022).

stützt. Unter diesem Blickwinkel war Geremek ein Befürworter einer humanitären und offenen Migrations- und Asylpolitik, die sich auf die weitestgehenden Möglichkeiten legaler Mobilität innerhalb der Europäischen Union und in die Europäische Union konzentrierte. In seinen Äußerungen war die Grenze ein Element, das Kontrolle verlangte, aber keine unüberwindbare Barriere oder Mauer, die Europa und die Europäer vom Rest der Welt trennte.

3 Migration, Sicherheit und »Migrationskrise« in der EU

Im Verlauf der letzten Jahre ist die Versicherheitlichung der Migration in der Europäischen Union zu einem der wichtigsten Diskussionsthemen auf akademischer, aber auch auf politischer Ebene geworden.²³ Probleme des Schutzes und der Kontrolle der Grenzen, des Kampfes gegen das grenzüberschreitend organisierte Verbrechen oder Terrorismus verflochten sich immer stärker mit den Fragen der Erwerbsmobilität, des Asyls und des internationalen Schutzes für Flüchtlinge und Verfolgte. In der Zeit der »Migrationskrise« von 2015 begannen die EU und die Mitgliedstaaten eine Neuinterpretation bestimmter politischer, auf Migration und Sicherheit bezogener Richtungen, was zu einer intensiven Politisierung und Versicherheitlichung der Migration in Europa führte, oder anders gesagt dazu, dass die Frage menschlicher Mobilität in den Politik- und Sicherheitsdiskurs hineingezwängt wurde, der auf die Kontrolle, den Bau von Barrieren und die Nutzung außerordentlicher Abhilfemittel gerichtet ist.

Auf nationaler Ebene ist die Versicherheitlichung auf differenzierte und einander häufig durchdringende Formen des xenophoben, rassistischen oder populistischen Diskurses gestützt.²⁴ Nicht selten bauen politische und gesellschaftliche Akteure ihre Unterstützung auf Versicherheitlichung auf, wobei sie sich die »Politik der Angst« vor Ausländern zunutze machen, die ein Gefühl der Bedrohung, der Abneigung und schließlich der Feindschaft gegenüber Erwerbsimmigranten antreibt.²⁵ In diesem Fall haben wir es oft mit Manipulationen und einer Falschdarstellung der Kategorien und der Nomenklatur zu tun, die mit Emigration oder irregulärer Immigration verbunden ist, was es ermöglicht, die Angst vor

23 Krzysztof Jaskułowski: The securitisation of migration: Its limits and consequences. In: INTERNATIONAL POLITICAL SCIENCE REVIEW 40 (2019), H. 5, S. 710–720.

24 Wodak: The Politics of Fear, S. 99, 131.

25 Krzysztof Jaskułowski: The Everyday Politics of Migration Crisis in Poland: Between Nationalism, Fear and Empathy, Cham 2019.

Ausländern in der betreffenden Gesellschaft nach Belieben zu steuern.²⁶ Infolge solcher Handlungen werden Immigranten als eine der Hauptbedrohungen der nationalen, gesellschaftlichen, gesundheitlichen oder auch individuellen Sicherheit wahrgenommen.

Auf dem Höhepunkt der »Migrationskrise« wandten sich viele politische Parteien in den Mitgliedstaaten der EU einer »Politik der Angst« zu, indem sie sich die Abneigung gegenüber Flüchtlingen und Immigranten zunutze machten, die hauptsächlich aus dem Nahen Osten, Afrika oder Asien kamen. Polen kann hier ein interessantes Beispiel sein, weil Migration und Asyl dort vor 2015 kein stark politisiertes oder versicherheitlichtes Thema war.²⁷ Eine der ersten versicherheitlichenden Äußerungen in Polen fand auf dem Höhepunkt der Krise im Jahr 2015 statt. Jarosław Kaczyński, gegenwärtig der wichtigste Politiker im Lande und Chef der Partei Recht und Gerechtigkeit, die im selben Jahr die Parlamentswahlen gewann, beschrieb seine Einstellung zu Flüchtlingen folgendermaßen:

» Das sind Fragen, die mit verschiedenen Gefahren in diesem Bereich verbunden sind. Es gibt ja bereits Anzeichen dafür, dass sehr gefährliche und lange in Europa nicht zu beobachtende Krankheiten auftauchen: Cholera auf den griechischen Inseln, Dysenterie in Wien, Parasiten und Protozoome verschiedener Art, die in den Organismen dieser Leute nicht gefährlich sind, können hier gefährlich sein.²⁸

Als Resultat der »Migrationskrise« wurden Migranten im weiteren Sinne offen als gefährliches, risikoreiches, kriminelles Element dargestellt, das Überwachung und Kontrolle durch Polizei- und sogar Strafmaßnahmen erforderte.²⁹ Auf diese Weise entstand innerhalb der europäischen Gesellschaften Unterstützung für die Idee, Mauern, Stacheldrahtverhaue und Auffanglager zu errichten, um die »Wellen« aufzuhalten oder sich sogar von »Tsunamis« von Flüchtlingen und Migranten abzuschneiden, die aus Kriegsgebieten oder Regionen kamen, die von extremer Armut betroffen waren.

26 Artur Gruszczak: »Refugees« as a Misnomer: The Parochial Politics and Official Discourse of the Visegrad Four. In: *POLITICS AND GOVERNANCE* 9 (2021), H. 4, S. 174–184.

27 Monika Trojanowska-Strzęboszewska: Polityzacja imigracji w Polsce – wyzwania koncepcyjne. In: Anita Adamczyk, Andrzej Sakson, Cezary Trościak (Hrsg.): *Migranci i mniejszości jako obcy i swoi w przestrzeni polityczno-społecznej*, Poznań 2019, S. 23–36.

28 *Newsweek Polska*: Kaczyński: Pasożyty i pierwotniaki w organizmach uchodźców groźne dla Polaków. In: *newsweek.pl* vom 13. Oktober 2015, <https://www.newsweek.pl/polska/jaroslaw-kaczynski-o-uchodzcach/89mwbx3> (2.09.2022).

29 Witold Klaus: How does crimmigration unfold in Poland? Between securitization introduced to Polish migration policy by its Europeanization and Polish xenophobia. In: Robert Koulish, Maartje van der Woude (Hrsg.): *Crimmigrant Nations*, New York 2020, S. 298–314.

Obwohl in vielen Staaten der EU die vorherrschende Formel der Versicherheitlichung gegenüber Migration die »Politik der Angst« und die Steuerung von Abneigung gegenüber Ausländern war, sieht es auf der EU-Ebene etwas anders aus. Die Anfänge der Versicherheitlichung, genauer gesagt der Risikodarstellung der Migration³⁰ in die EU, reichen bis in die Mitte der 1980er Jahre und zu den Anfängen des Projekts des Schengenraums zurück.³¹ Während der Verhandlungen über die Liberalisierung des Grenzverkehrs unter einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft begannen die Außenminister einen Prozess, bei dem die Politik der menschlichen Mobilität mit den Rahmen nationaler Sicherheit und der öffentlichen Ordnung verbunden wurde.³² Dies war kein stark politisierter, sondern ein technokratischer Prozess, der selten über geschlossene Verhandlungen hinausging. Während der Schaffung des Schengenraums wurde auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, Migration und Migranten durch Agenturen und Sicherheitsdienste steuern zu lassen, was als Antwort auf ein sog. Sicherheitsdefizit präsentiert wurde. Im Ergebnis begann die Union im Laufe der folgenden Jahre eine innere Sicherheitsdimension zu schaffen,³³ die sich auf Monitoring-Mechanismen und Mobilitätsüberwachung stützte (z. B. das Schengener Informationssystem), auf das Sammeln und den Austausch biometrischer Daten von Asylbewerbern (z. B. das Europäische Fingerabdruck-Identifizierungssystem für den Abgleich von Fingerabdruckdaten – Eurodac), auf Formen der Satellitenüberwachung der Grenzen der EU (z. B. das Europäische Grenzüberwachungssystem – Eurosur) oder die Verteilung von Asylbewerbern innerhalb der EU (das sog. Dublin-Verfahren).³⁴

Bis zur Phase der »Migrationskrise« war die EU hauptsächlich auf Migration als Risiko konzentriert, das man mit Hilfe einer breiten Zusammenarbeit und mit entsprechenden Technologien steuern konnte. Vorherrschend war die Logik technokratischer und technologischer Kontrolle potenzieller Gefahren,

30 Risikodarstellung beruht auf der Benennung eines bestimmten Phänomens oder Akteurs in den Kategorien von Risiko und Unsicherheit, die man wirkungsvoll steuern kann. Es ist eine alternative Form zur traditionellen Versicherheitlichung, die in ihrer ursprünglichen Gestalt die Definition von Bedrohungen als existenziell vorsieht, was zur Folge hat, dass diese Bedrohungen unverzüglich mit Hilfe außerordentlicher Sicherheitsmittel beseitigt werden müssen.

31 Der Schengenraum war anfänglich ein separates Integrationsprojekt, das außerhalb der Europäischen Union funktionierte. Er wurde 1999 kraft des Amsterdamer Vertrags von den Strukturen der EU absorbiert.

32 Rens van Munster: *Securitizing immigration. The Politics of Risk in the EU*, Houndmills-Nowy Jork 2009.

33 Heute die Gemeinschaftspolitik, die als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bezeichnet wird.

34 Julien Jeandesboz: *Smartening border security in the European Union: An associational inquiry*. In: *SECURITY DIALOGUE* 47 (2016), H. 4, S. 292–309.

die mit grenzüberschreitender Mobilität und Aktivität der Europäer verbunden waren. Im Jahr 2015 bedurfte dieser Ansatz der EU im Kontext eines der größten Flüchtlingszuströme nach dem Zweiten Weltkriege einer Überprüfung und Ergänzung. Als Antwort auf die »Welle« von Flüchtlingen begann die EU in höherem Maße die Notwendigkeit eines humanitären Herangehens an die Krise zu unterstreichen. Obwohl dies hauptsächlich auf deklarativer Ebene geschah, führte es zu einer »humanitären Versicherheitlichung« der Migration, wo die Idee des Humanitarismus zu einer gewissen Rechtfertigung und diskursiven Fassade für die Mobilisierung außergewöhnlicher Sicherheitsmittel an der EU-Außengrenze wurde.³⁵ Beispiele dafür können vor allem die militärische Grenzmission (EUNAVFOR MED Operation SOPHIA) oder die Missionen der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) sein, die die Grenzen der EU schützen, gegen das organisierte Verbrechen kämpfen und Migranten auf hoher See retten sollten.³⁶

Das bedeutet nicht, dass als Antwort auf die »Migrationskrise« die Logik des Risikomanagements und der Migrationskontrolle von der Sicherheitsagenda der EU verschwand – ganz im Gegenteil. Risikomanagement wurde zum dominierenden Paradigma, und die Migrations- und Asylpolitik wurde durch neue Instrumente der Cyber-Überwachung verstärkt, die Kompetenzen der Sicherheitsagenturen wie Frontex oder Europol erweitert, die Filterungs- und Verifizierungskomponente an den Grenzen der EU in Form der Schaffung sog. Hotspots verstärkt.³⁷

Da die »Migrationskrise« die Schwäche der europäischen Solidarität,³⁸ der Asylpolitik und des Grenzschutzes enthüllte, erklärten die führenden EU-Politiker wiederholt, dass die Frage der Kontrolle über ein Territorium, die Grenzen und den Zustrom von Menschen eine der Sicherheitsprioritäten der EU für die nächsten Jahre sein würde. In dieser Frage erwies sich die sog. Resilienz der Grenzen und des Steuerungssystems der Migrations- und Asylpolitik als eines der Schlüsselwörter. Das bedeutete die Erhöhung der Widerstandsfähig-

35 Maciej Stępk: Humanitarian Securitization of the 2015 »Migration Crisis«. Investigating Humanitarianism and Security in the EU Policy Frames on Operational Involvement in the Mediterranean. In: Ibrahim Sirkeci, Emilia Lana de Freitas Castro, Ulku Sozen (Hrsg.): Migration Policy in Crisis, London 2018, S. 9–30.

36 Ebenda.

37 Arne Niemann, Natascha Zaun: EU Refugee Policies and Politics in Times of Crisis: Theoretical and Empirical Perspectives. In: JCMS: JOURNAL OF COMMON MARKET STUDIES 56 (2018), H. 1, S. 3–22.

38 Vor allem in Bezug auf den sog. Relokationsmechanismus von Flüchtlingen, der im Namen der europäischen Solidarität die Staaten hatte entlasten sollen, die am meisten von der »Migrationskrise« betroffen waren. Er war eine kontroverse Lösung, die in den darauffolgenden Jahren von der Europäischen Kommission selbst aufgegeben wurde.

keit für kommende Krisen und den Erhalt des Funktionierens der Asylpolitik, der Überwachung der EU-Außengrenzen sogar in Situation eines verstärkten Zustroms von Migranten.³⁹ Im Namen der Resilienz der Außengrenzen setzte die Union auf eine Externalisierung der Migrationssteuerung, was zu einer Stärkung der Zusammenarbeit im Rahmen von Sicherheit und Grenzschutz in den Herkunftsstaaten der Migranten und zu einem Abbremsen ihrer Mobilität schon in den ersten Etappen ihrer Wanderung führen sollte.⁴⁰ Ein Beispiel dafür kann die kontroverse EU-Türkei-»Erklärung« sein, die zum Ziel hatte, die syrischen Flüchtlinge von dem illegalen Überschreiten der Grenze zur EU abzuhalten. Gemäß dem Inhalt der Erklärung sollten die Behörden Bürger Syriens auf das türkische Territorium zurückschicken, nachdem sie auf den griechischen Inseln festgenommen worden waren.⁴¹

Fasst man diesen Abschnitt zusammen, dann ist zu betonen, dass sich die Europäische Union als Antwort auf die Flüchtlingskrise stärker der Migrationssteuerung und -kontrolle zuwandte, der Vergrößerung der Resilienz des Asylsystems und der Außengrenzen sowie der Militarisierung bestimmter Maßnahmen, die mit dem Kampf gegen irreguläre Migration und das grenzüberschreitende organisierte Verbrechen verbunden waren. Humanitarismus wurde nur zu einem zusätzlichen Element, das mehr dazu diente, die Sicherheitspraktiken in den Augen der öffentlichen Meinung zu legitimieren als das Prinzip zu verwirklichen, das sich mit der Idee der Sicherheit des Einzelnen, mit Sorge und Betreuung verband. Alles verwies darauf, dass das Jahr 2015 der Anfang eines intensiven Prozesses der Versicherheitlichung und der Risikodarstellung der Migration auf institutioneller Ebene sowie im Rahmen der Mitgliedstaaten der EU selbst sein würde. Ein weiterer Abschnitt des vorliegenden Beitrags konzentriert sich nun auf die neuesten Richtungen der europäischen Migrations- und Sicherheitspolitik, indem er überprüft, auf welche Weise sich die EU entschied, diese bereits stark versicherheitlichte Domäne weiterzuentwickeln.

39 Vgl. ausführlicher Roman Lehner: The EU-Turkey-’deal’: Legal Challenges and Pitfalls. In: INTERNATIONAL MIGRATION 57 (2019), H. 2, S. 176–185.

40 Marbiel Casas-Cortes, Sebastian Cobarrubias, John Pickles: ’Good neighbours make good fences’: Seahorse operations, border externalization and extra-territoriality. In: EUROPEAN URBAN AND REGIONAL STUDIES 23 (2016), H. 3, S. 231–251.

41 Vgl. ausführlicher Stepka: Identifying Security, S. 144–147.

4 Der Nexus von Migration und Sicherheit in der EU nach der »Migrationskrise«

An dieser Stelle konzentriert sich die Analyse auf die Europäische Kommission, weil sie als Institution einer der politischen Hauptakteure war, die den Diskurs von Migration und Sicherheit in der EU bestimmten. Natürlich dauerte der Zustrom von Flüchtlingen in die EU nach 2016 weiter an, aber die EU selbst ging von einer Handlungsweise, die auf Krisenmanagement konzentriert war, zur Formulierung langfristiger Lösungen über, die die Mitgliedstaaten und die Union selbst auf die nächsten sog. Migrationsschocks vorbereiten sollten. Im weiteren Teil dieses Abschnitts werden die Hauptrahmen und die Fragen zur Versicherheitlichung, auf die selektiv in den Reden der Präsident:innen der Europäischen Kommission Bezug genommen wurde, analysiert.

In den ersten Informationsbroschüren, die über die »Lage der Union« nach dem Jahr 2016 informierten, führte die Europäische Kommission einen Text mit politischen Richtlinien aus den Jahren 2015–19 an, der ihren Äußerungen zum Thema Migration einen humanitären Ton gab:

» Die jüngsten furchtbaren Vorfälle im Mittelmeer haben uns gezeigt, dass Europa seinen Umgang mit der Migration in jeder Hinsicht verbessern muss. Dies ist zuallererst ein Gebot der Menschlichkeit. Nach meiner Überzeugung müssen wir im Geist der Solidarität eng zusammenarbeiten.⁴²

Unmittelbar nach dem Höhepunkt der »Migrationskrise« sollte die Europäische Union für eine humanitäre Öffnung in ihrem Herangehen an die Migrationssteuerung und den Schutz der Außengrenzen bereit sein. In der Realität stärkten jedoch weitere Erklärungen und Ansprachen nur den Prozess humanitärer Versicherheitlichung, und die Motive von Sorge, Schutz und Betreuung wurden nur als zusätzliches Element oftmals militärischer Sicherheitsmaßnahmen genutzt. In dieser Hinsicht setzt die Europäische Kommission die Unterstützung für die Militär- und Grenzmissionen fort, indem sie deutlich auf ihre Leistungen bei der Lebensrettung auf hoher See verwies.⁴³

Die nächsten Reden bestätigten, dass die auf Humanitarismus gestützte Rhetorik oftmals von Erklärungen über die Notwendigkeit einer verstärkten Grenzkontrolle und grenzüberschreitender Sicherheit gekrönt wurde und in geringem Maße das Thema der Flüchtlinge in Europa selbst betraf. In diesem Kontext verwies Ursula von der Leyen im Jahr 2020 deutlich darauf, dass »wir einen

42 Die EU im Jahr 2016 – Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union (europa.eu), S. 70 (13.11.2022).

43 Ebenda.

menschlichen und menschenwürdigen Ansatz [verfolgen]. Die Rettung von Menschen in Seenot ist [...] Pflicht«, wobei sie gleichzeitig unterstrich, dass ein Schlüsselement der Migrationspolitik effektive Rückführungsverfahren (das heißt Deportationen) sind und dass wir angesichts dessen »klar unterscheiden [müssen] zwischen Menschen, die ein Recht haben, zu bleiben – und Menschen, bei denen es nicht so ist.«⁴⁴

Nach 2016 wurden die Logiken des Humanitarismus und der Sicherheit des Einzelnen noch stärker externalisiert, mit Hilfe der bereits erwähnten EU-Türkei-Erklärung und der Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei, spezieller Missionen und Investitionspläne (in Mali, Senegal, Äthiopien, Nigeria, Niger) oder im Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika.⁴⁵ Immer deutlicher waren die Instrumente humanitärer Hilfe für Flüchtlinge vor allem über die Grenzen der EU hinaus adressiert, an die Herkunfts- und Transitländer. Dies ist mit der Logik der Resilienz der Grenzen und des Asylsystems verbunden, die mit großen Schritten in den Krisendiskurs der EU Eingang fand. In dieser Hinsicht konzentriert sich die EU auf Maßnahmen, die die Migration und Immigration schon an den Quellen dieses Phänomens begrenzen sollen. Deshalb werden oft die erwähnten ausländischen Programme angeführt, die darauf abzielen, die »Sicherheit des Einzelnen« in den Herkunfts- und Transitländern zu erhöhen, aber auch mit Hilfe lokaler Sicherheitsdienste die Grenzen abzudichten und den Zustrom von Flüchtlingen und Migranten zu stoppen.⁴⁶

Im Jahr 2020 begann die Europäische Kommission mit der Förderung eines neuen Migrations- und Asylpakets, das eine holistische Antwort auf weitere Migrationskrisen sein sollte.⁴⁷ Die neue Strategie sollte »gleichzeitig ein System [...] entwickeln, das die Migration langfristig steuert und normalisiert und sich vollständig auf europäische Werte und das Völkerrecht stützt.«⁴⁸ Auf der Grundlage dieser Strategie wurden die Elemente einer strengen Grenzkontrolle und Migrationssteuerung zu wesentlichen Fragen im Diskurs der Europäischen Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen. Eine Priorität war für

44 Europäische Kommission: Präsidentin von der Leyens Rede zur Lage der Union 2020, 16. September 2020 [soteu_2020_de.pdf](https://ec.europa.eu/presscorner/detail/en/SPEECH_17_3165) (europa.eu), (20.09.2022), S. 22.

45 Europäische Kommission: Rede zur Lage der Union 2018. In: [ec.europa.eu](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/soteu2018-brochure_de.pdf), https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/soteu2018-brochure_de.pdf, S. 50 (21.06.2021).

46 Europäische Kommission: Präsident Jean-Claude Juncker: Rede zur Lage der Union 2017, 13. September 2017. In: [ec.europa.eu](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_17_3165), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_17_3165, S. 3 (21.06.2022).

47 Europäische Kommission: Rede zur Lage der Union 2020, S. 10.

48 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission Ein neues Migrations- und Asylpaket, COM/2020/609 final, vom 23. November 2020. In: [eur-lex.europa.eu](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:85ff8b4f-ff13-11ea-b44f-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_3&format=PDF,S.1), https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:85ff8b4f-ff13-11ea-b44f-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_3&format=PDF,S.1 (2.09.2022).

die neue Kommissionspräsidentin seit dem Beginn ihrer Amtszeit »die Rückkehr zu einem voll funktionierenden Schengenraum mit freiem Personenverkehr, der die Hauptantriebskraft unseres Wohlstands und unserer Sicherheit sowie unserer Freiheiten ist.«⁴⁹ In der Realität erwies sich das Paket als Instrument zu einer intensiveren Versicherheitlichung und Risikodarstellung der Migration auf EU-Ebene. Unter der Parole der Kontrolle der EU-Grenzen begann die Europäische Union stärker die Notwendigkeit herzugeben, die Mittel für die Agentur Frontex zu erhöhen, einen besonderen Ausnahmezustand aufgrund höherer Gewalt einzuführen, sowie beschleunigte Grenz- und Rückkehrverfahren oder auch ein stärkeres Überwachungssystem der Grenzen und der Flüchtlinge selbst zu schaffen.⁵⁰

Das bedeutet nicht, dass der ganze Diskurs, der in den Reden der Kommission zum Ausdruck kam, sich lediglich auf eine Vertiefung der Versicherheitlichung der Migration stützte. In einzelnen Reden tauchten Bezüge auf die Notwendigkeit der Schaffung legaler Formen von Migration und des Aufbaus einer offeneren europäischen Gesellschaft auf. Legale Formen der Migration (z. B. die Richtlinie zur Blauen Karte) sollen eine Alternative für die irreguläre Erwerbsimmigration oder grenzüberschreitende Handlungen von Schleusergruppen sein, auf die oft als eine der größten Bedrohungen für Migranten sowie auch für die Union selbst verwiesen wird.⁵¹ Gleichzeitig ist zu betonen, dass legale Migration im Verständnis der Europäischen Kommission hauptsächlich auf hoch qualifizierten Arbeitnehmern beruhen soll, um »so die Menschen zu uns zu bringen, deren Fähigkeiten und Talente wir benötigen.«⁵²

Unter dem Gesichtspunkt des Flüchtlingsdiskurses wurde die Frage von Flüchtlingen aus der vom Krieg erschütterten Ukraine zum Ausgangspunkt für eine »humanitäre Versicherheitlichung« der Migration in die EU. Die Europäische Union wurde zum ersten Mal ihren Erklärungen gerecht und ergriff Maßnahmen, die mehr auf die Flüchtlinge als auf die Sicherheit der Grenzen gerichtet waren. Die beispiellose Öffnung der Außengrenzen des Schengenraums und der Gesellschaften selbst für Millionen von Flüchtlingen stieß auf eine positive Reaktion der Europäischen Kommission, was eine vorsichtige Hoffnung für eine humanitäre Migrations- und Asylpolitik in der Zukunft wecken kann. Die Kommissionspräsidentin stellte in ihrer Rede 2022 fest: »Unser Engagement

49 Komisja Europejska: Orędzie o Stanie Unii 2021 Ursuli von der Leyen, Przewodniczącej Komisji Europejskiej 15 września 2021. In: [ec.europa.eu, https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/soteu_2021_address_pl_0.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/soteu_2021_address_pl_0.pdf), S. 18 (20.09.2022).

50 Ebenda.

51 Europäische Kommission: Rede über die Lage der Union 2018, S. 27.

52 Europäische Kommission: Politische Richtlinien für die künftige Europäische Kommission 2019–2024. In: [ec.europa.eu, https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf), S. 19 (20.09.2022).

für die ukrainischen Flüchtlinge darf keine Ausnahme bleiben. Sie kann unser Modell für die Zukunft sein.«⁵³

5 Schlussfolgerungen

Im Verlauf der letzten Jahre schuf die Union einen relativ komplizierten und diskursiv verwickelten Versicherheitlichungsrahmen, der eine Vielzahl von Sicherheitslogiken spiegelt (Humanitarismus, Risikomanagement, Resilienz, Militarismus), die das Thema der Migration in der Politik im weiteren Sinne und im Diskurs der inneren als auch der äußeren Sicherheit der EU konsolidieren. Seit dem Beginn der »Migrationskrise« kann man gewisse dauerhafte Sicherheitsfragen unterscheiden, die den EU-Ansatz zur Migration in verschiedener Stärke bestimmen. Der nächste und letzte Abschnitt dieses Beitrags konzentriert sich auf die Beschreibung, wie Motive und Rahmen von Versicherheitlichung sich mit den Ansichten von Bronisław Geremek verbinden.

Wenn auch die humanitären Motive, vor allem auf deklarativer Ebene, im Diskurs der Europäischen Kommission und anderer EU-Institutionen stark betont werden, dann hätte dennoch die Art und Weise, wie sie verwirklicht wurden, bei Geremek gewisse Vorbehalte hervorrufen könnten. Geremek vertrat, was die rechtlich-internationale Verantwortung für die Flüchtlinge angeht, eine sehr klare Auffassung von der Notwendigkeit von Offenheit, die in der Sorge und Betreuung für die am meisten Hilfsbedürftigen zum Ausdruck kommen sollte. Ein derartiger Ansatz wurde im Diskurs der Kommission und der EU selbst kaum sichtbar. Gewiss brachte die Europäische Union die Notwendigkeit humanitärer Maßnahmen zum Ausdruck, aber vor allem außerhalb ihrer Grenzen, wobei sie die Sicherheitslage der Flüchtlinge auf dem Territorium der Mitgliedstaaten nur selten in ihre Überlegungen einbezog.

Bei der Frage der Kontrolle und des Schutzes der EU-Außengrenzen könnte man sagen, dass die Idee einer »Festung Europa«, die sich auf den Bau immer fortgeschrittener physischer und elektronischer Barrieren stützt, für Geremek schwer zu akzeptieren wäre. Er glaubte an das Recht des Staates zur Kontrolle der eigenen Grenzen, aber gleichzeitig widersetzte er sich ihrer Versicherheitlichung, die zu einer Einschränkung der Mobilität führen würde. Zwar weigerte sich die Europäische Union selbst längere Zeit, die Finanzierung von Mauern und Grenzbarrieren zu übernehmen, aber im Jahr 2021 brach der Präsident des

53 Europäische Kommission: Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2022, 14. September 2022. In: ec.europa.eu, https://state-of-the-union.ec.europa.eu/index_de, S. 13 (20.09.2022).

Europäischen Rates Charles Michel diesen Konsens und stellte fest, dass dies rechtlich möglich sei und dass er solche Maßnahmen nicht ausschließe.⁵⁴ Es ist zu unterstreichen, dass die Idee des Baus von Barrieren in den Mitgliedstaaten selbst viel populärer ist als auf EU-Ebene, aber es ist bei den EU-Beamten kein Tabuthema mehr.

Die nächste Frage und Versicherheitlichungslogik, die im Widerspruch zu den politischen Ansichten Geremeks stehen könnte, ist die pragmatische Stärkung der Resilienz von Grenzen und Migration außerhalb der EU-Grenzen. Die Schaffung einer Festung Europa unter Nutzung der Sicherheitsdienste von Staaten, die oftmals die demokratischen Kriterien nicht erfüllen oder Probleme mit der Achtung der Menschenrechte haben, könnte erhebliche Zweifel wecken.⁵⁵ Schließlich verwies Geremek eindeutig darauf, dass demokratische Staaten, die die Menschenrechte respektieren und die Menschenwürde achten, die Pflicht zum Aufbau eines friedlichen und sicheren internationalen Systems haben.

Ein Element, das sich mit den Ansichten Bronisław Geremeks decken würde, ist der Versuch, legale Migrationskanäle zu schaffen, die eine Antwort auf den demographischen Kollaps in den Mitgliedstaaten der EU darstellen könnten. Dies stellt sich als der Versuch dar, eine etwas offenere Migrationspolitik zu schaffen, die sich auf Gastfreundschaft, Toleranz und Multikulturalität gründet. Und um an diese Frage anzuknüpfen – Geremek würde mit Sicherheit die Reaktion der Mitgliedstaaten und der EU selbst loben, die ihre Grenzen für Flüchtlinge aus der Ukraine öffneten. Dies ist eine von wenigen Aktivitäten der Mitgliedstaaten und der EU selbst im Bereich der Migrationspolitik, die eindeutig der Idee und den europäischen Werten entsprechen, die im Diskurs Geremeks so wichtig waren – Solidarität, Freiheit, Verantwortung Sorge und Sicherheit. Wie er selbst in einem seiner Interviews feststellte: »In der europäischen Idee habe ich Hoffnung gefunden. Vielleicht sogar anders gesagt: in der Bejahung der Würde der menschlichen Person, im Streben nach Freiheit, bei der Verwirklichung der Idee der Solidarität, und dem kam die europäische Idee am nächsten.«⁵⁶

Aus dem Polnischen von Sabine Lipińska

54 Lili Bayer: Michel opens door to EU funding for border walls. In: politico.eu vom. 10. November 2021, <https://www.politico.eu/article/eu-money-for-border-infrastructure-legally-possible-charles-michel-says/> (20.09.2022).

55 Bruno Oliveira Martins, Michael Strange: Rethinking EU external migration policy: contestation and critique. In: GLOBAL AFFAIRS 5 (2019), H. 3, S.195–202.

56 Bronisław Geremek: Marzenie o Europie. In: Wyborcza.pl vom 22. Mai 1998, <https://wyborcza.pl/7,75248,139284.html> (22.09.2022).

Bibliographie

Quellen

- Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bonn, 20. Oktober 1998
<http://www.xn--grne-lage-r9a.de/download/koalition/index.htm> (27.03.2022).
- Autorisierte Äußerungen Bronisław Geremeks während des Seminars zu den deutsch-ukrainischen Beziehungen vom 15. Mai 2004, Warszawa, Collegium Invisibile (aus der Sammlung von Łukasz Adamski).
- Beschluss (EU) 2017/864 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 über ein Europäisches Jahr des Kulturerbes (2018). Amtsblatt der Europäischen Union L, 2017, Nr. 131.
- Beschluss (EU) 2017/971 des Rates vom 8. Juni 2017 zur Festlegung der Planungs- und Durchführungsmodalitäten für militärische GSVP-Missionen der EU ohne Exekutivbefugnisse und zur Änderung des Beschlusses 2010/96/GASP über eine Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung somalischer Sicherheitskräfte, des Beschlusses 2013/34/GASP über eine Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali) und des Beschlusses (GASP) 2016/610 über eine militärische Ausbildungsmission im Rahmen der GSVP der Europäischen Union in der Zentralafrikanischen Republik (EUTM RCA). Amtsblatt der Europäischen Union L, 2017, Nr. 146.
- Beschluss (GASP) 2017/2315 des Rates vom 11. Dezember 2017 über die Begründung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) und über die Liste der daran teilnehmenden Mitgliedstaaten. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2017, Nr. 331.
- Beschluss (GASP) 2018/340 des Rates vom 6. März 2018 zur Festlegung der Liste der im Rahmen der SSZ auszuarbeitenden Projekte. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2018, Nr. 65.
- Beschluss (GASP) 2021/509 DES RATES vom 22. März 2021 zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2015/528. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2021, Nr. 102.
- Beschluss Nr. 1194/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 zur Schaffung einer Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2011, Nr. 303.
- Beschluss Nr. 1855/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über das Programm »Kultur« (2007–2013). Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L, 2006, Nr. 372.
- Beschluss Nr. 2228/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1997 für ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Erhaltung des kulturellen Erbes – Programm »Raphael«. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L, 1997, Nr. 305.

- Beschluss Nr. 445/2014/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Einrichtung einer Aktion der Europäischen Union für die »Kulturhauptstädte Europas« im Zeitraum 2020 bis 2033 und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1622/2006/EG. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2014, Nr. 132.
- Beschluss Nr. 508/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Februar 2000 über das Programm »Kultur 2000«. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L, 2000, Nr. 61.
- Beschluss Nr. 515/2006/EG des Rates vom 18. Mai 2006 über den Abschluss des Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L, 2006, Nr. 201.
- Beschluss Nr. 719/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. März 1996 über ein Programm zur Förderung künstlerischer und kultureller Aktivitäten mit europäischer Dimension (Kaleidoskop) WE. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L, 1996, Nr. 99.
- Bronisław Geremek, 1 kadencja, 14 posiedzenie, 3 dzień (08.05.1992). 9 punkt porządku dziennego: Informacja ministra spraw zagranicznych o polityce zagranicznej Rzeczypospolitej Polskiej
[https://orka2.sejm.gov.pl/ Debata1.nsf](https://orka2.sejm.gov.pl/Debata1.nsf) (8.05.2022, übersetzt von).
- Bronisław Geremek: 2 kadencja, 112 posiedzenie, 4 dzień (01.08.1997). 33 punkt porządku dziennego: Sprawozdanie Komisji Spraw Zagranicznych o rządowym projekcie uchwały Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w sprawie zaproszenia Polski do rozmów o członkostwie w Sojuszu Północnoatlantyckim (druki nr 2565 i 2590)
[https://orka2.sejm.gov.pl/ Debata2.nsf](https://orka2.sejm.gov.pl/Debata2.nsf) (10.05.2022).
- Bronisław Geremek: 2 kadencja, 20 posiedzenie, 2 dzień (12.05.1994). 7 punkt porządku dziennego: Informacja rządu o głównych kierunkach polityki zagranicznej Polski
<https://orka2.sejm.gov.pl/Debata2.nsf> (9.05.2022).
- Bronisław Geremek: 3 kadencja, 13 posiedzenie, 2 dzień (05.03.1998). 9 punkt porządku dziennego: Informacja ministra spraw zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski
<https://orka2.sejm.gov.pl/Debata3.nsf> (10.05.2022).
- Bronisław Geremek: 3 kadencja, 47 posiedzenie, 1 dzień (08.04.1999). 4 punkt porządku dziennego: Informacja rządu o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski
<https://orka2.sejm.gov.pl/Debata3.nsf> (5.05.2022).
- Bronisław Geremek: 3 kadencja, 78 posiedzenie, 1 dzień (09.05.2000). 1 punkt porządku dziennego: Informacja ministra spraw zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski
<https://orka2.sejm.gov.pl/Debata3.nsf> (6.05.2022).
- Bronisław Geremek: Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski, przedstawiona na 13. Posiedzeniu Sejmu RP III Kadencji, 5 marca 1998.
- Bronisław Geremek: Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski, przedstawiona na 78. posiedzeniu Sejmu RP III Kadencji, 9 maja 2000. In: *Exposé Ministrów Spraw Zagranicznych 1990–2013*, Warszawa 2013.
- Bronisław Geremek: *Nasza Europa*, Kraków 2012.

- Bronisław Geremek: Skuteczność i racja stanu: z teki Ministra Spraw Zagranicznych RP, Warszawa 2016.
- Bronisław Geremek: Skuteczność i racja stanu: z teki ministra spraw zagranicznych RP, Warszawa 2016.
- Charles de Gaulle: Mémoires de guerre et Mémoires d'espoir, Paris 2016.
- Council of the European Union. Outcome of the Council Meeting, Brussels, 16 and 17 November 2015, No. 14120/15.
- Das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 5.05.2020, 2 BvR 859/15, 2 BvR 1651/15, 2 BvR 2006/15, 2 BvR 980/16.
- Decision EU 2017/971 – planning and conduct arrangements for EU non-executive Common Security and Defence Policy missions. The EU's Military Planning and Conduct Capability
<https://eur-lex.europa.eu/> (15.06.2022).
- Declaration on PESCO projects
<https://www.consilium.europa.eu/media/32020/draft-pesco-declaration-clean-10122017.pdf>, (15.06.2022).
- Denmark and the Treaty on European Union. Official Journal of the European Union C, 1992, No. 348.
- Der Bericht der fünf Präsidenten: Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden, vorgelegt von: Jean-Claude Juncker in enger Zusammenarbeit mit Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi und Martin Schulz
https://commission.europa.eu/system/files/2016-03/5-presidents-report_de_0.pdf (15.06.2022).
- Die »Strategie des gemeinsamen Wegs« fand zum ersten Mal Ausdruck im sog. Angebot Junckers (September 2017). Jean-Claude Juncker, Rede zur Lage der Union, Brüssel 2017.
- Die Resolution des Europäischen Parlaments vom 16.01.2020, P9_TA(2020)0014, on ongoing hearings under Article 7(1) of the TEU regarding Poland and Hungary (2020/2513(RSP)).
- Dobrosław Platt (wybór i opracowanie): Jan Nowak-Jeziorański. Polska droga do NATO. Listy, dokumenty, publikacje, Wrocław 2006.
- Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Januar 2021 zum Europäischen Jahr des Kulturerbes: Erzielung eines wirksamen politischen Vermächtnisses (2019/2194(INI)) (2021/C 456/03), C 456/24, 10. November 2021.
- Erklärung von Präsidentin von der Leyen auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit NATO-Generalsekretär Stoltenberg und Präsident Michel, 24. Februar 2022, Brüssel
<https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/pl/statement221332> (28.05.2022).
- Europäische Friedensfazilität
<https://www.consilium.europa.eu/> (15.06.2022).
- Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur Beitrag der Europäischen Kommission zum Gipfeltreffen in Göteborg am 17. November 2017, Straßburg, 14. November 2017, COM(2017) 673 final.

- Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung, Brüssel, 10. Mai 2007, COM(2007) 242 final.
- Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Eine neue europäische Agenda für Kultur, Brüssel, 22. Mai 2018, COM(2018) 267 final.
- Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Für ein integriertes Konzept für das kulturelle Erbe Europas, Brüssel, 22. Juli 2014, COM(2014) 477 final.
- Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Brüssel, 20. Juli 2021, COM(2021) 700 final.
- Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan, Brüssel, 30. November 2016, COM(2016) 950 final.
- Europäische Kommission. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds, Brüssel, 7. Juni 2017, COM(2017) 295 final.
- Europäische Kommission. Reflexionsdokument über die Zukunft der europäischen Verteidigung, Brüssel, 7. Juni 2017, COM(2017) 315 final.
- Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission Ein neues Migrations- und Asylpaket, Brüssel, 23. November 2020, COM/2020/609 final
<https://eur-lex.europa.eu/resource> (20.09. 2022).
- Europäische Kommission: Politische Richtlinien für die künftige Europäische Kommission 2019–2024
https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/political-guidelines-next-commission_de (20. 09.2022).
- Europäische Kommission: Präsident Jean-Claude Juncker: Rede zur Lage der Union 2017, 13. September 2017
<https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH173165> (20.09.2022).
- Europäische Kommission: Präsidentin von der Leyens Rede zur Lage der Union 2020, 16. September 2020 [soteu_2020_de.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/soteu_2020_de.pdf) (europa.eu), (20.09.2022).
- Europäische Kommission: Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2022, 14. September 2022
https://state-of-the-union.ec.europa.eu/index_de. (20.09.2022).
- Europäische Kommission: Rede zur Lage der Union 2018
https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/soteu2018-brochure_de.pdf. (20.09.2022).
- Europäischer Rat, Eine neue strategische Agenda 2019–2024, Brüssel 2019
<https://www.consilium.europa.eu/media/39963/a-new-strategic-agenda-2019-2024-de> (21.08.2022).

- Europäischer Rat. Außerordentliche Tagung am 24. Februar 2022. Wichtigste Ergebnisse, <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2022/02/24/> (26.10.2022).
- Europäischer Rat. Tagung am 14. Dezember 2017. Schlussfolgerungen, Brüssel, 14. Dezember 2017, EUCO 19/1/17 REV 1.
- Europäischer Rat. Tagung am 20. Juni 2019. Schlussfolgerungen, Brüssel, 20. Juni 2019, EUCO 9/19.
- Europäischer Rat. Tagung am 24./25. März 2022. Schlussfolgerungen, Brüssel, 25. März 2022, EUCO 1/22.
- European Commission. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions 2021: Rule of Law Report The rule of law situation in the European Union, Brussels, 20 July 2021, COM(2021) 700 final.
- European Commission. Commission decision of 19.3.2019 on the financing of the 'preparatory action on defence research' and the adoption of the work programme for 2019, Brussels, 19 March 2019, COM(2019) 1873 final.
- European Commission. Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions Ukraine relief and reconstruction. European Commission. Brussels, 18 May 2022, COM(2022) 233 final.
- Europäische Kommission. Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat. Künftige Strategie der EU für internationale Kulturbeziehungen, Brüssel, 8. Juni 2016 JOIN(2016) 29 final.
- European Commission. Proposal for European Parliament and Council Decision amending Decision No 2085/97/EC establishing a support programme, including translation in the field of book and reading (Ariane Programme), Brussels, 23 September 1998, COM(1998) 539 final.
- European Parliament resolution of 24 June 2021 on the Commission's 2020 Rule of Law Report (2021/2025(INI)), P9_TA(2021)0313.
- European Union Rapid Deployment Capacity. EU Defence Strategic Compass, March 2022 <https://www.eeas.europa.eu/> (15.06.2022).
- Foreign Affairs Council (Defence), 17 May 2022 <https://www.consilium.europa.eu/pl/> (15.06.2022).
- Foreign Ministers meetings. NATO HQ, Brussels – 16–17 Dec. 1997 <https://www.nato.int/docu/comm/1997/9712/16-17.htm#bt> (6.05.2022).
- Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation, Paris, 27. Mai 1997, NATO-Russia Council.info.
- Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation signed in Paris, France, 27th May 1997 https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_25468.htm (5.05.2022).
- Gemeinsame Erklärung der Außenminister von Deutschland, Frankreich und Polen zur Zukunft Europas Weimar, 29. August 1991, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa-zusammenarbeit-staaten-/199100> (30.10.2022).

- Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Brüssel, 28. Juni 2016
<https://op.europa.eu/pl/publication-detail/-/publication/3eaae2cf-9ac5-11e6-868c-01aa75ed71a1/language-de/format-PDF>, (15.06.2022).
- Gerhard Schröder: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hamburg 2007.
- Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation, 27. Mai 1997, In: Bulletin der Bundesregierung vom 3. Juni 1997
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/grundakte-ueber-gegenseitige-beziehungen-zusammenarbeit-und-sicherheit-zwischen-der-nordatlantikvertrags-organisation-und-der-russischen-foederation-1--803640/> (23.03.2023).
- Gutachten 2/13 des Gerichtshofs (plenum), 18. Dezember 2014, Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten – Vereinbarkeit des Entwurfs mit dem EU-Vertrag und dem AEU-Vertrag, ECLI: EU:C:2014:2454.
- Hanna Suchocka: Oświadczenie prezesa Rady Ministrów w sprawie proponowanego składu i programu prac rządu. 1 kadencja, 20 posiedzenie, 1 dzień (10.07.1992)
<https://orka2.sejm.gov.pl/Debata1.nsf> (19.05.2022).
- Informacja ministra spraw zagranicznych, Bronisława Geremka, na temat przewodnictwa Polski w Organizacji Bezpieczeństwa i Współpracy w Europie w 1998 roku. Komisja Spraw Zagranicznych /nr 44/, 1248/III z 19.01.1999
<http://orka.sejm.gov.pl/Biuletyn.nsf/0/1A5369B959450939C1256B-73003641C9?OpenDocument> (14.05.2022).
- Informacja rządu o głównych kierunkach polityki zagranicznej Polski. 2 kadencja, 20 posiedzenie, 2 dzień (12.05.1994)
<http://orka2.sejm.gov.pl/Debata2.nsf/main/06F62854> (23.03.2022).
- Joint declaration by the President of the European Council, the President of the European Commission, and the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization, Warsaw 8 July 2016
<http://www.consilium.europa.eu/>, (15.06.2022).
- Joint declaration on EU-NATO cooperation, Brussels, 10 July 2018
<https://www.consilium.europa.eu/> (15.06.2022).
- Joint readout by the European Council and the United States. Rada Europejska. Pressemitteilung vom 24. März 2022.
- Kalendarium: unijna współpraca w zakresie bezpieczeństwa i obrony
<https://www.consilium.europa.eu/> (2.05.2022).
- Komisja Europejska: Orędzie o Stanie Unii 2021 Ursuli von der Leyen, Przewodniczącej Komisji Europejskiej 15 września 2021
https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/soteu_2021_address_pl_0.pdf (20.09.2022).
- Konferencja w sprawie przyszłości Europy zakończyła prace. Komunikat Komisji Europejskiej z 9 maja 2022 r. (IP/22/2862).
- Konkluzje Rady Europejskiej w sprawie rosyjskiej agresji wojskowej na Ukrainę (24 marca 2022). Council of the EU. Konkluzje 310/22 (25.03.2022).

- Kontynuacja i nowa dynamika. Wypowiedź Ministra Spraw Zagranicznych Bronisława Geremka na spotkaniu z korpusem dyplomatycznym vom 12. November 1997, Warszawa (Kopie in der Sammlung des Autors).
- Madrid Declaration on Euro-Atlantic Security and Cooperation Issued by the Heads of State and Government. 8–9 July 1997
<https://www.nato.int/docu/pr/1997/p97-081e.htm> (4.05.2022).
- Mitteilung der Kommission, Brüssel vom 30. November 2012, COM(2012) 777final/2. Corrigendum.
- Nieformalne posiedzenie szefów państw lub rządów. Deklaracja wersalska 10–11 marca 2022 r. Wersal, 11 marca 2022 r.
<https://www.consilium.europa.eu/media/54787/20220311-versailles-declaration-pl.pdf> (15.06.2022).
- Notification on Permanent Structured Cooperation (PESCO) to the Council and to the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy
<http://www.consilium.europa.eu/> (15.06.2022).
- Questions and answers: a background for the Strategic Compass
<https://www.eeas.europa.eu/eeas/> (15.06.2022).
- Rat der Europäischen Union. Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung – Für eine Europäische Union, die ihre Bürgerinnen und Bürger, Werte und Interessen schützt und zu Weltfrieden und internationaler Sicherheit beiträgt, Brüssel, 21. März 2022, 7371/22.
- Rat der Europäischen Union. Pressemitteilung, 8. Juni 2017. EU-Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich: Rat beschließt militärischen Planungs- und Durchführungsstab (MPCC)
<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/06/08/military-mpcc-planning-conduct-capability/> (10.11.2022).
- Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates vom 21. Mai 2014 zum Kulturerbe als strategische Ressource für ein nachhaltiges Europa. Amtsblatt der Europäischen Union C, 2014, Nr. 183.
- Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zu Fortschritten bei der Umsetzung der Globalen Strategie der Europäischen Union im Bereich Sicherheit und Verteidigung, Brüssel, 6. März 2017, 6875/17.
- Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zum Arbeitsplan für Kultur 2019–2022. Amtsblatt der Europäischen Union C, 2018, Nr. 460.
- Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zum Beitrag der Kultur zur Umsetzung der Strategie Europa 2020. Amtsblatt der Europäischen Union C, 2011, Nr. 175.
- Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zur globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Luxemburg, 17. Oktober 2016, 13202/16.
- Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zur partizipativen Steuerung des kulturellen Erbes. Amtsblatt der Europäischen Union C, 2014, Nr. 463.
- Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zur strategischen Überprüfung der SSZ 2020, Brüssel, 20. November 2020, 13188/20.

- Rat der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zur Umsetzung der Globalen Strategie der Europäischen Union im Bereich der Sicherheit und der Verteidigung, Brüssel, 14. November 2016, 14149/16.
- Rat der Europäischen Union. Ukraine: Rat einigt sich auf weitere Unterstützung im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität. Pressemitteilung, Brüssel, 22. Mai 2022 <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/10/17/ukraine-council-agrees-on-further-support-under-the-european-peace-facility/> (15.06.2022).
- Rede von Bronisław Geremek
<https://www.karlspreis.de/de/preistraeger/bronislaw-geremek-1998/rede-von-bronislaw-geremek> (29.03.2022).
- Rede von Bronisław Geremek
<https://www.karlspreis.de/de/preistraeger/bronislaw-geremek-1998/rede-von-bronislaw-geremek> (26.09.2022).
- Sejm Rzeczypospolitej Polskiej: Informacja ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremka o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski. Przemówienie na forum Sejmu RP w dniu 8 kwietnia 1999 roku, <https://orka2.sejm.gov.pl/Debata3.nsf/main/0078DB0D> (2.09.2022).
- Sejm Rzeczypospolitej Polskiej: Informacja ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremka o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski. Przemówienie na forum Sejmu RP w dniu 5 marca 1998 roku
<https://orka2.sejm.gov.pl/Debata3.nsf/main/4DAE95D1> (2.09.2022).
- The NATO-EU Strategic Partnership, Brussels 2007
<https://www.nato.int/docu/comm/>, (15.06.2022).
- Towards a Community of Democracies, Warsaw, Poland 26–27 VI 2000 (Dokumente), The Polish Quarterly of International Affairs, Vol. 9, No. 2 Supplement, 2000.
- Traité d'amitié et de solidarité entre la République française et la République de Pologne, signé à Paris le 9 avril 1991. In: Zbiór Dokumentów. Dokumenty z zakresu polityki zagranicznej Polski i stosunków międzynarodowych, 1991, Nr. 2.
- Traktat między Rzeczypospolitą Polską a Federacją Rosyjską o przyjaznej i dobrosąsiedzkiej współpracy, sporządzony w Moskwie dnia 22 maja 1992 r., Dz.U. 1993 nr 61 poz. 291
<https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19930610291> (15.06.2022).
- Traktat między Rzeczypospolitą Polską a Republiką Białoruś o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy, podpisany w Warszawie dnia 23 czerwca 1992 r., Dz.U. 1993 nr 118 poz. 527
<https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19931180527> (15.05.2022).
- Traktat między Rzeczypospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec o potwierdzeniu istniejącej między nimi granicy, podpisany w Warszawie dnia 14 listopada 1990 r., Dz.U. 1992 nr 14 poz. 54
<https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19920140054> (17.05.2022).
- Traktat między Rzeczypospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy, podpisany w Bonn dnia 17 czerwca 1991 r., Dz.U. 1992 nr 14 poz. 56
<https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=wdu19920140056> (18.05.2022).

- Traktat między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Litewską o przyjaznych stosunkach i dobrosąsiedzkiej współpracy, sporządzony w Wilnie dnia 26 kwietnia 1994 r., Dz.U. 1995 nr 15 poz. 71
<https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19950150071> (15.06.2022).
- Traktat między Rzeczpospolitą Polską a Ukrainą o dobrym sąsiedztwie, przyjaznych stosunkach i współpracy, sporządzony w Warszawie dnia 18 maja 1992 r., Dz.U. 1993 nr 125 poz. 573
<https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=wdu19931250573> (15.05.2022).
- Układ Europejski ustanawiający stowarzyszenie między Rzeczpospolitą Polską, z jednej strony, a Wspólnotami Europejskimi i ich Państwami Członkowskimi, z drugiej strony, sporządzony w Brukseli dnia 16 grudnia 1991 r. Dz.U. 1994 nr 11 poz. 38
<https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19940110038> (20.06.2022).
- Układ między Rzeczpospolitą Polską a Czeską i Słowacką Republiką Federacyjną o dobrym sąsiedztwie, solidarności i przyjacielskiej współpracy sporządzony w Krakowie dnia 6 października 1991 r., Dz.U. 1992 nr 59 poz. 296
<https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19920590296> (15.05.2022).
- Umowa koalicyjna AWS-UW, In: RZECZPOSPOLITA vom 12. 11.1997; Exposé Jerzego Buzka. In: ZBIÓR DOKUMENTÓW PISM 1977, Nr. 4.
- United Nations General Assembly Resolution ES11/1, adopted on 2 March 2022
<https://www.un.org/press/en/2022/ga12407.doc.htm> (23.05.2022).
- Urteil des EuGH (Große Kammer) vom 27. Februar 2018 r. in der Rechtssache C-64/16 Associação Sindical dos Juízes Portugueses gegen Tribunal de Contas, ECLI:EU:C:2018:117.
- Urteil vom 2. März 2021 in der Rechtssache 824/18 AB, ECLI:EU:C:2021:153, Pkt. 108–109.
- Urteil vom 5. November 2019, Kommission/Polen (Unabhängigkeit der ordentlichen Gerichte), C 192/18, ECLI:EU:C:2019:924.
- Ustawa konstytucyjna o wzajemnych stosunkach między władzą ustawodawczą i wykonawczą Rzeczypospolitej Polskiej oraz o samorządzie terytorialnym, Dz.U. 1992 nr 84 poz. 426.
- Verordnung (EU) 2018/1092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 zur Einrichtung des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich zwecks Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovation in der Verteidigungsindustrie der Union. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2018, Nr. 200.
- Verordnung (EU) 2021/697 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1092. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2021, Nr. 170.
- Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union. Amtsblatt der Europäischen Union L, 2020, Nr. 433.
- Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm Kreatives Europa (2021 bis 2027) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1295/2013, Brüssel, 30. Mai 2018, COM(2018) 366 final.

- Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Amtsblatt der Europäischen Union C, 2007, Nr. 306.
- Wspólne oświadczenie ministrów spraw zagranicznych Francji, Polski i Niemiec w sprawie przyszłości Europy, In: ZBIÓR DOKUMENTÓW PISM 1992, Nr. 2.
- Założenia polskiej polityki bezpieczeństwa oraz Polityka bezpieczeństwa i strategia obronna Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 2 listopada 1992 r., Warszawa 1992.
- Zbiór Dokumentów. Dokumenty z zakresu polityki zagranicznej Polski i stosunków międzynarodowych 1991, Nr. 2.

Literatur in Auswahl

- Anita Adamczyk, Andrzej Sakson, Cezary Trosiak (Hrsg.): Migranci i mniejszości jako obcy i swoi w przestrzeni polityczno-społecznej, Poznań 2019.
- Justyna Arendarska, Agnieszka Łada-Kornefał, Bastian Sendhardt: Sąsiedztwo w ramach. Polacy i Niemcy o sobie nawzajem w przekazie prasowym. Warszawa 2022.
- Ronald Asmus: NATO – otwarcie drzwi, Warszawa 2002.
- Szymon Bachrynowski: Dokąd zmierzają relacje polsko-niemieckie? 30-lecie Traktatu o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy, Warszawa 2021.
- Back to Maastricht: Obstacles to Constitutional Reform within the EU Treaty (1991–2007). Edited by Stifania Baroncelli, Carlo Spagnolo and Leila Simona Talani, Cambridge Scholars Publishing 2007.
- James A. Baker III: The Politics of Diplomacy. Revolution, War and Peace 1989–1992, New York 1995.
- Thierry Balzacq (Hrsg.): Contesting Security. Strategies and Logics, London-New York 2015.
- Jan Barcz, Agnieszka Grzelak und Rafał Szyndlauer: Problem praworządności w Polsce w świetle dokumentów Komisji Europejskiej. Okres »dialogu politycznego« 2016–2017, Warszawa 2020.
- Jan Barcz, Anna Zawidzka-Łojek (Hrsg.): Sądowe mechanizmy ochrony praworządności ochrony praworządności w Polsce w świetle najnowszego orzecznictwa Trybunału Sprawiedliwości UE, Warszawa 2018.
- Jan Barcz: Od lizbońskiej do postlizbońskiej Unii Europejskiej. Główne kierunki reformy ustrojowej procesu integracji europejskiej, Warszawa 2020.
- Jan Barcz: Sprawy polskie podczas Konferencji »2+4«. Potwierdzenie granicy polsko-niemieckiej i odszkodowania od Niemiec. Studium z historii dyplomacji i prawa międzynarodowego, Warszawa 2021.
- Jan Barcz: Ukraina należy do Europy! Status państwa kandydującego do członkostwa w Unii Europejskiej dla Ukrainy wobec agresji Rosji? In: EUROPEJSKI PRZEGLĄD SĄDOWY 2022, Nr. 4.
- Jan Barcz: Unia Europejska wobec niepraworządnego państwa członkowskiego. In: PAŃSTWO I PRAWO 2019, Nr. 1.

- Maria Berger: Die Ausgestaltung der Neuerungen im Rechtsschutzsystem. In: Thomas Eilmansberger, Stefan Griller, Walter Obwexer (Hrsg.): Rechtsfragen der Implementierung des Vertrages von Lissabon, Wien-New York 2011.
- Stanisław Biernat (Hrsg.): System prawa Unii Europejskiej, Bd. I., Warszawa 2020.
- Helena Bogusławska, Aleksandra Konieczna (Hrsg.): Współpraca polityczno-wojskowa w ramach Trójkąta Weimarskiego i Trójkąta Polska-Niemcy-Dania, Warszawa 2000.
- Stanisław Bożyk (Hrsg.): Prawo konstytucyjne, Białystok 2014.
- Barry Buzan, Ole Wæver, Peter de Wilde: Security. A New Framework for Analysis, Boulder 1998.
- Federico Fabbrini: Economic Governance in Europe. Comparative Paradoxes and Constitutional Challenges, Oxford 2016.
- Federico Fabbrini, Ernst Hirsch Ballin, Han Somsen (Hrsg.): What Form of Government for the European Union and the Eurozone?, Oxford–Portland 2015.
- Krzysztof Fedorowicz: Polityka polski wobec Rosji, Ukrainy i Białoruś w latach 1989–2010, Poznań 2011.
- Józef M. Fiszer (Hrsg.): 30 lat Trójkąta Weimarskiego, Warszawa 2022.
- Józef M. Fiszer: The Role of Reunified Germany in Poland's Accession to NATO and the European Union. In: POLITEJA 2021, Nr. 6.
- Józef M. Fiszer: Stanowisko Rosji wobec akcesji Polski do NATO i Unii Europejskiej. In: MYŚL EKONOMICZNA I POLITYCZNA 2018, Nr. 1.
- Józef M. Fiszer: Uwarunkowania i cele polityki zagranicznej Polski – aspekty teoretyczne i utylitarne. In: Adrian Chojan (Hrsg.): Polityka zagraniczna Polski w latach 1989–2020, Warszawa 2021.
- Walter Frenz: Handbuch Europarecht. Bd. 6: Institutionen und Politiken, Berlin-Heidelberg 2011.
- Bronisław Geremek. Głos w Europie, Übersetzung aus dem Französischen: Agnieszka Rasińska-Bóbr, Fundacja Jeana Monneta na rzecz Europy i Ośrodek Badań Europejskich, Kraków 2010.
- Bronisław Geremek: Nasza Europa, Kraków 2012.
- Bronisław Geremek: Ojciec polskiego liberalizmu, pod red. Pawła Lutego, Biblioteka Liberté, Łódź 2010.
- Bożena Gierat-Bieroń: Polityka kulturalna Unii Europejskiej, Kraków 2018.
- Fen Osler Hampson: Bezpieczeństwo jednostki. In: Paul D. Williams (Hrsg.): Studia bezpieczeństwa, Kraków 2012.
- Jerzy Holzer, Józef M. Fiszer (Hrsg.): Stosunki polsko-niemieckie w latach 1970–1995. Próba bilansu i perspektywy rozwoju, Warszawa 1998.
- Thomas Jaeger: Einführung in das Europarecht: Grundlagen-Institutionen-Durchsetzung-Binnenmarkt, Wien 2020.
- Jadwiga Kiwerska: Partnerstwo w przywództwie? Stany Zjednoczone i Niemcy (1989–2016). Perspektywa polska, Poznań 2017.
- Bogdan Koszel: Trójkąt Weimarski. Geneza-działalność-perspektywy współpracy, Poznań 2006.
- Bogdan Koszel: Francja i Niemcy w procesie integracji Polski ze Wspólnotami Europejskimi/Unią Europejską: 1989-2002, Poznań 2003.

- Bogdan Koszel: Trójkąt Weimarski: bilans i perspektywy współpracy. In: *KRAKOWSKIE STUDIA MIĘDZYNARODOWE* 2016, Nr. 1.
- Robert Koulisch, Maartje van der Woude (Hrsg.): *Crimmigrant Nations*, New York 2020.
- Jacek Kucharczyk, Agnieszka Łada-Konefał: Polacy i Niemcy – jak dalecy, jak bliscy. *Barometr Polska-Niemcy 2022*, Warszawa-Darmstadt 2022.
- Jacek Kucharczyk: Z szacunkiem dla przeszłości, z odwagą w przyszłość. Jak Polacy, Niemcy i Francuzi postrzegają Trójkąt Weimarski i jego rolę w UE, Warszawa 2021.
- Roman Kuźniar, Krzysztof Szczepanik (Hrsg.): *Polityka zagraniczna RP 1989–2002*, Warszawa 2002.
- Roman Kuźniar: *Droga do wolności. Polityka zagraniczna III Rzeczypospolitej*, Warszawa 2008.
- Krzysztof Miszczyk: *Armia europejska. Strategiczne bezpieczeństwo militarne Unii Europejskiej*, Warszawa 2020.
- Rens van Munster: *Securitizing immigration. The Politics of Risk in the EU*, Houndmills-Nowy Jork 2009.
- Agnieszka Nitszke: Regionalne fora współpracy międzynarodowej w procesie europeizacji Polski: doświadczenia współpracy w ramach Grupy Wyszehradzkiej i Trójkąta Weimarskiego. In: Ewa Bujwid-Kurek, Wojciech Kasprowski (Hrsg.): *III Rzeczpospolita Polska 1990–2016. Opinie – dylematy – kontrowersje*, Kraków 2016.
- Józef Niżnik (Hrsg.): *Polska w Europie jutra. Polityka europejska Polski w kontekście zmian międzynarodowych XXI wieku*, Warszawa 2021.
- Joseph S. Nye: *Soft Power: The Means to Success in World Politics*. New York 2004.
- Joseph S. Nye: *Bound to Lead, The Changing Nature of American Power*, New York 1991.
- Beata Ociepka: *Polens Public Diplomacy, Deutschlands Auswärtige Kulturpolitik und die gemeinsamen Beziehungen*, Darmstadt – Warschau 2022.
- Olaf Osica, Marcin Zaborowski (Hrsg.): *Nowy członek »starego« Sojuszu. Polska jako nowy aktor w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa*, Warszawa 2002.
- Tadeusz Paleczny: *Stosunki międzykulturowe: zarys problematyki*. Kraków 2005.
- Herman Parzinger: *Was uns verbindet – Ein New Deal für das Kulturerbe Europas*, Brüssel 2020.
- Stanisław Parzymies: *Przyjaźń z rozsądku. Francja i Niemcy w nowej Europie*, Warszawa 1994.
- Laurent Pech, Patryk Wachowiec, Dariusz Mazur: *Poland's Rule of Law Breakdown: A FiveYear Assessment of EU's (In)Action*. In: *HAGUE JOURNAL ON THE RULE OF LAW* 2021, No.13.
- Place and Role of the Visegrád Group Countries in the European Union*. Edited by Józef M. Fiszer, Adrian Chojan, Paweł Olszewski, Warsaw 2019.
- Polska i świat (zapis dyskusji)*, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2007.
- Problem praworządności w Polsce w świetle dokumentów Komisji Europejskiej. Okres »dialogu politycznego« 2015–2017. Wstęp, wybór i opracowanie: Jan Barcz, Agnieszka Grzelak und Rafał Szyndlauer*, Warszawa 2020.
- Problem praworządności w Polsce w świetle orzecznictwa Trybunału Sprawiedliwości UE (2018–2020). Wstęp, wybór i opracowanie: Jan Barcz, Agnieszka Grzelak und Rafał Szyndlauer*, Warszawa 2021.

- Maciej Raś: *Ewolucja polityki zagranicznej Rosji wobec Stanów Zjednoczonych i Europy Zachodniej w latach 1991–2001*, Warszawa 2005.
- Janusz Ruskowski: *Europeizacja. Analiza oddziaływania Unii Europejskiej*, Warszawa 2019.
- Marek Safjan: *Rządy prawa a przyszłość Europy*. In: *Studia i Analizy Sądu Najwyższego. Przyszłość Europy opartej na rządach prawa*, Bd. 8, Warszawa 2019.
- Philip C. Schmitter: *Neo-Neo functionalism*, Florence 2002.
- Tomasz Siewierski: *Marian Małowist i krąg jego uczniów. Z dziejów historiografii gospodarczej w Polsce*, Warszawa 2016.
- Radosław Sikorski: *Polska może być lepsza*, Kraków 2018.
- Ibrahim Sirkeci, Emilia Lana de Freitas Castro, Ulku Sozen (Hrsg.): *Migration Policy in Crisis*, Londyn 2018.
- Klaus-Heinrich Standke (Hrsg.): *Trójkąt Weimarski w Europie. Das Weimarer Dreieck in Europa. Le Triangle de Weimar en Europe*, Toruń 2009.
- Maciej Stępka: *Identifying Security Logics in the EU Policy Discourse. The »Migration Crisis« and the EU*, Cham 2022.
- Waldemar J. Szczepański: *Charles de Gaulle i Europa*, Warszawa 2001.
- Maciej Taborowski: *Mechanizm ochrony praworządności w państwach członkowskich Unii Europejskiej. Studium przebudzenia systemu ponadnarodowego*, Warszawa 2019.
- Goran Therborn: *Drogi do nowoczesnej Europy*, Warszawa-Kraków 1998.
- Janusz Józef Węc: *Spór o kształt ustrojowy Wspólnot Europejskich i Unii Europejskiej w latach 1950–2010. Między ideą ponadnarodowości a współpracą międzyrządową*, Kraków 2012.
- Janusz Józef Węc: *Traktat Lizboński. Polityczne aspekty reformy ustrojowej Unii Europejskiej w latach 2007–2015. Orzecznictwo sądów konstytucyjnych wybranych państw członkowskich UE oraz proces implementacji Traktatu Lizbońskiego*, Kraków 2016.
- Janusz Józef Węc: *Polska, Niemcy i Francja wobec konfliktu rosyjsko-ukraińskiego w latach 2013–2021. Analiza krytyczna*. In: Józef M. Fiszer (Hrsg.): *Współpraca Polski, Niemiec i Francji w ramach Trójkąta Weimarskiego (1991–2021)*, Warszawa 2022.
- Janusz Józef Węc: *Stanowisko polskich ugrupowań opozycyjnych wobec problemu niemieckiego w latach 80. XX wieku*. In: Małgorzata Świder (Hrsg.): *Polityka i humanitaryzm w latach 1980–1989*, Opole 2010.
- Janusz Józef Węc: *Reforma wspólnej polityki bezpieczeństwa i obrony Unii Europejskiej w latach 2016–2017*. In: *POLITEJA* 2018, Nr. 3.
- Ruth Wodak: *The Politics of Fear. The Shameless Normalization of Far-Right Discourse*, London 2021.
- Helena Wyligąła: *Trójkąt Weimarski. Współpraca Polski, Francji i Niemiec w latach 1991–2004*, Toruń 2010.
- Ryszard Zięba: *Główne kierunki polityki zagranicznej Polski po zimnej wojnie*, Warszawa 2010.
- Agata W. Ziętek (Hrsg.): *Międzynarodowe stosunki kulturalne*, Warszawa 2010.

Abkürzungsverzeichnis

AEUV –	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfD –	Alternative für Deutschland
ALDE –	Alliance of Liberals and Democrats for Europe
ASEAN –	Association of South–East Asian Nations
AstV –	Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten
AU –	African Union
AWS –	Akcja Wyborcza Solidarność (Wahlaktion Solidarność)
BRD –	Bundesrepublik Deutschland
CBOS –	Centrum Badania Opinii Społecznej (Zentrum für öffentliche Meinungsforschung)
CDU –	Christlich–Demokratische Union Deutschlands
CEFTA –	Central European Free Trade Agreement
CETA –	Comprehensive Economic and Trade Agreement EU–Canada
CFE –	Conventional Forces in Europe Treaty
CPCC –	Civilian Planning and Conduct Capability
CSU –	Christlich–Soziale Union
DDR –	Deutsche Demokratische Republik
DRK –	Demokratische Republik Kongo
EDA –	European Defence Agency
EDF –	European Defence Fund
EDIDP –	European Defence Industrial Development Programme
EDTID –	EU’s Defence Technological and Industrial Base
EEAS –	European External Action Service
ESI–Fonds –	Europäische Struktur– und Investitionsfonds
EFTA –	European Free Trade Association
EGKS –	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR –	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EIB –	European Investment Bank
EK –	Europäische Kommission
EP –	Europäisches Parlament
EPF –	European Peace Facility
ESM –	European Stability Mechanism
ESVU –	Europäische Sicherheits– und Verteidigungsunion
EU –	Europäische Union
EU RDC –	European Union Rapid Deployment Capacity
EUBO –	European Union Baroque Orchestra
EUGBs –	European Union Battlegroups
EuGH/GHdEU –	Gerichtshof der Europäischen Union
EUMC –	European Union Military Committee

EUSC –	European Union Satellite Centre
EUV –	Vertrag über die Europäische Union
EUYO –	European Union Youth Orchestra
EWG –	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWU –	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
GACERE –	Global Alliance on Circular Economy and Resource Efficiency
GASP –	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GSVP –	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ISO –	International Organization for Standardization
KOR –	Komitet Obrony Robotników (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter)
LREM –	La République En Marche
MPCC –	Military Planning and Conduct Capability
NSZZ »Solidarność« –	Unabhängige Selbstverwaltungsgewerkschaft »Solidarität«
OECD –	Organization for Economic Co-operation and Development
OKP –	Obywatelski Klub Parlamentarny (Parlamentarische Bürgerfraktion)
OSZE –	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PADR –	Preparatory Action on Defence Research
PAP –	Polska Agencja Prasowa (Polnische Presseagentur)
PCF –	Parti communiste français
PESCO –	Permanent Structured Cooperation
PIS –	Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit)
PO –	Platforma Obywatelska (Bürgerplattform)
PSL –	Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Volkspartei)
PZPR –	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)
R&D –	Research & Development
R&I –	Research & Innovation
RGW –	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RN –	Rassemblement National
RP –	Republik Polen
RSFSR –	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SIAC –	Single Intelligence Analysis Capacity
SLD –	Sojusz Lewicy Demokratycznej (Allianz der Demokratischen Linken)
SPD –	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSZ –	Ständige Strukturierte Zusammenarbeit
TKN –	Towarzystwo Kursów Naukowych (Gesellschaft der Wissenschaftskurse)
UD –	Unia Demokratyczna (Demokratische Union)
UdSSR –	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UP –	Unia Pracy (Arbeitsunion)
UW –	Unia Wolności (Freiheitsunion)
V4 –	Visegrád-Gruppe
VVE –	Vertrag über eine Verfassung für Europa
WTO –	World Trade Organization

Biogramme

Prof. Dr. Jan Barcz – Ordentlicher Professor für Völkerrecht, Diplomat, u. a. Botschafter der Republik Polen in Wien (1995–1999), Akademiker (Vorlesungen an der Staatsschule für öffentliche Verwaltung, der Universität in Opole, der Wirtschaftsuniversität in Warschau (SGH) und der Leon Koźmiński-Akademie in Warschau); Leiter des Lehrstuhls für Internationales und EU-Recht an der Leon Koźmiński-Akademie in Warschau. Mitglied des Team Europe und der Botschafterkonferenz der Republik Polen.

Prof. Dr. Józef M. Fiszer – Ordentlicher Professor für Zeitgeschichte und Politologie am Institut für Politische Wissenschaft der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN) (Leiter des Lehrstuhls für Europäische Studien) sowie an der Warschauer Łazarski-Universität (Leiter des Lehrstuhls für Internationale Politische Beziehungen). Hauptinteressengebiete: neueste Geschichte Polens, Deutschlands und Russlands, europäische Integration, Sicherheit Europas. Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Politikwissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN) sowie Mitglied des Ausschusses für Internationale Politik beim Präsidenten der Republik Polen.

Dr. Michel Foucher – Geograf und Essayist. Er war Berater des Außenministers (1997–2002), Direktor des Planungstabs (1999–2002), französischer Botschafter in Lettland (2002–2006) und anschließend Botschafter mit einer Mission zu europäischen Fragen (2006–2007). Von 1994 bis 2002 lehrte er am Europakolleg in Natolin. Zu seinen jüngsten Werken zählen u. a.: *Ukraine Russie, la carte mentale du duel*, Tract N° 39, Éditions Gallimard, 2022 (Ukraine Russland, die mentale Karte des Duells); *Ukraine, une guerre coloniale en Europe*, Éditions de l'Aube, 2022 (Ukraine, ein Kolonialkrieg in Europa).

Dr. habil. Bożena Gierat-Bieroń – Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Studien der Jagiellonen-Universität in Krakau. Hauptinteressengebiete: Kulturpolitiken, EU-Kulturpolitik, kulturelles Erbe Europas, EU-Außenbeziehungen im Kulturbereich, Kulturdiplomatie. Gastprofessorin an den Universitäten in Leuven (2020), di Sassari (2012), Glasgow (2011), Groningen (2009), Trinity College Dublin (2006). Stipendiatin der Programme der Europäischen Kommission (Universität Osaka, 2009) und UJ-JAM (Universität Kōbe, 2016) sowie von TEMPUS POLSKA und SYLF. Sie hielt Vorlesungen an der Sommerschule der Polnischen Kultur in Rom sowie am Collegium Civitas in Warschau; Autorin von Monographien, wissenschaftlichen Beiträgen und

EU-Gutachten; ECURES-Mitglied; Koordinatorin des englischsprachigen Programms EURO CULTURE an der Jagiellonen-Universität in Krakau (2002–2009); Beauftragte des Leiters des Nationalen Kulturzentrums für Wrocław ESK 2016; ausgezeichnet mit den Preisen des Rektors der Jagiellonen-Universität sowie des Dekans der Fakultät für Politikwissenschaft und internationale Beziehungen der Jagiellonen-Universität; derzeit Leiterin des postgraduellen Studiums Kulturdiplomatie an der Jagiellonen-Universität.

Dr. habil. Agnieszka Grzelak – Professorin am Lehrstuhl für Internationales und Europäisches Recht im Rechtskollegiums Leon Koźmiński-Akademie. Rechtsanwältin. Mitarbeiterin der öffentlichen Verwaltung und der Justizverwaltung (2000–2004 Komitee für Europäische Integration, 2004–2015 Kanzlei des Sejms, 2015–2019 Büro des Beauftragten für Bürgerrechte, seit 2019 Büro für Studien und Analysen des Obersten Gerichts). Autorin von Publikationen zum Rechtssystem der EU, zum Schutz von Personaldaten im Kontext der Sicherheit, aber auch zur politischen und gerichtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen in der EU.

Dr. Maciej Jastrzebiec-Pyszyński – Bediensteter der Europäischen Kommission. Zurzeit beschäftigt bei der Gemeinsamen Forschungsstelle (Joint Research Centre, JRC). Während seiner Arbeit im JRC-Lab für EU-Politik versucht er, die neuesten Forschungsarbeiten im Bereich der Komplexität und Anwendung von Designkonzepten auf die Herausforderungen der Kommissionsdienststellen anzuwenden. Zuvor war er in verschiedenen Abteilungen der Kommission tätig, u. a. in den folgenden Arbeitsgebieten: Meinungsumfragen, Medienanalysen und Bewertung internationaler Entwicklungsprojekte. Er verfügt über einen Dokortitel in Politikwissenschaft der Jagiellonen-Universität in Krakau, in dem er die Bildung politischer Institutionen (am Beispiel des Konvents zur Zukunft Europas) untersuchte. In seiner Magisterarbeit an der Krakauer Wirtschaftsuniversität befasste er sich mit der Gestaltung der europäischen »Außenpolitik«, d. h. mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP und GSVP). Als Marie-Curie-Stipendiat an der Universität von Wales in Aberystwyth befasste er sich mit den Fragen der Legitimität im Zusammenhang mit der europäischen Integration.

Prof. Dr. Bogdan Koszel – Ordentlicher Professor für Zeitgeschichte und Politologie an der Fakultät für Politikwissenschaft und Journalismus der Adam Mickiewicz-Universität in Posen. Leiter der Abteilung für Deutschland-Studien. Chefredakteur von ROCZNIK INTEGRACJI EUROPEJSKIEJ; Mitglied des Redaktionsrates der Monatszeitschrift WELTTRENDS. DAS AUSSEPOLITISCHE JOURNAL (Potsdam/Berlin); Senior Research Fellow bei WELTTRENDS am Institut für Internationale Politik in Potsdam; Experte der Kommission für Wissenschaftsevaluation im Bereich wissenschaftlicher Monographien; Seine Interessengebiet

sind die Außenpolitik Deutschland im 20. und 21. Jahrhundert, insbesondere die Rolle Deutschlands im europäischen Integrationsprozess.

Dr. habil. Krzysztof Koźbiał, Univ.-Prof. – Direktor des Instituts für Europäische Studien der Jagiellonen-Universität in Krakau. In seinen Untersuchungen beschäftigt er sich mit politischen Systemen (insbesondere des Fürstentums Liechtenstein und der Tschechischen Republik; mit der Außen- und Innenpolitik der Staaten Mitteleuropas (unter Einbeziehung des deutschsprachigen Raums), sowie mit Fragestellungen bzgl. der europäischen Integration. Zu seinen wissenschaftlichen Interessensgebieten gehören auch die Balkanregion, insbesondere in Bezug auf den EU-Erweiterungsprozess. Autor von mehr als 120 wissenschaftlichen Veröffentlichungen (Monographien und enzyklopädische Stichwörter). Stipendien- und wissenschaftliche Aufenthalte an den Universitäten in Heidelberg und Bochum, am Liechtenstein-Institut in Barendorn (Liechtenstein) sowie am Karl-Renner-Institut in Wien; Lehrbeauftragter an den Universitäten in Chemnitz (Deutschland), in Prešov und in Banská Bystrica (Slowakei) sowie in Piliscsaba und Pécs (Ungarn).

Dr. Agnieszka Nitszke – Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Jagiellonen-Universität in Krakau. Mitglied des Team Europe. Hauptinteressengebiete: europäische Integration, europäische Politiken (darunter Immigration und Asylpolitik); EU-Institutionen und deren Kompetenzen, politische Parteien und deren Rolle im Entscheidungsprozess. Monographien: *Zasady ustroju federalnego w państwach niemieckojęzycznych. Studium porównawcze ustrojów federalnych Szwajcarii, Niemiec i Austrii* (2013), *System agencji UE* (2017); wissenschaftliche Beiträge zum Thema der EU und der politischen Parteien.

Prof. Dr. Beata Ociepka – Ordentliche Professorin für Politologie am Institut für Internationale Studien der Universität in Breslau. Leiterin der Forschungsstelle für Untersuchungen zur Öffentlichen Diplomatie. Gründerin und Leiterin der Abteilung für Internationale Kommunikation (ebendort) in den Jahren 2002–2017, außerdem Leiterin des Lehrstuhls für Politologie am Willy Brandt Zentrum an der Universität Breslau von 2002–2004; Mitglied des Komitees für Politikwissenschaft der Akademie der Wissenschaften in der Amtszeit 2020–2024; Vorsitzende der Sektion für Internationale Kommunikation in der Polnischen Gesellschaft für Internationale Studien; Expertin des Nationalen Wissenschaftszentrums (NCN). Sie verbindet Untersuchungen zu den internationalen Beziehungen mit Medien- und Kommunikationsanalyse; Autorin u. a. des Buches: *Poland's New Ways of Public Diplomacy* (Peter Lang, 2017) und der Veröffentlichung *Polens Public Diplomacy. Deutschlands Auswärtige Kulturpolitik*

und die gemeinsamen Beziehungen (Deutsches Polen Institut Deutsches Polen Institut/Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Darmstadt – Warschau 2022).

Dr. Maciej Stepka – Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Studien der Jagiellonen-Universität in Krakau. Seine Forschungsinteressen sind Sicherheit, Krisenmanagement und Migration im Kontext der europäischen Integration. Absolvent der Universität von Amsterdam und der Jagiellonen-Universität in Krakau. Autor von Publikationen zum Diskurs und zu den Rahmen der europäischen Sicherheit, dem Frühwarnsystem der EU, Resilienz und Versicherheitlichung von Migration.

Prof. em. Dr. Henryk Szlajfer – Chefredakteur von *SPRAWY MIĘDZYNARODOWE* (1991–2014). In den Jahren 1993–2008 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten tätig; Botschafter ad personam; Leiter des Departements für Strategie und Planung der Politik sowie für Amerika; Mitglied der Verhandlungsgruppe in den Verhandlungen bezüglich des NATO-Beitritts Polens; Mitglied des internationalen Teams für die Entwicklung des Konzeptes Community of Democracies (Koordinator der Konferenz in Warschau, 2000); Ständiger Vertreter der Republik Polen bei der OSZE, UNO, IAEO und UNIDO in Wien (2000–2004); Autor und Herausgeber von Büchern und Beiträgen zur Wirtschaftsgeschichte und den internationalen Beziehungen, u. a. *Western Europe, Eastern Europe and World Development 13th–18th Centuries. Collection of Essays of Marian Małowist* (in Zusammenarbeit mit Jean Batou, Leiden – Boston 2010), *Economic Nationalism and Globalization: Lessons from Latin America and Central Europe* (Leiden – Boston 2012), *Współtwórcy atlantyckiego świata. Nowi chrześcijanie i Żydzi w gospodarce kolonialnej Ameryki Łacińskiej XVI–XVII wieku* (Warszawa 2018). Ehemaliger antikommunistischer Dissident; am 4. März 1968 wurde er zusammen mit Adam Michnik von der Universität Warschau verwiesen.

Prof. Dr. Janusz Józef Węc – Ordentlicher Professor für Zeitgeschichte, internationale Beziehungen und Europäische Studien am Institut für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Jagiellonen-Universität in Krakau. Leiter des Lehrstuhls für Studien an den Integrationsprozessen; 2016–2019 Leiter des Projekts der Europäischen Kommission im Rahmen des Jean-Monnet-Lehrstuhls unter dem Titel *European Union in Crisis: What is Wrong and How to Fix It?*; Jean-Monnet-Professor an der Jagiellonen-Universität; Mitglied des Team Europe; Autor von mehr als 300 im In- und Ausland herausgegebenen wissenschaftlichen Publikationen, darunter 21 Monographien und Synthesen, in deren Fokus u. a. das System der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union, europäische sowie außereuropäische Integration, die deutsch-polnischen Beziehungen, die Zeitgeschichte Deutschlands und das deutsche politische System stehen.